

Peer Pasternack / Thomas Neie (Hrsg.)

In Verbindung mit Ralph Meder

stud. ost 1989 – 1999

Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland

stud. ost 1989 – 1999

**Wandel von Lebenswelt und Engagement
der Studierenden in Ostdeutschland**

**Herausgegeben von
Peer Pasternack und Thomas Neie**
in Verbindung mit
Ralph Meder

Akademische Verlagsanstalt
Leipzig 2000

Inhalt

| | |
|---------------|----|
| Vorwort | 10 |
|---------------|----|

Teil A: Retrospektiven

| | |
|---|-----|
| Jan – oder das kurze Glück politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenschaft 1989/90 <i>Christian Füller</i> | 15 |
| Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989 <i>Peer Pasternack</i> | 28 |
| Medizinstudium und Interessenvertretung der Medizinstudierenden in Ostdeutschland 1989-1999 <i>Gero Bühler</i> | 54 |
| Freiheit Gerechtigkeit Solidarität. Geschichte der sozialdemokratischen Studierendenverbände in Ostdeutschland <i>Johannes Wien/Christian Hingst</i> | 67 |
| Frau sein allein ist noch kein Problem. Studentinnen(politik) zwischen 1989 und 2000 <i>Suse Wagner</i> | 74 |
| Bilder vom fremden deutschen Alltag. Wie ost- und westdeutsche StudentInnen zu Beginn der deutschen Vereinigung sich gegenseitig sahen <i>Leo Ensel</i> | 82 |
| Wunsch und Wirklichkeit. Die Wanderungen von Studierenden zwischen dem Osten und Westen Deutschlands <i>Ulrich Heublein</i> | 93 |
| Neue Zeiten – Neue Werte? Studierende zehn Jahre nach der deutschen Einheit <i>Uta Starke</i> | 101 |
| Akzeptanz der Fachhochschulen durch die Studierenden in den neuen Bundesländern <i>Heidrun Jahn</i> | 111 |
| “Da wurde den ganzen Abend gesungen ...” Studentisches Wohnen im Übergang <i>Bernhard Wagner</i> | 121 |
| Studentensexualität im Wandel der Zeiten <i>Kurt Starke/Konrad Weller</i> | 147 |

Teil B: Dokumentation

| | |
|---|-----|
| 1. Der Herbst '89 und das letzte Jahr der DDR | 171 |
| 1.1. Zeitdokumente | 172 |
| Humboldt-Universität (172). Autonome Studentenunion (181). FDJ und Sozialistischer Studentenbund (182). DDR-Studenten beim Frankfurter AStA (185). 1. DDR-BRD-StudentInnenkongress im Januar 1990 in Düsseldorf (186). 2. DDR-BRD-StudentInnenkongress im Februar 1990 in Leipzig (188). Empfehlung der Wissenschaftlich-methodischen Kommission der TU Dresden zur Entwicklung von Gestaltungslösungen für Handlungsbereiche studentischer Mit- und Eigenverantwortung (197). Befragung von Studentenräten (204). Brief des Arbeitsausschuß Hochschulrecht der Studentenräte an den Minister für Bildung (206). Erste Konferenz der Studentenräte – Republiksprecherrat gebildet (207). Sozialcharta der DDR-Studenten (210). Die Humboldt-Universität und ihre Ausländer (213). Aktionen für soziale Absicherung (214). Tätigkeitsbericht des Republiksprecherrates (220). Bundesrepublik wird Beitrittsgebiet (223). | |
| 1.2. Zeitgenössische Analysen | 225 |
| <i>Tilo Schieck</i> : Der Herbst der Studenten? Persönliches Resümee des Wendejahres an der Friedrich-Schiller-Universität Jena | |
| 225 | |
| <i>Ronald Freytag</i> : Studenten – eine konfliktfreie Gemeinschaft? Zu psychologischen Wurzeln der basisdemokratischen Studentenräte-Bewegung | |
| 230 | |
| <i>Ilko-Sascha Kowalczyk</i> : Haben die Studenten die Revolution verschlafen? Kritisches zu einer Neuerscheinung | |
| 236 | |
| <i>Thomas Maercker</i> : Einige subjektive Bemerkungen zur „Geschichte“ der Konferenz der StudentInnenschaften | |
| 246 | |
| <i>Inge Bretschneider</i> : Studentenprotokolle | |
| 249 | |
| <i>Till Fichtner</i> : Die Wendedokumentation der Jenenser Studentenschaft. Fragen zu Quellenkritik und Vergangenheitsbewältigung | |
| 259 | |
| <i>Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst</i> : Pflichtunterricht oder freiwilliger Hochschulsport | |
| 265 | |
| 2. 1991 bis zum Ende der Hochschultransformation (1995) | 269 |
| 2.1. Zeitdokumente | 270 |
| Abwicklungen und Anti-Abwicklungs-Proteste (270). Grundsätze zum Selbstverständnis der Studentenräte (288). Forderungskatalog der Projektgruppe Studentenwerke (289). HUB-Studentenrat vor dem Aus? (291). Streik für Fink (294). Tage einer Rebellion – Uni Rostock im Mai '92 (295). Studentische Lebenskultur in Ostdeutschland (297). Runder Tisch der StudentInnenschaften in Friedrichsbrunn/Ostharz (299). Konferenz der Studentenschaften aufgelöst (303). Umgründung der KdS in ein Informationsnetzwerk (305). Semestertreffen der StuRä 1993/94 (306). StuRä und der „freie zu- | |

sammenschluß von studentInnenschaften“ (309). Sachsen-Anhalt: keine Verfasste StudentInnenschaft? (313). Burschenschaften (315). Hochschulradio der TU Ilmenau (316). Von der DDR übernommene ausländische Stipendien (317).

2.2. Zeitgenössische Analysen319

H. Schauenburg/M. Kuda/J. Rüggeberg/R. Palussek: Die psychische Befindlichkeit Studierender in den neuen und alten Bundesländern319

Andreas Hoff: Evangelische Studentengemeinden im Osten Deutschlands. Gestern, heute – und morgen?328

Eberhard Tiefensee: Katholische Studentengemeinden vor und nach dem Herbst 1989335

Wolfgang Fach: Schaf und Schäfer. Die Reize der Lehre im Osten340

Frank Geißler/Peer Pasternack: Schafherden und Schäferhunde. Die Reize der Belehrung im Osten343

Wolfgang Fach: Politik studieren. Eine Motivations-Skizze (Ost)347

Kati Albert: Warum kommen Student(inn)en aus Westdeutschland und aus Westberlin an die ostberliner Humboldt-Universität?354

Thomas Molck: Über die Zusammenarbeit der StudentInnenschaften in Deutschland bis 1993361

3. Die zweite Hälfte der 90er Jahre 371

3.1. Zeitdokumente372

Ost-Treffen 1995 - 1999 (372). Vorschlag für die künftige Arbeit des o.s.t. (381). was ist o.s.t. – ostdeutsches-studierendenvertretungs-treffen? (386). Bundesweite Uni-Streiks (390). „ad rem“: Das Wendekind als Dresdner Studentenzeitung (393).

3.2. Zeitgenössische Analysen397

Andreas Mai/Falk Bretschneider: Vom “Runden Tisch” zum “Bildungsparschwein”. Studentischer Protest gegen die BaföG-Verzinsung 1995/96397

DAAD: Erfolgreicher Abschluß der DDR-Stipendiatenprogramme407

Theo Baumgärtner: Speed, Shit und Scheine. Der Umgang mit Rauschmitteln bei Leipziger, Dresdener und Hamburger StudentInnen409

Teil C: Bibliographie

Peer Pasternack: Studierende in Ostdeutschland 1989 – 1999. Annotierte Bibliographie425

Autorinnen & Autoren455

Vorwort

10 Jahre Zusammenbruch der DDR und 10 Jahre deutsche Neuvereinigung waren 1999 und 2000 die zentralen Gedenkdaten. Zahlreiche Bilanzen sind gezogen worden. Die zu den Studierenden liegt mit diesem Band vor.

StudentInnen befinden sich an Hochschulen in einer eigentümlichen Situation. Sie sind sowohl die ‚schwächsten‘ Hochschulmitglieder, denn sie haben vergleichsweise wenig zu sagen und müssen Prüfungen bestehen. Zugleich sind sie aber auch die unbefangenen Angehörigen einer Hochschule, denn sie sind noch vergleichsweise unverbogen und haben ihr Schicksal nicht existentiell an den Ort ihrer Studien geknüpft. Was hat sich für diese und in dieser Gruppe, soweit sie in Ostdeutschland studiert, in den 10 Jahren radikalen Wandels der Umstände verändert?

Darüber authentische Auskünfte zu erlangen, ist gerade bei den Studierenden ausgesprochen schwierig: denn ein Jahrzehnt umfasst mehrere Studierendengenerationen, der Gegenstand der Betrachtung ist also bereits von seiner Zusammensetzung her sehr wandlungsintensiv. In der ersten Hälfte der 90er Jahre studierten noch sehr viele, die vor dem 1989er Umbruch ihr Studium begonnen hatten; dann kamen die nächsten Jahrgänge hinzu, die zwar in ihren schulischen Erfahrungen noch von der DDR geprägt waren, die Hochschule aber von Beginn an als bundesdeutsche Anstalt erlebten; alsbald strömten auch StudienanfängerInnen in die Institute, die schon den Wechsel von der EOS zum Gymnasium nicht mehr miterlebt und bereits ein gleichsam ‚richtiges Westabi‘ hatten; zahlreiche Studierende aus dieser Gruppe haben ihr Studium auch noch während der 90er Jahre abgeschlossen, denn zumindest das zielorientierte Studieren mit Abschluss nach vier bzw. fünf Jahren kennzeichnet nach wie vor viele junge Ostdeutsche unabhängig von der Prägungsintensität durch das DDR-Bildungswesen; und heute schließlich bilden diejenigen die Mehrheit der Studierenden an ostdeutschen Hochschulen, die in der Mitte oder zweiten Hälfte der 90er Jahre ihr Abitur gemacht haben.

Permanenter Wechsel der Akteure kennzeichnet also den Betrachtungsgegenstand. Übergreifende Kontinuitäten ergeben sich allein aus zweierlei: zum einen aus der Überlappung der einzelnen Studierendengenerationen, wodurch intergenerationelle Erfahrungstransfers stattfinden; zum anderen aus dem Umstand, dass die an sich fluide Gruppe dadurch integriert und identifizierbar wird, dass sich ihre Mitglieder in einer spezifischen Statuspassage befinden.

Was nun hat sich für diese und in dieser Gruppe in den 10 Jahren von 1989 bis 1999 verändert? In Teil A dieses Bandes werden zusammenfassende Retrospektiven vorgelegt. Teil B präsentiert eine umfängliche Dokumentation: sowohl aussagekräftige Zeitzeugnisse wie zeitgenössische Analysen illustrieren die übergreifenden Aussagen der Retrospektiven. Teil C schließlich bildet eine Bibliographie des themenbezogenen Schrifttums der 90er Jahre: damit ist näher Interessierten zugleich auch der Weg zu den ggf. in diesem Band unterbelichteten Aspekten eröffnet.

Leipzig/Wittenberg, im November 2000

Peer Pasternack

Teil A

Retrospektiven

Jan – oder das kurze Glück politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR- StudentInnenschaft 1989/90

Christian Füller

Er hat den Absprung verpasst. Dabei ist er beileibe kein schlechter Student. Die Gründe, die ihn davon abhalten, die Universität nach einer angemessenen Zeit wieder zu verlassen, liegen nicht etwa in seiner mangelnden intellektuellen Fähigkeit, akademischen Stoff eigenständig zu Thesen verarbeiten zu können. Nein, Jan¹ kümmerte sich mehr um die Politik: um die Politik an seiner Hochschule. Studentische Selbstverwaltung, Gremien, Studentenzeitung, die wichtigsten Themen der Zeit. So gingen die Jahre dahin. Denn es engagieren sich wenige, und also sind jene, die sich den Durchblick durch die beschränkte Hochschuldemokratie mal erkämpft haben, schnell im Gremienschwungel gefangen. Jan dürfte inzwischen 30 sein; ein bisschen alt für ein Examen. Aber kaum einer kennt sich in den inneren Angelegenheiten der Humboldt-Universität zu Berlin so gut aus wie er. Trotzdem muss er aufpassen: Sonst verkommt er zum Faktotum; ein bisschen früh für einen 30-Jährigen.

Das Engagement für das Politische in und aus der Hochschule heraus soll hier nicht denunziert werden. Ganz im Gegenteil. Der Verfasser ist ein dezidierter Befürworter der politischen Intervention, besonders der junger Intellektueller, wie die folgenden Kapitel dieses Aufsatzes hoffentlich zeigen werden.² Jan, das Beinahe-Faktotum der Demokratie in der Hochschule, ist dem Verfasser persönlich gar nicht unsympathisch. Er dient ihm für diesen Aufsatz nur insofern als doppeltes Anti-Symbol, als mit Jan ein allgemeiner, ein ungueter Trend charakterisiert werden kann: Universität ist, erstens, heute ein äußerst langwieriges Unterfangen; das zeigt sich besonders an den politisch Aktiven in den Hochschulen. Und, zweitens, Ost- und West-Universität nähern sich aneinander an – zum Nachteil der Ost-Hochschulen; und wieder sind die politisch Aktiven hier die Vorreiter. Dafür steht Jan prototypisch. Ein Einzelfall, der m.E. allgemeine Gültigkeit beanspruchen darf.

¹ Jan ist keine fiktive, sondern eine tatsächliche Figur. Sein Vorname ist geändert.

² Ich habe, um ein theoretisches Gerüst für die Analyse des politischen Handelns von Studierenden zu haben, diese gerade am Typus des Intellektuellen gemessen, weil sie durch ihr kritisches Eingreifen bestimmt sind. Seit Alfred Webers Begriff von der "frei schwebenden Intelligenz" definiert die westliche Literatur Intellektuelle dadurch, dass sie mit dem geschriebenen oder gesprochenen Wort gesellschaftliche Zustände kritisieren – um so politische Wirkung zu entfalten. Ihre Kritik ist „in-kompetent“ oder „kompetenzfrei“. Das kritische Eingreifen des Intellektuellen nimmt Bezug auf allgemeine Werte und richtet sich an ein Publikum. Durch ihre Kritik entsteht Öffentlichkeit. Ihre „sozial freischwebende“ Stellung und Bildung begünstigen intellektuelle Kritik. Vgl. Christian Füller: Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989-1990, Diplomarbeit FU Berlin, 1991, S. 10-43, S. 96-98.

I. Die unerträgliche Langsamkeit des Studentenvertreter-Seins

Vor zehn Jahren, als die Studenten jenseits der Mauer sich von der ihnen übergestülpten Massenorganisation FDJ emanzipierten, sah dies noch ganz anders aus. Damals agierte eine dezidiert intellektuell motivierte erste Studentengeneration in den Zeiten des grundsätzlichen Wandels innerhalb der DDR-Hochschulen. Meine These lautet, dass sich diese erste Generation aus heutiger Perspektive vor allem durch ihre Schnelligkeit auszeichnete, oder genauer: durch das Erkennen des richtigen Moments für ihre politische Intervention. Die nachfolgenden Studentenräte sind durch dieses historische Talent nicht charakterisiert. Im Gegenteil. Sie sind alles andere als quick. Sie haben sich, wie ich behaupte, dem unerträglichen Niveau angenähert, das westdeutsche Studentenvertretungen prägt: dem der Langsamkeit.

Die aufbegehrenden Studierenden, so lautete die beinahe idealtypische These der diesem Text zu Grunde liegenden Veröffentlichung aus dem Jahr 1992, die Studierenden also nahmen vor zehn Jahren den revolutionären Impuls von der Straße auf; sie traten (ohne sich dessen bewusst zu sein) im Gewande junger Intellektueller auf. Das heißt, sie nutzten das gesprochene und geschriebene Wort; sie intervenierten politisch in eine Sache, die sie qua DDR-Hochschulverfassung nichts anzugehen hatte; sie beriefen sich dabei auf übergeordnete Werte, nach denen die Allgemeinheit geradezu lechzte; und sie etablierten dabei schnell (basis-)demokratische Institutionen, die sie erstaunlich pragmatisch handhabten.

Heute würde ich anfügen: Die größte Leistung der ersten Studentengeneration war, dass sie für ihr Eingreifen genau den richtigen historischen Moment fand und so die Demokratisierung der Hochschulen um einen großen Schritt nach vorne brachte. Es war ja, wenn man die „Wende“ in der DDR als Ganzes betrachtet, ein rasend schneller Prozess. Die Studenten haben erst nach dem Start des gern als friedliche Revolution bezeichneten Umbruchs im Land begonnen, selbst in den Universitäten aktiv zu werden. Dennoch hatten sie ihre inneruniversitären Ziele noch vor der „Wiedervereinigung“ weitgehend erreicht. Das Timing, dieses kleine Zeitfenster zu nutzen, um sich von der Bevormundung zu befreien, ist eine historische Leistung. Sie ist auch deshalb so beispielgebend, weil die deutsche politische Kultur von erfolgreichen Revolutionen nicht eben gesegnet ist. Die Gründe, warum die Studenten ihre Emanzipation nicht schon früher und energischer betrieben, ist im Detail Gegenstand der folgenden Kapitel dieses Aufsatzes.

Die Befreiung von der FDJ, die Abschaffung der so genannten Roten Studienwoche und bestimmter marxistisch-leninistischer Pflichtveranstaltungen – das war die eigentliche Revolution, die in den DDR-Universitäten in den Jahren, genauer in den wenigen Monaten nach dem Sommer 1989 stattfand. Man darf diesen Akt und den Beitrag der Studierenden daran auch deshalb nicht gering schätzen, weil das Konzept des jungen Intellektuellen im Bildungswesen Margot Honeckers und Hans-Joachim Böhmers nicht vorgesehen war. Das gesamte Erziehungswesen zielte darauf ab, allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeiten heranzuziehen. Das Leitbild an den DDR-Universitäten war das des sozialistischen Agit-Propagandisten. Die Lehrer, Rechtsanwälte, Journalisten etc., die an den Universitäten ausgebildet wurden, sollten die übergeordnete Lehre von der geschichtlichen Überlegenheit des Sozialismus affirmativ in der Gesellschaft verbreiten – aber keinesfalls eigenwillig auslegen, interpretieren oder gar kritisieren. Genau dieses nicht Vorgesehene aber taten die DDR-Studenten – *nachdem* die Leipziger Montagsdemonstrationen Tausender die Ohnmacht der herrschenden Nomenklatura bloßgelegt hatten. Nur wer sich dies vor Augen

hält, kann vergleichen, auf welcher diametral anderen Art die heutige Generation politisch Aktiver in den Universitäten sich gibt.

Die heute in der Hochschule politisch Aktiven sind in vieler Hinsicht das glatte Gegenteil von damals. Fragt man erneut die Kriterien junger Intellektueller ab: Die politisch aktiven Studenten nehmen keinen revolutionären Impuls von der Straße auf, sie versuchen eher eine Art davon auf die Straße zu tragen; sie mischen sich politisch in eine Sache ein, für die sie auch qua BRD-Hochschulverfassung nur begrenzt zuständig zu sein haben.³ Sie berufen sich dabei auf sehr spezielle übergeordnete Werte, von der die Allgemeinheit in der Regel nichts wissen will. Sie greifen auf vorhandene demokratische Institutionen in den Hochschulen zurück, die sie erstaunlich zynisch handhaben. Kurz: Die Nach-Nachfolger derer, die noch vor dem Ende der sozialistischen DDR die FDJ absetzten und Studentenräte etablierten, treten nicht als junge Intellektuelle auf, sondern ganz so, wie es dem Typus des Propagandisten und Agitators entspricht.

Vor allem aber ist den heutigen Studenten praktisch kein Gefühl für Zeit gegeben. Damit geht ihnen der wesentliche Instinkt politisch handelnder Intellektueller ab: Dass sie den richtigen Zeitpunkt wählen. Das ist jener Moment, in dem ein von der Macht verantworteter skandalöser Zustand sich bildet, gegen den die Intellektuellen sich mit dem Wort an das noch unentschiedene Publikum richten – und so, vielleicht, einen Wandel herbeiführen.

Jan ist doppeltes Symbol für diese Entwicklung: Typen wie Jan, die noch im x-ten Semester Hochschulpolitik betreiben, traf ich früher nur im Westen. Da war etwa der Studentenvertreter einer Technischen Universität, der wie kein anderer ein kritisches Bild von seiner akademischen Stätte zeichnen konnte und innerhalb dieser Hochschule auch einen wichtigen Platz einnahm. Man begegnete dem jungen Mann Anfang der 90er Jahre als Journalist; man holte Informationen ein, notierte Zitate, erfuhr Hintergründe. Man war beeindruckt, wie ausgezeichnet dieser Studentenvertreter Bescheid wusste. Fünf Jahre danach geschah – fast – das gleiche: Man holte Informationen ein etc., aber man wunderte sich zugleich – weil man immer noch mit demselben Studentenvertreter sprach. Selten wagte man die bange Frage zu stellen: Wann wirst Du Dein Examen in der Tasche haben? Die krasseste Variante, der ich in meiner Arbeit als Journalist bislang begegnete, war der Studentenvertreter einer Technischen Fachhochschule. Als ich ihn jüngst, nach beinahe zehn Jahren wieder traf, fand ich ihn im Kopf immer noch helle – auch wenn seine äußeren Züge verhärtet anmuteten; vielleicht weil der Asta-Funktionär über Jahre hinweg die immergleichen Argumente einer ihm offenbar immer feindlicher erscheinenden Mehrheit entgegen hielt. Leider aber waren seine Zähne gar nicht mehr helle, sie waren dunkel geworden, und er als Person verwahrlost; wenn ich ihn nicht gekannt hätte, ich hätte ihn, Verzeihung, für einen jungen Obdachlosen gehalten.

Jan sieht nicht aus wie ein Obdachloser. Wenn ich aber wissen wollte, was sich an der Humboldt-Universität zuträgt, so konnte ich ihn immer noch fragen – auch noch drei, fünf oder sieben Jahre nachdem in den DDR-Universitäten Studierende aufbegehrt. Er blieb eisern bei der Sache,

³ Studierendenvertretungen haben, soweit sie überhaupt zugelassen sind, in den Ländern der Bundesrepublik kein "politisches Mandat". Das heißt de jure ist ihnen verboten, sich (im Namen der Studierenden) mit Kommentaren in die Politik außerhalb der Hochschulen einzumischen. Dieses Verbot, das teilweise durch die den Asta zugeschriebene Kompetenz zu Politischer Bildung aufgeweicht ist, verschafft den Studierendenvertretungen nicht nur die Legitimation für ihre Untätigkeit. Sie gibt den Asta gleichzeitig die Möglichkeit, sich ständig über die Beschränkung ihrer politischen Interventionen zu echauffieren. Zu deutsch: Den einzigen öffentlichen Einfluss, den Studenten(-vertretungen) heute noch wahrnehmen, ist der, sich ums "politische Mandat" zu zanken.

die er zu der seinen erklärt hatte. Zwar nicht mehr in offizieller Funktion, aber lange ohne Examen. Jan war der erste Studentenvertreter aus dem Osten, der mir als Beobachter auf diese Art treu blieb.

Sein Wandel beschreibt exemplarisch die Veränderung, welche die Ost-Studentenräte durchmachten. Jan gehörte jener zweiten Generation von Studentenvertretern an, die sogleich den eigentlichen studentischen Reformern des Herbstes 1989 nachfolgte. Er rückte erst in den Studentenrat ein, als dieser bereits etabliert war. Er erlangte eine gewisse Berühmtheit als eine Art inoffizieller „Geschäftsführer des Studentenrats“. Während die anderen, seine Vorgänger und teilweisen Noch-Mitstreiter den pragmatischen Umgang mit den neu gebildeten demokratischen Strukturen als eine Sekundärtugend pflegten, machte Jan daraus seine Hauptaufgabe. Jan bereitete mit unerbittlicher Akribie Tagesordnungen vor, er brachte die TOPs zur Abstimmung und archivierte sie später sorgfältig als Beschlüsse. Ein Gremienhengst. Später wechselte er, wie manch anderer Studentenbewegter, in die Studentenzeitung. Irgendwann firmierte er auch als deren „Chefredakteur“. Jan bediente sich dieser Plattform auch weiterhin, inzwischen auch, um von dort aus richtige Zeitungen zu beliefern. Hin und wieder tauchen seine Texte in angesehenen überregionalen Blättern auf. Jan ist, kein Zweifel, ein kundiger Journalist, darum geht es nicht; aber er ist eben auch Student, inzwischen wahrscheinlich Doktorand. Kurz: Einer jener Studentenvertreter, die ohne Matrikel offenbar nicht leben können.

Diese These ist nicht Ergebnis systematischer Beobachtung oder repräsentativer Untersuchungen, sondern die Beschreibung eines Phänomens. Eines Phänomens, das für eine offenbare Entwicklung steht. Die in der Hochschuldemokratie Engagierten befinden sich im Westen oftmals *noch* länger in der Uni als der dahinstudierende Rest. Und die Studienzeiten im Osten, selbst wenn die Uni-Leitungen dort stolz darauf sind, ihre Absolventen schneller zu graduieren und auf den Arbeitsmarkt zu bringen, nähern sich denen im Westen an. Ich glaube, erst aus dem Zurückschauen mit dieser jüngsten Erfahrung wird der politisch-intellektuelle Gehalt erst richtig sichtbar, den die erste Generation aufbegehrender Studenten vor zehn Jahren auf die politische Bühne gebracht hat. Damals aber sah dieser Befund in Journalismus wie in wissenschaftlicher Publizistik noch ganz anders aus.

II. Die Studenten während der Umbruchsphase 1989/90

Bereits kurz nach dem Umbruch in der DDR herrschte in der Publizistik Konsens darüber, dass die Studenten zur friedlichen Revolution in der DDR wenig oder nichts beigetragen haben. Die „Studenten in der DDR [sind] keineswegs die Speerspitze der Revolte“ gewesen, hielt der renommierte Soziologe Wolf Lepenies 1991 fest.⁴ In den Zeitungen dachte man nicht anders. Als im Juni 1990 Tausende von StudentInnen vor der Volkskammer in Berlin für den Erhalt des eltern-unabhängigen Berechnungsverfahrens bei der Vergabe von Stipendien (bzw. Bafög) demonstrierten, lästerte die FAZ:

„Das bot den Passanten erstmals seit langem Gelegenheit, Studenten in größerer Zahl aus der Nähe anzuschauen. Im vergangenen Herbst und auch in den unruhigen Monaten danach ließen sie sich kaum blicken auf den Straßen der DDR.“⁵

⁴ Wolf Lepenies: Fall und Aufstieg der Intellektuellen in Europa, in: *Neue Rundschau* 102 (1991), H. 1, S. 13.

⁵ Monika Zimmermann: Studenten unterm Hammer, in: FAZ, 8.6.1990, S. 4.

Ein halbes Jahr später titelte die taz einen Artikel über die aufkeimenden Proteste gegen die sogenannte Abwicklung ideologisch verdächtiger Fachbereiche an den Universitäten, dass die „StudentInnen in der Ex-DDR aufgewacht“ seien – „reichlich spät“.⁶

Dieser platte Konsens ließ sich schon damals mit einer differenzierten Bewertung der politischen Rolle der Studierenden durchbrechen. Die nachfolgenden Kapitel sind der hier gerafft wiedergegebene Versuch aus dem Jahr 1991, das widersprüchliche Engagement von Studierenden während des Umbruchs in der DDR zu beleuchten. Die Thesen fußen auf empirischem Material, das ich für eine politikwissenschaftliche Diplomarbeit an der (Karl-Marx-)Universität Leipzig und der Humboldt-Universität Berlin erhoben bzw. gesammelt habe.⁷

Zusammengefasst lauten meine Thesen wie folgt: Die Studierenden haben 1989 den gesellschaftlichen Impuls zur Demokratisierung genutzt, um auch in den DDR-Universitäten einen Wandel herbeizuführen. Das ist gelungen. Die Studierenden erstritten in den Unis von Leipzig, Berlin und anderen Städten gegen den Alleinvertretungsanspruch der FDJ eine demokratische, unabhängige Form der Selbstorganisation: den Studentenrat (StuRa).

Über den Studentenrat strebten engagierte Studierende mit dem Anspruch der politischen Selbstbestimmung weitergehende Reformen in den Universitäten an. Ihre intendierten Ziele erreichten sie dabei nicht: weil sie massenhaften Rückhalt für die restlose Demokratisierung der Hochschulen bei den Studierenden nicht erlangen konnten, und weil sich die basisdemokratische Konstruktion der Studentenräte selbst als problematisch, will sagen verzögernd herausstellte. Hinzu kommt, dass die staatliche Angliederung der DDR an die Bundesrepublik erhebliche systemische Anpassungszwänge ausübte. Sie drückte eigene Entwürfe der Menschen als politische Subjekte beiseite.

Der studentische Emanzipationsschub scheiterte m.E. vor allem aber an den ProfessorInnen. Die Studenten arrangierten sich vorzeitig mit den Hochschullehrern. Die aber hatten eigene Interessen: Sie spielten während des Umbruchs die Agenten des vorseilenden Gehorsams, weil auch sie so schnell wie möglich die herausragenden Rechte der Westprofessoren – die Freiheit von Forschung und Lehre und den Beamtenstatus – erreichen wollten. Der studentische Misserfolg im nie richtig geführten Kampf gegen Professoren und die „Abwicklung“ stehen damit in engem Zusammenhang. Gerade weil die Ost-Studierenden es unterließen, ihre Professoren zur Rechenschaft zu ziehen, kam es zur Abwicklung, das heißt zur Auflösung bestimmter Fachbereiche durch die westdeutsch beratene Wissenschaftsadministration: Sie beseitigte missliebige oder verdächtige Strukturen wie Beschäftigungspositionen – und konnte so die besonderen professoralen Rechte des Westens aufrecht erhalten.⁸

Wolf Lepenies hat über die Rolle der Intellektuellen beim Zusammenbruch der mittel- und osteuropäischen Staaten im wesentlichen drei Thesen aufgestellt. Ich möchte diese Thesen im folgenden genauer betrachten und teilweise korrigieren.

⁶ Ve[ra Gaserow]: StudentInnen in der Ex-DDR aufgewacht, in: *die tageszeitung*, 12.12.90, S. 6.

⁷ Füller, Die Rolle der Studierenden..., a.a.O.

⁸ Im Westen werden Professoren wegen ihres unnahbaren Status' manchmal "die letzten Adligen" genannt.

III. Ob und warum die Studenten keine Vordenker der “Oktober- und Novemberrevolution” waren

Lepenies' erste These lautet: “Weder Künstler noch Wissenschaftler, weder Studenten noch Professoren agierten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – als die Vordenker oder Vorläufer der deutschen Novemberrevolution.”⁹

Die Stadt Leipzig scheint mir aus mehreren Gründen Gegenbeispiel für die These Lepenies' zu sein. Wie vielleicht nirgendwo sonst in der DDR lässt sich in der Pleiße- und Auguststadt über Jahre hinweg die Spur jenes intellektuellen Protestes verfolgen, den auch Studierende initiiert und getragen haben. Dies beginnt beim sichtbarsten Zeichen, den Montagsdemonstrationen, die inzwischen unzweideutig als der entscheidende Faktor für das Überwinden der SED-Herrschaft in der DDR angesehen werden.

Im Wendejahr 1989 ließ sich unschwer für den politisch aufmerksamen Zeitgenossen auch vom Westen aus erkennen, dass sich in Leipzig Revolutionäres anbahnte – und dass daran junge Leute, viele Studenten beteiligt waren. Im Mai '89 berichtete die *Süddeutsche* von einem Protestaufzug in Leipzig, bei dem „120 Teilnehmer mindestens vorübergehend festgenommen“ worden seien.¹⁰ Einen Tag später stand an gleicher Stelle zu lesen, unter „den am Montag Festgenommenen sind auch einige namentlich bekannte Theologiestudenten.“¹¹ Das war die Außenperspektive. Was mußte da erst an Widerständigkeit, an Protestbereitschaft, an Erneuerungswillen zu entdecken sein, wenn man es aus der Nähe betrachtete?

In mehreren Gruppendiskussionen mit politisch aktiven Studenten habe ich erfahren, dass sich in Leipzig über Jahre hinweg ein kritisches intellektuelles Milieu gebildet hatte. Dieses Milieu erst schaffte die Vorbedingung dafür, dass die Menschen in Leipzig schon zwei Tage nach den Berliner Prügelorgien gegen die Opposition mit einer gewaltigen Demonstration ihre Antwort geben konnten. Möglich wurde dies, weil sich im Laufe des Jahres 1989 in Leipzig eine ganze Kette von Ereignissen und Daten ereignete, an denen sich das aufgestaute Protestpotential entladen und zugleich wieder neu entzünden konnte. Dazu zählen die Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar; die mehrere Tage währenden Proteste nach der Kommunalwahl am 7. Mai, für deren systematische Überprüfung in Leipzigs bürgerbewegten Gruppen eine „monatelange Kampagne“ gelaufen war.¹² Ab „8. Mai begann das allmorgentliche Szenario einer großen Polizeipräsenz bei den Friedensgebeten in der Nikolaikirche“;¹³ der Pleiße-gedenkmarsch zum Weltumweltag im Mai; das Straßenmusikfestival am 10. Juni, eine unpolitische Veranstaltung, bei der es dennoch zu Festnahmen kam und gleichermaßen zu Solidarisierungen durch die Bevölkerung; der sächsische evangelische Kirchentag am 8. und 9. Juli, der ein kritisches Forum per se darstellte, ohne dass es zu Demonstrationen kommen mußte.

⁹ Wolf Lepenies: Wir sind kein besiegt Land, in: *Die Zeit*, Nr. 48, 23.11.1990, S. 77.

¹⁰ Fast alle Demonstranten in Leipzig wieder frei, in: *Süddeutsche Zeitung*, 9.5.1989, S. 1.

¹¹ Wieder Protestzug in Leipzig, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.5.1989, S. 1.

¹² Fania Carlsson u.a.: Aufbruch ins eigene Land, in: *Die Zeit*, Nr. 40, 29.9.1989, S. 17-20, hier S. 19.

¹³ Albrecht Döhnert/Paulus Rummel: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Wolf-Jürgen Grabner u.a. (Hrsg.), Leipzig im Oktober: Kirchen- und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S. 148.

Das bedeutet meiner Analyse nach, dass sich für Leipzig, dem entscheidenden Ort für das Ende der SED-Herrschaft, das glatte Gegenteil der Lepenies-These beweisen lässt: Der Protest dort trug deutliche Züge intellektueller Kritik,¹⁴ die personifiziert wird von jungen Menschen, darunter vielen Studierenden. Sie erst bereiteten jenem kritischen Potenzial den Boden, das zur Montagsdemo und dem Ende der DDR führte.

Die Montagsdemonstrationen waren also nur die logische Folge dessen, was sich in Leipzig angebahnt hatte. Für uns ist momentan nur von Bedeutung, dass es junge Leute waren, die „nicht mehr angepaßt nach außen leben, sondern diese Entfremdung beenden“ wollten, wie Friedrich Magirius schrieb.¹⁵ Und aus der Perspektive des Augenzeugen der ersten Montagsdemonstration mit massenhafter Beteiligung am 25. September 1989 kann man sich vorstellen, wie der Bann der repressiven Kräfte in Leipzig gebrochen wurde und wer dafür verantwortlich war. „Ungehindert konnten sich die jungen Leute, viele Studenten darunter, im ganzen wohl 2000, zum Protestzug formieren, sich unterhaken oder händeklatschend nun endlich ihr politisches Anliegen skandieren, das in der Kirche nicht erklingen durfte: ‚Neues Forum zulassen‘.“¹⁶

Die Fehleinschätzung Lepenies liegt aber nicht allein an empirischen Schwächen. Auch begrifflich liegt er falsch. Anders als der angesehene Wissenschaftler es konstatiert, kann man weder in Leipzig noch in Osteuropa der Intellektuellen „heroisches Comeback auf der politischen Bühne“¹⁷ bestaunen. Intellektuelle westlicher Prägung waren in den kommunistischen Staaten nicht vorgesehen, also auch im ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat nicht. Es gab sie ganz offiziell nicht, weil man strikt von einer „sozialistischen Intelligenz“ sprach; diese hatte für Staat und Staatsideologie eine affirmative Rolle zu spielen. Der Intellektuelle pluralistischer Gesellschaften erfüllt dagegen eine ganz andere Funktion: Er nutzt im Idealfall den Resonanzboden einer weitgehend unzensurierten öffentlichen Meinung, um – notfalls auch gegen den Staat – an bestimmte Werte zu appellieren.

Es gibt, wenn man die Leipziger Situation erneut genauer betrachtet, sehr wohl eine Rückkehr intellektuellen Engagements – aber sehr vorsichtig, tastend und den brisanten Umständen Rechnung tragend. Nicht Heroen traten auf die Bühne, sondern besorgte Menschen, die ihre anerkannte intellektuelle Position in enger Abstimmung mit Kadern der SED nutzten, um ein mögliches Blutvergiessen vor der entscheidenden Montagsdemonstration zu verhindern.

Ohne den so genannten „Aufruf der Sechs“ ist der Verlauf der Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 nicht denkbar. Drei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und drei SED-Funktionäre mahnten in der zugespitzten Situation zur Besonnenheit: Auf der einen Seite Zehntausende, die nicht mehr wollten; auf der anderen Seite ein hochgerüsteter Sicherheitsapparat, von dem keineswegs klar war, dass er nicht mehr konnte. Natürlich trug der offiziell auf Betreiben des Gewandhauskapellmeisters Kurt Masur zu Stande gekommene Appell¹⁸ jenes emphatische Mo-

¹⁴ Siehe oben Fussnote 2.

¹⁵ Friedrich Magirius: *Wiege der Wende*, in: *Leipziger Demontagebuch. Demo – Montag – Tagebuch – Demontage*, 3. Auflage, Leipzig/Weimar 1991, S. 10.

¹⁶ Jochen Steinmayr: „Unglaubliches ist geschehen“: Zum ersten Mal behinderte die Polizei einen Protestzug nicht, in: *Die Zeit*, Nr. 40, 29.9.1989, S. 7.

¹⁷ Lepenies, *Fall und Aufstieg...*, a.a.O., S. 12.

¹⁸ In der vorherrschenden populären Darstellung heißt es, Masur selbst habe den Aufruf initiiert. Der Stardirigent habe sich geweigert, mit dem Gewandhausorchester zu proben, während draußen ein Massaker stattfinden könne, schrieb etwa Alexander Smoltczyk: "Feuert's Magazin leer bis zur letzten Mumpel!", in: *die tageszeitung*,

ment des „mêler directement aux affaires de la cité“,¹⁹ auf das Lepenies ja anspielt. Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler lassen ihr Werk sinken, um sich – wie einst Emile Zola in der Geburtsstunde des Intellektuellen westlichen Typs, der Dreyfuss-Affäre – um der Gerechtigkeit willen mit dem kritischen Wort an das große Publikum zu wenden und, wie im Leipziger Fall, für einen unbedingt friedlichen Umgang miteinander bei der Demonstration am Leipziger Ring zu werben.

Im Grunde aber kommen wir mit dem westlichen Begriff des Intellektuellen nicht weiter, wenn wir die „normale Situation“ der Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft analysieren wollen, in der sich auch die junge Intelligenz der Hochschule befand. Gerade an den Universitäten, wo die künftigen Kader erzogen und ausgebildet wurde, hatte die Intelligenz ganz besonders repressive Bedingungen zu gewärtigen.

Die Intelligenz hatte sich, dem ideologischen Verständnis des Marxismus-Leninismus nach, fest an der Seite der Arbeiterklasse aufzuhalten.²⁰ Die politische Macht zog sich seit der Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultäten eine eigene, sozialistisch orientierte Intelligenz groß. Sie wachte mit einem weiten Feld subtiler bis knallharter Sanktionierungsmaßnahmen darüber, dass diejenigen, die mit dem gesprochenen und geschriebenen Wort umgingen, es nicht zur Kritik der bestehenden Verhältnisse oder der herrschenden Ideologie „missbrauchten“. Eine unabhängige, eine „sozial freischwebende Intelligenz“,²¹ um das klassische Wort Mannheim/Webers aufzunehmen, war systemisch nicht nur nicht vorgesehen – sie wurde bekämpft.

Natürlich geschah dies besonders an den Universitäten, jenen Orten, an denen die „sozialistisch orientierte“ Intelligenz ausgebildet wurde. Dort sorgte ein engmaschiges Sicherungsnetz dafür, dass keiner vom rechten Weg des Marxismus-Leninismus abkam. Zu dem Netz gehörten, als die bestimmenden Institutionen, die Kreisleitung der SED an der Uni, deren Chef mehr zu sagen hatte als der Rektor; der FDJ-Kreis mit seinen vielen Grundorganisationen in den Sektionen bis hinunter in die FDJ-Seminargruppe; und schließlich die offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit an der Uni. Ein Schlaglicht auf diese im Westen kaum vorstellbare Situation warf ein Student in einem Gruppeninterview. Er berichtete über eine Initiative

24.10.1989. Masur selbst gibt an, er sei an diesem Tag nach der vormittäglichen Generalprobe nach Hause gefahren, um sich für die abendliche Vorstellung auszuruhen, habe aber vorher in der SED-Bezirksleitung angerufen und dem dort für Kultur zuständigen Sekretär Meyer gesagt, er sei durch kirchliche Kreise über Pläne zur Niederschlagung der am Abend zu erwartenden Demonstration informiert worden und möchte mit ihm darüber sprechen. Zwischen dem Kabarettisten Bernd-Lutz Lange und dem für Hochschulen/Wissenschaft zuständigen Bezirksleitungssekretär Wötzel gab es dann im Laufe des Tages eine Verständigung darüber, dass erkennbar verschiedene Leute einen gemeinsamen Aufruf zur Gewaltlosigkeit und zum Dialog starten müssten. Dieser wurde schließlich am frühen Abend im Hause von Kurt Masur von allen sechs Unterzeichnern gemeinsam formuliert. (Vgl. Ekkehard Kuhn: Der Tag der Entscheidung. Leipzig, 9. Oktober 1989, Berlin/Frankfurt a.M. 1992, S. 75, 114-119) Jedenfalls war die Beteiligung von Masur an dem Aufruf wichtig, weil Masur wegen seiner auch vom DDR-Regime unangreifbaren Stellung den ganzen Vorgang nachhaltiger absichern konnte als die anderen Beteiligten, die, wenn überhaupt, höchstens lokal bekannt waren.

¹⁹ Dieses direkte Eingreifen in die Angelegenheiten der Stadt, der Gesellschaft, ohne dafür formal zuständig zu sein, ist eine Besonderheit des französischen Intellektuellenbegriffes; Bernhard-Henri Lévy nennt sie „autoproclamation“, „mandat sans élection“: Bernhard-Henri Lévy et Jean Lacouture, „Et le siècle inventa les intellectuels“, in: *Le Nouvel Observateur*, 14.-20. Mars 1991, S. 133.

²⁰ Autorenkollektiv u.d.Ltg.v. Manfred Lötsch: Zur Entwicklung der Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft, Berlin (DDR) 1980, S. 9.

²¹ Karl Mannheim verweist darauf, der Begriff stamme aus „Alfred Webers Terminologie“, vgl. Mannheim, Ideologie und Utopie, 7. Aufl., Frankfurt a.M. 1985, S. 136.

zur Gründung einer eigenen Zeitschrift an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Es habe alles abgesegnet sein müssen, sagte er, sonst wären die „üblichen Schwierigkeiten“ mit der Stasi entstanden: „Und davor hatten wir natürlich ein bißchen Angst. Denn wir wollten ja alle weiterstudieren und waren insofern in unserem Protest ziemlich gebremst.“²²

Die ideologische Einbindung in FDJ und SED – so wenig sie bei den einzelnen verfiel –; die soziale Absicherung durch Stipendium, Wohnheimplatz und Absolventenvermittlung; die drohende Relegation bei unbotmäßigem Verhalten; die kleinen universitären Abartigkeiten des vormund-schaftlichen Staates – dies alles hat insgesamt Kritik erheblich erschwert und zum anderen korrumpierende Effekte ausgeübt. Der Studierende hatte als junger Intellektueller seinen Platz nicht an der Universität. Alles dies, was Walter Dirks kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als typisch für die Lebensbedingungen Studierender beschrieb, gab es in der DDR nicht:

„Es ist die Freiheit, diese Unabhängigkeit, diese Chance für die Wahrheit des Ganzen, für die Kritik des Weges, den die Gesellschaft geht, und für den Entwurf des Weges, den die Gesellschaft gehen sollte.“²³

Von daher wird gerade umgekehrt ein Schuh daraus: Es war unhistorisch und systemblind, wie Lepenies und mit ihm so viele andere, die Studierenden, Schriftsteller, Theaterleute, Künstler usw. im Osten abzuurteilen. Angesichts der geschilderten Bedingungen ist es im Gegenteil umso bemerkenswerter, was Studierende in ihren Universitäten erreicht haben. Sie haben sich erstaunlich schnell von der überwachten und staatstreuen Intelligenzja zu Intellektuellen westlichen Typs gemauert.

IV. Warum die Studenten nicht “die Speerspitze der Revolte” sein konnten

Lepenies zweite These lautet, eng an die erste angelehnt: „Im Gegensatz zur Tschechoslowakei waren Künstler und Studenten in der DDR keineswegs die Speerspitze der Revolte.“²⁴

Lepenies liegt mit dieser These gewiss nicht falsch. Der analytische Wert dieser Aussage aber bestünde gerade darin, herauszufinden und zu beschreiben, warum die Studenten nicht Speerspitze waren. Wer wie Lepenies hemdsärmelig sich die „Speerspitze der Revolte“ herbeizitiert, der verkennt die Situation in den Universitäten in den Monaten Oktober 1989 bis März 1990. Die Situation lässt sich zurückhaltender und präziser unter den Begriff der sozialen Innovation fassen. Der Übergang in den Universitäten fand geordnet und nicht etwa heroisch statt. Die Akteure des Wandels brachten neue Themen auf die Tagesordnung. Sie mussten dazu dem freien Wort erst einen Raum der Auseinandersetzung schaffen. Und schließlich die Innovation umsetzen – was schon nicht mehr Job der machtkritischen Intellektuellen ist, sondern der machtbewusster Meinungsführer.

Schon der Beginn der Ereignisse zeigt, wie vorsichtig der Wandel sich abzeichnete. Am 5. Oktober 1989, also zwei Tage vor dem für die SED so katastrophal verlaufenden 40. Jahrestag der DDR-Gründung, formulierten Studenten in Leipzig eine Stellungnahme “über die Ereignisse der

²² Aus einer Gruppendiskussion mit Leipziger StudentInnen aus dem StuRa; die Abschriften der Gespräche sind dokumentiert im Anhang meiner am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin vorgelegten Diplomarbeit: Füller, Die Rolle der Studierenden..., a.a.O., Anhang II: GrDiskL1, hier S. 5.

²³ Walter Dirks: Die Verantwortung des Studenten für Volk und Staat. Die Verantwortung der Universität, Würzburg 1954, S. 56.

²⁴ Lepenies, Fall und Aufstieg..., a.a.O., S. 13.

letzten Wochen“. Eine politische Lösung, heisst es für den Westleser des Papiers kryptisch, bedürfe „Möglichkeiten der öffentlichen Meinungsäußerung für alle beteiligten Seiten“, es sei „umfassende Information über die Ereignisse der letzten Zeit nötig“.²⁵ Neue, eigene politische Themen wird man vergeblich suchen. Und das ist auch verständlich. Das politische System DDR war zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend gelähmt. Es agierte nur mehr als repressiver Apparat der Dialogunterdrückung. Die Studierenden forderten, diesen „bloßen Einsatz von Polizeigewalt und die Kriminalisierung der Demonstranten in den Medien“ zu beenden. „Ohne Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das heißt Dialog mit allen Bürgern auf einer neuen Ebene, wird eine Gesundung und ein Fortschritt unseres sozialistischen Staates nicht möglich sein.“²⁶ Das war zwar eher Bitte denn Appell. Dennoch finden sich in diesem Eingriff in das politische Leben die wichtigsten Forderungen Intellektueller: alle Informationen, offene Debatte, Wahrung des ersten, des grundlegenden Menschenrechts auf körperliche Unversehrtheit sowie der – gewiss nicht bewusste – Rückgriff auf die *Habeas Corpus*-Akte:²⁷ die Freilassung der Gefangenen. Im Westen war das gewiss eine Selbstverständlichkeit; im Osten Deutschlands zu jener Zeit eine unerhörte Forderung.

Wenige Tage später, genau: am Tag nach der Montagsdemonstration vom 9. Oktober, verfassten die Medizinstudierenden einen Appell. Er richtete sich an ihre Professoren, die doch selbst tief in die Machtmechanismen der DDR verstrickt waren: „... wenden wir uns an Sie und fordern Sie auf, ihrer Pflicht als Hochschullehrer und Wissenschaftler gerecht zu werden und zum derzeitigen gesellschaftlichen Zustand Stellung zu nehmen.“²⁸

Das sind Zeugnisse zugleich intellektuellen Engagements wie intellektueller Hilflosigkeit. Sie zeigen, wie grotesk verriegelt das politische System war. Es ging, beinahe wie im nachmittelalterlichen England, um die Verhinderung schierer Gewalt und den Wunsch, überhaupt ins Reden zu kommen. Dazu wandte man sich ausgerechnet an die Professoren.

Um die Situation zu verstehen, muss man die Akteure selbst zu Wort kommen lassen. Einer der Autoren des Professorenappells äußerte sich zum Zustandekommen dieser Briefe. Nach den Sommerferien, während derer Zehntausende vor den politischen Verhältnissen nach Ungarn und in die CSSR davongelaufen waren, hätte er mit einigen KommilitonInnen zu überlegen begonnen. „Ohne überhaupt irgendeine Grundlage zu haben, was man überhaupt machen könnte“, hätten sie „angefangen, irgendwelche Dinge zu schreiben“. Dabei sei jedes Wort stundenlang diskutiert worden. „Und dann haben wir angefangen, Versammlungen zu machen. Ganz schüchtern eigentlich und auch nicht in der Hoffnung, daß es irgendwie was bringen würde.“ Dazu seien dann schnell 200-300 Leute gekommen.

²⁵ „Stellungnahme“, Brief an Zentralrat der FDJ u.a., Leipzig, den 5.10.89, „Die Studenten des 4. Studienjahres am Bereich Medizin der KMU“ [Originaldokument aus der „Wendezeit“, das bislang in keiner Veröffentlichung erscheint; eigene Recherchen, cif 1992] .

²⁶ ebd.

²⁷ Die *Habeas Corpus*-Akte ist einer der Vorläufer von Menschenrechten. Sie bot den Menschen im England des 17. Jahrhunderts erstmals Schutz vor willkürlicher Verhaftung durch die Obrigkeit und Sicherung persönlicher Freiheit.

²⁸ „Brief an die Hochschullehrer...“, Leipzig, den 10.10.1989. Die Studenten des 4. Studienjahres am Bereich Medizin der Karl-Marx-Universität Leipzig“ [Originaldokument aus der „Wendezeit“, das bislang in keiner Veröffentlichung erscheint; eigene Recherchen, cif]

„Es war noch kein Rezept da, es wurde einfach gejammert; es wurde kritisiert. Und dann wurde diskutiert ... Gegen die FDJ. Wir müssen was machen, weil wir gegen die FDJ sind. Es wurde keine eigene Linie entwickelt, sondern es wurde aus Opposition gegen diese Alleinvertretung [agiert, cif].“²⁹

Die Möglichkeiten (und auch der Mut), eigene Veranstaltungen durchzuführen, entstanden erst nach der entscheidenden Montagsdemonstration. Eine Woche darauf diskutierten Studierende in der Sektion Psychologie über die Frage: „Wie verhalten sich die Studenten bei der Montagsdemonstration?“ Bei den Theologen fand, ebenfalls am 17. Oktober, ein Treffen von Studenten verschiedener Sektionen statt. Gemeinsam war diesen Veranstaltungen, dass sich relativ schnell herausstellte: Die FDJ ist nicht mehr tragbar; es muss eine eigene, unabhängige Studentenvertretung geben.

Wesentlich erscheint mir, einige Aspekte der Gründungsphase des StuRa herauszuheben, um zu zeigen, wie wenig Triebkraft von dieser verfassten Organisation für den Wandel ausgehen konnte. Die Masse der Studenten interessierte sich ohnehin von Anfang an kaum für den StuRa. Und das Modell zeigte in seiner „Verfassungswirklichkeit“ zudem sehr schnell Abschließungsercheinungen. Seine Bildung war begleitet von geschäftsordnungsmäßigen Kleinkariertheiten.

Zwar nahmen an den jeweiligen Treffen Hunderte von Studierenden teil. Dennoch blieben die politisch Interessierten bei diesen Treffen praktisch unter sich. Umfrageergebnisse des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung bestätigen diesen für die Uni selbst nur schwer quantifizierbaren Befund. 97 Prozent der Studierenden sprachen sich für den StuRa als Organisationsmodell aus – nur 30 Prozent zeigten sich an einer Mitarbeit überhaupt interessiert. Tatsächlich arbeiteten weniger als 10 Prozent im StuRa mit.³⁰ Der Kern der Bewegung für eine unabhängige Studentenvertretung zeigte also sehr schnell die Tendenz, sich von den anderen Studierenden abzuschließen.

Das am 24. Oktober während eines weiteren Treffens – im Studentenkeller der Theologen – favorisierte Modell zeichnete sich zunächst durch ein deutliches „legislatives“ Übergewicht und Offenheit aus. Der Studentenrat sei die Versammlung der Sektionssprecher der KMU, die erstinstanzlich die Interessen der Studierenden verhandle. Von Sprechern des StuRa war erst spät in der Aufzählung die Rede. Deren Vereinbarungen mit anderen Instanzen waren eng an die Basis gebunden. Sie sollten erst dann Gültigkeit erlangen, „wenn ein entsprechender Beschluß von Studentenrat oder Vollversammlung oder per Urabstimmung angenommen worden ist“.³¹ Prinzip des StuRa solle sein, so heißt es in dem Entwurf, dass er „keine administrative Gewalt ... gegenüber der Studentenschaft“ habe.

Die auf einem Arbeitswochenende in einer Jugendherberge erarbeitete Satzung stärkte allerdings das exekutive, administrative Moment im StuRa. Es wurde eine „Koordinierungsgruppe“ in die Satzung aufgenommen, die aus zwei Sprechern und drei Koordinatoren bestehen sollte. Die Einsetzung solcher Gruppen konterkarierte zugleich erheblich die in der Satzung betonte Offenheit. Motivationsschübe auf die ohnehin unpolitische Studierendenschaft konnten davon schwerlich ausgehen.

Überhaupt scheint der Kampf um eine demokratische Studentenvertretung schnell alles andere als mitreißend gewesen zu sein. Eine von den Aufbegehrenden ausgehängte Information für

²⁹ Aus einem Gruppengespräch mit Leipziger Studenten; GrDiskL2, S. 2.

³⁰ Diese Zahlen stammen aus der Untersuchung Student 90; vgl. Anmerkung 6.

³¹ Koordinierungsgruppe zur Gründung einer Studentenvereinigung an der KMU Leipzig. Leipzig, den 25.10.1989, zit. nach: StudentInnenrat Universität Leipzig (Hrsg.), Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung, Leipzig 1991, S. 13.

Studierende hatte noch zu dieser Zeit in Klammern am Fußende den Vermerk nötig, dass die FDJ-KL sie zur Kenntnis genommen hatte, das heißt: genehmigt hatte. Die junge Studentenbewegung lähmte sich zudem mit ihrem eigenen, aber missverstandenen Ziel: einem pedantischen Anspruch an Demokratie.³² Es sei zu Beginn der Bewegung nicht um den Sturz des Systems gegangen, meinte einer der Teilnehmer der Gruppengespräche, sondern um seine Reformierung; darum, dass man in erster Linie „demokratische Strukturen“ hereinbrächte. „Da wollte man das von Anfang an so richtig schön demokratisch machen. Es wurde ständig versucht, das in allen Handlungen durchzuhalten.“³³ Das war ein hoher Anspruch, den nicht wenige der Beteiligten im nachhinein dennoch kritisierten: „Das war eigentlich eklig“, meinte ein Gruppendiskutant. Warum? „Weil es in dem Moment nicht so sehr darauf ankam, eine Legitimation für sich selbst zu finden, sondern was zu bewegen.“³⁴

V. Abwicklung: Weil Studenten ihre Professoren nicht zur Rechenschaft zogen

Lepenies' dritte These lautet: Die StudentInnen würden, wie die künstlerische und wissenschaftliche Intelligenz, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR „für den politischen Wiederaufbau zunächst keine entscheidende Rolle spielen“.³⁵

Aus der Sicht der StudentInnen ist die Frage nach ihrer politischen Rolle ohne den Faktor ProfessorInnen nicht beantwortbar. An den Profs scheiterten die Studierenden. Die Profs verschafften der sich ankündigenden Übermächtigung durch die Bundesrepublik eine frühe Wirkung. Letztlich der Profs wegen wurden die Universitäten bzw. Teile von ihnen abgewickelt.

Eine konsequente Aufarbeitung der professoralen Vergangenheit hat nur zögerlich stattgefunden. „Befragen Sie Ihre Lehrer“, ermahnte Konrad Weiß in einer Rede die Erstimmatrikulierten der Humboldt-Universität noch im Oktober 1990:

„Lassen sie sich nichts von Leuten einreden, die sie vor einem Jahr für das, was sie nun selbst lehren, exmatrikuliert oder an den Staatssicherheitsdienst verraten hätten. Sie haben das Recht, von ihren Lehrern Rechenschaft zu verlangen; nehmen sie es wahr.“³⁶

Das ist weder am Anfang des studentischen Protestes in den DDR-Universitäten geschehen, noch wandten die Studierenden die peinliche Professorenbefragung in der Zeit danach an. Die „Aufarbeitung wird nur so konsequent geführt werden, wie ihr sie einfordert“,³⁷ sagte das Gründungsmitglied des Berliner StuRa, Carola Ritter, gleichfalls im Oktober 1990. Weil aber die Studierenden es nicht angingen, übernahm die westdeutsch beratene Wissenschaftsadministration die Säuberung.

³² Ich habe im Gegensatz dazu oben von einem „erstaunlich pragmatischen Umgang“ mit den demokratischen Selbstverwaltungsgremien gesprochen. Das war an der Humboldt-Uni der Fall und dort vor allem in den ersten beiden Jahren des Studentenrats. Der StuRa in Berlin legte nach meinen Beobachtungen großen Wert darauf, keine ausufernden Diskussionen zu führen, sondern stets Entscheidungsfähigkeit zu demonstrieren. In Leipzig hingegen gab es, zumindest am Anfang, kleinkarierte Auseinandersetzungen, die teilweise von Ex-FDJ-Kadern angezettelt wurden. Dem StuRa sollte so wohl ständig vor Augen gehalten werden, wie undemokratisch er doch eigentlich sei.

³³ GrDiskL1, S. 12.

³⁴ GrDiskL2, S. 3.

³⁵ Lepenies, *Wir sind kein besiegt Land*, a.a.O., S. 77.

³⁶ Konrad Weiß auf dem Festakt für die Neuimmatrikulierten am 17.10.90, zit. nach: *UnAufgefordert*, Nr. 16, 31.10.1990, S. 4.

³⁷ Carola Ritter, ebd., zit. nach: *UnAufgefordert*, Nr. 16, 31.10.1990, S. 3.

Es ging dabei zum Beispiel um die paritätische Mitbestimmung in den Gremien der Universität. Sie stand allenthalben auf den Forderungskatalogen der Studierenden. Dagegen aber votierten die Professoren. Das war verständlich, weil in ihrem Interesse: Sie warteten auf das Hochschulrahmengesetz und damit die durch das bundesdeutsche Verfassungsgericht garantierte Mehrheitsposition in den Selbstverwaltungsorganen. Für den Senat der Universität zum Beispiel sollten die gleichen Mitbestimmungsparitäten gelten, wie sie das Hochschulrahmengesetz vorsieht. Ihr wesentliches Merkmal ist, dass den Professoren eine Stimme Mehrheit über die Summe der Stimmen aller anderen Funktionsgruppen an der Universität zusteht.

Die westdeutschen, professoral geprägten Administrationen wollten diese Regelung auf jeden Fall beibehalten. Aber sie sollte auf keinen Fall den „nach altem DDR-Recht ernannten Hochschullehrern“ zugute kommen. So beschrieb die in Berlin tagende „Ständige Konferenz der Kultusminister“ die ProfessorInnenchaft der DDR. Ganz richtig vermutete man in ihren Reihen Professoren mit mehr ideologischer als wissenschaftlicher Kompetenz, solche, die für politische Relegationen verantwortlich waren und andere. Aber für eine differenzierte Aufarbeitung aus den Universitäten heraus sahen die Kultusminister und deren Bürokraten ebensowenig eine Chance, wie sie Lust darauf hatten, „dass die noch nach altem Recht ernannten Hochschullehrer [in den Organen der Hochschulen] über die Mehrheit verfügen“.³⁸ Also, so die Empfehlung, sollten die Bundesländer „von der Abwicklungsalternative *vorsorglich* Gebrauch machen [Hervorhebung, cif]“.³⁹

Verkürzt gesagt, bedeutete das: Die Studierenden hätten sich nur mit einer konsequenten Politik der Vergangenheitsbewältigung in den Reihen der ProfessorInnen ihre politische Handlungsfähigkeit erhalten können. Vielleicht. So aber wurde die Abwicklung in Gang gesetzt, eben wegen der Profs. Die Abwicklung aber ist die Holzfällermethode gegen das bestehende politische System. Es wird durch die dominierende Gesellschaft „aufgesogen“.⁴⁰ In dieser dann systemisch dominierten Transformation bleiben für die Individuen, jene Studenten, die sich im Laufe des Umbruchs zu jungen Intellektuellen emanzipiert haben, kaum oder keine Spielräume mehr.

Die Studierenden der DDR machten den Fehler, ihre Professoren nicht kritisch zu hinterfragen, und verabschiedeten sich damit als ernstzunehmender politischer Akteur. Mehr als eine ebenso hilflose wie wütende, nur selten ironisch verarbeitete Haltung prinzipiellen Contra-Gebens war nicht mehr gegeben. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Studentenbewegung Ost, die Studentenratsinitiative, ganz grundsätzlich der Position ihrer Kommilitonen aus dem Westen angenähert: der einer marginalisierten, nicht zu beachtenden Gruppe, die praktisch ohne jeden politischen Einfluss ist.

³⁸ Entwurf für einen Beschluß der Kultusministerkonferenz, zit. nach: *die tageszeitung*, 12.1.1991, S. 5.

³⁹ ebd.

⁴⁰ Gert-Joachim Glaebner, Referat auf dem „Bremer Symposium über DDR- und Deutschlandforschung“, zit. nach: *Deutschland Archiv* 23(1990), S. 1867.

Die StuRa-StoRy

Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989

Peer Pasternack

Es begann im Oktober 1989. Die Studierenden waren nicht die Speerspitze des gesellschaftlichen Umsturzes in der DDR gewesen. Das einte sie mit Gemüsehändlern, Produktionsarbeitern oder Betriebsabteilungsleitern, also ihren Eltern. Es gab keine sozialmilieubestimmte Gruppe, die Träger des überraschenden Vorgangs war. Freilich gab es solche Gruppen, die seine emanzipatorischen Chancen nutzten.

Die DDR-Studierenden, zum Beispiel, begannen zügig, sich selbstbestimmt zu organisieren. Von Lenin und dem Neuen Forum schauten sie sich den Rätegedanken ab. Fortan waren sie zumindest an den Hochschulen die erste und längere Zeit einzige Gruppe, die als Gruppe auftrat. Die Organisationsfrage ist zentral in einer Revolution – auch das hatten die DDR-StudentInnen in den Zwangsvorlesungen zur KPdSU-Geschichte gehört. Folglich gründeten die Studentenräte alsbald auch einen Dachverband. So hatte die nun folgende Geschichte begonnen.

StudentInnen im Herbst '89

1989 absolvierten in der DDR an 54 Hochschulen ca. 135.000 und an rund 250 Fachschulen ca. 94.000 Studierende ein Direktstudium. Für den (drei- bis vierjährigen) Fachschulbesuch war das Abitur keine Voraussetzung. Rund zehn Prozent eines Altersjahrgangs erwarben das (zulassungsbeschränkte) Abitur und nutzten die damit erworbene Hochschulzugangsberechtigung auch fast vollständig. Die Studierenden an Hochschulen machten ca. achtzig Prozent der GesamtstudentInnenschaft aus.¹

Der Staat sicherte allen Hoch- und FachschulabsolventInnen einen Arbeitsplatz zu (auch wenn die bildungsplanerischen Vorausberechnungen des Akademikerbedarfs sich nie bestätigten). Gleichzeitig hatte sich jede/r StudienanfängerIn verpflichten müssen, nach Abschluß des Studiums drei Jahre dort zu arbeiten, wo es die „gesellschaftlichen Erfordernisse“ gebieten.²

In diese Atmosphäre des Behütetseins platzte der '89er Herbstumbruch hinein. In der Kernphase des Umbruchs in der DDR verhielten sich die Studierenden – wie die WissenschaftlerInnen

¹ Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, Köln 1990; Michael Leszczensky/Bastian Filaretow: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick. Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover o.J. [1990].

² Vgl. die entsprechende Verpflichtungserklärung, abgedruckt in: Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung in den fünf neuen Bundesländern (Hg.), Der Ostreader. Versuch über Medizinstudium und studentische Interessenvertretung der Medizinstudierenden in den neuen Bundesländern, Leipzig o.J. [1993], S. 4.

und die Hochschulen insgesamt – sowohl differenziert als auch widersprüchlich. Unterschieden werden muß zwischen dem Verhalten der Hochschulen, von Gruppen und der Individuen:

- Die *Hochschulen* glänzten – obwohl es auch in ihnen gährte – während des Umbruchs vor allem durch Disziplinierungsversuche gegenüber ihren Angehörigen. Erst relativ spät schalteten sie sich in den sog. *Dialog* ein. Treibende Impulse gingen von den Hochschulen als Institutionen kaum aus.
- Die *Gruppen* an den Hochschulen wurden *als Gruppen* während der Anfangsphase des Umbruchs kaum aktiv. Das Verhalten der meisten ProfessorInnen war vor allem durch Ängstlichkeit geprägt. Die Studierenden durchbrachen als erste hochschulische Gruppe tradierte Muster: Sie griffen das herrschaftlich angemessene Vertretungsmonopol der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an, organisierten die Bildung eigenständiger studentischer Interessenvertretungen (StudentInnenRäte) und setzten diese durch.³
- *Individuell* beteiligten sich mehr Hochschulangehörige an den zusammenbruchsfördernden Demonstrationen, als dies übliche Klischees vermitteln. So geben Heublein/Brämer zur individuellen Beteiligung an den 1989er Herbst-Demonstrationen – ein denkbarer Indikator für die Messung von Aktivitäten innerhalb des Umbruchs – in einer Auswertung der Untersuchung *Student 90* an: „Im Durchschnitt hat sich jeder DDR-Studierende an vier Demonstrationen beteiligt, jeder fünfte sogar an mehr als fünf.“⁴ Dies geschah, ohne daß sie dort *als Gruppe* der StudentInnen aufgetreten wären.

Geprägt waren die Diskussionen an den Hochschulen in dieser Zeit besonders stark von einem damals kurze Zeit vorherrschenden gesellschaftlichen Grundkonsens – auch dann noch, als dieser Grundkonsens gesellschaftlich nicht mehr bestand: Das, was angestrebt wurde, sollte in irgendeiner Weise eine solidarische Gesellschaft werden, eine Alternative zum kapitaldominierten Gesellschaftsmodell des entwickelten Westens des Nordens. In den vorhandenen Grundstrukturen der DDR-Gesellschaft, insbesondere in der Dominanz des (formal) vergesellschafteten Eigentums wurde eine strukturelle Ausgangsbedingung für eine tatsächlich emanzipatorische Entwicklung gesehen. Hier gab es Parallelen zu weiten Teilen der Bürgerbewegungen.

Dass die Studenten sich zuvor nicht zu einem kollektiven (Mit-)Auslöser des Umbruchs auf der Straße formiert hatten, kann kaum verwundern. Es hatte dies eine gesellschaftliche und eine gruppenspezifische Ursache. Erstere ist oben bereits genannt worden: Nicht nur die Studierenden waren kein kollektiver Träger der Demonstrationen, sondern der gesamte 89er Herbst-Aufbruch wurde von keiner sozialmilieubestimmten Gruppe initiiert und getragen. Vielmehr war dieser Aufbruch der DDR-Gesellschaft von politisch motivierten, nämlich den Bürgerrechtsgruppen als punktueller Protest initiiert worden; zu Massen auflaufende Einzelindividuen jeglicher sozialer Herkunft verallgemeinerten den Aufruhr; das Regime schließlich, das seiner Selbstgewissheit verlustig gegangen war, tolerierte den Vorgang faktisch.

Gruppenspezifisch erklärt sich die studentisch-kollektive Abstinenz bei der *Auslösung* des Umbruchs aus biographischen Prägungen: Als dritte Generation der DDR unter permanenter

³ Vgl. die Kapitel „Die DDR-Studenten im Herbst 89“ und „Die Studentenbewegung zwischen Anspruch und Realität“, in: Malte Sieber/Ronald Freytag, *Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89*, Berlin 1993, S. 71-147.

⁴ Ulrich Heublein/Rainer Brämer: *Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch*, in: *Deutschland Archiv* 9/1990, S. 1397-1410, hier 1403.

staatssozialistischer Indoktrination sozialisiert, in rigide wirkenden, zusätzlich disziplinierenden Ausleseprozessen an die Hochschule gelangt und dort in ein verschultes Studiensystem integriert, hatten die Studierenden ein bedeutendes Maß an Fremdwangsteuerung internalisiert.⁵ Um so mehr überrascht es, dass sie dann nach kurzer Zeit auch Selbststeuerungspotentiale zu mobilisieren vermochten.

Eine inhaltliche Erklärung für die studentische Bereitschaft zu gestalterischem Handeln ab Mitte Oktober 1989 findet sich in dem Umstand, dass die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System bereits in den letzten Jahren zuvor rapide abgenommen hatte. In den achtziger Jahren war – nach den Untersuchungen *Studentenintervallstudie 1977* und *Student 89* – unter den DDR-Studenten ein signifikanter Ablösungsprozess von der SED- und Staatsführung zu beobachten. Die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED, im Jahre 1977 noch 32%, war im Frühjahr 1989 auf 7% gefallen. Diejenige mit der FDJ hatte einen Rückgang von 1977 36% auf 1989 2% zu verzeichnen.⁶

Allein: Diese Distanzierungen geschahen vor dem typischen Hintergrund der geschlossenen Gesellschaft. Das unmittelbare Erleben von und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Alternativen war versperrt. Es konnte folglich die erlebbare Gesellschaft nur mit ihren eigenen selbstformulierten Ansprüchen verglichen werden. Derart basierte der studentische Distanzierungsprozeß u.a. gerade auf dem Ernstnehmen der vorgegebenen sozialistischen Programmatik und nicht auf einer Loslösung von dieser.⁷

So sahen viele der Studierenden nun zunächst vor allem eine Chance: Liberalisierungen der erstarrten Strukturen selbstbestimmt mit vorantreiben und nutzen zu können.⁸ Noch in den Herbstwochen des Jahres 1989 wurden auf Initiative der Studierenden Pflichtsport, Pflichtfremdsprachenausbildung und Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) abgeschafft. In den Gremien zahlreicher Hochschulen sollten die studentischen VertreterInnen in der Folgezeit permanente Impulsgeber werden.⁹

Auffällig aber vor allem war, dass auch sofort die Notwendigkeit der Organisierung der studentischen Interessen erkannt wurde. In Gestalt der Studentenräte, später StudentInnenRäte (StuRa/StuRä) wurde ein eigenständiges Organisationsmodell entwickelt und durchgesetzt. Dies bleibt vor allem anderen bedeutsam: Die Studierenden erkämpften sich im Herbst 1989 selbstbestimmt eine eigene organisatorische Struktur und waren damit allen anderen Gruppen an den DDR-Hochschulen zeitlich weit voraus.

⁵ Vgl. ausführlicher zu den Studierenden in der DDR: Sieber/Freytag, *Kinder des Systems...*, a.a.O., S. 17-52.

⁶ Uta Starke: *Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit*, in: *hochschule ost* 8/1992, S. 16-21, hier 16f.

⁷ Vgl. Heinz Ulrich: *Resignation und Entpolitisierung – die Studierenden auf dem Rückzug*, in: Peter Förster/Walter Friedrich/Harry Müller/Wilfried Schubarth: *Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt*, Opladen 1993, S. 208-216, hier 209.

⁸ Vgl. Ulrich Heublein: *Gesellschaftsbild und gesellschaftlich-politische Einstellungen ostdeutscher Studierender zur Zeit der Wende*, hrsg. von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, Halle/S. 1992.

⁹ Vgl. Christian Füller: *Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989–1990*. Überarb. Fassung d. Diplomarbeit am FB Politische Wissenschaft FU Berlin, Berlin 1991, S. 52-68; Sieber/Freytag, *Kinder des Systems...*, a.a.O., S. 71-147; exemplarisch für die Berliner Humboldt-Universität: Mechthild Küpper, *Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform*, o.O. [Berlin] 1993, S. 109-117.

Die Diskussionen um ein studentisches Vertretungsmodell und dessen Durchsetzung

In der DDR hatte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) ein studentisches Vertretungsmonopol. ‚FDJ‘ hieß zunächst: hauptamtliche FunktionärInnen. Zwar organisierte die FDJ als Staatsjugendorganisation, basierend auf dem Prinzip der Individualmitgliedschaft, den größten Teil der DDR-Jugend, so auch 95% der Studierenden. Doch ging deren Vertretung durch die hauptamtlichen FunktionärInnen oft genug an den tatsächlichen Interessenlagen der StudentInnen vorbei. Sie war geprägt durch politische und ideologische Vorgaben, durch das Streben nach Einvernehmen mit den jeweiligen Hochschulparteileitungen sowie Rektoratskollegien. Sie konnte infolgedessen – selbst bei auch vorhandenem guten Willen einzelner FunktionärInnen – den administrativ und durch das Selbstverständnis als „Kampfreserve der Partei“ gesetzten Rahmen kaum durchbrechen.

Folglich bestimmte im Herbst 1989 zunächst die Negation die Positionen: Gründungskonzepte für eine neue studentische Interessenvertretung wurden vor allem in dezidiert Abgrenzung von der FDJ formuliert.¹⁰

Ein anfänglicher wichtiger Diskussionspunkt bestand darin, ob ein neuer Verband (bzw. neue Verbände) für Studierende zu gründen sei oder ob besser ein Rätemodell zu favorisieren wäre. Zugleich bestand ein wesentlicher Kritikpunkt an der FDJ in folgender Tatsache: Diese FDJ gab immer vor, alle Studierenden – unabhängig von weltanschaulicher und politischer Orientierung – zu vertreten. Gleichzeitig jedoch vertrat sie immer nur eine ganz bestimmte politische Linie: die der jeweiligen Partei- und Staatsführung. Derartiges sollte nun, so die aktiven Studierenden, für die Zukunft ausgeschlossen werden. Desweiteren ging es darum, ein StudentInnenvertretungsmodell zu entwickeln, das bei den Studierenden überwiegende Akzeptanz erfährt. Dies hatte zweierlei zur Folge:

- Zum einen setzte sich das Rätemodell als vorzuschlagende Basisstruktur studentischer Vertretung durch. Studentische Verbände wurden als nichtkonkurrierende Strukturen einer anderen Ebene betrachtet.
- Zum anderen gab es aufgrund der Akzeptanzfrage Diskussionen um die Selbstdefinition der StuRä als „gewerkschaftlich“, „unpolitisch“, „quasigewerkschaftlich“, „ausschließlich soziale Interessen vertretend“ und dgl. Diese Diskussionen spielten sehr lange eine Rolle, zum Teil sind sie noch heute, 1999/2000, virulent. An den einzelnen Hochschulen wurde dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt. Die gesellschaftlichen Entwicklungen freilich zwangen in der Folgezeit oftmals auch den sich eher „quasigewerkschaftlich“ verstehenden StuRä eine gewisse Politisierung ihres Handelns auf.

Erwähnung muss finden, dass sich auch einige studentische Verbände bildeten, die allerdings meist lokal beschränkte Gruppen blieben (z.T. auch nicht mehr sein wollten). So gründete sich in Leipzig der „Studentenbund Leipzig“, dessen Aktivitäten sich in zwei Presseerklärungen erschöpften.¹¹ In Halle/S. wurde der „Bund Sozialdemokratischer Studenten“ gebildet, der später in den

¹⁰ Vgl. Konzepte und Standpunkte. Einige Dokumente zu neuen Formen studentischer Interessenvertretung, o.J. [November 1989], dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), Der ultimativ letzte Reader, Berlin 1994, S. 26-31.

¹¹ Gründungserklärung des Studentenbundes – Leipzig, 25.10.1989, Leipzig, unveröff.; Der Studentenbund Leipzig fordert eine provisorische Regierung und die Vorbereitung von Neuwahlen, 9.11.1989, Leipzig, unveröff.

Juso-Hochschulgruppen aufging.¹² Längere Zeit existierte in Jena die seinerzeit entstandene „Studentische Linke“.¹³ Ein größerer Teil von Studierenden gehörte zu den GründerInnen und AktivistInnen des „Marxistischen Jugendverbandes ‚Junge Linke‘“, der dann mit den westdeutschen Jungdemokraten fusioniert ist.

Eine Besonderheit der diesbezüglichen Entwicklungen stellten Versuche dar, innerhalb der FDJ einen Studierendenverband zu bilden. Anfangs war dies das einzige, worüber die FDJ überhaupt diskutieren wollte. Dann schlug sie eine Struktur vor, in der die StudentInnenRäte integriert sein sollten. Ihr praktisches Hauptproblem dabei war allerdings, daß es kaum jemanden gab, der mit ihr darüber diskutieren wollte. Schließlich favorisierten einige FDJ-FunktionärInnen die Bildung eines neuen Verbandes außerhalb der FDJ. Dies wurde auch realisiert: In Berlin gründete sich der Sozialistische Studentenbund (SSB), der dann aber auf Berlin beschränkt blieb.¹⁴

Im Laufe des Jahres 1990 gab es schließlich auch Versuche westdeutscher parteipolitischer Studierendenverbände, an den ostdeutschen Hochschulen Fuß zu fassen. Das kann im wesentlichen als fehlgeschlagen bezeichnet werden – erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erreichten Juso-Hochschulgruppen und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewisse Kontinuität in ihrer Arbeit an einzelnen Hochschulen. Die Ursachen für die anfänglichen Schwierigkeiten sind primär dieselben, die bald nach der Anfangseuphorie auch zum Abflauen der Mitarbeit in den StuRäs führten: Rückzug aus politischen Zusammenhängen, Individualisierung und vorrangige Orientierung auf Herstellung persönlicher Arbeitsmarktfähigkeit.

Die FDJ-Leitungen an den Hochschulen hatten bis Dezember 1989/Januar 1990 benötigt, um den Umstand zu verarbeiten, daß ihre Zeit abgelaufen ist. Dann beschäftigten sie sich mit ihrer eigenen Abwicklung. Es dauerte großteils noch bis Februar 1990 oder länger, bis sich die FDJ-Strukturen an den Hochschulen aufgelöst hatten.¹⁵

Die StudentInnenRäte kämpften während dessen intensiv um ihre Anerkennung als legitimierte Interessenvertretungen. Es gab dabei sowohl vorbehaltlose Anerkennungen seitens einzelner SektionsdirektorInnen wie auch zögerliche Haltungen vor allem bei Hochschulleitungen. Letztere beriefen sich auf die ungeklärte Rechtslage. Anfang Dezember legte das Ministerium für Bildung der DDR einen Verordnungsentwurf „Demokratische Mitbestimmung der Studenten“ vor.¹⁶ In diesem wurden Regelungen für die Arbeit der StuRä formuliert. Zum Erlaß einer solchen Verordnung kam es dann infolge der sich 1990 überschlagenden Ereignisse nicht mehr. Die StuRä setzten sich naturwüchsig durch.

¹² Vgl. den Beitrag von Johannes Wien/Christian Hingst: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Geschichte der sozialdemokratischen Studierendenverbände in Ostdeutschland, im vorliegenden Band.

¹³ Vgl. Tilo Schieck: Der Herbst der Studenten? Persönliches Resümee des Wendejahres an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: *hochschule ost* 6/1994, S. 102-108.

¹⁴ Vgl. dessen Selbstdarstellung in: Peter Gerstenberger/Manfred Zißler (Hg.), *Jugendbewegung in der DDR. Kurzporträts und Dokumente*, Berlin 1990, S. 118-122; einen früheren Diskussionsstand dokumentiert: Standpunkt des Zentralrats der FDJ zum Antrag der FDJ-Kreisleitung der Humboldt-Universität zu Berlin zur Bildung eines „Sozialistischen Studentenbundes in einer neuen FDJ“, dok. in Sieber/Freytag, a.a.O., S. 290.

¹⁵ Vgl. exemplarisch für Leipzig: StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung*. textsammlung. unkommentiert, Leipzig 1991, S. 9f.

¹⁶ Ministerium für Bildung: *Demokratische Mitbestimmung der Studenten*, o.O. [Berlin {DDR}], 7.12.1989, unveröff.

Hatte sich der erste StudentInnenRat an der Karl-Marx-Universität Leipzig bzw. an der Humboldt-Universität zu Berlin im Oktober bzw. November 1989 gegründet (es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die spontane Bildung eines vorläufigen, d.h. noch nicht durch Wahl legitimierten Rates – wie in Berlin – oder die Konstituierung eines uni-weit gewählten Rates – wie in Leipzig – den Anspruch auf die Ehre des Ersten begründet), so entstanden in der Folgezeit bis etwa Februar 1990 an nahezu allen DDR-Hochschulen StuRä.

Eine Besonderheit stellte in der DDR die Existenz von rund 250 Fachschulen dar (in Westdeutschland waren aus ähnlichen Einrichtungen zum Ende der 60er Jahre die ersten Fachhochschulen entstanden). Für ihren Besuch war kein Abitur, meist jedoch eine Berufsausbildung erforderlich. Ein Studium dort dauerte im Regelfall drei Jahre. Vom Status her waren die dort Lernenden gleichfalls Studierende. An den Fachschulen hielt sich die FDJ besonders renitent und verteidigte ihre behauptete Interessenvertretungsrolle. Es dauerte dort folglich relativ lange, ehe sich StudentInnenRäte durchgesetzt hatten – zum nicht geringen Teil schließlich auch nur durch Metarmorphosen der bisherigen FDJ-Leitungen.

Interessanterweise waren zwar die Verbindungen zwischen den StudentInnenschaften der verschiedenen Hochschulen in dieser Aufbruchphase eher lose, doch wurden überall sich ähnelnde Strukturmodelle für die StuRä entwickelt. Sie gingen alle von zwei Grundsätzen aus:

- einerseits stand die strikte Fachschaftsverankerung im Vordergrund,
- andererseits wurde ein Kompromiß zwischen repräsentativ- und basisdemokratischem Modell versucht.

Die Fachschaften wählten auf Vollversammlungen ihre SprecherInnen, von denen sie im StuRa – mit einem imperativen Mandat ausgestattet – vertreten werden. Es fanden also Personen- und keine Listenwahlen statt. Neben der so konstituierten SprecherInnenversammlung – dem eigentlichen StuRa – waren in den Strukturen nebengeordnete Arbeitsgruppen vorgesehen. Diese konnte jede Studentin und jeder Student bilden, um zu einem bestimmten Projekt oder Thema zu arbeiten und darüber ggf. Einfluß auf die StuRa-Tätigkeit zu nehmen. Daneben hatten in den ersten Jahren Uni-Vollversammlungen, Urabstimmungen als höchste Entscheidungsinstanzen der StudentInnenschaften und Vetorechte für bestimmte Gruppen wie StudentInnen oder ausländische Studierende einen großen Stellenwert – zumindest in den Satzungen.

Heute gibt es an den meisten Hochschulen modifizierte Strukturen. Diese resultieren aus der Auswertung gesammelter Erfahrungen vor Ort wie aus Zwängen der Anpassung an landesrechtliche Regelungen. Gleichwohl schimmert das Grundmodell auch heute noch – je nach Land und Ort mehr oder weniger deutlich – durch.

Die Konstituierungsprozesse der StuRä hatten erhebliche Kräfte der Aktiven gebunden. Zu leisten war 1989/90 freilich mehr. Zusammengefaßt können fünf Dinge genannt werden, die parallel zu bewältigen waren:

1. die Klärung der Struktur und Arbeitsweise der StuRä,
2. die Interessenvertretung der Studierendenschaften,
3. die Durchsetzung der Akzeptanz der StuRä bei den Hochschulleitungen (und das hieß zuvörderst gegen die FDJ),
4. die Erarbeitung der Akzeptanz bei den jeweiligen Studierendenschaften sowie
5. die Herstellung und Pflege lokaler und überregionaler Kontakte und Koordinierungen – die zahllosen Einladungen an westdeutsche Hochschulen etwa waren in den ersten Monaten schlicht nicht mehr bewältigbar.

Daneben wurde die Außenwirkung der Studierendenschaften als sehr wichtig angesehen. Ein erster Höhepunkt in dieser Beziehung war die StudentInnendemo am 17. November 1989 in Berlin. Etwa 4000 Studierende von zahlreichen DDR-Hoch- und Fachschulen forderten dort Mitbestimmungsrechte für die sich bildenden StudentInnenRäte und eine grundlegende Studienreform. Zwei wesentliche Ereignisse waren auch die beiden DDR-BRD-StudentInnenkongresse. Der erste fand im Januar 1990 an der Heinrich-Heine-Uni Düsseldorf statt, veranstaltet von den ASten der Unis Düsseldorf und Bonn und dem StuRa der Leipziger Universität. Das Thema: „Wider die Vereinigung – unser Haus heißt Europa“. Dort waren etwa 200 TeilnehmerInnen zu verzeichnen.¹⁷ Der zweite wurde vom StuRa der Karl-Marx-Universität Leipzig mit Unterstützung der Uni-Asten aus Frankfurt/M., Düsseldorf und Bonn in Leipzig durchgeführt. Das Thema dort – schon Reflex auf die politischen Entwicklungen –: „Grenzen – lose Zukunft statt nationaler Vereinnahmung“. Mit 800 TeilnehmerInnen, davon 600 aus der Bundesrepublik, eine durchaus große, inhaltlich zwar recht hilflose, unterm Happening-Gesichtspunkt jedenfalls als amüsant eingestufte Veranstaltung.¹⁸

Die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 und ihre Auswirkungen auf die studentische Interessenvertretung

Die eigenständige Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung durch die Bildung unabhängiger StudentInnenRäte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande. Es folgte der Niedergang der von einer breiten Basis getragenen emanzipatorischen Bewegung in der DDR. Die damit einhergehenden Desillusionierungen spiegelten sich dann auch an den Hochschulen und innerhalb der Studierendenschaft des Landes. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 mit dem allgemein überraschenden Wahlerfolg der vormaligen Blockpartei CDU, die eine schnelle deutsche Vereinigung anstrebte, markierte dabei eine entscheidende Zäsur. Deutlicher, meinten viele, könne das Streben nach selbstbestimmter gesellschaftlicher Entwicklung nicht torpediert werden. Der resignative Rückzug vieler politischer Akteure war die Folge. Das bekamen auch die StudentInnenRäte zu spüren.

Die Verbleibenden freilich versuchten, sich in ihrer Arbeit situationsadäquat zu orientieren. Das hatte zwei Gründe: Zum einen sollte dem sich verbreiternden Desinteresse relevanter Teile der Studierendenschaft entgegen gewirkt werden. Zum anderen war die Situation durch die allgegenwärtige Gefahr einer Paralyse des gesellschaftlichen Lebens gekennzeichnet. Das beschwor insbesondere bei sozial schwachen bzw. wenig sozialmächtigen Gruppen existentielle Verunsicherungen herauf. Dem gegenzusteuern wurde durch eine verstärkte Orientierung auf die unmittelbaren sozialen Interessen der Studierendenschaft versucht. In der Tat deuteten sich die ersten sozialen Friktionen an. Die Liberalisierung der Preise setzte ein. Betriebe begannen mit Entlassungen und ließen mithin nicht erwarten, dass sie HochschulabsolventInnen einstellen würden. Kindertagesstätten waren gefährdet. An diesem Punkt gab es einen Umschlag vom eher spielerischen Umgang mit den neuen politischen Möglichkeiten zur Orientierung auf – nun als existentiell notwendig empfundene – knallharte soziale Interessenvertretung. Dadurch ließ sich das bereits spürbare Ab-

¹⁷ Vgl. StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): Eine Uni wendet sich., a.a.O., S. 24.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 25-28; Peer Pasternack: Studentisches Ost-West-Mißverständnis, in: Hannes Bahrmann/Christoph Links (Hg.), Bilderchronik der Wende. Erlebnisse aus der Zeit des Umbruchs 1989/90, S. 130f.

flauen der anfänglichen Beteiligungseuphorie noch etwas hinauszögern. Insgesamt konnte es aber nicht aufgehalten werden.

Immerhin aber gab es zunächst an zahlreichen Hochschulen Aktionstage für die Fortsetzung und Verbesserung der sozialen Absicherung der Studierenden. Der Höhepunkt dessen war die große studentische Protestaktion, die die Volkskammersitzung am 7. Juni 1990 begleitete. Auf dieser sollte – die nahende Währungsumstellung warf ihre Schatten voraus – ein Stipendium unterhalb des Existenzminimums und die Aufhebung seiner Elternunabhängigkeit beschlossen werden. Mehrere tausend StudentInnen durchbrachen die Bannmeile um den Tagungsort, erzwangen die Verlesung einer Erklärung der Studierenden vor dem Plenum durch den vorsitzführenden Volkskammer-Vizepräsidenten, ein Gespräch mit diesem und Bildungsminister Meyer und setzten die Aktion mit einem anschließenden einwöchigen Hungerstreik fort. Am Ende dieser Woche wurde ein geringfügig höherer Stipendiensatz als der ursprünglich vorgesehene beschlossen.¹⁹

Die studentische Beteiligung an den im engeren Sinne hochschulpolitischen Auseinandersetzungen war bereits in dieser Zeit Sache einiger Weniger. Diese freilich hatten sich unter dem Druck der Umstände zu ExpertInnen entwickelt. Es gab durchaus vielfältige innerhochschulische Reformbestrebungen. Sie bezogen sich sowohl auf inhaltliche wie strukturelle wie personelle Erneuerungen. Die Aktivitäten verzeichneten auch durchaus Erfolge. Neue Fachbereichsstrukturen, durch Originalität ausgezeichnete Studienprogramme sowie interdisziplinäre Struktur- und inhaltliche Vorstellungen wurden entwickelt. Der (Wieder-)Organisation einer akademischen Selbstverwaltung eignete vielfach eine an deutschen Universitäten ungekannte demokratische Substanz. Ehren- und Rehabilitierungskommissionen nahmen an den Hochschulen ihre Arbeit auf. FunktionsträgerInnen wurden verpflichtet, gegenüber MitarbeiterInnen und Studierenden die Vertrauensfrage zu stellen. Die Hochschul-Verfassungsdiskussionen waren über weite Strecken sehr demokratisch geprägt und zeichneten sich mitunter durch Originalität aus.²⁰

Zugleich gab es gegenläufige Tendenzen. Strukturelle Erneuerung wurde – professoral dominiert – bereits 1990 vielfach als konservative Modernisierung betrieben. Inhaltliche Neuorientierungen trugen oftmals zum nicht geringen Teil den Ballast tradierter Befangenheiten in sich oder waren lediglich auf möglichst vollkommene Anpassung an die in Westdeutschland dominierenden Trends gerichtet. Die personelle Selbsterneuerung der Hochschulen wurde von unterschiedlichen Seiten hintertrieben.

Letztlich zeigte sich bereits damals, was auch westdeutsche Erfahrung ist: Hochschulen sind zu sehr in sich selbst verankert, als dass sie sich aus sich selbst heraus erneuern könnten. Ohne das Zusammentreffen von innerhochschulischen und außerhochschulischen Erneuerungsimpulsen muss das Unterfangen notwendig in Ansätzen stecken bleiben. Seitens der politischen Administration gab es kein tatsächliches Interesse an einer Erneuerung der *vorhandenen* Hochschulen.

Dieses nicht vorhandene Interesse verweist auf ein Charakteristikum der Situation: Der Versuch einer eigenständigen Erneuerung an den Hochschulen und Instituten stellte angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem anderen einen Anachronismus dar. Dieser Versuch hätte nur gelingen können, wenn er mit einer Aufarbeitung eigener Vergangenheit und offener-öffentlicher Selbstbefragung verbunden gewesen wäre. Dafür gab es weder ein gesellschaftli-

¹⁹ Vgl. Sieber/Freytag, *Kinder des Systems...*, a.a.O., S. 161-170.

²⁰ Vgl. Gewerkschaft *Erziehung und Wissenschaft* (Hg.): *Hochschulverfassungen in den neuen Bundesländern*. Dokumentation, zusammengestellt von Daisy Mottek, Berlin 1991.

ches Interesse noch ein entsprechendes sozialatmosphärisches Umfeld. Dieses war vielmehr durch Verdrängung und Abrechnung geprägt. Verwunderlich wäre gewesen, wenn sich ausgerechnet die Hochschulen diesem situativen Druck hätten entziehen können.

Eine soziologisch informierte Erklärung muß berücksichtigen, welcherart die extern gesetzten Rahmenbedingungen waren: Es wurde von politischer Seite eine solche hochschulinterne Selbsterneuerung verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potentiellen Erneuerer weder garantierte noch kalkulierbare Prognosen darüber ermöglichte. Als bald war hingegen zu vermuten: Die Wissenschaftler hatten mehr zu verlieren als ihre Ketten. Nicht allein der Gewinn wissenschaftlicher Freiheit stand ins Haus. Es drohte auch, zumindest für einen Großteil, der Verlust des Arbeitsplatzes. Schließlich: Der Reformeifer der „management- und politikerfahrenen alten Kader“ mußte „dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten.“²¹

In solchem Zusammenhang mußten die Ergebnisse hochschulpolitischer Arbeit der studentischen AktivistInnen unbefriedigend bleiben. Festgehalten werden sollte aber, dass 1990 vom Dachverband der ostdeutschen StudentInnenRäte immerhin auch konzeptionelle Vorstellungen entwickelt worden waren:

- *zur elternunabhängigen Studienfinanzierung:*²² In der DDR hatte es ein elternunabhängiges Stipendium für alle Studierenden gegeben. Dieses betrug 200,- Mark oder ein Fünftel eines Facharbeiterlohnes. Damit ließ es sich überleben in der durchsubventionierten DDR. Die StudentInnenRäte fanden zumindest die Idee mit der Elternunabhängigkeit übertrag- und die BAFÖG-Verwaltungskosten in Stipendien transferierbar;
- *im Zusammenhang mit der Debatte um ein DDR-Hochschulrahmengesetz:*²³ Hochschulrechtlich wollten die ostdeutschen StudentInnenvertretungen insbesondere zu *einem* Thema den großen Angriff starten: das ordinariatsinspirierte Hochschulrecht der Bundesrepublik sollte aus den Angeln gehoben werden. Die überregionale Willensbildung zu diesem Thema speiste sich nicht zuletzt aus konkreten ermutigenden Erfahrungen vor Ort. Dort wurden Konzile mit Viertelparitäten gewählt, die DDR-Professorenschaft fand sich zu demokratischen Verfahren gedrängt, und die neuen Universitätsverfassungen schrieben plebiszitäre Fingerübungen fest.

Abwicklungen und Studierende

Mitte Dezember 1990 kamen die sog. Abwicklungsbeschlüsse über die ostdeutschen Hochschulen, vorläufig vor allem über deren sozial- und geisteswissenschaftliche Fachbereiche. Die Landesre-

²¹ Friedhelm Neidhardt: Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993, in Renate Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M. 1994, S. 33-60, hier 38.

²² Vgl. Strategiekonzept für eine Novellierung des BAFÖG mit dem Ziel der Elternunabhängigkeit. In: Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften, Leipzig, 26.-28. Oktober 1990. o.O. (Berlin) o.J. (1990). S. 37-44.

²³ Wie es in der Koalitionsvereinbarung für die letzte DDR-Regierung vom 12.4.1990 noch als Vorhaben formuliert worden war. Vgl. die auszugsweise Dokumentation in: Oskar Anweiler/Hans-Jürgen Fuchs/Martina Dorner/Eberhard Petermann (Hg.), Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Opladen 1992, S. 481.

gierungen fassten Beschlüsse, eine Reihe von Einrichtungen im tertiären Bildungssektor abzuwickeln, d.h. zu schließen.²⁴ Zur Begründung hieß es z.B. im Bescheid der sächsischen Regierung, dass „dort das Lehrangebot nicht den Anforderungen entspricht, die eine freiheitliche Gesellschaft, ein demokratischer Rechtsstaat und eine soziale Marktwirtschaft an Lehre und Forschung stellen. Bereiche, die ideologisch einseitig und auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung festgelegt waren, soll es künftig nicht mehr geben.“²⁵

In den Hochschulen wurden diese Abwicklungsentscheidungen zunächst als ein Eingriff in die Gestaltungskompetenz für die eigene Strukturentwicklung wahrgenommen, der in dieser Deutlichkeit bislang nicht vorgekommen war. Als bald meldeten sich aber auch Stimmen, die in den Abwicklungen einen Befreiungsschlag erblickten, der einen Schub für die Erneuerung der Hochschulen bringen könne. Es wurde gleichsam jakobinisch argumentiert: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es etwa bei einem Leipziger Kirchenhistoriker.²⁶ Die Ambivalenz der Bewertungen zeigt exemplarisch eine Äußerung des nachmaligen Leipziger Universitätsrektors Cornelius Weiss:

„Zunächst war ich von dem Abwicklungsbeschuß ganz entsetzt. Mein spontaner Ausruf war: Um Himmels Willen, sind wir denn nun wirklich ein besetztes Land? Aber dann, als ich die Wirkung sah, daß sich hier alles wie ein aufgeschrecktes Wespennest bewegte, war ich dann doch gegen eine Rücknahme der Abwicklung. Es gab zwischen den Studenten und denen, die für die Abwicklung waren, eigentlich keinen Dissens darüber, daß die Abwicklung undemokratisch ist.“²⁷

Die Reaktionen unter den Studierenden waren spontan und unterschiedlich. Sie reichten von euphorischer Begrüßung (ostdeutsche Evangelische Studentengemeinden²⁸) über billigende Inkaufnahme (vor allem an Technischen Hochschulen) bis hin zu massivem Protest (zuerst in Rostock, dann vor allem in Leipzig, Berlin und Halle)²⁹. Auch auf einer Versammlung der StudentInnenRäte im Januar 1991 in Berlin waren die Abwicklungsentscheidungen beherrschendes Thema gewesen.³⁰ Bestärkt fühlen konnten sich die Studierenden in ihrer mehrheitlich kritischen Haltung durch

²⁴ Vgl. Gerd Köhler (Hg.): Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost. Teil 1: Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen. April 1991, Zwischenbericht. Teil 2: Überführung und Abwicklung von Hochschuleinrichtungen (ohne Zentraleinrichtungen wie Sport, Sprachen usw.). Mai 1991, Zwischenbericht, hrsg. von der GEW, Frankfurt a.M., 29 + 24 S.

²⁵ Sächsische Staatskanzlei: Neue Struktur für Sachsens Hochschulen. Presseinformation. Dresden, 12.12.1990, in: Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90/Jan. '91 in Leipzig, hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten. seilschaften verlag leipzig, Leipzig 1991, o.S.

²⁶ Kurt Nowak: Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, S. 371-381, hier 373.

²⁷ Winterschlaf oder Frühlingserwachen? LVZ im Gespräch mit den Rektorkandidaten der Karl-Marx-Universität Leipzig, Prof. Cornelius Weiss und Prof. Günther Wartenberg, in: *Leipziger Volkszeitung*, 7.2.1991, S. 3.

²⁸ Klaus-Dieter Kaiser: Erklärung zum Hochschulstreit im Dezember 1990/Januar 1991 – Evangelische Studentengemeinden in der BRD Ost, in: *Das Hochschulwesen* 2/1991, S. 70.

²⁹ Vgl. StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90 /Jan. '91 in Leipzig. hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten. seilschaften verlag leipzig, Leipzig 1991; Knall und Fall. neujahrsinfo des studentenrates [der Humboldt-Universität], Berlin; Ernst Dahlke/Holger Becker/Bernd Bludau (Hg.): Abwicklung von Einrichtungen der Wissenschaft und des Hochschulwesens der ehemaligen DDR. Eine Dokumentation, Berlin 1991; Sieber/Freytag, Kinder des Systems..., a.a.O., S. 179-197.

³⁰ Vgl. 3. Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften am 12./13.1.1991 in Berlin: Offener Brief an die für Wissenschaft zuständigen Landesministerien der fünf neuen Bundesländer und Berlins. Dokumentiert in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), Der ultimativ letzte Reader. KdS, Berlin 1994, S. 51f.

gewichtige Stimmen, nicht zuletzt aus Westdeutschland, die dem Abwicklungsinstrument nur schwer Rechtsstaatskonformität abgewinnen konnten.³¹

Festzuhalten bleibt, dass die Abwicklungen zu studentischen Protestaktionen geführt hatten, die in ihren Größenordnungen bislang ungekannt waren. Diese Proteste hatten primär zwei Ursachen. Zunächst waren sie hervorgerufen durch beeindruckende Ungeschicklichkeiten der politischen Administrationen. So hatten zahlreiche Studierende in den abwicklungsbetroffenen Studiengängen annehmen müssen, ihr Studium nicht fortsetzen zu können. Sodann waren die Proteste Folge einer mittlerweile ziemlich deutlichen aversiven Grundstimmung im Land gegenüber allgemein wahrgenommenen politischen Entmündigungstendenzen. Diese speiste sich vor allem aus dem Vergleich mit den vielen Gestaltungsmöglichkeiten des ‚gesetzlosen Jahres‘ vom Herbst ’89 bis zum 3. Oktober 1990.

Abwicklungsbetroffene HochschullehrerInnen versuchten z.T., die Proteste zu instrumentalisieren. Dagegen wehrten sich die Studierenden weitgehend erfolgreich. Die Einbeziehung von Lehrkräften geschah jedoch sehr differenziert:

„Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß ohne Zusammenarbeit mit allen integren und kreativen Wissenschaftlern der KMU³² die demokratische Erneuerung der Uni unnötig erschwert wird. Darum sehen wir in diesen Wissenschaftlern auch unsere Partner. Das heißt nicht, daß wir uns dafür einsetzen, daß alle Lehrkräfte künftig weiterbeschäftigt werden sollten. Allerdings soll Nichteignung in einem fairen und damit rechtsstaatlichen Verfahren nachgewiesen werden.“³³

Eine empirische Untersuchung legte für Leipzig die diesbezüglichen studentischen Präferenzen offen: Die Mehrzahl der abwicklungsbetroffenen Studierenden plädierte für eine Fortsetzung des Studiums mit „einigen Lehrkräften“ von denen, die bislang schon gelehrt hatten. Keiner dieser Studenten wollte sich für „alle“ Lehrkräfte einsetzen. (Zum Vergleich: In den nichtabgewickelten Bereichen meinten 10% der Studierenden in bezug auf ihren eigenen Lehrkörper, sich für ausnahmslos alle Lehrkräfte einsetzen zu können.)³⁴ Solche Differenzierungen wiederum vermochten überregionale Zeitungen nicht zu erkennen,³⁵ wohl aber vor Ort anwesende westdeutsche Gastlehrkräfte. Immerhin brachten die Protestaktionen die Studierenden und Hochschulen wochenlang in die Medien. Je näher die Redaktionen an den Orten der Geschehnisse waren, desto differenzierter wurde im Regelfall berichtet. Wer weiter weg war, meinte nur, über die „roten Studenten, die ihre roten Professoren an ihrer roten Uni“³⁶ retten wollten, berichten zu können.³⁷

³¹ Vgl. exemplarisch Horst Konzen: Die „Abwicklung“ und der Rechtsstaat, in: *F.A.Z.*, 12.2.1991, S. 10.

³² Karl-Marx-Universität Leipzig

³³ Studenten: Keine Entsolidarisierung, in: *Neues Deutschland*, 29.12.1990, S. 2.

³⁴ Uta Starke: Die Studenten und die Abwicklung. Exklusiv für LVZ: Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung des Laboratoriums für Studentenforschung an der KMU, in: *Leipziger Volkszeitung*, 24.1.1991, S. 9

³⁵ Vgl. exemplarisch Bernhard Heimrich: Männer von erlesener Zuverlässigkeit für die SED. Eine „Selbstreinigung“ der Universitäten gab es nicht. Die Abwicklung, in: *F.A.Z.*, 4.1.1991, S. 5; Orte des Jammerns. Studenten protestieren gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulinstitute in der ehemaligen DDR, in: *Der Spiegel* 1/1991, S. 24f. [dazugehörige Gegendarstellung: *Der Spiegel* 3/1991, S. 76]; Hans-Joachim Nöh: Der Marsch der Studenten zur Rettung des Sozialismus, in: *Die Welt*, 6.1.1991.

³⁶ so dann auch der ironische Untertitel der Leipziger Dokumentation zu den Anti-Abwicklungs-Protesten: Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten..., a.a.O.

³⁷ Vgl. etwa Bernhard Heimrich: Männer von erlesener Zuverlässigkeit für die SED. Eine „Selbstreinigung“ der Universitäten gab es nicht. Die Abwicklung, in: *F.A.Z.*, 4.1.1991, S. 5 (1991); Orte des Jammerns. Studenten protestieren gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulinstitute in der ehemaligen DDR, in: *Der Spiegel*

Georg Nolte, Heidelberger Gastdozent an der Juristenfakultät, attestierte später den Protestierenden, „sich nicht von den diskreditierten Kadern vor den Karren“ gespannt lassen zu haben.³⁸ Vielmehr hätten sie, so Nolte, „eine differenzierte Diskussion geführt“, die „in den westlichen Medien nicht genügend gewürdigt“ sei.³⁹

Michael Th. Greven, Marburger Politikprofessor und gastweise in Leipzig lehrend, fand auffällig, „daß die in erster Linie betroffenen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ... in dieser Verhandlungssituation praktisch keine Rolle mehr spielten.“ Gleichfalls auffallend sei gewesen, „welche pragmatische und kluge Politik die studentischen Verhandlungsführer verfolgten, die keineswegs, wie einige westliche Medien permanent behaupteten, sich als Vertreter der Interessen der abgewickelten ... Wissenschaftler verstanden, sondern sehr klug ihre eigenen Interessen erfolgreich wahrnahmen.“⁴⁰

In Berlin, dem anderen Zentrum der Anti-Abwicklungsaktionen, wurde nicht nur einfach losprotestiert, sondern der Protest auch formal sauber legitimiert. Die Studierenden planten – nach spontanen Aktionen um die Jahreswende 1990/91 – einen Warnstreik und organisierten, vom 9. bis zum 14. Januar, eine studentische Urabstimmung darüber. 59,33% aller Eingeschriebenen nahmen daran teil, und 77,18% davon sprachen sich für den Streik aus.⁴¹ Die Begründung des Streiks zeigte wiederum zweierlei Stoßrichtungen:

„Mit dem Mittel des Warnstreiks signalisieren wir dem Senat, daß wir auch in Zukunft Eingriffe in die Selbstbestimmungsrechte der Universität... nicht hinnehmen werden. // Dieser Warnstreik soll aber denjenigen unser zur Verfügung stehendes Instrumentarium zeigen, die an einer Reform der Universität nicht interessiert sind: die Protestform ‚Streik‘ könnte sich schon morgen gegen diesen destruktiven Teil des Lehrkörpers richten.“⁴²

Flugblätter der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) und des RCDS an der Humboldt-Universität (HUB) kritisierten die studentischen Protestaktionen. Der Studentenrat habe sich „verdächtig schnell auf die Seite alter Seilschaften geschlagen und probiert mit spektakulären Aktionen ...[.] nach außen eine geschlossene Solidarisierung der Studierenden zu demonstrieren“, konstatierte die LHG.⁴³

Der RCDS fragte: „Geht es Euch wirklich um die Interessen der Studenten oder habt Ihr anderes im Sinn? [...] Glaubt Ihr, Ihr könnt die HUB wirklich als letztes Überbleibsel der DDR erhal-

1/1991, S. 24f. [dazugehörige Gegendarstellung: *Der Spiegel* 3/1991, S. 76]; Hans-Joachim Nöh: Der Marsch der Studenten zur Rettung des Sozialismus, in: *Die Welt*, 6.1.1991.

³⁸ Georg Nolte: Maßnahmen. Im Abwicklungssemester 1990/91 als Rechtswissenschaftler (West) in Leipzig, in: *hochschule ost* 10/1992, S. 28-36, hier 35.

³⁹ Ulrich Schneckener: Die Abwanderung in Richtung Westen steigt. Die Leipziger Universität im Sommersemester: Lehrbetrieb mit Westimporten, in: *Frankfurter Rundschau*, 13.6.1991.

⁴⁰ Michael Th. Greven: Bericht über das Ende des Wissenschaftlichen Kommunismus und die Anfänge der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig 1989 bis 1991, in: ders./Koop (Hg.), *War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft*, Opladen 1993, S. 155-176, hier 169.

⁴¹ StudentInnenrat der Humboldt-Universität: Presseerklärung zur studentischen Urabstimmung über einen zweitägigen Warnstreik. Berlin, den 14.01.1991, 17.00 Uhr.

⁴² Ebd.

⁴³ LHG-Statement - Streik an der HUB. Streik? Anmaßung, Urlaub oder Kampfmittel, o.D. [Januar 1991], unveröff.

ten?“ Immerhin scheine es, „daß Ihr die HUB als Symbol für die ehemalige DDR betrachtet und das Ganze auf eine grundsätzliche Ablehnung der deutsch-deutschen Wirklichkeit zielt.“⁴⁴

Überregional erreichte die Gemeinsamkeit des Handelns ostdeutscher Studierender durch die Anti-Abwicklungsproteste eine bis dahin ungekannte Intensität. Deutlichster Ausdruck dafür waren der siebentägige Fußmarsch gegen die Abwicklung von Berlin nach Leipzig und, im Gegenzug, die fünftägige Fahrraddemo von Leipzig nach Berlin. Erreicht wurden am Ende einige – für die einzelnen Studierenden nicht unwichtige – Vereinbarungen mit den Ministerialverwaltungen. Im Ganzen freilich wurden die ostdeutschen Hochschulen mit den Abwicklungen endgültig zum Objekt ihrer eigenen Entwicklung.

Damit ging dann auch die Beteiligung an studentischer Interessenvertretung wieder auf das Vor-Abwicklungs-Niveau zurück. Die Untersuchung STUDENT 92⁴⁵ ergab, dass sich lediglich ein Prozent der Studierenden dauerhaft in studentischen oder anderen hochschulischen Selbstverwaltungsorganen engagiert. Vier Prozent sind gelegentlich beteiligt, und elf Prozent geben solcherart Beteiligung als persönliches Vorhaben an. Ihnen gegenüber stehen über vier Fünftel, denen die Vertretung eigener Interessen völlig gleichgültig ist. Zum Vergleich: Zwei Jahre zuvor, im Frühjahr 1990, war fast die Hälfte der ostdeutschen Studierendenschaft zu einem hochschulpolitischen Engagement mehr oder minder stark entschlossen. Immerhin acht Prozent wirkten selbst in einem StudentInnenrat mit. Gänzliche Ablehnung erfuhr ein aktives Eintreten für studentische Interessen seinerzeit lediglich durch fünf Prozent.⁴⁶

Überregionale Zusammenarbeit der Studierendenschaften 1989/90

Während der zuletzt geschilderten Abläufe war bereits ein landesweites (was bis Oktober 1990 hieß: DDR-bezogenes) Koordinierungsgremium sehr aktiv: der Republiksprecherrat der Konferenz der Studentenräte der DDR. Wie war es zu dessen Bildung gekommen?

Schon im November 1989 hatte es den ersten Versuch gegeben, die bis dahin gebildeten StudentInnenRäte miteinander zu vernetzen. Zwölf Einzelpersonen von verschiedenen Hochschulen verfaßten in Berlin einen Aufruf zur Bildung einer „Autonomen Studentenuion“ (ASU).⁴⁷ Der Aufruf war verbunden mit einer Einladung zu einem Treffen am 11. November 1989 mit dem Ziel der Bildung dieser ASU. In den StuRä an den Hochschulen wurde das zum einen als profilierungsneurotischer Ausfluß gewertet und zum anderen abgelehnt, da man augenblicklich genug an der jeweiligen Hochschule zu tun habe.⁴⁸

⁴⁴ Ring Christlich-Demokratischer Studenten an der Humboldt-Universität: Ein sehr offener Brief an den StuRa der HUB. Auf wessen Seite steht Ihr?, o.D. [Januar 1991], S. 1, unveröff.

⁴⁵ STUDENT 92 war als Anschlußuntersuchung zu STUDENT 90 im Frühjahr 1992 an ost- und westdeutschen Hochschulen durchgeführt worden. Befragt worden waren 1700 west- und 1100 ostdeutsche StudentInnen. Vgl. Ulrich, Resignation und Entpolitisierung..., a.a.O.

⁴⁶ Ulrich Heublein: Eine unruhige Generation an den ostdeutschen Hochschulen? Erste Gedanken über mögliche Prädispositionen für die Entwicklung studentischen Selbstbewußtseins in den neuen Bundesländern, in: Friedrich W. Busch/Beate Rüter/Peter-Paul Straube (Hg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992, S. 162-174, hier 169.

⁴⁷ Aufruf zur Bildung der Autonomen Studentenuion, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), Der ultimativ letzte Reader, Berlin 1994, S. 32f.

⁴⁸ Vgl. Sieber/Freytag, Kinder des Systems..., a.a.O., S. 125f.

Im Dezember 1989 trafen sich VertreterInnen von 60 Hoch- und Fachschulen in Berlin, um einen vom Ministerium für Bildung vorgelegten Verordnungsentwurf zur „Demokratischen Mitbestimmung der Studenten“⁴⁹ zu diskutieren. Ein zweites Treffen erwies sich als nötig, um einen eigenen Standpunkt zu Ende zu diskutieren. Für das erste Februar-Wochenende 1990 lud der StuRa der Humboldt-Universität zu einem „Landesweiten Arbeitskreis ‚Interessenvertretung von Studenten im neuen Hochschulgesetz‘“ nach Berlin ein. VertreterInnen von 27 Universitäten und Hochschulen reisten dazu an. Sie erklärten ihr prinzipielles Nichteinverständnis mit dem ministeriellen Papier zur „Demokratischen Mitbestimmung der Studenten“, erarbeiteten einen „Entwurf zu einer Verordnung über Studentenräte“,⁵⁰ schickten dieses an Bildungsminister Emons und wählten als „legitimierten Partner für Ihr Ministerium“ einen sechsköpfigen „Arbeitsausschuß Hochschulrecht der Studentenräte der DDR“ (der sich u.a. mit folgendem Satz vorstellte: „Der Arbeitsausschuß behält sich vor, weitere Mitglieder zu kooptieren“).⁵¹

Im März 1990 kam es dann zur ersten „Nationalen StudentInnenRätekonferenz“ an der TU Karl-Marx-Stadt.⁵² Dort versammelten sich VertreterInnen von 31 StuRä. Es wurden Forderungspapiere zu verschiedenen Bereichen erarbeitet, ein vorläufiger achtköpfiger Republiksprecherrat (RSR) gewählt und die Absicherung von dessen Arbeit durch das Ministerium für Bildung gefordert (u.a. durch Zurverfügungstellung von 160.000 Mark pro Jahr, 2 Computern, 2 Kopiergeräten, 3 elektronischen Schreibmaschinen, 4 Telefonen, zweimal Büromobiliar, je einem Büro in Berlin und Leipzig sowie 6 Unterkünften in Berlin).⁵³ Der Hintergrund dafür war, daß das Ministerium einen von der FDJ übernommenen „Zentralen Studentenfond“ mit erheblichen finanziellen Mitteln verwaltete. Tatsächlich stellte das Ministerium dem RSR noch 1990 50.000,- DM zur Verfügung, und das Deutsche Studentenwerk vermittelte einen Zuschuß in Höhe von 20.000,- DM, der vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für eine Büroerstaussstattung kam.⁵⁴

Einen Monat darauf, im April 1990, fand an der TU Dresden unter Beteiligung von 124 StudierendenvertreterInnen die zweite StuRä-Konferenz statt. Es wurden die Konferenz der Studentenräte der DDR konstituiert, eine Satzung verabschiedet, eine „Sozialcharta der Studenten“ erarbeitet, die finanziellen Forderungen an das Ministerium für Bildung zur Alimentierung der Konferenz präzisiert, ein sechsköpfiger Republiksprecherrat (RSR) gewählt u.a.m.⁵⁵

Die Satzung der Konferenz wies dem Republiksprecherrat weitgehende Kompetenzen zu. Das entsprach der in der Studierendenschaft durchaus noch recht stark vorhandenen Orientierung

⁴⁹ Ministerium für Bildung: Demokratische Mitbestimmung der Studenten, o.O. [Berlin {DDR}], 7.12.1989, unveröff.

⁵⁰ Arbeitsausschuß Hochschulrecht der Studentenräte der DDR: Entwurf zu einer Verordnung über Studentenräte, Februar 1990, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften, Der ultimativ letzte Reader, a.a.O., S. 33b.

⁵¹ Arbeitsausschuß Hochschulrecht der Studentenräte der DDR: Schreiben an Minister für Bildung, Berlin, den 4.2.1990, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften, Der ultimativ letzte Reader, a.a.O., S. 33a-33d.

⁵² Vgl. Republik-Sprecherrat: Ergebnisse der ersten republikweiten Konferenz der Studentenräte der Universitäten und Hochschulen der DDR, Karl-Marx-Stadt, 09.-11.03.1990, o.O. o.J. [Berlin 1990].

⁵³ Materielle Sicherstellung des Republiksprecherrates, Anlage 2 zu: Republiksprecherrat der Studentenräte der DDR: Schreiben an Ministerium für Bildung, Berlin, den 14.03.1990, dok. in: Konferenz der StudentInnenschaften, Der ultimativ letzte Reader, a.a.O., S. 34.

⁵⁴ Tätigkeitsbericht des Republiksprecherrates der Konferenz der Studentenräte (RSR) für die Zeit vom 22. April bis 25. Oktober 1990, in: Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften, Leipzig, 26.-28. Oktober 1990, S. 7-17, hier 8.

⁵⁵ Vgl. Sieber/Freytag, Kinder des Systems..., a.a.O., S. 154f.

hin zu genau abgestuften Kompetenzhierarchien. Infolgedessen wurde die Rolle des RSR in der Folgezeit recht dominant innerhalb des Dachverbandes. Der Rat arbeitete ziemlich schonungslos sich selbst gegenüber. Die Tätigkeit war weitgehend pragmatisch und auf „Beeinflussung von Regierungspolitik“ orientiert. Inhaltlich war sie vor allem auf eines gerichtet: für die Studierenden so viel als möglich zu retten an sozialer und Studiensicherheit in den sich exponentiell beschleunigenden Prozessen hin zum Ende der deutschen Zweistaatlichkeit. Konzeptionelle Vorstellungen wurden insbesondere zur elternunabhängigen Studienfinanzierung und zum Hochschulrecht entwickelt.

Seit dem Sommer 1990 gab es neben der DDR-StuRä-Konferenz auch verschiedene Initiativen auf Länderebene. Sie erfolgten im Zusammenhang mit der angekündigten Wiederbildung der Länder in Ostdeutschland. Der entsprechende Übergang der kultushoheitlichen Kompetenzen auf die Länderebene sollte durch adäquate studentische Vertretungsstrukturen begleitet werden. Im Laufe des Jahres 1990 wurden dann in allen ostdeutschen Bundesländern unterschiedlich intensiv arbeitende LandesprecherInnenräte bzw. StuRä-Landeskonferenzen gebildet.

Ende Oktober 1990 fand an der Karl-Marx-Uni Leipzig die 3. MV der Konferenz der Studentenräte der DDR statt.⁵⁶ Der Name war durch den zum 3. Oktober vollzogenen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik anachronistisch geworden. Deshalb wurde die Namensänderung in „Konferenz der StudentInnenschaften (KdS)“ beschlossen.

Die geographische Neutralität des Namens hatte freilich noch einen anderen Grund: Nach kontroverser Debatte war mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, die Konferenz für westdeutsche StudentInnenvertretungen zu öffnen.⁵⁷ Den westdeutschen Asten war just im gleichen Jahr ihr Dachverband *vereinigte deutsche studentInnenschaften* (vds) abhanden gekommen, und es war sowohl schelmisch wie ein wenig naiv, dass ihnen nun der Beitritt zum Geltungsbereich der KdS-Satzung angeboten wurde – eine spätere Satzungsdebatte durchaus nicht ausgeschlossen. Jedenfalls bezog die Öffnung der KdS für westdeutsche Studierendenvertretungen ihr deutliches Abstimmungsergebnis vor allem aus einer für Ostdeutsche selbstwertgefühlsteigernden Faszination: das Beitrittsgebiet konnte damit umgekehrt werden.

Zudem spielte ein ostdeutsches Unverständnis eine wesentliche Rolle. Dieses bestand gegenüber den inner-westdeutschen Streitigkeiten und Empfindlichkeiten, die bei den gerade laufenden Diskussionen um einen (gesamtdeutschen) studentischen Dachverband eine übermächtige Rolle zu spielen schienen. Das wiederum war durch den gänzlich anderen Erfahrungshintergrund der ostdeutschen StudierendenvertreterInnen begründet. Die Differenzen hatten sich bereits gezeigt, bevor die Öffnungsentscheidung der KdS für westdeutsche Asten getroffen worden war: „Im Vorfeld einigten sich die Delegierten, westlichen VertreterInnen im Plenum kein Rede- und Antragsrecht zuzugestehen, weil es wichtiger schien, erst einmal untereinander Klarheit über das weitere Vorgehen zu erlangen.“⁵⁸

Die westdeutschen Asten waren über das Beitrittsangebot mehrheitlich empört. Denn schließlich bemühten sie sich gerade, ein eigenes Modell für einen neuen Dachverband zu entwi-

⁵⁶ Vgl. Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften. Leipzig, 26.-28. Oktober 1990, o.O. o.J. [Berlin 1991].

⁵⁷ Tom Maercker: Kurzaufsatz zur 3. Mitgliederversammlung der Konferenz der Studentenräte vom 26. bis 28. Oktober 1990 in Leipzig, in: ebd., S. 3-5, hier 5.

⁵⁸ ebd., S. 3-5, hier 3.

ckeln. Außerdem erinnere, so hieß es, die KdS-Satzung zu sehr an die vds. Die Mitgliederversammlung der KdS im Mai 1991 in Leipzig nahm den Öffnungsbeschuß – aufgrund der durch ihn ausgelösten Diskussionen und wegen fehlender positiver Reaktionen in Form von Beitrittsbekundungen – wieder zurück.⁵⁹

Das Jahr 1991 begann für die KdS mit einer MV im Januar in Berlin. Wichtigstes Ergebnis für die Folgezeit war die Wahl eines neuen Koordinierungsrates, wie der Republiksperrerrat mangels Republik mittlerweile hieß. Der alte Republiksperrerrat (RSR) hatte komplett seinen Rückzug erklärt. Die Selbstorganisationspotenziale innerhalb der KdS waren schon 1990 recht beschränkt gewesen. Infolgedessen hatte der RSR seine ausgesprochen dominierende Stellung einnehmen können. Der neue Koordinierungsrat beschrieb seine Funktion anders:

„Der KoRa versteht sich ... als – wie der Name sagt – Koordinator, soll und will ausdrücklich kein ‚Politbüro‘ sein. Unser vorrangiges Ziel ist, die permanente Fünffacherfindung aller hochschul- und sozialpolitischen Fahrräder in den FNL zu verhindern.“⁶⁰

Für eine nunmehr angestrebte Verbreiterung von Kompetenzen stand jetzt auch die Bildung von sog. Projektbereichen. Diese begannen in der Folge dann auch zu arbeiten, zunächst der für Soziales und Studentenwerke, dann einer zum Landeshochschulrecht. Beide Bereiche bezeichnen auch die zwei Hauptarbeitsgebiete der StuRä und ihres Dachverbandes im Jahre 1991.

Zentrale Arbeitsfelder der StudentInnenRäte 1991/1992

Zu absolvieren war die Konstituierungsphase der Studentenwerke, deren Satzungen waren zu formulieren und eine angemessene studentische Sitzanzahl in den StuWe-Gremien durchzusetzen. Die Intensität der Bemühungen führte schließlich dazu, daß in allen ostdeutschen Bundesländern außer Berlin den Studierenden fünfzig Prozent der Sitze in den Verwaltungsräten der Studentenwerke zugestanden wurden. Das größere Problem bestand dann darin, diese fünfzig Prozent auch noch zu besetzen.

In den Ländern wurde begonnen, Landeshochschulgesetze auf den Weg zu bringen. Wie schon die Väter des Einigungsvertrages erkannt hatten, waren die ordinariell inspirierten Regelungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) für Ostdeutschland vorläufig noch nicht opportun. Erst mußte die ProfessorInnenschaft an die neuen Verhältnisse angepasst werden. In Folge dessen wurden zunächst Übergangsgesetze – meist „Hochschulerneuerungsgesetz“ genannt – formuliert.⁶¹ Für die Studierenden gab es vor allem zwei interessante Regelungen darin:

- In allen ostdeutschen Bundesländern wurde die Verfaßte StudentInnenschaft mit Pflichtmitgliedschaft eingeführt.
- Es kam nicht zu der befürchteten Überstülpung des StuPa/AStA-Modells mit seinen parlamentarischen Strukturen und Verfahrensregeln (außer in Ost-Berlin). Statt dessen wurden die StudentInnenRäte entweder als einziges oder als optionales Vertretungsmodell fi-

⁵⁹ KoRa der KdS (Hg.): Den Stier bei den Hörnern gepackt [Protokoll-Reader zur KdS-MV in Leipzig am 25. Mai 1991], Berlin 1991, o.S.

⁶⁰ Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften. Berlin, 12./13. Januar 1991, o.O. o.J. [Berlin 1991], S. 3.

⁶¹ Vgl. Kultusministerkonferenz, Sekretariat (Hg.): Dokumentation der Hochschulgesetze der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Bonn 1991.

xiert. Das heißt es bestand weiterhin die Möglichkeit, den StuRa über die Mehrheitswahl von FachschaftsvertreterInnen zu konstituieren statt über die Verhältniswahl (partei-)politischer Listen.

Die Ursachen für diese gesetzlichen Regelungen waren wohl ambivalent: Was die StuRä als großen Erfolg ihrer Bemühungen um Beeinflussung der Gesetzesentwürfe feierten, entsprang in den Ministerien wohl eher politischem Kalkül. Zwar empfanden die dortigen Entscheidungsträger – die zum großen Teil aus Westdeutschland kamen und bei „StudentenRat“ eher „Arbeiter- und Soldatenrat“ assoziierten statt bspw. „Aufsichtsrat“ – den Parlamentarismus eigentlich auch für die Studierendenvertretung viel situationsgerechter. Doch blieb ihnen eines nicht verborgen: Der Anspruch der StuRä, *alle* Studierenden an der Hochschule vertreten zu wollen, hat naturgemäß auch befriedende Wirkungen. Aus diesem selbstgesetzten Anspruch resultiert zwangsläufig eine gewisse Selbstbeschränkung, und zwar insbesondere bei der Deutlichkeit der Formulierung und Vertretung von politischen Positionen. Wie weit da die Grenzen ausgereizt werden, hängt jeweils stark von den jeweiligen AkteurInnen in den StuRä ab.

Jedenfalls: Wer immer alle Meinungen berücksichtigen will, tut sich mitunter schwer, deutliche Positionen zu beziehen. Infolgedessen wurde die Durchsetzung dieses von den Studenten selbst entwickelten Vertretungsmodells Jahre später von einer neuen Studierendengeneration gar den Politikern untergeschoben:

„Im Unterschied zu den meisten westlichen Bundesländern ist es den Hochschulpolitikern im politischen Widerstandsvakuum der Nachwendezeit hier gelungen, in Form der StuRas ein System studentischer ‘Mitsprache’ gesetzlich zu installieren, das schon durch seinen organisatorischen Aufbau der reinen Fachschaftsvertretungswahl fächerübergreifende allgemein(bildungs-)politische Willensbildung stark erschwert und die studentischen Mitspracheorgane zu Selbsthilfegruppen degradiert.“⁶²

Ist dies auch hinsichtlich der zugrunde liegende Fakten nicht richtig, so wird damit doch durchaus das politische Kalkül in den Ministerien bei der Formulierung der Gesetzentwürfe zutreffend beschrieben. Dies wohl sehend, kann aber trotzdem festgehalten werden: Die Fortexistenz der StudentInnenRäte hatte zunächst einmal positive Wirkungen dahingehend, daß überhaupt Studierendenvertretungen weiter existierten. (In Ost-Berlin, wo durch das Ergänzungsgesetz zum BerlHG das StuPa/AStA-Modell zwangsweise eingeführt worden war, kam über ein Jahr keine Wahl zustande – statt dessen aber eine *freiwillige* Zahlung eines Semesterbeitrages für den amtierenden Nachlaßverwaltungs-StuRa durch 32% der HUB-StudentInnen.) Desweiteren setzt sich mit der Fortexistenz der StuRä in den Studierendenschaften eine Kultur des konsensorientierten Umgangs miteinander fort, die unter Ansehung der Entwicklung in anderen Bereichen zwar anachronistisch erscheinen mochte, jedoch nicht zwangsläufig negativ zu beurteilen war. Denn sie funktionierte einigermmaßen.

Die durchaus vorhandene Handlungsfähigkeit der StudentInnenRäte zeigte sich am deutlichsten bei studentischen Protestaktionen. Diese gab es an einigen Hochschulen auch 1991/92. Ausgangspunkte waren in der Regel die ministeriell verordneten Umstrukturierungsmaßnahmen an den Hochschulen: Sie hatten in aller Regel negative Auswirkungen auf den Studienbetrieb. Besonders deutliche Eingriffe in die Hochschulautonomie wie die Entlassungen des Berliner Humboldt-

⁶² Jens Lehmann: Ostdeutsche Hochschulen bieten keinen Ausweg, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.12.1997.

Rektors Fink⁶³ und des Weimarer Rektors Mönig⁶⁴ waren gleichfalls Gründe für massive studentische Proteste. Wesentliche Protestanlässe waren des weiteren die verordneten, teils als rabiat empfundenen Stellenkürzungen an den Hochschulen.

Überregionale Zusammenarbeit der Studierendenschaften 1991-1993

Die KdS arbeitete dort, wo sie arbeitete, auch 1991/92 intensiv und pragmatisch. Die Projektbereiche organisierten einen verstetigten Diskussionszusammenhang zu den hochschul- und sozialpolitischen Entwicklungen. Der KoRa sicherte diesen technisch und deckte inhaltlich die Bundesebene ab. Systematische Vorstellungen wurden zu den Problembereichen Studentisches Wohnen, Aufbau der Studentenwerke, Hochschulpolitik, Hochschulrahmengesetz und Landeshochschulgesetze entwickelt.⁶⁵ Daneben gab es intensivere Aktivitäten zum Erhalt der zahlreichen Studentenklubs und zur Einführung von Semestertickets für den öffentlichen Nahverkehr in den ostdeutschen Hochschulstandorten. Allerdings zeichnete sich bereits ab, dass die Arbeit von zu wenigen getragen und infolgedessen individuelle Leistungsgrenzen erreicht wurden. Überdies herrschte die Empfindung vor, die politisch erreichten Ergebnisse stünden zunehmend weniger in einem vernünftigen Verhältnis zum betriebenen Aufwand. Nachdrückliche Forderungen, daraus angemessene Konsequenzen zu ziehen, begleiteten seit Mitte 1991 die Tätigkeit der KdS.

Die während dessen unter den westdeutschen ASten weiter geführten Auseinandersetzungen um einen gesamtdeutschen Dachverband der StudentInnenvertretungen waren in dieser Zeit kaum Gegenstand von Diskussionen innerhalb der KdS. Auch nach außen übte sie in dieser Beziehung Zurückhaltung – insbesondere weil es anderes zu tun gab. Allerdings organisierte die Konferenz dann im Mai 1992 gemeinsam mit der Freien Konferenz von StudentInnenschaften (FKS), dem westdeutschen FH-ASten-Dachverband, einen „Runden Tisch der StudentInnenschaften“: Niemand sollte sagen können, die Ostdeutschen wollten sich dauerhaft abschotten.⁶⁶ Über einhundert TeilnehmerInnen von 48 ASten, StuRä, studentischen Initiativen und Verbänden waren der Einladung in das ehemalige Pionierferienlager des ehemals Volkseigenen Betriebes Sprengstoffwerke Schönebeck, letzteres noch nicht ehemalig, in Friedrichsbrunn/Harz gefolgt.

Die Anwesenden mussten in ihren Diskussionen vor allem die weitverbreitete Skepsis berücksichtigen, die unter vielen westdeutschen StudierendenvertreterInnen gegenüber verbandsför-

⁶³ Vgl. Peer Pasternack: Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990-1997, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 214- 246, hier 226-239.

⁶⁴ Vgl. Jürgen Krause: Wie setzt man in Thüringen einen Rektor ab, in: *hochschule ost* 2/1992, S. 64.

⁶⁵ Vgl. KdS (Hg.): Auf dem Land und den Städten Alle Macht den Räten! Informations-Heft über die Positionen und Forderungen der Konferenz der StudentInnenschaften (KdS). Berlin o.J. (1991); KoRa der KdS, Projektgruppe Studentenwerke (Hg.): Studentenwerke in den neuen Bundesländern. Seminar 22.-24. März in Dresden. Dresden 1991; KdS (Hg.): Novellierung der Landeshochschulgesetze in den FNL. Berlin 1991; KdS (Hg.): Novellierung der Landeshochschulgesetze in den FNL II. Berlin 1991; KdS (Hg.): Hochschulrahmengesetz (HRG) – Genesis im Westen und Wirkung im Osten. Seminar am 11. Januar 1992 an der TH Ilmenau. Berlin 1992; KdS (Hg.): Das Hochschulsystem nach der deutschen Neuvereinigung: Umbau im Osten und Konservierung im Westen? Die HRG-Diskussion zwischen schon vertanen und bisher noch nicht genutzten Chancen. Anhörung zu den Inhalten einer anstehenden Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, Berlin, 27. Februar 1992. Berlin 1992.

⁶⁶ Vgl. runder tisch der studentInnenschaften 22. bis 24. Mai 1992. reader zur vorbereitung, o.O. o.J. [Bonn/Berlin 1992]; Peer Pasternack: Viel Aufwand, um anzulangen, wo wir schon vor zwei Jahren waren. Der Runde Tisch der StudentInnenschaften in Friedrichsbrunn (Ostharz) und Fortfolgendes, in: *hochschule ost* 7/1992, S. 59-63.

migen Strukturen herrschte. Die Erinnerung an die zentralistische Kampagnenpolitik des vds-Vorstands saß noch tief. Schließlich einigten sich die Versammelten auf eines: Es solle die Verknüpfung der Knotenpunkte von studentischen Aktivitäten initiiert werden, mit anderen Worten: die Selbstorganisation eines Netzwerkes sei zu befördern. Voraussetzung dieser Idee war, dass Netzwerke nicht gegründet werden können, sondern sich bilden: dann, wenn es bei den jeweiligen Akteuren ein Bedürfnis nach Vernetzung gibt. Zu vernetzende Knotenpunkte seien in bestehenden Strukturen zu suchen, also Fachschaftstagen, vorhandene Verbände wie FKS oder KdS, Landes-ASten- bzw. -StuRä-Konferenzen usw. Darüber hinaus solle festgestellt werden, wo die für ein Netzwerk der StudentInnenschaften notwendigen Knotenpunkte noch fehlen. Deren Bildung sei dann zu animieren.

Praktische Folgen hatten diese Ergebnisse intensiver Diskussionen nicht.

KdS-intern führten im Laufe des Jahres 1992 die geringen meßbaren Ergebnisse der Arbeit und die unzureichende Beteiligung der lokalen StuRä an überregionalen Aktivitäten zu Motivationsproblemen. Überdies hatte die KdS permanent damit zu tun, sich zu finanzieren. Die StuRä verfügten 1991/92 noch nicht über eigene Einnahmen und lebten lediglich von FDJ-Altgeldern⁶⁷ oder Zuweisungen aus den örtlichen Hochschulhaushalten. Das führte zu einer problematischen Beitragszahlungsmoral der StudentInnenvertretungen gegenüber ihrem Dachverband.

In einer Erklärung des KdS-Koordinierungsrats findet sich die Situation Ende 1992 folgendermaßen beschrieben:

„Das abnehmende Engagement der Studierenden für ihre eigenen Probleme in den Hochschulen führt zu ähnlichen Bedingungen wie in den alten Ländern. Die Arbeit der Studierendenvertretungen, von zahlreichen Barrieren und Hindernissen bestimmt, erfüllt die Ansprüche der Gründungszeit nicht mehr. [...] ... hat sich die Mitarbeit auf überregionaler Ebene gewandelt. Neben Zerklüftung durch Landesinteressen und die Politik der Landesregierungen beschränkte sich die personelle Anteilnahme zunehmend, da vor Ort tiefgreifende Probleme gelöst werden mußten. Eine finanzielle Unterstützung der Arbeit auf überregionaler Ebene war aufgrund der Gesetzgebung der Länder sowie deren Verfahrensweisen gegenüber den Vertretungen nicht möglich. [...]

Ebenso wurde einheitlich festgestellt, daß es dem Koordinierungsrat nicht gelungen ist, Sinn und Zweck der Interessenvertretung auf Bundesebene zu vermitteln ... Die Vermittlung war jedoch ... systembedingt nicht möglich. Weder die Initiativen zur Reform des BAFöG, die Stellungnahme zum Memorandum zur Hochschulentwicklung noch jede andere Initiative hatten eine sichtbare Wirkung. Signifikant für die Vertretungsarbeit und deren Erfolge waren die Anhörungen vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, die uns zeigten, daß ein Wille zur Beteiligung der Angehörten an den zu fallenden Entscheidungen nicht Sinn und Zweck der Veranstaltungen war. Erzielte Erfolge waren am Aufwand gemessen nicht vertretbar ... Negative Erfahrungen und Auffassungen mit und zu bundespolitischer Vertretung sind nicht den Studierenden und ihren Vertretungen, sondern den verkrusteten politischen Strukturen anzulasten.“⁶⁸

Als dies vom KoRa formuliert wurde, war er bereits kein Koordinierungsrat mehr, sondern Liquidationsausschuß der KdS. Denn die Cottbuser Mitgliederversammlung vom November 1992 hatte die Selbstaflösung des Verbandes beschlossen. Zur eigenen Beruhigung hatte die MV den Auflösungsbeschluß mit der Option verknüpft, ein halbes Jahr später über die Gründung eines Informationsnetzwerkes zu beraten. Ein dreiviertel Jahr später traf man sich tatsächlich, im Juni 1993 in

⁶⁷ Die an den DDR-Hochschulen existierenden „Fonds junger Sozialisten“ waren im Zuge der Übernahme der FDJ-Kompetenzen an die StudentInnenräte übergegangen.

⁶⁸ Koordinierungsrat der KdS: Erklärung zur Umgründung der KdS in ein Informationsnetzwerk. Abgedruckt in: *hochschule ost* 12/1992, S. 72 f.

Halle/S., um die Folgen der Selbstauflösung der KdS zu besprechen. Doch auch der Idee eines Info-Netzwerkes war dort keine sonderliche Karriere beschieden. Es fehlte die Lust, verbindliche Verpflichtungen zu übernehmen:

„Zwar war ohne viel Federlesens und ohne es direkt auszusprechen von der Info-Netzwerk-Idee Abstand genommen worden und damit auch der letzte Rest der KdS-Idee zu den Akten gelegt worden. Aber irgendwie meinten alle, sich irgendwo gelegentlich wiederzusehen, und deshalb war alles nicht so schlimm... Nur der Rest-KoRa stand nachdenklich am Portal und sah den in ihren Mittelklasse-Limousinen davonbrausenden studentischen Räten hinterher“;⁶⁹

schrieb melancholisch ein KdS-Aktivist in dem „ultimativ letzten Reader“, den die in Liquidation befindliche KdS Anfang 1994 herausgebracht hat.

In der Folgezeit rumorten die ostdeutschen Studentenvertretungen meistens vereinzelt herum. In Thüringen und Sachsen arbeiteten leidlich gut funktionierende Koordinationsstrukturen auf Landesebene. Während die westdeutschen ASten 1993 zum letzten Dachverbandsgefecht ansetzten und tatsächlich einen „freien Zusammenschluß von studentInnenschaften“ (fzs) gründeten⁷⁰ – während dessen hatten sich die ostdeutschen StuRä mit der KdS-Auflösung und der Absage an die (bescheidenere) Idee des Info-Netzwerkes für einige Zeit von dem strukturell verfestigten Zwang befreit, das lokale Handeln gelegentlich in übergreifendere Zusammenhänge einzuordnen.

Pragmatismus vor Ort: 1993 – 1995

Mit der Verabschiedung der (in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen die Hochschülerneuerungsgesetze ablösenden) Landeshochschulgesetze (LHG) bzw. dem Ergänzungsgesetz zum BerlHG in Berlin hatte sich die Situation studentischer Interessenvertretung in Ostdeutschland etwas ausdifferenziert. Dies zeigte sich am deutlichsten in den Regelungen zur Verfaßten Studentenschaft und den Verfahren zur Wahl ihrer Organe. Beide Punkte waren von den Gründungsintentionen der StuRä her konstitutiv für ihr spezifisches Selbstverständnis:

- Brandenburg hatte die Verfaßte Studentenschaft bereits mit dem LHG von 1991 eingeführt. Das Wahlverfahren stellt eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl dar.
- In Berlin setzte die Präsidentin der Humboldt-Universität 1993 eine Wahl zum Studentenparlament an, nachdem die zwangsweise Einführung des Stupa/AStA-Modells zu allgemeiner Vertretungslethargie geführt hatte. Um sich wenigstens verbal vom ungeliebten Modell abzusetzen, heißt der AStA an der Humboldt-Uni seither RefRat (ReferentInnenrat), versehen mit dem Klammerausdruck „gesetzl. AStA“, und nimmt für sich in Anspruch, die westdeutschen Rituale des Politikspielens im studentischen Bereich zu vermeiden. Dennoch müssen Listenvahlen durchgeführt werden.
- In Sachsen war das ursprüngliche Modell fast beibehalten worden, indem als Personen kandidierende StudentInnen die Fachschaftsräte bilden, welche wiederum VertreterInnen in den Hochschul-StuRa entsenden. Gleichwohl hält das sächsische LHG die Option von ungebundenen Listenvahlvorschlägen ebenfalls offen.

⁶⁹ Semestertreffen ostdeutscher StudentInnenRäte Martin-Luther-Universität Halle/S. 25./26. Juni 1993, in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hg.), Der ultimativ letzte Reader. KdS, Berlin 1994, S. 21.

⁷⁰ Vgl. Thomas Molck: Über die Zusammenarbeit der StudentInnenschaften in Deutschland bis 1993, in: *hochschule ost* 3/1994, S. 34-44; desweiteren fzs: Dachverband der StudentInnenschaften gegründet, in: *hochschule ost* 12/1993, S. 119f.

- Thüringens Hochschulgesetz bestimmt grundsätzlich die Durchführung von Verhältniswahlen. Davon könne jedoch „insbesondere abgesehen werden, wenn wegen der überschaubaren Zahl von Wahlberechtigten ... die Mehrheitswahl angemessen ist.“ (§ 40, 1 ThürHG) So geschieht es seither auch an den meisten thüringischen Hochschulen.
- In Mecklenburg-Vorpommern hatten die auswärtigen Berater zwar die entsprechende Diskette eingepackt. Jedoch gab es offenbar Unsicherheiten im Umgang mit dem Suche-Ersetze-Befehl: Obgleich der Sache nach ein Studentenrat gewählt wird, heißen die Gremien der studentischen Selbstverwaltung im dortigen Landeshochschulgesetz „Studentenparlament“ und „AstA“.
- In Sachsen-Anhalt wurde die Verfaßte StudentInnenschaft ausgehöhlt: Ihr anzugehören, war seit 1993 freiwillig und setzte eine entsprechende Willenserklärung bei der allsemestrigen Rückmeldung voraus. 1995 führte die dann amtierende SPD/Bündnis90-Grünen-Regierung die ursprüngliche Pflichtmitgliedschaft zumindest für die ersten Semester wieder ein.

Es überwogen also nach wie vor die nicht über Listen-, sondern über Personenwahlen zustande gekommenen Vertretungen. Bei diesen fallen interne Fraktionskämpfe weitgehend weg, weil es keine formellen Fraktionen gibt. Debatten sind weniger macht-, sondern mehr sachorientiert. Die studentische Basismeinung wird ungefiltert reflektiert. So zumindest die ursprünglichen Ideen. Freilich: Mittlerweile gab es auch in Ostdeutschland ein statusbewußtes studentisches Funktionärstum. Dieses weiß die Insignien der Ämter – Büro, Bürotechnik und Schlüsselberechtigungen – , privilegierte Einladungen zu offiziellen Feierlichkeiten der Hochschule, namentliches Bekanntsein bei Hochschulleitung und Hochschulöffentlichkeit usw. zu schätzen und zu genießen.

Dennoch spielten die ursprünglichen Ideen durchaus noch eine Rolle. Inhaltlich spiegelte sich das in den Schwerpunktsetzungen. Die lagen vorrangig bei sozialen Problemen und Kultur. Kinderbetreuung, Semesterticket, Erhaltung der Studentenklubs, Jobvermittlung, Uni-Kino – die StuRä kümmerten sich. Politik im engeren Sinne spielte eher keine oder eine untergeordnete Rolle, und wenn, dann aufgrund aktueller Anlässe wie Änderungen in der Hochschulgesetzgebung. Wegen der mangelnden Kontinuität hierbei fehlten dafür freilich meist studentische ExpertInnen, sobald es drauf ankam.

So zeigten sich dann auch die Probleme des Modells: Fraktionen in den StuRä gibt es nicht nur deshalb nicht, weil keine Listen zu den Wahlen antreten. Vielmehr fehlten an den Ost-Hochschulen weithin auch die handlungsfähigen politischen Studierendengruppen/-verbände, die ggf. die Listen hätten bilden können. Soweit die Debatten in den StuRä sachorientierter als in vielen westdeutschen ASten und Stupas wirkten, hatte dies auch eine eher problematische Ursache: Die Sachorientierung war nicht zuletzt Ausdruck eines auf die Spitze getriebenen Pragmatismus, und dieser implizierte, dass die eigene Hochschule übergreifende – politische oder hochschulpolitische – Gesichtspunkte oft keine Rolle spielten. So entstand der Eindruck, man sei näher an den Problemen dran.

Gleichwohl: Selbst innerhalb der so beschriebenen Situation zeigten die StudentInnenvertretungen auch Mobilisierungsfähigkeit – am deutlichsten Ende 1995, als der damalige Bundesbildungsminister die Sommerpause genutzt hatte, um die Umstellung des Darlehensanteils am BAföG auf Verzinsung bekannt zu geben (sog. BAföG-Strukturreform). Die StuRä in Dresden, Leipzig, Halle/S. und Ilmenau nutzten den September zur Organisation von Informationsaktionen, mit denen nach Semesterbeginn im Oktober die Studierenden auf möglicherweise noch Kommendes

eingestimmt wurden. Es kam dann auch noch etwas: Am 13. Dezember 1995, kurz vor den Weihnachtsferien, wurde die BAföG-Strukturreform im Bundeskabinett beschlossen. An einigen Orten fanden Besetzungen von BAföG-Ämtern und spontane Proteste anderer Art statt. Der Uni-Betrieb war tageweise ausgesetzt. In Fußgängerzonen fand sich das typische studentische Protestformen-Repertoire – öffentliche Vorlesungen und Diskussionsrunden, Verkauf von Kuchen mit (kostenlosem) Flugblatt an Passanten und sonstige Effekttaktionen – zelebriert. In Sachsen wurde zugleich versucht, mit dem sächsischen Wissenschaftsminister, der ein anderes BAföG-Modell als die Bundesregierung vertrat, gemeinsame Initiativen zu starten.⁷¹

In der Natur der Sache liegt es freilich auch, dass Mobilisierung ein zeitlich begrenzter Vorgang ist, also nicht beliebig ausgedehnt werden kann. Als dann noch einmal ein bundesweites Zeichen gesetzt werden sollte, indem eine Großdemonstration am 2. Februar 1996 in Bonn stattfand, war an einigen ostdeutschen Hochschulen die Luft bereits wieder raus. Die angekündigten Leipziger DemonstrantInnen etwa blieben zu Hause:

„Statt dessen erreicht die machtvolle Demonstration ein Fax vom StudentInnenrat: Zur geplanten Abfahrtszeit hätten sich nur ‚vier Journalisten, ein Busfahrer und ganze zehn Studis‘ vor der Uni versammelt. Man wäre dann lieber daheim geblieben. ‚Der Überbau ist von der Basis verlassen worden‘, schrieb der Leipziger StuRa.“⁷²

Überregionale Zusammenarbeit der Studierendenschaften 1994/95

Dem Pragmatismus vor Ort entsprach ein verbreitetes Desinteresse an überregionaler Zusammenarbeit.⁷³ Im bundesdeutschen Dachverband der StudentInnenvertretungen *fzs* war der Rostocker Uni-StuRa alleiniges Ost-Mitglied (bis 1998, dann trat auch er aus). Überregionale Zusammenarbeit der StudentInnenräte gab es lediglich noch in Thüringen, wo eine Konferenz Thüringischer Studentenschaften (KTS) existierte, und – zumindest sporadisch – in Sachsen innerhalb der Konferenz der sächsischen Studentenräte (KSS). Eher zufällig dürfte es sein, dass in beiden Ländern diese überregionalen Gremien auch Eingang in die Hochschulgesetze gefunden hatten (§ 73, 8 ThürHG, § 94 SHG).

Nach dem vorerst letzten überregionalen Ost-Treffen im Juni 1993 in Halle war ein Jahr später die KTS erneut in diese Richtung initiativ geworden. Im Juni 1994 trafen sich an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar VertreterInnen ostdeutscher StuRä, ohne damit gleich wieder die Idee eines erneuten Zusammenschlusses neu zu beleben. Als Grund der Initiative wurde die „permanente Ignoranz der Probleme bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschullandschaft bei ‚bundesweiten‘ Treffen, Netzwerken oder sogar Dachverbänden“ angegeben.⁷⁴

⁷¹ Vgl. Falk Bretschneider/Andreas Mai: Vom „Runden Tisch“ zum „Bildungssparschwein“. Studentischer Protest gegen die BAföG-Verzinsung in Leipzig und in Ostdeutschland 1995/96, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 19-30.

⁷² Pascal Beucker: Abwehrkampf und Naivität. Wenn Studierende in West & Ost Politik machen. Das Beispiel BAföG, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 31-42, hier 42.

⁷³ Ausführlicher vgl. Peer Pasternack: New Kids On The Ostblock. Von Oststudierenden, StudentInnenräten und Dachverbänden, in: *hochschule ost* 3/1994, S. 45-54.

⁷⁴ Treffen Netzwerk der ostdeutschen Studierendenschaften in Weimar 17.-19. Juni 1994 (in diesem Band unter B. 3.1.)

Das Treffen ließ eine fortwirkende Aversion gegenüber einem strukturell verdichteten überregionalen Zusammenhang deutlich werden. Allerdings wurde die Idee begrüßt, sich im kommenden Semester erneut zu verabreden. Dabei sollten, so wurde beschlossen, aufgrund der seinerzeit erwarteten Länderehe Berlin-Brandenburg möglichst auch die FU und die TU Berlin teilnehmen, „allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich in die ‚ostdeutsche Mentalität‘ integrieren können“.⁷⁵ Die ASTen von FU und TU nahmen auch in Zukunft nie an derartigen Treffen teil.

In loser Folge fanden dann in den nächsten Semestern solche Zusammenkünfte aber tatsächlich statt. Jedoch erforderten sie jedes Mal eine spezielle Initiative eines einzelnen StudentInnen-Rates, da es ja keine übergeordnete Struktur gab, die eine gewisse Regelmäßigkeit der Treffen hätte absichern können. Ein Vertreter des nach wie vor westdeutsch gebliebenen *freien Zusammenschluß von studentInnenschaften* (fzs) reiste regelmäßig an, konnte aber nur fortbestehende Fremdheit resümieren:

„Nach wie vor tut sich der fzs schwer mit der Akzeptanz und vor allem mit der Integration der StudentInnen aus StudentInnenschaften in den neuen Bundesländern in die bundesweiten Diskussionen. Zwar bestehen inzwischen einige persönliche Kontakte, aber ansonsten fehlt eine gemeinsame Basis. So bildet ein unregelmäßig etwa einmal im Semester stattfindendes Ost-Treffen gute Gelegenheiten für Kontakte ... Weitergehende, sonst bundesweit diskutierte Themen sind leider nicht Gegenstand der Diskussion. Sehr stark wird die Situation an den eigenen Hochschulen in den Mittelpunkt gerückt. So wird aus dem Ost-Treffen in erster Linie ein Erfahrungsaustausch und Motivationsmoment.“⁷⁶

Diese Art der Arbeit produzierte allerdings auch in den eigenen Reihen Unzufriedenheit. So verlautete aus Rostock:

„Am 9. und 10. Juni [1995] fand wieder ein Treffen von StudentInnenräten aus den fünf neuen Bundesländern und Berlin statt. Beim letzten Treffen im Januar hatten wir uns alle ganz fest vorgenommen, dieses Mal gut vorbereitet zu kommen, um zu den verschiedenen Themen wie Hochschulzugang, Studienordnungen, Globalhaushalt, Evaluation etc. inhaltlich gut fundierte Diskussionen zu erreichen. Leider blieb es auch diesmal wieder größtenteils bei den guten Vorsätzen und die Vorbereitung von den meisten aus. ... War aber trotzdem ganz nett.“⁷⁷

Es lag nahe, dass irgendwann eines bemerkt wurde: auf Dauer wird es ganz so sporadisch nicht weitergehen, zumal 1996 die Semestertreffen der StuRä auch wieder einschließen. Doch Anfang Oktober 1996 sollte es soweit sein.

Studentische Ost-Vernetzung 1996 – 2000

„Grundanliegen soll das Aufbrechen des Schweigens zwischen studentisch-politisch Aktiven auf überregionaler Ebene sein.“ Mit diesem Satz lud der RefRat der Berliner Humboldt-Universität für das Wochenende vom 4.–6. Oktober 1996 zu einem „Treffen ostdeutscher StudentInnenvertretungen“ ein. Die Gründungsgeneration der StudentInnenRäte vom Anfang der 90er Jahre war inzwischen schon derart lange nicht mehr dabei, dass die jetzt Aktiven nur noch dunkel wussten, dass es einmal einen überregionalen Verband der StuRä, die KdS, gegeben hatte. Dennoch gab es einerseits Vorbehalte gegenüber einem Dachverband – die sich allerdings eher aus der aktuellen Wahrnehmung des fzs speisten –, wie andererseits ein Bedürfnis nach verstetigtem überregionalen Kon-

⁷⁵ ebd.

⁷⁶ Rechenschaftsbericht des Vorstandes (Stephan Haux), in: *fzs-Rundbrief* No. 12/April 1995, S. 26.

⁷⁷ Julia, StuRa Uni Rostock: Ost-StuRä-Treffen in Leipzig, in: *fzs-Rundbrief* No. 14/Juli 1995, S. 40.

takten artikuliert wurde: „ein Treffen der ostdeutschen Studierendenvertretungen sollte sich weiter als eine lose Informations- und Koord.struktur – ohne Dachverbandsanspruch – verstehen“, hält das Protokoll fest.⁷⁸

Bereits für Anfang November 1996 verabredeten sich die StudierendenvertreterInnen zu einer nächsten Zusammenkunft. Diese firmierte dann schon als „2. o.s.t.“. Man wolle nun weitermachen, „um letztlich als ‚o.s.t.‘ handlungsfähig zu werden“.⁷⁹ Diskutiert wurden Hochschulstrukturentwicklungen, Ausbildungsförderung, Studiengebühren und HRG-Novellierung.⁸⁰ Anfang Januar 1997 war das nächste Treffen, Anfang April 1997 das übernächste, Mitte Juni traf man sich erneut. Es entwickelte sich also eine gewisse Zusammenarbeitsdynamik. Ein Jahr nach dem hoffnungsvollen Beginn, im Oktober 1997, werden dann wieder die typischen Probleme überregionaler studentischer Kooperation artikuliert:

„Nach einem Jahr o.s.t.-Erfahrung wird offensichtlich, dass die bisherigen provisorischen Strukturen auf Dauer nicht tragfähig sind. Ohne wesentliche Veränderungen besteht die akute Gefahr, dass das o.s.t. auseinanderbröckelt. Bereits jetzt klinken sich immer mehr studentische VetreteterInnen aus der gemeinsamen Arbeit aus.“⁸¹

Vorgeschlagen wird u.a. ein „etwa monatlich tagender Koordinationsrat (KoRa)“, um das Problem zu beheben, dass das o.s.t. eine Struktur ohne festen Ansprechpartner ist.⁸²

Zugleich hatte das 1997er Herbstsemester begonnen, das eine in Gießen beginnende Welle von Studierendenprotesten gegen die Unterausstattung der Hochschulen brachte. Nach einer gewissen Irritation, ob diese Probleme allein im Westen virulent seien oder auch den Osten betreffen, kam auch an den Ost-Hochschulen eine Protestwelle in Gang. Nicht dass es an den ostdeutschen Hochschulen nichts Kritikwürdiges gegeben hätte – doch war dort gerade keine Situation, in der sich die Probleme zu einem richtigen Protestanlass aufgeschaukelt hätten. Auch der unmittelbare Auslöser in Gießen – nämlich ein zwar prüfungsrelevantes, aber wegen Überfüllung teilnehmerbegrenztes Seminar – war eher ein typisch westdeutsches Problem, das 1997 im Osten nur in wenigen Fächern auftrat. Insofern zeigte sich an dem verspäteten Übergreifen der Proteste auf das ostdeutsche Siedlungsgebiet die anhaltende Entkopplung der östlichen und westlichen Hochschulentwicklung. Dennoch kam es dann aus Solidarität mit den westdeutschen KommilitonInnen und weil jede/r Studierende während des Studiums auch wenigstens einmal richtig protestiert haben möchte, zu Aktionen an den Osthochschulen.

Ende Januar 1998 tagte das o.s.t. in Berlin und hatte Gelegenheit zum Resümee. In Brandenburg z.B. hatte man

„Potsdamweit bis zum 5. Januar (gestreikt) und begab sich anschließend in die Protestphase. Um die eigene Durchschlagskraft zu erhöhen, hatte mensch das Sozialbündnis wiederbelebt und so zeitweilig 4–10.000 Leute zusammenbekommen. Selbst an der Uni gab es Aktivistas und Interessierte – doch mit ihnen auch das Grundproblem Orientierungslosigkeit. Dies aufzulösen sieht der StuRa auch weiterhin

⁷⁸ Treffen ostdeutscher Studierendenvertretungen. Arbeitsgruppe „weitere Zusammenarbeit“, gemeinsames Plenum, in: Nachbereitungsreader zum „Treffen ostdeutscher Studierendenvertretungen“ vom 04.-06. Oktober 1996 an der Humboldt-Uni Berlin, o.O. o.J. [Berlin 1996], S. 13.

⁷⁹ Einladung zum 2. o.s.t., Leipzig, den 30. Oktober 1996.

⁸⁰ O.S.T. Ostdeutsches-Studierendenvertretungs-Treffen. Pressemitteilung, [AstA] FH Brandenburg, o.D.

⁸¹ Christian Schmidt-Gütter: Vorschlag für die künftige Arbeit des o.s.t. Erarbeitet beim Treffen am 24.-26.10. 1997 in Rostock, Blatt 1.

⁸² Ebd., Blatt 2.

als seine Aufgabe an, da für zukünftige Proteste noch mehr StudentInnen eingebunden werden sollen, die einer entsprechenden ‚Schulung‘ bedürfen.“

In Rostock hingegen „wurde der Streik gegen die Mehrheit des StuRas beschlossen und von einem Streikkomitee, das neben dem StuRa einherwuselte, betrieben.“⁸³ Insgesamt gab es im ganzen Osten Aktionstage, tageweise Hochschulstreiks oder sonstige Aktivitäten. Ebenso wie im Westen gab es auch allgemeine Zustimmung zu den Streikzielen seitens der Hochschulleitungen, der Landes- und der Bundespolitiker: Schuld an Missständen waren jeweils die anderen.

Das o.s.t. tagt seither weiter, diskutiert Fragen wie Evaluation, HRG-Novellierung und Studiengebühren. Auf dem Treffen im November 1999 wurde die Idee ventiliert, das o.s.t. für Studierendenvertretungen aus dem gesamten Bundesgebiet zu öffnen, es aber zugleich bei einem reinen Info-Treffen zu belassen. Zumindest der schöne Name müsste dadurch nicht gefährdet sein: Man könne sich ohne Probleme auch in „Offenes Studierendentreffen“ umbenennen.

Fazit

Am Anfang studentischen Bewegtseins in Ostdeutschland stand die Emanzipation von den Wertvorstellungen und Institutionen des real-sozialistischen Systems. Dieser Prozeß war naturgemäß *auch* geprägt durch Verhaltensformen und Affinitäten, die zu dem gehörten, von dem es sich zu emanzipieren galt. Zugleich konstituierte sich die Studierendenschaft sukzessive als soziale Gruppe, die Ansprüche an die Gesellschaft hatte, diese formulierte und deren Erfüllung von der Gesellschaft einforderte. D.h. es bildete sich erstmals ein Eigenbewußtsein der Studierenden von sich selbst als Gruppe mit gemeinsamen Interessen, die gemeinsam zu vertreten waren. Die eigenständige Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung durch die Bildung unabhängiger StudentInnenRäte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande.

Nach einer euphorischen Aufbruchsphase kam es zur Pragmatisierung der Ansprüche. Dies geschah zudem im Zusammenhang mit alsbald einsetzenden gesellschaftlichen Verteilungskämpfen und war von daher stark auf soziale Interessen konzentriert.

Die studentischen Handlungsformen waren durchgehend dominiert von pragmatischer Gremienarbeit und wurden phasenweise koloriert durch Aktionen in den Mustern klassischer studentischer Protestformen: Vorlesungstreik, Demo, Uni-Blockade, Sit-in/Hochschulbesetzung. Lediglich das Sprengen von Gremiensitzungen blieb auch dann unüblich. Die pragmatische Gremienarbeit wurde in der Kernphase der Hochschultransformation in der ersten Hälfte der 90er Jahre recht bald Domäne sich herausbildender studentischer Experten. Soweit Studierende Wirkungen im Zuge des ostdeutschen Hochschulumbaus zu erzielen vermochten, geschah das zuvörderst über diesen Aktivitätsstrang. In selteneren Fällen wurden auch durch Protestaktionen Modifizierungen ins Auge gefaßter bzw. bereits getroffener Entscheidungen erreicht. Aber auch dort bedurfte es immer der trainierten Verhandlungsführer. Diese studentischen Vertretungs'eliten' entwickelten in kürzester Zeit eine z.T. bemerkenswerte Sachkompetenz, prägten die örtlichen Erneuerungsprozesse wesentlich mit und zeigten sich in diesem Punkt wesentlichen Teilen der ProfessorInnenschaft gegenüber

⁸³ Berichte aus den Ländern, in: Nachbereitungsreader zum 8. o.s.t. vom 23.-25. Januar 1998 an der Humboldt-Uni Berlin, o.O. o.J. [Berlin 1998], S. 6f.

überlegen. Das anfangs hoffnungsvoll stark basisgetragene studentische Bewegtsein hingegen fand in diesen Abläufen relativ schnell zu westdeutscher Normalität: Beteiligung an der Interessenvertretung war alsbald Sache einiger weniger.

Damit waren die Voraussetzungen für die Bildung eines studentischen Funktionärstums gegeben. Der Umstand, dass es in allen ostdeutschen Ländern eine gesetzlich verankerte Verfasste Studierendenschaft gibt, sichert dieses auch strukturell ab. Daneben melden sich regelmäßig basisorientierte Studierende und erinnern daran, dass der StuRa kein AStA ist, also keine Politik gespielt werden solle, sondern es um Sachfragen ginge. Bis heute ist die StuRa-Story weithin eine Anti-AStA-Story. Dies gilt selbst für die Studierendenschaften, die unterdessen selbst einen AStA wählen, also Listen- statt Fachschaftsvertreterwahlen durchführen: Einhellig lehnen die ostdeutschen Studierendenvertretungen den *freien Zusammenschluß von studentInnenschaften* (fzs) als überpolitisiert, zu wenig pragmatisch und unangemessen konfliktorientiert ab.

Das kann nicht zuletzt aus einem Grunde erstaunen: Während die StudentInnen westdeutscher Herkunft an Ost-Hochschulen zwischen 10 und 25% der jeweiligen Studierendenschaften ausmachen, sind sie zugleich in den studentischen Vertretungsgremien mit etwa einem jeweils doppelt so hohem Anteil präsent. Dort tragen sie das pragmatisch orientierte StuRa-Modell und die entsprechende Kooperationskultur voll mit, sind in dieser Hinsicht regelmäßig binnen kurzem gleichsam ossifiziert. Insofern ist der StuRa-AStA-Dualismus nicht mehr ausschließlich auf der Ost-West-Folie abbildbar.

Medizinstudium und Interessenvertretung der Medizinstudierenden in Ostdeutschland 1989 – 1999

Gero Bühler

Die Medizinstudierenden sind die, die fragen, in welcher Zeit das Telefonbuch auswendig gelernt werden soll, die sich mit KommilitonInnen anderer Fächer im Studienalltag kaum mischen, die sehr nah an der Regelstudienzeit ihr Studium "durchziehen", vielleicht sind es auch ganz normale StudentInnen, deren Probleme im Studienalltag denen anderer gleichen. So können auch bei der Geschichte der letzten 10 Jahre in den neuen Ländern Spannweiten gezeigt werden: die vordergründig politisch "wetterfeste" Medizin im Vergleich zu den Geisteswissenschaften, die trotzdem – für nicht wenige der Studierenden unbemerkt – mit den Evaluierungen und Neuberufungen auch eine Abwicklung erlebte.

So soll in diesem Buch ein Beitrag über die Veränderungen im Medizinstudium und den studentischen Anteil, insbesondere den der studentischen Interessenvertretung nicht fehlen. Keinesfalls können alle Aspekte in Vollständigkeit dargestellt werden. Das scheitert schon daran, daß die studentische Existenz flüchtig, die Fluktuation in Gremien der studentischen Interessenvertretung beständig und deren schriftliche Hinterlassenschaften nicht von Opulenz gesegnet sind. So werde ich nur Entwicklungslinien nachzeichnen können, die ich am Beispiel Leipzigs exemplarisch unterlege. Für die administrativ verordneten Veränderungen des Medizinstudiums sieht das freilich anders aus. Da stehen zumindest die jeweiligen Regelwerke als Produkt von Diskussionsprozessen zur Verfügung, auch wenn letztere zuteilen noch in der Dunkelheit verharren müssen.

Ich untergliedere meinen Beitrag in drei Zeitabschnitte: (1) 1989/1990 die Zeit von Revolution und sich abzeichnender Wiedervereinigung. Die StudierendenRäte-Medizin (StuRa-Med.) – so nannten sich mancherorts wie in Leipzig die Fachschaften – entstanden, setzten sich für erste Veränderungen ein und kämpften mit Beginn ihrer Konstitution bis ca. 1993 um ihr Überleben. Die Administration der unterschiedlichen Ebenen reagierte auf den Veränderungsdruck und erhielt neue Köpfe. (2) Die Jahre 1991 bis 1996 waren von der Anpassung an die (west)deutschen Regelungen und Verhältnisse geprägt. Der Einigungsvertrag zeichnete die Anpassung des Studiums vor. Die Fakultäten erlebten die Welle von Evaluierungen und Neuberufungen, insbesondere der aus dem Westen, die die Zusammensetzung der Fakultäten änderte. Die StudierendenRäte-Medizin reagierten mehr, als daß sie agierten. Gleichzeitig stießen zu den ostdeutschen nun auch westdeutsche Studierende als Engagierte. (3) Für die Zeit 1996 bis 1999 könnte postuliert werden, die Normalität sei eingezogen. Fakultäten und StudierendenRäte befaßten sich mit gleichen Problemen wie in den alten Bundesländern, wenn auch auf dem Boden einer anderen Entwicklung und anderer struktureller, insbesondere infrastruktureller Voraussetzungen.

1. Wende-Jahre: 1989/1990

Wende und Entstehung der StudierendenRäte-Medizin / Fachschaften

Über die Revolution liegt genügend vor. Deren Geschichte soll nicht hier neu geschrieben werden. Die Studierendenvertretungen der Medizinstudierenden konstituierten sich nach dem 9. Oktober 1989 zumindest in Berlin und Leipzig relativ schnell.¹ In Leipzig bestanden zwei unabhängig agierende Gruppen, die sich jedoch nach Entdeckung des gemeinsamen Ziels sogleich zusammaten. Die eine Gruppe hatte bereits nach dem Vertriebsverbots der sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* Ende 1988 einen gemeinsamen Protestbrief erwogen, der jedoch nicht versandt wurde.² Die andere Gruppe meldete sich am 5. Oktober 1989 zu Wort, zu einer Zeit, zu der noch Zwangsexmatrikulation für derartige Aktionen drohte.³

Ziel des angestoßenen und auf Versammlungen aller Studienjahre vollzogenen Diskussionsprozesses war die Gründung einer Vertretung für alle Studierenden gegen den Alleinvertretungsanspruch der FDJ und so einer eher gewerkschaftlichen Interessenvertretung mit basisdemokratischer Struktur: von den Seminargruppensprechern über die Studienjahresvertretungen bis zum StuRa-Med. selbst. In diesem Sinne entstand eine "unpolitische" Organisation, die sich laut späterer Satzung insofern als politisch verstehen wollte, so es um die Interessenvertretung der Studierenden gehe.⁴ So wollte man einerseits das Modell des als abschreckend empfundenen politischen AStA umgehen, andererseits bewußt nicht auf jeglichen politischen Anspruch verzichten.

Die Räte erhielten während ihres Entstehens sehr schnell die Legitimation durch die Studierenden. Dabei spielte die FDJ anfangs tatsächlich eine Rolle: unmittelbar, indem sie beispielsweise in Leipzig noch bis Anfang Januar versuchte, ihre Stellung zu halten, freilich völlig erfolglos; mittelbar, indem manche universitäre Gremien in den StudentInnenRäten einen FDJ-Ersatz sahen.

Erste Veränderungen im Medizinstudium

Die Veränderungen begannen auf der Ebene der Universitäten. Dabei ging die Initiative von den Studierenden aus. So wurden zuerst die Lehrveranstaltungen in Marxismus-Leninismus sowie in Militärmedizin und die dazugehörigen Praktika für Militärmedizin bzw. Zivilverteidigung abge-

¹ Beispielgebend zur Entstehung des Leipziger StudentInnenRats-Medizin: U. Rolle/O. Ohrt/StuRa-Med. Leipzig, Teil I: Die Anfänge, in: Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung in den neuen Bundesländern: Der Ostreader. Versuch über Medizinstudium und studentische Interessenvertretung der Medizinstudierenden in den neuen Bundesländern, Leipzig 1993, S. 19-23; G. Bühler: Wandel an der Uni Leipzig 1989-1991: Eine kurze Chronik, in: Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung, a.a.O., S. 23-27, und P. Pasternack: Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989, in: *hochschule ost* 6, 1997, Nr. 2, S. 116-143. Die ersten Aktivitäten in Berlin wurden auch von der Stasi registriert: Vgl. A. Mitter/S. Wolle (Hg.): „Ich liebe euch doch alle...“ Befehle und Lageberichte des MfS. Januar - November 1989, Berlin 1990, S. 223-224.

² Vgl. U. Rolle: Diesen Umschwung habe ich mir, ehrlich gesagt nicht vorstellen können. In: B. Lindner/R. Grüneberger (Hg.): *Demonteure. Biographien des Leipziger Herbst*, Bielefeld 1992, S. 14, 20f.

³ Pasternack, Risiken, a.a.O., S. 116

⁴ Vgl. StudentInnenrat der KMU Leipzig: Satzung des StudentInnenrat der KMU Leipzig, in: *Ohne Filter Leipzig*: 15. Dezember 1989, S. 4. Konkret hieß es in der Satzung: „Das Primat der sozialpolitischen Interessenvertretung schließt politische Interessenvertretung nicht aus. Politische Aufgaben hat der StudentInnenrat genau dann, wenn die an ihn herangetragenen Probleme politischer Natur sind.“ Dem fühlten sich auch die Medizinstudierenden verpflichtet.

schaft, und der Sprachunterricht wurde fakultativ.⁵ Das Absolventengelöbnis sollte nun ausgesetzt und statt dessen das 1948 "von der WHO" verabschiedete genutzt werden.⁶ Die Studierenden bemühten sich um die Abschaffung der Diplomierungspflicht.⁷ Ab dem Studienjahr 1990/91 entfiel die Diplomierung als Voraussetzung für die Approbation.⁸

Von Studierenden der Charité ging im Juni 1990 ein Vorstoß zur Studienreformdebatte aus, der jedoch im Sande verlief.⁹ Dabei spielte auch eine Rolle, daß für die Studierenden in der DDR die Einführung des Arztes im Praktikum (AiP) und perspektivisch der Multiple-choice-Prüfungen anstand.

Auch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, ab 18. November 1989 Ministerium für Bildung, versuchte eine Kursänderung. Hauptaufgabe war nach dessen Vorgaben: Die konzeptionelle Arbeit zur Erstellung eines reformierten und der internationalen Diskussion entsprechenden Studiengangs sollte zunächst beschleunigt fortgesetzt werden. Entsprechende Beratungen begannen bereits 1987 und sollten eine Umsetzung der dann erarbeiteten Pläne im Wintersemester 1991/92 ermöglichen.¹⁰ Den Ausbau der demokratischen Prozesse an den Hochschulen wollte das Ministerium auch von oben verordnen.¹¹

Bei dem Vorhaben, Studierende in die Diskussion zur Neugestaltung des Medizinstudiums einzubeziehen, bestanden von Seiten des Ministeriums Unsicherheiten. Es sei im Moment unklar, "wer bzw. welche Studenten sind tatsächlich die legitimierten Studentenvertreter. Die Entwicklung, die sich hier vollzieht, ist unübersichtlich und erschwert die Zusammenarbeit mit den Studenten."¹² Rückblickend berichtete Schönheit, daß Unsicherheit bestand, ob vonseiten der StudierendenRäte Ansprechpartner zur Verfügung standen. Man wollte die richtigen, legitimierten Vertreter am Tisch.¹³

Wegen der absehbaren Wiedervereinigung beendete im Januar 1990 der Wissenschaftliche Beirat Medizin als zuständiges Gremium zur Erarbeitung des reformierten Studiengangs seine Arbeit. Als vorläufiger Abschlußbericht entstanden die Thesen zur Neugestaltung des Medizinstu-

⁵ Vgl. G. Bühler: Medizinstudium in den neuen Ländern 1989 - 1996, in: *Dr. med. Mabuse* Nr. 102, 1996, S. 56–58.

⁶ Schreiben Müller an Dr. Kallenbach, StM für Bildung vom 22.2.1990. In: BA DR 3, 2. Schicht, 1567. Mit dem Gelöbnis der WHO war das Genfer Gelöbnis des Weltärztebundes von 1948 gemeint, das 1950 in die Berufsordnung der Ärzte aufgenommen worden war.

⁷ Studentenrat des Bereichs Medizin der KMU Leipzig: an den Minister f. Bildung u. Jugend Prof. Dr. sc. Dr. hc. mult. Emons (...) Betreff: Abschaffung der Diplomarbeit für Medizinstudenten. Dokument beim Verfasser.

⁸ Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Mitteilung vom 17. Mai 1990, in: *Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft* 1990, S. 11.

⁹ Vgl. H. David/J. Haier: Eine Studienreform gibt es nicht zum Nulltarif, in: *humanitas* 30, 1990, Nr. 10, S. 4; N.N.: Aus der Konzeption der Studenten der Charité zur Studienreform, in: ebenda, S. 4.

¹⁰ G. Bühler: Medizinstudium und Studienreform in der SBZ/DDR im Zeitraum 1945 – 1990, Frankfurt/M. 1999, S. 209.

¹¹ Nach Diskussionsbeitrag Schönheit, in: Wissenschaftlicher Beirat für Medizin beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats für Medizin am 2.11.1989. In: Bestand Prof. Dr. Achim Thom, Leipzig

¹² Vgl. ebenda.

¹³ Gespräch Prof. Dr. Bodo Schönheit, Berlin, 6. Oktober 1997.

diums,¹⁴ die im Sommer 1990 gegenüber dem damals noch Westdeutschen Medizinischen Fakultätentag präsentiert wurden.

Studienplan 1990

Fast unbekannt in diesem Prozeß blieb, daß ursprünglich ein neuer Studienplan ab Wintersemester 1990/91 den Übergang zum Studium nach der (west)deutschen Approbationsordnung in den neuen Ländern hatte gestalten sollen.¹⁵ Dabei sahen die Planungen vor, die Fächergliederung der einzelnen Studienabschnitte zu harmonisieren, dagegen die Regelungen der Prüfungen und Famulaturen zu belassen. Bemerkenswert ist, daß eine Experimentierklausel einbezogen wurde, auf die die Studienreformer in der Bundesrepublik seit ca. 1994 zunächst vergebens gedrängt hatten. Erst die neue Bundesregierung verabschiedete später eine solche zur Erprobung von Studienreformmodellen an einzelnen Fakultäten.

Zum 3. September 1990 wurde der Plan unterzeichnet und zum 27. September veröffentlicht. Kaum war er den Studiendekanaten samt der Anweisung bekannt, ihn sogleich für das neue Wintersemester umzusetzen, zog das Ministerium zur Überraschung der Studiendekanate gegen Ende September den Plan wieder zurück. Alles sollte zunächst bleiben, wie es war. Warum der rasche Widerruf aus Berlin kam, blieb damals offen.

Mit der Veröffentlichung war der Plan also schon fast Makulatur. Als einzige stichhaltige Erklärung muß herhalten, daß die "Gemeinsame Anweisung" samt der Richtlinien nicht im Anhang des Einigungsvertrag aufgeführt waren. Wahrscheinlich hatten die Mitarbeiter der Rechtsabteilung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft das in den letzten Tagen der DDR schlicht vergessen.¹⁶ Da jedoch nur im Einigungsvertrag verankerte Regelungen in das Recht der BRD überführt wurden, konnte der Studienplan nicht in Kraft treten. So endete diese Episode und Fußnote an der Geschichte der medizinischen Ausbildung in der DDR.

Fachtagung Medizin: erste Kontakte

Mit der Wende öffnete sich für die StudierendenRäte-Medizin auch das Fenster gen Westen. In der BRD bestand die VDS-Fachtagung Medizin als Zusammenschluß aller Fachschaften Medizin und somit ein geborener Ansprechpartner. Auf dessen turnusmäßigem Treffen in Ulm Ende April 1990 nutzte als erster der Rostocker StuRa-Med. die Gelegenheit zur Kontaktaufnahme. Die damaligen Protokolle verraten über diese Begegnung sowie den Bericht der Rostocker, daß die Westdeutschen sich vor "Bevormundung" gewarnt sahen, jedoch tatkräftig mit Informationen über tradierte und nun im Osten zu erwartende Strukturen und Prozesse unterstützen wollten.¹⁷

¹⁴ Bühler, *Medizinstudium und Studienreform*, a.a.O., S. 219ff.

¹⁵ Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Ministerium für Gesundheitswesen, Gemeinsame Anweisung des Ministers für Bildung und Wissenschaft und des Ministers für Gesundheitswesen über die Richtlinien zur Ausarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen für die Studiengänge Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Lebensmittelchemie. Vom 3. September, in: *Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft* 1990, S. 13ff.

¹⁶ Gespräch Dr. Rolf Richter, Berlin, 5. Mai 1997.

¹⁷ Protokoll der VDS-Fachtagung Medizin vom Samstag, dem 28.4.90, in: *VDS-Fachtagung Medizin, Rundbrief* (o.Nr.), (o.J.), S. 5; Protokoll der AG: DDR-(Medizin)-Studium. In: ebenda, S. 12–13.

Daß es in Berlin zur Begegnung und zur Zusammenarbeit kam, schien nur folgerichtig. Vonseiten der Westberliner Fachschaft trat hier die Inhaltsgruppe zur Erarbeitung eines Reformstudiengangs hervor, die mit der AG Studienreform des StuRa-Med. der Charité einen Austausch aufnahm.¹⁸ Wohl geht auch darauf der Vorschlag der VDS-Fachtagung Medizin zurück, bereits im Juni 1990 einen ostdeutschen Medizinstudierenden lange vor einem Vertreter der ostdeutschen Fakultäten in die Sachverständigengruppe zur Neugestaltung des Medizinstudiums beim Bundesministerium für Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit (ab 1990 für Gesundheit) aufzunehmen.¹⁹ Dieser erste Vertreter entstammte der AG Studienreform an der Charité. Die Fachtagung Medizin behielt die Quotierung zugunsten ostdeutscher Studierendenvertreter bei der Besetzung der Sachverständigengruppe während der gesamten Zeit ihres Bestehens bei.²⁰

2. Wandel-Jahre: 1991 – 1996

Medizinische Fakultäten – Evaluierungen, Neuberufungen, Strukturabbau

Nach dem 3. Oktober 1990 stand die Hochschulmedizin vor der Aufgabe, den Übergang in die rechtlichen sowie hochschul- und gesundheitspolitischen Gegebenheiten der BRD zu vollziehen. Dabei war der Übergang zu einem Studienangebot entsprechend der geltenden Approbationsordnung nur eine von mehreren zu bewältigenden Aufgaben.²¹

Alle Medizinischen Bereiche und Akademien mußten erhebliche strukturelle Veränderungen vornehmen, die mit Betten- und Personalabbau verbunden waren.²² Die Medizinischen Akademien in Dresden und Magdeburg wurden als medizinische Fakultäten an die örtlichen Technischen Universitäten angegliedert. Die Thüringer Regierung schloß die Medizinische Akademie Erfurt und wandelte deren Bereich der Krankenversorgung in ein Klinikum der Maximalversorgung um. Die Schließungspläne in Erfurt stießen auf massiven Widerstand sowohl der Hochschullehrer und des Personals als auch der Studierenden, von denen zwölf im Dezember 1992 für fünf Tage in einen Hungerstreik traten.²³

Die Strukturveränderungen kamen zeitgleich mit der unbedingt notwendigen demokratischen Erneuerung der Hochschulen zustande. Nach dem anfangs genutzten Instrument der Vertrauensabstimmungen, die freilich ohne Wirkung blieben, wurde dieser Prozeß durch die Hochschulerneuerungsgesetze geregelt, die dafür Personal- und Fachkommissionen zur Evaluierung der personel-

¹⁸ Protokoll der VDS-Fachtagung Medizin vom Samstag, dem 28.4.90. ebenda, S. 7

¹⁹ Vgl. Schreiben des Studentenrats Charité an alle Studentenräte Medizin in der DDR. Berlin, 13.06.1990. Kopie beim Verfasser.

²⁰ Vgl. Fachtagung Medizin, Protokoll Fachtagung Medizin in Frankfurt/M. 6.-8. Nov, in: *Fachtagung Medizin: Rundbrief* #8, 1992.

²¹ Zur hochschulpolitischen Einordnung liefert einen Überblick Pasternack, Risiken, a.a.O.

²² Zur Situation in der Hochschulmedizin in Ostdeutschland in der Wende und den Zielvorgaben vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Hochschulmedizin in den neuen Ländern und in Berlin, Köln 1992. Zu den Auswirkungen und weiteren Entwicklungstendenzen vgl. exemplarisch Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Köln 1995, und Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Medizinischen Fakultät der Universität Halle, Köln 1995.

²³ Vgl. G. Bühler: Erfurt: Chronik einer Abwicklung, in: *Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung*, a.a.O., S. 43–46.

len Integrität und fachlichen Eignung vorsahen.²⁴ Die folgenden Verfahren und Entlassungen führten in einigen Fällen zu heftigen Debatten, die hier nicht im Einzelnen benannt werden können.²⁵ Nach den Evaluierungen wurden fast alle Lehrstühle neu ausgeschrieben. Mit der Berufung vieler ProfessorInnen aus den alten Ländern begann ein Durchmischungsprozeß, der Schritt um Schritt alle Teile der Fakultäten ergreifen sollte.

Gleichzeitig wurde jedwede Veränderung mit der notwendigen demokratischen Erneuerung legitimiert, gleichgültig ob sie tatsächlich demokratischen Prämissen folgte oder nicht. So erfolgten nicht nur notwendige personelle Konsequenzen, sondern rückten sofort die vormals Unbelasteten nach, um das geschaffene Ordinarienvakuum dankbar zu füllen. Es kam zur Neuverteilung der Macht als restaurativer Prozeß zur Sicherung der Ordinarienfakultät, dann nochmals nach den Neuberufungen der Jahre 1993 - 1996.

Der "Erneuerungsprozeß" vollzog sich jedoch zeitgleich mit einem erheblichen Abbauprozeß. Die Uniklinika wurden von der ostdeutschen Maßzahl von 2.000 - 2.500 Betten auf die vom Wissenschaftsrat bereits für Westdeutschland favorisierte Bettenzahl von 1.350 zurechtgeschrumpft. Mindestens im gleichen Maße verloren die Uniklinika Arbeitsplätze.²⁶

Veränderungen im Medizinstudium

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Anpassung des Medizinstudiums an die geltenden Regelungen in der BRD wurden im Einigungsvertrag festgeschrieben. Folgende Regelungen enthielt der Anhang des Einigungsvertrags:

- Studierende der Immatrikulationsjahrgänge vor dem 3. Oktober 1990, die ihr Studium in den neuen Bundesländern fortsetzen, studieren basierend auf DDR-Recht, wenn sie ihr Studium bis zum 31. Dezember 1998 beenden. Für den Immatrikulationsjahrgang 1991 wird das Studium bis einschließlich des Physikums nach DDR-Recht, sofern das Physikum bis zum 31. Dezember 1994 bestanden wird, mit Beginn des klinischen Abschnitts nach bundesdeutscher Approbationsordnung, für die Immatrikulationsjahrgänge ab 1992 mit Beginn des Studiums nach bundesdeutscher Approbationsordnung durchgeführt.
- Hinsichtlich der Art der Prüfungen können "besondere Regelungen (...) getroffen werden."²⁷

Dieses Passus' bedienten sich 1993/94 die Studierenden, um sich gegen die Einführung der bereits im Westen umstrittenen MC-Prüfungen zu wehren.²⁸

Durch den nicht in Kraft gesetzten Studienplan von 1990 war ein Regelwerk ausgeblieben, das den Übergang vom Studium "Ost" zum Studium "West" neben den Bestimmungen des Eini-

²⁴ Vgl. Pasternack, Risiken, a.a.O.; Bühler, Medizinstudium, a.a.O.

²⁵ Vgl. G. Bühler: „Erneuerung“. Der mühsame Wandel der ostdeutschen Hochschulen, in: *Dr. med. Mabase* 82 (Februar/März 1992), S. 16-17; Pasternack, Risiken, a.a.O., sowie die in *hochschule ost* 4/1993, S. 7-42, dokumentierte Debatte.

²⁶ Zur Quantität dieses Prozesses vgl. exemplarisch Wissenschaftsrat, Empfehlungen, a.a.O., Wissenschaftsrat, Stellungnahme (...) Leipzig, a.a.O., Wissenschaftsrat, Stellungnahme (...) Halle, a.a.O.

²⁷ Einigungsvertrag, Sachgebiet D, § 14 a.

²⁸ Vgl. G. Bühler: Multiple Choice, in: *hochschule ost* 2/1994, S. 39-50; M. Perleth: Zur Frage der Einschätzung klinischer Kompetenz im Medizinstudium. Ein Beitrag zur Diskussion um die Einführung der Multiple-Choice-Prüfung, in: *hochschule ost* 2/1994, S. 51-58; K. Westhoff: Dresden: 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin – Multiple Choice, in: *hochschule ost* 1/1995, S. 104-107.

gungsvertrags ausgestalten sollte. Gleichzeitig entstand so ein Raum für Aktivitäten an den Fakultäten. Er war Freiraum und Grauzone in einem gewesen. So orientierte sich bspw. die Berliner Charité eher am nie in Kraft getretenen Plan von 1990,²⁹ während die Leipziger Medizinische Fakultät den Studienplan von 1982 als Vorbild nahm.³⁰

Innovativ nutzten dagegen die Dresdner Verantwortlichen den Freiraum und schufen das sogenannte Dresdner Modell, die Einrichtung einer klinische Propädeutik in der damals neu eingerichteten Vorklinik. So besuchten die Studierenden propädeutische Vorlesungen über sechs Wochenstunden, zweimal wöchentlich vormittägliche Stationspraktika sowie Balint-Seminare. Obwohl die Naturwissenschaften im Umfang zurücktraten, um so Zeit für die Propädeutik zu schaffen, brachen die Studierenden das Projekt im 3. vorklinischen Semester wegen der zeitlichen Belastung ab. Konzeptionell sollten Vorstellungen des Murrhardter Kreises umgesetzt werden.³¹

Insgesamt ging es jedoch nicht um Reformierung, sondern um die schon beschriebene Abschaffung bestimmter Pflichtfächer und die schnelle Anpassung an bundesdeutsche Standards.³² Daß ansonsten wenig Anstrengungen gemacht wurden, um die Umgestaltung der Lehre nach den Bedingungen der bundesdeutschen Approbationsordnung für neue Wege innerhalb dieses Regelwerkes zu nutzen, begründeten die Akteure z.T. damit, daß während dieser Zeit und ihren Unsicherheiten die Aufgabe, den Lehrbetrieb an sich aufrechtzuhalten, schon genug abverlangte.³³ Es schien sich jedoch eher selbstzufriedener Konservatismus hinter dieser Antwort zu verstecken. Alternative Konzepte für einzelne „neue“ Lehrveranstaltungen hatten bspw. Leipziger Studierende erarbeitet und z.T. mit Unterstützung aus den Kliniken erprobt, stießen jedoch beim Studiendekanat auf taube Ohren.

Entsprechend den Regelungen im Einigungsvertrag boten die Medizinischen Fakultäten ab dem Wintersemester 1992/93 in der Vorklinik und ab dem Wintersemester 1993/94 in der Klinik das Studium nach den Regelungen der bundesdeutschen Approbationsordnung an. Im September 1996 schlossen die Studierenden des Immatrikulationsjahrgangs 1990 ihr Studium ab, jenes Jahrgangs, der letztmalig das Studium nach den Regelungen der DDR durchlief. Damit war das Medizinstudium nach den Regelungen der DDR für Studierende mit Regelstudienzeit im September 1996 ausgelaufen.

StudentInnenRäte-Medizin: von der Existenznot zur Konsolidierung

Kurz sollte das Selbstverständnis und der Aufbau der Studierendenvertretungen der Medizinstudierenden in dieser Zeit skizziert werden. Dabei dienen der Leipziger StuRa-Med. und seine Sat-

²⁹ Humboldt-Universität Berlin, Medizinische Fakultät – Charité, Studien- und Prüfungsordnung Medizin. 9.1. 1991, Berlin 1991, Typoskript.

³⁰ Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Studienplan für die Grundstudienrichtung Medizin zur Ausbildung an Universitäten und Medizinischen Akademien der DDR, Berlin 1982.

³¹ Vgl. exemplarisch: P. Wunderlich: Das Studium der Medizin und Zahnmedizin in Dresden, in: Pro et contra tempora praeterita. Schriften der Medizinischen Akademie Dresden Bd. 27, Dresden 1993, S. 152-155; F. Ficker/E. Wollenhaupt: Studentische Balintseminare in der Vorklinik, in: *Medizinische Ausbildung* 10, 1993, S. 160-170, sowie aus studentischer Sicht A. Richter: Das Dresdner Modell, Teil II: 1990-1992, in: Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung, a.a.O., S. 49-51.

³² G. Bühler: Medizinstudium in der DDR und die Wende, in: E. Göbel/S. Remstedt (Hg.), Leitfaden zur Studienreform in Human- und Zahnmedizin, 2. völlig überarb. u. erw. Aufl., Frankfurt/M. 1995, S. 78-95, S. 89.

³³ Vgl. Bühler, Medizinstudium in der DDR, a.a.O., S. 94.

zung von 1992 als Beispiel. Diese Satzung griff auf die vorhergehenden Satzungen des StuRa der Universität Leipzig zurück. Die Studierendenvertretungen verstanden sich „als notwendige demokratische Elemente in den Prozessen der Entscheidungsfindung und -umsetzung in den akademischen Selbstverwaltungsgremien (...). In diesem Sinne initiieren und beeinflussen sie Entscheidungen, die diese Gremien treffen und die soziale und/oder politische Auswirkungen auf die Studierenden haben.“ Der StuRa-Med. sollte Interessenvertretung und Rahmenstruktur für selbständige Aktionen und Initiativen der Studierenden darstellen.³⁴

Diese Grundsätze legten nicht nur den Umfang des Vertretungsanspruches fest, sondern implizierten basisdemokratische Elemente und ein imperatives Mandat vonseiten des StuRa-Med. für jene, die als studentische Vertreter in Gremien tätig wurden. Höchste Entscheidungsinstanz war die Urabstimmung, höchstes Organ die Vollversammlung. Der StuRa-Med. selbst setzte sich aus von den Studienjahren gewählten Mitgliedern zusammen. Ein Sprecher nahm koordinative Aufgaben ohne inhaltliche Richtlinienkompetenz wahr, doch gab es diesen Sprecher nur für zwei einjährige Wahlperioden.

In den ersten Jahren kam eine basisdemokratische Struktur zum Tragen. Aus ihrer Seminargruppe gewählte Seminargruppensprecher trafen sich wöchentlich und wählten Studienjahresvertreter, die wiederum in den Jahren 1989 - 1991 den StuRa-Med. bildeten. Diese Struktur, auch wenn nie voll durchgesetzt, ermöglichte einerseits, daß die Studienjahre einen Teil ihrer Probleme selbst regelten, andererseits ein enges Diskussions- und Informationsnetz. In Ansätzen hielt sich dieses System bis 1993.

Da seither mehrmals beabsichtigte Überarbeitungen der Satzung von 1992 nicht zustande kamen, gilt sie formal noch immer. Einschränkungen erhielt sie jedoch durch die ab 1994 von der Universität organisierten Fachschaftswahlen. Die Satzung kann im Spiegel der noch geltenden Gewohnheiten politischen Handelns im StuRa-Med. als immer noch modern angesehen werden. Gremienmandate verstehen sich weiterhin als imperative Mandate. Noch immer stellt der StuRa-Med. den Rahmen für in ihm und an seiner Peripherie entstehende und vergehende Arbeitsgruppen und Initiativen, auf die zu Teilen hier noch eingegangen wird.

Zunächst standen die Fachschaften, kaum gegründet, im Kampf um ihr eigenes Überleben.³⁵ Doch bald versuchten sie, ähnlich wie an den westdeutschen Fakultäten, Gremien zu besetzen, Arbeitsgruppen oder auch eigene Zeitschriften zu gründen. In Leipzig konnten so von Beginn an die Fakultätsgremien relativ stabil besetzt werden, entstand im Dezember 1991 das *Endoskop* als Zeitung des StuRa-Med. und folgten Arbeitsgruppen zur Studienreform oder hochschulpolitischen Fragen, die je nach Personalbestand und Notwendigkeit erstanden und wieder abstarben.³⁶

Eine AG Studienreform erarbeitete in Vorbereitung auf die Einführung des (west)deutschen Curriculums u.a. einen Kurs zum Erlernen von Untersuchungstechniken, bei dem sich Studierende

³⁴ StudentInnenRat-Medizin der Universität Leipzig, Satzung der Fachschaft Medizin/Teilfachschaft Medizin der Universität Leipzig, o.J. [1992]. Dieses ungewöhnliche Fachschaftskonstrukt wurde vom damals geltenden sächsischen Hochschulerneuerungsgesetz herbeigefördert, das nur eine Fachschaft in jeder Fakultät vorsah. An der Leipziger Medizinischen Fakultät bestehen jedoch zwei Studiengänge und daher zwei Fachschaften.

³⁵ So verschwanden einige Fachschaften zunächst wieder, wie in Jena oder Erfurt, wo es ca. 1994 bzw. 1992 zu vorübergehenden Neugründungen kam, oder bestanden andere zwischenzeitlich mit äußerst geringem Personalbestand, wie in Leipzig. Dort bestand der StuRa-Med. im Sommersemester 1991 aus drei Aktiven.

³⁶ Vgl. G. Bühler: StuRa-Med. Leipzig, Teil II. Ebene erreicht?, in: Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung, a.a.O., S. 35-39; Bühler, Medizinstudium in der DDR, a.a.O.

in Kleingruppen unter Anleitung von Ärzten gegenseitig untersuchten. Dieses Projekt scheiterte jedoch am Widerstand des damaligen Studiendekans. Genauso stießen die Studierenden bei der Einführung eines Semesterführers (Lehrveranstaltungsverzeichnis und Anforderungskatalog der einzelnen Kurse) zunächst auf passiv-aggressive Verzögerungstaktik. Ein Jahr später allerdings schien der Semesterführer bereits selbstverständlich. Aus diesen Gründen versuchte der StuRa-Med. mit letztendlichem Erfolg, auf die Besetzung des Studiendekans Einfluß zu nehmen.³⁷

Gegenüber den Professoren sowie in der Gremienarbeit bestanden von Beginn an Gefühle der Ohnmacht, die auch auf das restaurative Moment der Fakultätserneuerung zurückgingen.³⁸ Eine Episode blieb dabei ein Antrag der studentischen Fakultätsratsmitglieder vom Juni 1992, den Fakultätsrat aufzulösen. Grund war u.a., daß die in den Fakultätsrat kooptierten Professoren neuen Rechts den Professoren zu einer erdrückenden Übermacht im Fakultätsrat verhalfen.³⁹ Trotz dieser Aktivitäten reagierten die StuRa-Med. meist mehr, als daß sie agierten. Das lag an der dünnen Personaldecke und den vielfältigen von außen herangetragenen Problemen, auf die es zu reagieren galt. Reagieren in Agieren zu wandeln erforderte da einen nicht unerheblichen Kraftaufwand.

Ab 1991 schrieben sich Studierende aus den alten Bundesländern an den ostdeutschen Fakultäten ein, zunächst aus eigener Wahl, ab Wintersemester 1993/94 vermittels der ZVS. In der Folge begann auch in den studentischen Interessenvertretungen eine Durchmischung. Dabei fällt zumindest für die Medizin auf, daß sich in den Fachschaftsräten überproportional mehr Westdeutsche engagierten.

Ossis in der Fachtagung Medizin – ungeliebte oder ungekannte Kinder?

In dieser Zeit mußten sich auch die Fachschaftsräte bzw. StudentInnenRäte-Medizin als gleichwertige Partner in die Fachtagung Medizin als Zusammenschluß aller bundesdeutschen Fachschaftsräte Medizin integrieren und in der Zeit des Übergangs auf ihre spezifischen Probleme aufmerksam machen.⁴⁰ Das begann jedoch nicht mit guten Voraussetzungen.

Mit Problemen und der eigenen Existenz vor Ort kämpfend beteiligten sich die meisten ostdeutschen StuRa-Med. zunächst nicht aktiv an der Fachtagung Medizin. Wohl spielten auch Vorurteile gegenüber den westdeutschen KommilitonInnen und deren „Politikstil“ eine Rolle. Zunächst war 1991 folgende nur der Leipziger StuRa-Med. in der Fachtagung Medizin aktiv – freilich in einer ambivalenten Position, nahmen seine VertreterInnen doch einerseits die Rolle der „Alibi-Ossis“ ein und gerieten andererseits direkt in das Zentrum der Arbeit der Fachtagung Medi-

³⁷ Solcherlei Auseinandersetzungen sind zwar Alltag, waren damals aber ungewohnt für beide Seiten, entsprechend überformt gestaltete sich das. Vgl. G. Bühler: Untersuchungskurs und vielleicht mehr?!, in: *Endoskop* 8 (Mai 1993), S. 13f.; S. Stelzner: Versprochen ist versprochen. Betrachtungen zum Semesterführer, in: *Endoskop* 11 (Dezember 1993), S. 8f.; StuRa-Med., Eine unendliche Geschichte?, in: *Endoskop* 13 (Mai 1994), S. 8f.

³⁸ Vgl. Rolle/Ohrt, StuRa-Med., a.a.O.; Bühler, StuRa-Med., a.a.O.

³⁹ Der Fakultätsrat bestand so aus etwa 30 Professoren alten und neuen Rechts und zwei Studenten. Die Behandlung des Antrags durch die Fakultät entbehrt nicht der Pikanterie. Zunächst herrschte Sprachlosigkeit. Wegen seiner Begründung konnte der Antrag nicht abgeschlagen werden. So schlug der Dekan zunächst eine Vertagung als Lesepause vor. In der nächsten Sitzung stimmte die Fakultät dem Antrag auf Auflösung und Neuwahlen zu, jedoch auf Initiative des Dekans mit der Maßgabe, daß der sächsische Wissenschaftsminister damit einverstanden wäre. A. Böhm/G. Bühler: Antrag [auf Auflösung und Neuwahl des Fakultätsrats. G.B.], Leipzig, o.J. [1992], unveröffentlicht.

⁴⁰ Vgl. Bühler, *Medizinstudium in der DDR*, a.a.O., S. 92 ff., und Bühler, *Medizinstudium*, a.a.O.

zin durch Mandate, Zuständigkeit für die AG Studiengestaltung in den fünf neuen Ländern (AG FNL) bis zur Beteiligung an, dann Verantwortung für die Redaktion des Rundbriefes der Fachtagung Medizin (1992 – 1994). Von November 1996 bis Oktober 1997 geriet die Redaktion erneut in den Osten, und zwar nach Greifswald. Die überhäufige Übernahme dieser Aufgaben durch ostdeutsche Fachschaften kann nicht nur deshalb als bemerkenswert gelten, weil sie gerade ein Drittel der Medizinfachschaften bilden, sondern weil in jener Zeit davon ausgegangen werden kann, daß sie über deutlich weniger Aktive in ihren Reihen verfügten als die westdeutschen Fachschaften.

Für die Leipziger blieb in dieser Zeit die Organisation des 12. Gesundheitspolitischen Kongresses (GPK) der Fachtagung Medizin im Januar 1994 in Leipzig ein Höhepunkt. Die GPK stellten ein Kongreßangebot an alle Medizinstudierenden außerhalb der turnusmäßigen Treffen der Fachtagung Medizin dar. Motivation, den Kongreß nach Leipzig zu holen, war die meist nicht ignorierbare Fremde zwischen Ost und West auch unter den Medizinstudierenden, die vor allem in der mangelnden Kenntnis und der unzureichenden Bereitschaft zur Kenntnisnahme der Gegebenheiten und Probleme in den neuen Ländern bzw. der ehemaligen DDR geortet wurde.⁴¹ So boten die Leipziger ein Kongreßprogramm an, das keine Themen neben denen im Kontext der neuen Länder zuließ.⁴² Das führte freilich prompt zu einigen Auseinandersetzungen und zu Rechtfertigungsdruck.⁴³ Die Ressentiments stießen kurzzeitig auf Bestätigung.

Ostdeutsche StuRa-Med. gegen MC

Die Einführung der Prüfungen nach Multiple-Choice-Verfahren (MC) führte im Wintersemester 1993/94 zu heftigen Widerständen. Die Initiative zur Aussetzung der MC-Prüfungen war getragen von der Kritik und Ablehnung dieses Prüfungsverfahrens sowohl bei Studierenden als auch bei Hochschullehrern.

Von Seiten der Studierenden bestand die Forderung nach einer Evaluierung des Medizinstudiums nach den Regelungen aus der DDR sowie die Hoffnung, daß alsbald eine gesamtdeutsche Reform des Medizinstudiums vorgenommen würde, die die MC-Prüfungen in ihrer derzeitigen Wertigkeit zurückdrängen würde. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch bis heute nicht.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die ostdeutschen StuRä-Med. in die Fachtagung Medizin einzubeziehen erst gelang, als die AG Studiengestaltung in den neuen Ländern als Plattform für die Aktionen gegen die MC-Prüfungen genutzt wurde.⁴⁴ Auch wenn diese nichts fruchteten, stattdessen die MC-Prüfungen entsprechend den Regelungen des Einigungsvertrags

⁴¹ G. Bühler: Im Osten nichts Neues – anstatt eines Protokolls, in: *Fachtagung Medizin, Rundbrief* #9, April 1993, S. 17f.

⁴² StudierendenRat-Medizin (Hg.): "Sind wir noch brauchbar?" 12. Gesundheitspolitischer Kongreß vom 14 - 16. Januar 1994 in Leipzig. Programmheft. Leipzig 1993.

⁴³ G. Bühler: 12. Gesundheitspolitischer Kongreß 14.-16. Januar 1994 in Leipzig. Randbemerkungen im Vorfeld, in: *Fachtagung Medizin, Rundbrief* #12, Dezember 1993, S. 22.

⁴⁴ Unbekannt freilich blieb den damaligen Akteuren, daß sich schon 1990 die Fachtagung Medizin gegen die Einführung der MC-Prüfungen in den neuen Ländern ausgesprochen hatte. Vgl. Stellungnahme der Fachtagung Medizin zu den Überleitungsregelungen der rechtlichen Grundlagen des Medizinstudiums im Einigungsvertrag. Entwurf, in: *VDS-Fachtagung Medizin, Rundbrief* November 1990, S. 17

eingeführt wurden, gelang es derart, daß die ostdeutschen Fachschaften nun genauso wie die westdeutschen sich an der Arbeit der Fachtagung Medizin beteiligten.⁴⁵

Leider versäumten die ostdeutschen StuRä-Med. während der MC-Aktionen, konzeptionelle Fragen zum Prüfungswesen, also auch die Probleme der mündlichen Prüfungen zu diskutieren, so daß die Aktionen den Beigeschmack eines inhaltslosen Aufbäumens gegen die westdeutsche Invasion hinterlassen mußten, erst recht, da sie nach einem Semester hektischer Aktivitäten sowie vielfältiger Resolutionen und Schriftwechsel mit einem Male verebbten, als wären sie nie geschehen.⁴⁶

3. 1996 - 1999: Normalität?

Ist im Osten die Normalität westdeutscher medizinischer Fakultäten eingekehrt? Die "Massenberufungen" sind beendet. Erste Neuberufungen wegen des Fortgangs mancher Professoren erfolgen – nicht zuletzt solcher, die in der ersten Hälfte der Neunziger mit "Pioniergeist" kamen und nun entweder mit Kalkül oder auch mit Frust wieder gehen. Viele KommilitonInnen stammen aus den alten Bundesländern. Auch die ostdeutschen Mittelbauern sind nicht mehr unter sich. Mit der Zusammenlegung des (West)Berliner Virchow-Klinikums und der Charité entstand eine ost/westdeutsche Fakultät. Ein Prozeß der Durchmischung scheint abgeschlossen. Hier kann die Frage nach der "Normalität" mit Ja beantwortet werden.

Betrachten wir die Infrastruktur der medizinischen Fakultäten und Uni-Klinika, drängt sich eine andere Bilanz auf. Die Uniklinika verloren inzwischen etwa ein Drittel ihrer Bettenkapazitäten sowie Mitarbeiter. Die Einsparungen verliefen jedoch nicht proportional, sondern auf ein noch niedrigeres Niveau hinunter. Die zugesagten Investitionsprogramme für die bauliche Erneuerung der Uniklinika werden gestreckt. Der "Aufbruch" ist längst ausgebremst. Die Rede von den ambivalenten Kompromissen scheint die Situation gut zu beschreiben.⁴⁷

Von diesen Ausgangspunkten fanden sich nun die Fakultäten nicht mehr in spezifisch ostdeutschen, sondern bundesdeutschen Problemlagen wieder. Das spiegelte sich nicht nur in den Themen der Arbeit der Selbstverwaltungsgremien, sondern je nach Blick der Fachschaften in deren Arbeit.

Medizinstudium: Warten auf Veränderung als Normalität

Seit 1989 wird fast ergebnislos um eine längst fällige Reform des Medizinstudiums gestritten.⁴⁸ Beherzte – ob studentische Initiativen oder lehrbegeisterte HochschullehrerInnen – widmen sich

⁴⁵ Vgl. „AG Studiengestaltung in den neuen Ländern“ [der Fachtagung Medizin] (Hg.): MC-Reader der AG „Fünf Neue Länder“. Unterlagen bis 14.12.1993, o.O. [Dresden/Leipzig] 1993.

⁴⁶ Vgl. G. Bühler: Multiple Choice. In: *hochschule ost* 3, 1994, Nr. 2, S. 39-50, sowie der Sammelband K. Westhoff, 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin, a.a.O. Von Seiten der Studierenden gab es bereits 1992 ein eigenes Projekt, das sich als Beitrag zu einer Evaluierung verstanden wissen wollte, jedoch 1993/94 nicht aufgegriffen wurde. Vgl. Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung in den neuen Ländern/K. Klugewitz/G. Bühler (ViSP): Auswertung des Fragebogens zur Studiengestaltung in den neuen Bundesländern, Berlin und Leipzig 1992, Typoskript, 13 Seiten.

⁴⁷ Pasternack, Risiken, a.a.O., S. 118.

⁴⁸ Zum aktuellen Diskussionsstand, der Achten Novelle der Ärztlichen Approbationsordnung, Gesetzesentwürfen und aktuellen Projekten vgl. die Homepage des Berliner Reformstudiengangs Medizin, der seit Anfang der 90er

solchen Reformprojekten vor Ort, die die Kompatibilität zu bestehenden Regelungen nicht verlieren. So entstehen auch in den neuen Ländern Aktivitäten wie problemorientierte Lerngruppen (POL). In Leipzig gelingt ab 1996 die Etablierung derartigen Kleingruppen-„Selbst“unterrichts, der sich mit der Zeit vervielfältigt.⁴⁹

1999 setzt die neue Bundesregierung eine Experimentierklausel in Kraft. Weitergehende Reformprojekte können begonnen oder endlich diskutiert werden. Auch hier beginnen, vor allem studentischem Druck folgend, ostdeutsche Fakultäten über einen eigenen Beitrag zu diskutieren.

Die Fachschaften/StuRa-Med. sind inzwischen nicht mehr aus den Fakultäten wegzudenken. Sie nehmen an den Fakultäten unterschiedliche Rollen wahr. Einige scheinen – wie auch bei Mittelbauern nicht selten zu beobachten – Positionen wahrzunehmen, die eher späteren Stationen auf der Karriereleiter entsprechen, auch gegen die eigenen aktuellen Interessen. Andere geben sich streitbarer. Die Leipziger tendieren eher zu letzterem.

Medizinische Fakultäten: privat als profit center?

1994 begannen die Länder zu diskutieren, ob die Uniklinika künftig als Landesbetriebe geführt werden sollten. Sie sollten in eine größere Unabhängigkeit entlassen werden. Diese bräuchten sie, um auf dem „Gesundheitsmarkt“ mit neuen Entgeltsystemen operieren zu können. Private Finanzierungsmöglichkeiten wurden genauso favorisiert wie eine Flexibilisierung der Personalbewirtschaftung. Insgesamt ging es also um die in allen Sektoren des öffentlichen Dienstes geführte Privatisierungsdebatte, die vor dem Hintergrund des EU-Paradigmas stattfinden, daß alle Bereiche dem Wettbewerb geöffnet werden müßten. Als massive Triebkraft stellten sich dabei die auf die Konvergenzkriterien zurückgehenden Haushaltssanierungsprogramme heraus.

In den einzelnen Bundesländern entwickelten die Regierungen unterschiedliche Modelle für die Universitätsklinik: von mehr Unabhängigkeit in der bisherigen Rechtsform über Anstalten öffentlichen Rechts bis zu privaten Rechtsformen, wie in Sachsen.

Der Leipziger StuRa-Med. und sein Arbeitskreis Hochschulpolitik engagierten sich 1996 - 1998 öffentlichkeitswirksam gegen Rechtsformwechsel. Flugblattaktionen, Presseerklärungen und Veranstaltungen wurden organisiert. Großen Wert legten die Akteure darauf, auch ihren Platz als künftige ArbeitnehmerInnen zu betonen und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Personalräten zu suchen. In der Fakultät gelang es zeitweise, deutlichen Einfluß auf die Diskussion in den Gremien auszuüben. Durch die Teilhabe der Studierenden an den Aktionen konnte zunächst eine private Rechtsform verhindert werden, auch wenn durch das Taktieren von Gewerkschaften und SPD in Sachsen ein Rechtsformwechsel zur gegenüber der Universität eigenständigen Anstalt öffentlichen Rechts zustande kam.⁵⁰

Für das Engagement gegen den Rechtsformwechsel erhielt stellvertretend eines der Mitglieder des Arbeitskreises Hochschulpolitik den Natonek-Preis der Freunde der Universität Leipzig,

Jahre an erster Stelle der lokalen Projekte zur Reform des Medizinstudiums zu nennen ist: <http://www.charite.de/rv/reform/>

⁴⁹ Vgl. exemplarisch P. Stumpp: POL in Leipzig, in: *endoskop* 26 (Januar 1998), S. 26-29.

⁵⁰ G. Bühler: Hochschulmedizin in Sachsen: Gegen Privatisierung – wie wurde diese Forderung untergraben?, in: *Soziale Politik & Demokratie* Nr. 57/58, 1999, S. 18-19.

den er sich mit einem Kommilitonen für dessen Engagement zur Einführung der POL-Gruppen teilte.⁵¹

In den anderen Bundesländern entstanden gleichfalls eigenständige Anstalten öffentlichen Rechts. Den Leipziger Studierenden gelang es nicht, die Debatte zum Rechtsformwechsel in der Fachtagung Medizin zu etablieren. Viele Fachschaften zeigten sich am Thema nicht interessiert, waren meistens an den Prozessen ihrer eigenen Fakultäten unbeteiligt und stellten am Rande die neuen Tatsachen fest.

Fachtagung Medizin: der Alltag treibt

Auch in der Arbeit der Fachtagung Medizin scheint ost/westdeutsche Normalität eingezogen. Die AG Studiengestaltung in den neuen Ländern besteht seit Ende 1994 nicht mehr. Von 1997 bis November 1999 übernahmen Hallenser Medizinstudierende – mit westdeutscher Herkunft – das Sekretariat der Fachtagung Medizin.

4. Fazit

Neben der Anpassung der Regelwerke zum Studium und hochschulrechtlicher Natur, der Durchmischung von Ost und West am Studien- und Arbeitsplatz medizinische Fakultät ging ein rasanter Abbauprozess vorstatten. Den medizinischen Fakultäten und Uniklinika blieb nicht erspart, was viele Lebensbereiche in den neuen Ländern über sich ergehen lassen mußten. Im Gegenteil: Als Nahtstelle zwischen Hochschulbereich und Gesundheitswesen können sie als ein “Indikator gesellschaftlicher Veränderungen und Kontinuität” verstanden werden.⁵² Die Bewertung dessen wird je nach Blickpunkt anders ausfallen: Ob ambivalente Kompromisse⁵³, ob ein Experimentierfeld Ost, das Entwicklungen für den Westen vorwegnimmt oder “Hausaufgaben in der Hochschulmedizin weitgehend erledigt”, wie von administrativer Seite geäußert. Richtig ist, die “Entwicklung hängt nun vor allem von der Lösung bundesdeutscher Probleme ab.”⁵⁴

⁵¹ V.S.: Zwischen Frühlings Erwachen und Medizinerball. Drei engagierte Studierende mit Preisen geehrt, in: *Universität Leipzig* 6/1998, S. 11.

⁵² T. Peschke: Hausaufgaben weitgehend erledigt, in: *Deutsches Ärzteblatt* 2000, 97: A-979 – 984.

⁵³ Pasternack, Risiken, a.a.O., S. 118.

⁵⁴ Peschke, Hausaufgaben, a.a.O.

Freiheit Gerechtigkeit Solidarität

Geschichte der sozialdemokratischen Studierendenverbände in Ostdeutschland

Johannes Wien
Christian Hingst

1. Die Gründung eines sozialdemokratischen Studierendenverbandes in der DDR – der BSDS

Am 09.12.1989 wurde in Halle/Saale der Bund Sozialdemokratischer Studenten (BSDS) als erster politischer Studierendenverband nach dem Alleinvertretungsanspruch der FDJ zu DDR-Zeiten gegründet. Das Ziel der ca. 15 Studentinnen und Studenten aus verschiedenen Universitäten der DDR war es, nun endlich die Politik in ihrer ganzen Breite an die Hochschulen zurückzuholen und die revolutionären Prozesse der Erneuerung, die bis zu diesem Zeitpunkt noch kaum in den Universitäten Niederschlag gefunden hatten, voran zu bringen.

Der Gründung des BSDS war bereits zu dieser Zeit eine lebhafte Diskussion der Initiatoren aus Halle voran gegangen, die bereits nach wenigen Wochen informeller studentischer politischer Arbeit, deren Ziel zunächst die Beseitigung des FDJ-Alleinvertretungsmonopols an der Hochschule war, zur Überzeugung gelangten, dass die damals vorherrschenden Ziele der Abschaffung des Marxismus-Leninismus-Unterrichtes und der Etablierung einer FDJ-freien Studentenvertretung (Studentenvollversammlung, Wahl eines Studentenrates) als Basis für die längerfristige Arbeit einer wie auch immer gearteten politischen Gruppe nicht ausreichen würden.

Die Gründungsmitglieder des BSDS wollten ganz bewusst neue, demokratische Strukturen anbieten und eine hochschulpolitische Arbeit auf die Basis eines Werte- und Prinzipienhorizontes stellen.¹

Im Vorfeld der BSDS-Gründung hatte es im Oktober und November 1989 erste Gespräche mit dem damals noch illegal tagenden Vorstand der SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) gegeben, an deren Gründungsaufwurf vom August 1989 man sich orientiert hatte. Nach einer Vorstellung des Projektes eines sozialdemokratischen Studentenverbandes war man sich einig, dass dieser auf einer unabhängigen Basis (also nicht als Bestandteil der SDP) organisiert werden sollte. Trotz der von den BSDS-Gründern erwünschten formellen Distanz zur SDP konnten Vertreter der Studierendenorganisation in diesen ersten spannenden Monaten sozialdemokratischer Arbeit in der DDR an den Vorstandssitzungen teilnehmen und waren auch mit einem Grußwort auf der ersten Parteikonferenz der SDP/SPD im Januar 1990 in Berlin vertreten.

¹ Vgl. Friedemann Stengel: Einführungsreferat zur Gründung des BSDS 1989. In: 20 Jahre Juso-Hochschulgruppen. *Arbeitshefte der Juso-Hochschulgruppen* Nr. 94/95, S. 98 ff.

Mit der Teilnahme am „Runden Tisch – Jugend“ gelang es, gemeinsam mit anderen neuen Jugendorganisationen und Vertretern der kirchlichen Jugendarbeit im Frühjahr 1990 das logistische Monopol der FDJ zu brechen und damit den Grundstein dafür zu legen, dass die erste frei gewählte Regierung der DDR ihre Jugendarbeit auf neue Füße stellen konnte. Ein wichtiges praktisches Ergebnis dieser Bemühungen war für die sozialdemokratische Studentenorganisation die Nutzungsmöglichkeit eines Büros im Gebäude des ehemaligen Zentralrates der FDJ in Berlin und die Einwerbung (wenn auch geringer) öffentlicher Mittel, die die organisationspolitische Arbeit des BSDS, aber auch der anderen Jugendorganisationen erst ermöglichen konnten, da die Arbeit der ersten Monate ausschließlich aus privaten Mitteln der Mitglieder (Fahrtkosten, Kopierkosten etc.) gedeckt werden mußte.

Die Gründung des BSDS fiel noch in eine Zeit der politischen Euphorie in der DDR. Die Gründungsmitglieder waren wie alle anderen Studentinnen und Studenten von den Massendemonstrationen im Oktober und November geprägt. Zwar war unter anderem durch die Maueröffnung am 09. November die Beteiligung an den fortgesetzten „Massendemonstrationen“ bereits zurück gegangen, für die politisch denkenden Menschen aber hatte der Handlungsdruck (und hatten auch die scheinbaren Handlungsmöglichkeiten) nicht abgenommen. Die immer noch nicht geschehene Entmachtung des SED- und Stasi-Apparates, die einsetzende Talfahrt der Wirtschaft und die Lähmung des Hochschulbetriebes ließen einen großen Bedarf daran erkennen, die sogenannte friedliche Revolution endlich konsequent zu Ende zu führen und nach dem zunächst verständlichen spontanen und planlosen Vorgehen der ersten Phase nun auch Strukturen für den weiteren Weg der Erneuerung in der DDR zu schaffen.

An den Hochschulen sollte es darum gehen, nach dem Sturz der FDJ und der Konstituierung erster basisdemokratischer Studierendenräte eine kontinuierliche hochschulpolitische Arbeit zu etablieren. Als der SDP/SPD nahestehende Studierendenorganisation sollte ohne Bindung an Parteibeschlüsse sozialdemokratische Studierendenpolitik gestaltet werden.

2. Die Arbeit des BSDS bis zur Vereinigung mit den Juso-Hochschulgruppen im Januar 1991

Bereits im Dezember 1989 kam es zu ersten Kontakten zwischen dem BSDS und den Juso-Hochschulgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Am Rande des SPD-Parteitages (der westdeutschen SPD) im Dezember 1989 in Westberlin fanden erste Gespräche zwischen dem Koordinierungsausschuss des BSDS und dem Koordinierungsausschuss der Juso-Hochschulgruppen statt. Komplikationslos wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart, die vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Zusammenarbeit von SPD und SDP zu sehen ist und damit positive Voraussetzungen fand. Neben regelmäßigen Treffen und gegenseitigen Besuchen war das erste praktische Ergebnis dieser Zusammenarbeit die Finanzierung des ersten Plakates des BSDS durch die Juso-Hochschulgruppen – Titel: Studieren in Europa. Das Plakatthema ist symptomatisch für die damalige Zeit, sollte es doch auf die neuen Möglichkeiten für die Studierenden in der DDR hinweisen und signalisieren, dass der BSDS für eine Öffnung nach Westdeutschland und Westeuropa eintrat.

Wie in allen anderen Bereichen auch, waren die ersten Monate von einem bisweilen schwierigen gegenseitigen Informationsaustausch geprägt, in dem Ost- und Westdeutsche ihre persönli-

chen und politischen Erfahrungen austauschten und um Verständnis und Akzeptanz für die eigenen Vorstellungen warben.

Das gute Verhältnis zur ostdeutschen SDP/SPD führte zu einer engen Zusammenarbeit mit den Bildungspolitikern der SPD-Volkskammerfraktion seit März 1990 und der Arbeitsgruppe Bildung beim SPD/Ost-Vorstand. Für den BSDS war es besonders wichtig, Rahmenbedingungen für die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen herbeizuführen, die neuen Studentenvertretungen rechtlich abzusichern und wie in Westdeutschland nun auch für die ostdeutschen Hochschulen Studentenwerke einzurichten, die sich fortan für die sozialen Belange der Studierenden einsetzen sollten. Keinen Erfolg hatte der BSDS mit seinen Forderungen für mehr und elternunabhängiges Stipendium in der DDR, für das die ostdeutschen Studierenden im Frühsommer 1990 auf die Straßen gegangen waren.

Als schwierig ist auch die Mitarbeit im „Arbeitskreis Studentenorganisationen“ zu bewerten, in deren Verlauf bis zur Wiedervereinigung im Oktober 1990 keine nennenswerten Ergebnisse erzielt werden konnten.

Das schwierigste Feld für die ungefähr 10 entstandenen BSDS-Gruppen an ostdeutschen Hochschulen war die konkrete Arbeit vor Ort. Die Entwicklung der Studentenräte,² für deren Entstehen sich der BSDS eingesetzt hatte, verhinderte bereits in den ersten Monaten der Existenz des sozialdemokratischen Studierendenverbandes die erhofften politischen Entfaltungsmöglichkeiten an den Hochschulen. Das zentrale Gründungsziel des BSDS, die Hochschule nun wieder zu einem Ort hochschul- und allgemeinpolitischer Beschäftigung werden zu lassen, widersprach der „gewerkschaftlichen Orientierung“ der Studentenräte. Deren Mitglieder hatten nach ihren ersten Kontakten mit westdeutschen Studentenschaften sehr schnell erkannt, dass die dort praktizierte Arbeit in Studentenparlamenten und ASten nur deshalb funktionierte, weil sie von politischen Gruppen lokaler oder überregionaler Prägung getragen wurden. Eine Übertragung des westdeutschen Modells kam jedoch aus verschiedenen Gründen nicht in Frage, weil einerseits die Mechanismen der Willensbildung in westdeutschen Studierendenschaften und die dort ausgetragenen Konflikte nicht nachvollzogen werden konnten und sie (deshalb) auch aus Gründen der verschiedenen Voraussetzungen nicht attraktiv erschienen.

Unter den vom DDR-System geprägten Studierenden herrschte die Meinung vor, dass doch alle Studentinnen und Studenten gleiche Interessen hätten, und die erlebte westdeutsche Streitkultur dem nicht nur nicht gerecht werden würde, sondern diese Ziele ganz im Gegenteil sogar konterkariere. Die mangelnde Kenntnis des demokratischen Pluralismus führte dazu, die Ablehnung des westdeutschen Systems der Studentenparlamente insbesondere an den parteipolitischen Studierendenverbänden festzumachen. Der BSDS als erster parteinaher Studierendenverband musste deshalb zwangsläufig zum „Opfer“ dieser Abwehrreaktion in ostdeutschen Studentenräten werden. Dazu kam die Tatsache, dass Studentinnen und Studenten, die sich an der Erneuerung der DDR bzw. dem Einigungsprozess beteiligen wollten, dafür attraktivere Voraussetzungen in den neu entstandenen politischen Parteien und Vereinigungen fanden. Das Interesse an studentischer Politik war auf wenige Schultern verteilt.

² dazu ausführlich: Johannes Wien: Studentenräte. Die Entwicklung der studentischen Interessenvertretung in den neuen Bundesländern. In: Lesebuch Hochschule. *Arbeitshefte der Juso-Hochschulgruppen* Nr. 99, Mai 1998, S. 72 ff.

Der BSDS kritisierte diese Entwicklung zwar sehr frühzeitig, konnte sich mit seinen Überlegungen aber nicht durchsetzen. Im Ergebnis mussten Mitglieder des BSDS als „Privatpersonen“ für die Studentenräte kandidieren und ihre politischen Vorstellungen dann wie alle anderen Studentenratsmitglieder als Einzelkämpfer einbringen.

Im Laufe des Jahres 1990 wurde deutlich, dass es zwischen dem BSDS und den Juso-Hochschulgruppen eine starke inhaltliche Nähe gab, für die die Ähnlichkeit der Strukturen (relative Eigenständigkeit der einzelnen Gruppen, landesweit nur ein Koordinierungsausschuss) wichtig waren. Die Unterstützung der Juso-Hochschulgruppen für den BSDS (Spendenaufruf in der westdeutschen SPD, Plakatherstellung) wurden nie als vereinnahmend empfunden. Das ermöglichte eine zunehmende unkomplizierte Zusammenarbeit. Im Juli 1990 tagten die beiden Koordinierungsausschüsse das erste Mal zusammen und bemühten sich dabei für das Jahr 1991 zu einer gemeinsamen Planung der politischen Arbeit der beiden Verbände zu kommen. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 1990 unternahm der BSDS und die Juso-Hochschulgruppen eine gemeinsame dreiwöchige Informationstour mit den Schwerpunkten BAFöG-Beratung durch die ehemalige DDR (das BAFöG sollte 1991 das alte DDR-Stipendiensystem ersetzen). Auch umgekehrt besuchten BSDS-Mitglieder Hochschulen in den alten Ländern, um dort über die Situation in der DDR und den Vereinigungsprozess zu informieren.

Der organisatorische Zusammenschluss von BSDS und Juso-Hochschulgruppen hätte sicherlich noch ein wenig auf sich warten lassen, wenn nicht der allgemeine Vereinigungsdruck dieser Wochen und Monate so stark gewesen wäre. Nach der als überhastet wahrgenommenen Vereinigung der ostdeutschen und westdeutschen SPD im September 1990 wurde im gleichen Zeitraum auch eine Vereinigung von BSDS und Juso-Hochschulgruppen von den Koordinierungsausschüssen angeregt.

In seiner Delegiertenkonferenz vom 07.-09. Dezember 1990 in Erfurt wurde folgender Antrag beschlossen:

„Der Bund Sozialdemokratischer Studentinnen und Studenten (BSDS), die Studierendenorganisation der SPD in der ehemaligen DDR und die Juso-Hochschulgruppen, Projektgruppen der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten und die Studierendenorganisation der SPD in den alten Bundesländern vereinigen sich im Rahmen des gemeinsamen Koordinierungstreffen vom 25. -27. Januar 1991 in Köln-Riehl als Juso-Hochschulgruppen.

Zum Zeitpunkt der Vereinigung tritt die Satzung des BSDS ausser Kraft.

Die Delegiertenkonferenz des BSDS nominiert zwei Personen zur Nachwahl für den Bundeskoordinierungsausschuss der Juso-Hochschulgruppen.“

Im Januar 1991 ging der BSDS dann in den gesamtdeutschen Juso-Hochschulgruppen auf. Diese Entscheidung wurde auch in den Folgemonaten als richtig bewertet, zumal es bereits Ende 1990 einzelne Gruppen in Ostdeutschland gab, die sich schon als Juso-Hochschulgruppen bezeichneten.³

3. Die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen in Ostdeutschland bis 1994

Organisationspolitisch war es für die Juso-Hochschulgruppen in den folgenden Jahren besonders wichtig, bestehende und sich entwickelnde Gruppen zu unterstützen und Studentinnen und Studenten für eine Mitarbeit bei den Juso-Hochschulgruppen zu gewinnen. Dabei wurde zu keinem Zeit-

³ 20 Jahre Juso-Hochschulgruppen. Arbeitshefte der Juso-Hochschulgruppen Nr. 94/95, Oktober 1993, S. 101 ff.

punkt in Erwägung gezogen, der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen verbundene Studentinnen und Studenten an Hochschulen in Ostdeutschland „zu delegieren“, um so neue Gruppen zu gründen, wie es in der Ost-West-Richtung die Praxis der ehemals von der SED/FDJ unterstützten Studierendenorganisationen Sozialistischer Hochschulbund (SHB) und Marxistischer Studentenbund (MSB-Spartakus) in Westdeutschland gewesen war. Statt dessen wurde versucht, durch Informationsveranstaltungen interessierte Studierende zu begeistern. Dazu wurden Veranstaltungen und Infotische organisiert, in deren Zusammenhang auch Gespräche mit Studentenräten, Hochschulleitungen und Studentenwerken geführt wurden. Nur das Aufgreifen für die Studierenden relevanter Themen konnte längerfristige Verbindungen herstellen. Deshalb war es besonders wichtig, die soziale Situation und den Erneuerungsprozess an den ostdeutschen Hochschulen zu begleiten und ihn in politische Forderungen und praktische Handlungsmöglichkeiten vor Ort zu übersetzen.

Ein Beispiel für diese Arbeit war das „Empirische Projekt der Juso-Hochschulgruppen“ vom Sommersemester 1991. Noch vor den Ergebnissen der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes konnte mit der Publikation „Zur Situation der Studierenden in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen“ eine auch öffentlich beachtete Analyse der sozialen und hochschulpolitischen Vorstellungen ostdeutscher Studierender vorgelegt werden. Dabei ging es um die Bewertung der staatlichen Vereinigung, soziale Indikatoren und die Abfrage von Erwartungen an die gravierenden Veränderungsprozesse dieser Zeit.

Im Arbeitskreis „Hochschulpolitik in den neuen Ländern“ arbeiteten ostdeutsche und westdeutsche Studierende gemeinsam an den damaligen Problemen, organisierten Veranstaltungen und Seminare und erarbeiteten Publikationen und Informationsmaterial.

Mit der Etablierung und dem Entstehen weiterer hochschulpolitischer Gruppierungen und anderer parteinaher Studentenorganisationen veränderten sich auch die politischen Handlungsmöglichkeiten in den einzelnen Universitäten und den neuen Fachhochschulen. Die unterschiedliche Hochschulpolitik in den neuen Ländern führte ebenfalls dazu, dass es den Juso-Hochschulgruppen zum Teil möglich wurde, als Gruppe im Mehrheitswahlrecht sich um das Mandat für die Studentische Vertretung in den Gremien der Studierendenschaften zu bewerben. Die vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse führten allerdings dazu, dass eine kontinuierliche Arbeit von Juso-Hochschulgruppen in den neuen Ländern nur zum Teil erreicht werden konnte. Noch stärker als zum gleichen Zeitpunkt in Westdeutschland war das Bild der Juso-Hochschulgruppen von entstehenden und auch wieder zerfallenden Gruppen geprägt. Erst mit den Jahren entstand die bis heute anhaltende Solidität in der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen. Mit dem zunehmenden Austausch von west- und ostdeutschen Studierenden und einer Angleichung der Problemsituationen verschwand die Notwendigkeit, sich in einem besonderen Arbeitskreis um die Situation in Ostdeutschland zu kümmern. Das Aufgreifen besonderer ostdeutscher Themen wurde statt dessen zum integrierten Bestandteil der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen. Mit der Entscheidung, 1992 einen „ostdeutschen“ Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen zu wählen, der selbst Gründungsmitglied des BSDS war, wurde ein zu damaligen Zeiten nicht selbstverständliches Zeichen einer funktionierenden und selbstverständlich werdenden gesamtdeutschen Arbeit des sozialdemokratischen Studierendenverbandes gesetzt.

4. Die Juso-Hochschulgruppen in Ostdeutschland von 1995 bis 1999

Obwohl die Juso-Hochschulgruppen an einigen Standorten wie z.B. Frankfurt/Oder über kontinuierlich arbeitende Gruppen verfügten, konnte ein flächendeckender Ausbau nicht erfolgreich gestaltet werden. Die Anzahl der aktiven Gruppen bewegte sich in diesen Jahren zwischen 5 und 10 Gruppen.

Trotz mehrerer Neugründungen erwies es sich als äußerst schwierig, diese Gruppen vor dem Auseinanderfallen zu bewahren. So hing der Erfolg der Juso-Hochschulgruppen vor Ort immer von den dort Aktiven ab. Beendeten diese ihr Studium, war die Existenz der Gruppe gefährdet.

Vertreter aus den neuen Ländern prägten aber über den gesamten Zeitraum als Mitglieder des Bundeskoordinierungsausschuss der Juso-Hochschulgruppen entscheidend die Arbeit des Bundesverbandes.

5. Die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen in Ostdeutschland heute

Verschiedene Umstände erschweren heute die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen an den ostdeutschen Hochschulen in besonderem Maße:

a) Vertrauensverlust Jugendlicher gegenüber politischen Gruppen

Parteieneigungen sind heute aufgrund des sozialen Wandels beweglicher, keine Partei hat deshalb eine dauerhafte Bindung unter Jugendlichen. Die wachsende Distanz zur Politik zeigt sich in sinkenden Wahlbeteiligungen. Jugendliche sind aber nicht generell unpolitisch. Es besteht eine erhebliche Skepsis gegenüber dem politischen System, sprich den etablierten Parteien. Diese Skepsis entspricht dem Unmut über die mangelnde Anerkennung der eigenen Wünsche, Lebensentwürfe und Partizipationsansprüche. Hieraus resultiert eine deutliche Abnahme des Vertrauens zu den bestehenden Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen wie den Juso-Hochschulgruppen. Diese Distanz ist in den neuen Bundesländern viel stärker ausgeprägt als in den alten Ländern.

b) mangelnde Bereitschaft, sich für Studierendeninteressen einzusetzen

Überall beobachtet man die Entwicklung, dass nur wenige Studierende bereit sind, sich in den Studierendenvertretungen zu engagieren. Die politische Arbeit steht in einer erheblichen Konkurrenzsituation zu einem boomenden Freizeitangebot und einer fortschreitenden Individualisierung weiter Teile der Gesellschaft. Da die ostdeutschen Hochschulen nicht über die gewachsenen Strukturen der studentischen Interessensvertretung Westdeutschlands verfügen, macht sich dieser Trend hier noch viel stärker bemerkbar. Hieraus resultiert, dass die Vertretungen nur über eine geringe Mitgliederzahl verfügen. Unterstützt wird diese Entwicklung durch die schlechte Situation des ostdeutschen Arbeitsmarkts. Aufgrund einer hohen Arbeitslosenzahl stehen die Studierenden in einer größeren Konkurrenz zueinander. Um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, versuchen die Studierenden ihr Studium in möglichst kurzer Zeit zu absolvieren. Es dominiert der Gedanke, dass ein Studium in erster Hinsicht für einen Beruf befähigen soll. Ein Engagement in der Studierendenvertretung wird als hinderlich für die eigene Karriereplanung angesehen.

c) die Struktur der Studentenräte

Die gewerkschaftlich orientierte Struktur der Studierendenräte erschwert die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen in Ostdeutschland. In den westdeutschen Hochschulen schließen sich die Stu-

dierenden zu Interessensgruppen zusammen, die sich anschließend zur Wahl stellen. Die Mandatsverteilung in den entsprechenden Studierendenparlamenten, die anschließend den AStA wählen, erfolgt entsprechend der Stimmen, die die Listen erhalten haben. Im Gegensatz hierzu werden im überwiegenden Teil Ostdeutschlands die Studierendenvertreter und Vertreterinnen durch eine Direktwahl von Einzelpersonen gewählt. Die Funktion, die die Gruppen in Westdeutschland einnehmen, kommt also nicht zur Geltung. Auch ist es für die Studierenden oft nicht transparent, wer von den zu wählenden Kandidaten und Kandidatinnen bei den Juso-Hochschulgruppen engagiert ist.

Dabei besitzen die Juso-Hochschulgruppen gegenüber den Studentenräten den entscheidenden Vorteil, dass sie auf überregionale Netzwerke zurückgreifen können. Die in den Studentenräten engagierten Studierenden verfügen neben dem o.s.t., einer losen Interessengemeinschaft ostdeutscher Studierendenschaften, nur selten über Netzwerke, die einen Austausch von Informationen und Erfahrungen ermöglichen. Deshalb wenden sich in letzter Zeit zunehmend Studentenräte an den Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen, um Informationen zu erhalten oder um gemeinsame Projekte zu starten. Hier setzt sich die Ansicht durch, dass nur in Zusammenarbeit mit anderen Studierendenorganisationen Einfluss auf das politische System ausgeübt werden kann. Die Juso-Hochschulgruppen sind aufgrund ihrer hervorragenden Kontakte zu Studentenwerken und Gewerkschaften für die Studentenräte besonders attraktiv.

Aufgrund dieser Entwicklung und den allgemein anerkannten Kompetenzen gerade bei hochschul- und sozialpolitischen Themen steht zu erwarten, dass mittelfristig die Bedeutung der Juso-Hochschulgruppen an den ostdeutschen Hochschulen entscheidend zunehmen wird.

Frau sein allein ist noch kein Problem

Studentinnen(politik) zwischen 1989 und 1999

Suse Wagner

Als die Innenrevision der Universität Leipzig zum ersten Mal die Finanzen der Studierendenschaft überprüfen sollte und eine Stichprobe bei einem der Referate des StudentInnenRates plante, fiel die Wahl auf das "Frauen- und Lesereferat". Angesichts der anderen Referate, die mit gewichtigen Namen wie "Finanzreferat" oder "Referat ausländischer Studierender" aufwarteten, musste es den Damen von der Finanzprüfung komisch vorkommen, dass es ein Referat extra für lesende Frauen gab. Von der Finanzverantwortlichen des StudentInnenRates allerdings darauf hingewiesen, es heiße: *Lesben! Nicht Lese!*, wählten die Vertreterinnen der Innenrevision schnell ein anderes Referat zur Überprüfung aus. Erster Kontakt mit vollkommen neuer Materie.

Anfänge

Das Leipziger "Referat für Frauen- und Lesbenpolitik- und -kultur" war das erste Referat mit feministischer Ausrichtung an einer Hochschule auf dem Gebiet der DDR. Es wurde 1991 gegründet, und das ist aus heutiger Perspektive aus zweierlei Sicht bemerkenswert. Zum einen weil es in *basisdemokratischen* Zeiten ohne Basis entstand, zum anderen weil es ein Referat war und ist, das einen eindeutig gesellschaftspolitischen Ansatz verfolgt und sich keineswegs auf hochschulinterne Themen beschränken will.¹ Daß ein Referat für "Frauen- und Lesbenpolitik"² nicht auf eine breite Basis unter den Studierenden oder in der Gesellschaft bauen kann, war 1991 allgemein bekannt, und bis zum heutigen Tage hat sich daran nicht viel geändert. Unter anderem diese Tatsache war es jedoch, die die Initiatorinnen und den StudentInnenRat im Jahre 1991 von der Wichtigkeit des Referats überzeugte. Hinter der Gründung stand der (mehrheitliche) Wille der Leipziger Studierendenvertretung zu gesellschaftlicher Veränderung im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter und der Lebensweisen. So war der Name des Referates schon Teil des politischen Anspruchs: Frauenpolitik und Lesbenpolitik³ – keine explizite Erwähnung der Hochschule oder studentischer Bezüge. Das "Lesben" im Titel sollte der Sichtbarmachung jener Frauen dienen, die Beziehungen

¹ Das Allgemeinpolitische Mandat mag an anderer Stelle diskutiert werden.

² So der heutige, etwas handlichere Name.

³ ... werden von vielen gleichgesetzt. ("Lesben sind doch auch Frauen.") Zu Unrecht. Wenn es um die Abtreibungsregelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch geht ist dieses ein Thema, das Lesben in den seltensten Fällen direkt betrifft. Auf der anderen Seite ist die Unmöglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis für die aus z.B. Nigeria stammende Partnerin zu bekommen, ein auch im Jahre 2000 ungelöstes lesbenpolitisches Problem.

mit Frauen leben (wollen), Anfang der 90er Jahre ein stark tabuisiertes Thema. Die Innenrevisions-Anekdote illustriert, wie wichtig derartige Maßnahmen waren (und sind!).

Gründe

Es gab zwei Gründe für die Einrichtung eines Referates für Frauen- und Lesbenpolitik: die Situation der Frauen auf früherem DDR-Territorium und die Aussicht auf die Lage der Frauen dort, wo ehemalige BRD war.

Obwohl viele DDR-Bürgerinnen und -bürger bis heute der Meinung sind, dass Frauen und Männer in der DDR gleichberechtigt waren (im Vergleich zur Bundesrepublik mögen sie da fast recht haben), gab es eine gehörige Positions- und Einkommensschere zwischen den Geschlechtern. Männer bekleideten die höheren Positionen und bekamen so die höheren Gehälter. Margot Honecker war z.B. die einzige Ministerin in der letzten DDR-Regierung, die immerhin 44 Ministerien unterhielt. Frauen waren als Näherin, Sekretärin oder Krankenschwester oft in Berufen beschäftigt, die schlecht bezahlt und ohne Aufstiegschancen waren.

Das Idealbild der DDR-Familie, von vielen Dozentinnen an den Hochschulen – im Wortsinne: vorbildlich – gelebt, war vielen Studentinnen Orientierungshilfe und erstrebenswert. Rückblickend beschreibt die Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden, Dr. Karin Reiche, es so:

“Das Idealbild der DDR-Frau war das der berufstätigen Mutter, die mühelos den Haushalt bewältigte und eine großartige Geliebte war. Der ideale DDR-Mann war berufstätig und gesellschaftlich sehr aktiv. Er beschäftigte sich außerdem in seiner Freizeit mit den Kindern und half seiner Frau im Haushalt, z.B. als Hobbykoch. Der durchschnittliche DDR-Mann pflegte intensiv das Familienauto, liebte technisches Spielzeug und trank gern Bier.”⁴ (Reiche 1992, S. 69)

Vorgelebt und als erfolgreich wie nachahmenswert erlebt wurde die Ehefrau und Mutter, die sich als Dozentin intensiv um die Studierenden kümmert, aber nicht Professorin ist, vielleicht auch gar nicht werden will. Geerdet in der Arbeit mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs sieht sie ihre Berufung nicht in Karriere, sondern in genügsamer Forschung und Lehre. In vielen, vor allem naturwissenschaftlichen Bereichen war der akademische Mittelbau der Platz in der universitär-akademischen Hierarchie, der den größten Frauenanteil aufwies.

Trotz der propagierten Gleichberechtigung unterschieden sich die Hochschulen der DDR in ihrer geschlechtstypischen Hierarchisierung also nur unwesentlich von denen der BRD: Die Professuren waren zum größten Teil von Männern besetzt, die Frauen wirkten in der zweiten Reihe, oft habilitiert, aber nur mit wenig Aussicht auf einen Lehrstuhl. Die Hochschule als Mini-Welt, mit als selbstverständlich empfundenen Hierarchien.

So verwundert es nicht, dass auch die von vielen als gleichberechtigt empfundene studentische Vertretungsarbeit die typische Rollenverteilung reproduzierte: In der Gründungsphase des StudentInnenRates waren Studenten offenbar die öffentlich wirksameren Personen: So findet sich in der Textsammlung “Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-) Uni Leipzig zwischen Herbst 89 und Abwicklung” gerade ein Beitrag,⁵ der von einer Studentin stammt. Daneben stehen ungefähr 20 Artikel und Stellungnahmen, die von Studenten verfasst wurden bzw. Interviews mit einem Studenten darstellen. Ähnlich verhält es sich mit dem Video-Film, der die Abwicklungsproteste

⁴ Ein klares Meinungsbild über die sexuellen Qualitäten des DDR-Mannes existierte offenbar nicht.

⁵ “Studenten bald nicht mehr RAT-los” von Katja Herr (StuRa Uni Leipzig 1991, S. 14).

1990/91 dokumentiert. Studenten halten Reden, initiieren und fällen Entscheidungen, diskutieren mit politisch einflussreichen Persönlichkeiten. Selten eine Studentin, die das Wort ergriffen hätte und dabei für so wichtig befunden wurde, dass sie für die Nachwelt per Video konserviert worden wäre.

Die tägliche Realität studentischer Vertretung sah indes anders aus: Diskussionen wie Aktionen fanden – obwohl die Dokumentationen anderes suggerieren – unter maßgeblicher Beteiligung von Studentinnen statt, ohne dass im Vorfeld Machtkämpfe nötig gewesen wären. Eine Beteiligte reflektiert dies in einem Beitrag, der den später noch zu behandelnden Ost-West-Konflikt thematisierte, im Jahre 1993 so: "Es ist nun mal im Osten immer noch so, dass die oder der, welche etwas sagt/zu sagen hat, angehört und ernstgenommen wird." (Jäger 1993, S. 17) Unter der Prämisse, dass Frauen und Männer grundsätzlich gleich gut (oder schlecht) in der Lage sind, verantwortungsvolle und Leitungspositionen zu übernehmen, kann die Übermacht der Studenten in den öffentlich wirksamen Positionen der Studierendenvertretung nur als Ausdruck der Rollenvorstellungen und dem damit verbundenen Kommunikationsverhalten aller beteiligten Studierenden interpretiert werden.

Aus Sicht der Referatsgründerinnen des Jahres 1991 bedurfte diese Hochschulwelt mit ihren Subwelten der Veränderung. Den Studentinnen sollten die selben beruflichen Visionen und Vorbilder selbstverständlich werden wie ihren Kommilitonen. Hochschule sollte sich so ändern, dass auch Frauen Professorin und Rektorin werden konnten und *wollten*. Soweit zum Fernziel.

Es gab auch aktuelle Probleme, die z.B. mit dem Wegfall sozialpolitischer DDR-Regelungen entstanden. Vorbei waren schon 1991 die Zeiten, als mit schwangeren Studentinnen ein persönlicher Sonderstudienplan zusammengestellt wurde, um Schwangerschaft oder Kleinkind mit dem Studium vereinbaren zu können. (Selbst bei der obligatorischen Zivilverteidigungsausbildung (ZV-Lager) nach dem zweiten Studienjahr, bei der alle Studentinnen für mindestens drei Wochen in einem militärisch organisierten Lager ihre Katastrophenschutzkenntnisse aufbessern mußten⁶ hatte ein – studentischer Volksmund – "Schwangerenzug" am Hochschulort dafür gesorgt, dass die (werdenden) Mütter nichts verpassten ☺.⁷)

Eine *Beurlaubung* vom Studium ist die sozialpolitische Maßnahme, die schwangere Studentinnen und studierende junge Eltern von der heutigen Hochschule auf Antrag erhalten können, Ausdruck der bis dahin mehr jenseits der Elbe verbreiteten Ansicht, dass sich Kinder und Beruf/Studium schlecht oder gar nicht miteinander vereinbaren lassen. (Immerhin ist es ein Angebot, das auch Studenten ohne Probleme in Anspruch nehmen können.) Verlässliche Alternativ-Angebote wie den Kinderladen, der in Leipzig die Betreuung von Studierenden-Kindern für den Zeitraum einer oder zweier Vorlesungen übernimmt, mußten in langwierigen Verhandlungen zwischen Studierendenvertretung, Universität und Studentenwerk (welches die Einrichtung nunmehr betreibt) ausgehandelt werden. Die Anpassung an westdeutsche Hochschul- und Sozialnormen und deren Abfederung stellte in den ersten Jahren einen großen Teil der Arbeit des Referates für Frauen- und Lesbenpolitik und des StudentInnenRates dar.

⁶ Der Begriff "Katastrophenschutz" möge bitte weit aufgefasst werden. Zur Ausbildung gehörten neben durchaus verwendbaren Katastrophenschutz-Trainings auch militärisches Marschieren, Sturmbahnen und Schießübungen.

⁷ Der Autorin ist kein studierender junger Vater bekannt, der wegen seines kleinen Kindes vom Armeelager (dem Pendant des ZV-Lagers für Studenten) entbunden und dem "Schwangerenzug" zugeteilt worden wäre.

Kontaktaufnahme

Schon 1990/91 war absehbar, dass nicht nur das politische System der Bundesrepublik Deutschland den Sprung über die ehemalige Grenze schaffen würde, sondern auch die Wertvorstellungen und Klischees der BRD-West: Kindererziehung ist Frauensache, der Mann dafür Familienvorstand,⁸ und Kindergärten stellen staatlich subventionierte elterliche Verantwortungslosigkeit dar. Auf der anderen Seite aber auch die offizielle Abschaffung des „Fräuleins“⁹ schon Anfang der 70er Jahre (durch den damaligen BRD-Innenminister Hans-Dietrich Genscher), mehr Frauen in Führungspositionen und die Lesbenbewegung.

Die Annäherung der BRD über die DDR in Bezug auf die weibliche Hälfte der Bevölkerung war von Widersprüchen gekennzeichnet. Einerseits waren reale Rückschritte in Bezug auf Schwangerschaftsunterbrechung, Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Rollenverteilung zu erwarten. Andererseits gab es Ansätze, die dauerhafte Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse zum Ziel hatten und aus feministisch ostdeutscher Sicht auch (und nicht nur) in den Hochschulen der neuen Bundesländer Einzug halten sollten.

Der Kontakt mit erfahrenen feministisch orientierten Studentinnen aus den alten Bundesländern schien ein erfolgversprechender Weg zu sein, um gesellschaftliche Veränderung in den Hochschulen der neuen Bundesrepublik zu versuchen. Dieses Unterfangen in den Jahren 1992 bis 1994 kann für die studierenden Aktivistinnen der Leipziger Universität getrost als gescheitert betrachtet werden. Obwohl durchaus Freundinnenschaften auf privater Ebene entstanden, gelang es nicht, eine gemeinsame – gesamtdeutsche – Grundlage zu entwickeln, auf der feministische Hochschulpolitik hätte aufbauen können. Der Versuch, institutionalisiert in einem damals gerade gegründeten Netzwerk für Frauen- und Lesbenpolitik mitzuarbeiten, endete nach zwei Jahren mit dem Austritt des StudentInnenRates, einer Empfehlung der Referentin für Frauen- und Lesbenpolitik folgend. Es war nicht gelungen, die ostdeutsche Sichtweise in den (hochschul-)politisch feministischen Diskurs zu integrieren. „Frau sein allein ist noch kein Problem“ (Jäger 1993, S. 14), in Abwandlung des Strobl-Satzes „Frau sein allein ist noch kein Programm“ ist eine Antwort auf den von Feministinnen häufig für sich in Beschlag genommenen Alleinvertretungsanspruch für alle Frauen, der von den jahrelang „vertretenen“ Ost-Frauen stark kritisiert wurde.

Wo die Diskussion im Westen um Strategien und Ziele für diejenigen Frauen kreiste, die sich als Feministinnen verstanden und Begriffsdefinitionen oder eine Einbindung feministischer Ansätze in andere Politikfelder nicht (mehr) nötig fanden, waren die Ost-Frauen auf Praktikabilität und Breitenwirkung orientiert. Zu heftigen Auseinandersetzungen führte z.B. ein Rundbrief (eine damals vierteljährlich erscheinende Informationsbroschüre des Netzwerks), in dem die Leipziger Redaktionsfrauen zwei Männer hatten zu Wort kommen lassen. Für die ostdeutschen Studentinnen stellte das Einbeziehen von Männern, die den Grundintentionen feministischer Gesellschaftskritik positiv gegenüber standen, eine Selbstverständlichkeit dar – für die westdeutschen war es ein Sakrileg. Verständigungsversuche scheiterten, und mit der Mehrheit der Vertreterinnen aus den alten Bundesländern wurde beschlossen, den Rundbrief nicht auszuliefern. Interessanterweise waren

⁸ Steuererklärungsformulare sehen bis heute im Fall einer gemeinsamen Steuererklärung für Eheleute den Mann als Hauptverdiener und –ausfüller. Die Ehefrau wird als Anhängsel nur an einigen Punkten relevant.

⁹ Eine Frau ist unfertig, wenn nicht verheiratet, ein Fräulein. Ein Mann ist auch ohne Ehefrau vollkommen, denn es gibt kein Herrlein. (vgl. aber auch: Brantenberg, G., Die Töchter Egalitas)

ausgerechnet bei dieser Ausgabe die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Studentinnen mit ostdeutschem Hintergrund und denen aus westlich gelegenen Hochschulen ein Hauptthema (Netzwerk 1993).

Der Separatismus, an dem viele – nicht nur feministische – politische Initiativen krank(t)en, ließ den ostdeutschen Feminismus-Ansatz nicht zu: Zusammenarbeit mit Männern zur Durchsetzung politischer Ziele wurde ebenso als unzulässig empfunden, wie es Empörung hervorgerufen hätte – es hat nicht, wir haben es nicht erzählt –, zwei Linguisten¹⁰ in einem öffentlichen politischen Streitgespräch die Argumente für bzw. gegen die sprachliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern austauschen zu lassen.¹¹ Feminismus in reiner Form wurde von vielen der damals aktiven West-Studentinnen als Politikform verstanden, derer sich ausschließlich Frauen bedienen durften (im Extremfall auch: bedienen *konnten*). Einem solchen Ansatz konnten wiederum die ostdeutschen Frauen nicht folgen. Für sie war bündnisfähig, wer gleiche Ziele anstrebte. Zusammenarbeit wurde nicht von vornherein auf bestimmte Gruppierungen eingeschränkt, ein Politikstil, der inzwischen auch ein Kennzeichen ostdeutscher Tagespolitik ist und im Westen ungebrochen mit Reaktionen zwischen Kopfschütteln und Zurechtweisung quittiert wird. Eine Studentin aus Bremen, die an einem Seminar unter dem Titel "Feministische Strategien an Hochschulen" in Leipzig teilgenommen hatte und dort auf ostdeutsche Studentinnen getroffen war, die sich durchaus als feministisch verstanden, stellt in einem Brief fest:

"Mein Resümee bezüglich des Treffens in Leipzig ist, dass nur wenige Ost-Frauen bereit sind, sich mit feministischen Inhalten auseinanderzusetzen, bzw. sich damit zu identifizieren und dafür zu engagieren. Dieses Ergebnis ist zwar tragisch, heißt in der Konsequenz jedoch, mit den Frauen und Lesben gemeinsame politische Beziehungen aufzubauen, die dem Feminismus 'wohlgesonnen' sind." (Schrader 1993, S. 13).

Der ostdeutsche Politikansatz wurde nicht als Bereicherung der feministischen Bewegung wahrgenommen, sondern – im Gegenteil – als Bedrohung der Positionen, die sich westdeutsche Feministinnen in den vergangenen Jahren erarbeitet hatten. Da das kritiklose Übernehmen der westdeutschen Vorstellungen von feministischer Politik für die Leipziger StudentInnenRats- bzw. Referatsvertreterinnen nicht in Frage kam, folgte der offene Bruch mit der damals einzigen feministischen Studentinnenorganisation.

Später wurde punktuell die bundesweite Arbeit wieder aufgenommen: Der *Arbeitskreis Sexismus* am Leipziger Referat für Frauen- und Lesbenpolitik beschäftigt sich seit 1996 mit der Problematik sexualisierter Belästigung an Hochschulen. Seit 1997 nehmen Vertreterinnen des Arbeitskreises an bundesweiten Treffen unter der Thematik "Sexismus an Hochschulen" teil. Andere regelmäßige institutionalisierte Zusammenarbeit auf gesamtdeutsch feministischer Ebene ist seit 1994 nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Der Rückzug der Vertreterinnen des Universitäts-StudentInnenRates aus "institutionalisiertem Feminismus" bedeutete jedoch nicht den Rückzug Leipziger Studentinnen aus bundesweiter Arbeit. Feministische Theologinnen, Biologie- oder Physikstudentinnen (und andere) trafen sich zu regelmäßig stattfindenden Kongressen und Tagungen und hielten fachbezogen durchaus auf gesamtdeutscher Ebene Kontakt. Der inzwischen legendäre "Kongreß für Frauen in Naturwissenschaft und Technik" (FiNuT) fand seit 1992 nicht mehr ohne Leipziger Beteiligung statt. Die

¹⁰ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass im gesamten Text grammatikalisch maskuline Personenbezeichnungen ausschließlich auf männliche Individuen verweisen.

¹¹ Peter Porsch gegen Bernd Könitz, Veranstaltung der Leipziger Linken StudentInnengruppe, 13.12.1993

Leipzigerinnen waren zeitweise sogar so zahlreich vertreten, daß sie nur mit Mühe verhindern konnten, mit der Organisation eines FiNuT-Kongresses in einem der folgenden Jahre betraut zu werden (das fehlende "Hinterland" an feministisch orientierten Naturwissenschafts-Studentinnen bzw. Wissenschaftlerinnen und unklare berufliche Perspektiven der Teilnehmerinnen aus Leipzig ließen die Organisation eines Kongresses für mehrere Hundert Frauen einfach nicht zu). Daß dieser jährlich stattfindende Kongreß bislang außer in (Gesamt-)Berlin noch nicht in einer ostdeutschen Stadt veranstaltet wurde verwundert nicht: Frauen aus anderen Städten im Osten der BRD nehmen nur sehr sporadisch und in geringer Zahl an den Kongressen teil. Eine stabile Gruppe an Organisatorinnen stellt jedoch eine Grundvoraussetzung für die Vorbereitung einer Veranstaltung dieser Größenordnung dar. Sie ist nach wie vor in keiner ostdeutschen Kommune vorhanden.

Tagesgeschäft

Auf bundesweiter Ebene war die große feministische Verschwesterung misslungen. Dafür gelang – ähnlich wie auf fachbezogener Ebene – die Zusammenarbeit zwischen ost- und westsozialisierten Studentinnen vor Ort im Referat für Frauen- und Lesbenpolitik besser. Spätestens 1993 waren an vielen Leipziger Fakultäten immer mehr Studierende immatrikuliert, die ihr Abitur in einem der westlichen Bundesländer abgelegt hatten, und in der Leipziger Studierendenvertretung wurde die gesamtdeutsche Zusammensetzung sehr schnell zur Normalität. Dem Referat für Frauen- und Lesbenpolitik gab die Aktivität der Studentinnen, die zu einer Zeit aufgewachsen waren, in der einige Ziele der westdeutschen Frauenbewegung Realität geworden waren, neue Impulse.

Lag der Fokus der Referatsarbeit Anfang der 90er Jahre auf der Lösung aktueller, klar definierter Probleme oder der langfristigen Arbeit an gesellschaftlicher Veränderung, ging es Mitte der 90er Jahre stärker darum, Anlaufstelle und Treffpunkt für Studentinnen zu werden. Spezielle Veranstaltungswochen dienten neben dem interdisziplinären Diskutieren von Themen wie "Frauen und Medien" (1996) oder "Gewalt gegen Frauen" (1995) der Öffentlichkeitsarbeit und wurden von vielen Studierenden besucht. Erste Veranstaltungen zu lesbenbezogenen Themen folgten. Diese Zeit markierte in vielerlei Hinsicht einen Wendepunkt. Die Referatsarbeit zielte weniger auf globale Gesellschaftsveränderung, obwohl Information und Gesellschaftskritik nach wie vor elementare Bestandteile der Arbeit darstellten. Gleichzeitig wurde die Studentinnenschaft heterogener. Neben den jungen Frauen mit traditionellen Rollenbildern waren viele Studentinnen und einige Dozentinnen an die Universität gekommen, für die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern alltäglicher Anspruch war. Auch der Anteil offen lesbisch lebender Frauen war gestiegen, und in zunehmendem Maße hielten auch Lehrveranstaltungen zur Frauen- und Geschlechterforschung Einzug in den offiziellen Studienplan der Universität.¹² Die Basis für feministische Aktivitäten wurde breiter aber auch unübersichtlicher. Dementsprechend mußten die Zielstellungen und Strategien für die Arbeit in einem Referat für Frauen- und Lesbenpolitik heterogener werden.

Es änderten sich auch die Rahmenbedingungen für feministische Arbeit. In dem Maße, in dem sich neue Studierende an der Arbeit der Studierendenvertretung beteiligten, beendeten andere ihr Studium und verließen die Hochschule. Mit ihnen ging die anfängliche Selbstverständlichkeit,

¹² Inzwischen wird im Referat für Frauen- und Lesbenpolitik für jedes Semester ein Frauenvorlesungsverzeichnis erstellt.

mit der feministische und Gleichstellungsansätze Teil studentischer Politik gewesen waren. Diejenigen, die zur Wendezeit studierten, vertraten – vielleicht angesichts des gerade stattfindenden Paradigmenwechsels – eine grundsätzliche Offenheit gegenüber alternativen Gesellschaftsentwürfen, die von der Grundausrichtung her als “links” bezeichnet werden konnten. Die nachfolgenden Generationen in der Studierendenvertretung vereinte kein allgemeinpolitischer links-alternativer Ansatz mehr.

Frauenthemen jeglicher Art wurden immer mehr aus dem Kanon studentischer Vertretungsarbeit herausgenommen, klares Zeichen dafür war z.B. die Einrichtung eines extra “Frauentopfes” im Haushalt der universitären Studierendenschaft in Leipzig. Während studentische Projekte im allgemeinen aus den Töpfen Geld erhielten, die inhaltlich am besten passten (Kultur aus dem “Kulturtopf”, eine Publikation aus “Publikationen”), wurde dem “Frauentopf” nachfolgend alles zugeordnet, was unter der Überschrift “Frauen” oder “Lesben” subsummierbar war, egal ob Zeitungsprojekt oder Kultur für Studierende. Immer stärker geriet auch der lesben-emanzipatorische Ansatz in die Kritik: die offene Erwähnung der Lesben im Namen des Referates würde heterosexuelle Frauen abschrecken und an der Mitarbeit im Referat für Frauen- und Lesbenpolitik hindern, lautete eine häufiger geäußerte Kritik. Interne StudentInnenRats-Strukturdebatten zielten zeitweise auf die Herauslösung der Lesbenthemen aus der Referatstätigkeit. Die politische Lesbenarbeit in einen eher privaten Rahmen zu verdrängen, muß als ein Zeichen abnehmenden Interesses an Antidiskriminierungsarbeit innerhalb der gewählten Studierendenvertretung interpretiert werden. Und auch andere Projekte aus dem Referat für Frauen- und Lesbenpolitik waren zunehmend mit offener Ablehnung innerhalb des Studierenden-Plenums konfrontiert und nur noch unter erhöhtem Aufwand oder gar nicht durchsetzbar. So konnte das Plenum auch nach langer Diskussion nicht davon überzeugt werden, dass die Teilnahme an einem bundesweiten „AK Sexismus“-Treffen für die Leipziger Studentin kein persönlicher Ausflug (und dementsprechend selbst zu bezahlen) sei.

Einen vorläufigen Gipfelpunkt dieser Entwicklung stellte das Sommersemester 1999 dar: Der StudentInnenRat wählte eine Bewerberin zur Referentin für Frauen- und Lesbenpolitik, die klar einen nicht feministischen Ansatz proklamierte, obwohl eine Kandidatin zur Verfügung gestanden hätte, die sich den bisherigen Grundintentionen des Referates verpflichtet fühlte. Wenige Monate später scheiterte ein Antrag dieser Referentin auf Umbenennung ihres Referates in “Frauenreferat” denkbar knapp an der satzungsgemäß geforderten 2/3-Mehrheit im StudentInnenRat. Die Referentin zog die Konsequenzen und trat zurück.

Inzwischen wird das Referat wieder von einer Studentin geleitet, die feministischen Ansätzen positiv gegenübersteht, allerdings findet die Arbeit in der Gewissheit statt, dass eine stabile Mehrheit in der Studierendenvertretung der Leipziger Universität feministisch orientierte Gleichstellungsbestrebungen und das unmissverständliche Eintreten gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen nicht mehr als Teil studentischer Hochschulpolitik sieht.

Ausblick

Letzteres soll nicht als allgemeinpolitische Aussage interpretiert werden. Vielmehr wird studentische Vertretungspolitik in zunehmendem Maße als Politik für Studierende innerhalb der Hochschule und des Bildungssystems – ohne Anbindung an die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen – verstanden. Der “Lebensraum Hochschule” ist für viele Studierende keine gesellschaft-

lich relevante Utopie mehr. Hochschule ist Bildung und Ausbildung, politische Interessen werden außerhalb dieses Rahmens realisiert.

Damit werden gerade die Gründe, die für die Einrichtung des Referates für Frauen- und Lesbenpolitik vor 10 Jahren ausschlaggebend waren, für die Mehrheit der Studierenden immer weniger akzeptabel, und es wird zunehmend schwieriger werden, das Referat in seiner bisherigen Struktur aufrechtzuerhalten.

Eine Reaktion auf eine derartige Änderung der Rahmenbedingungen mag die erneute Umorientierung im Referat sein: Die Arbeit konzentriert sich noch stärker auf die konkreten Bedürfnisse einer (vermuteten) Mehrheit der Studentinnen, die derzeit an der Hochschule studieren. Neben dem Diskutieren theoretisch-feministischer Texte wird u.a. Karriereplanung praxisnah in Podiumsdiskussionen thematisiert, und Computerkurse machen Studentinnen fit für die weltweite Vernetzung.

Verbunden mit der kritischen Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb und außerhalb der Hochschule stellt diese Form der Arbeit in einem Referat für Frauen- und Lesbenpolitik sicherlich einen besseren Ansatz zur Vermittlung gleichstellungspolitischer Ideen und Handlungsansätze an Studierende dar, als es die praktizierte Referatstätigkeit der vergangenen Jahre tun konnte. Gleichstellungspolitik beruht aber auch auf dem prinzipiellen Einverständnis mit den Grundsätzen der herrschenden Gesellschaftsordnung: Ziel ist die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, nicht die Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen, die zur Ungleichbehandlung von Menschen im allgemeinen führen. An dieser Stelle könnte u.a. feministische Gesellschaftskritik ansetzen. Die aber wird unter dem Druck der derzeitigen „Stimmungs“ verdrängt, damit feministische Ideen als Teil studentischer Politik überhaupt noch möglich bleiben.

Nun ist zwar Frau sein allein noch immer kein Problem, doch es wird zunehmend deutlicher, dass innerhalb studentischer Bezüge die Beschäftigung mit der Rolle von Frauen in der Gesellschaft bei weitem keine Selbstverständlichkeit mehr darstellt.

Literatur

- Brantenberg, Gerd: Die Töchter Egalías, Verlag Frauenoffensive, München 1987
- Jäger, Erika: Frau sein allein ist noch kein Problem. In: Informationsbüro Ost (KdS i.A.) & Kommunikatrin – Arbeitsgruppe für bewusstes Kommunizieren am StuRa der Universität Leipzig (Hg.): Kommunikatrin – Journal für bewusstes Kommunizieren, Leipzig 1993
- Netzwerk für Frauen- und Lesbenpolitik (Hg.): Power-von-der-East-Side-Rundbrief, 1/93, Leipzig 1993
- Reiche, Karin: Frauen in der Wissenschaft. Gleichstellung als Herausforderung! Dokumentation der 4. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen, veranstaltet gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft e.V., Leipzig am 6., 7. und 8. November 1992
- Schrader, Birgit: "Das kann doch nicht wahr sein..." oder: Aus dem Dilemma eine Chance machen? In: Informationsbüro Ost (KdS i.A.) & Kommunikatrin – Arbeitsgruppe für bewusstes Kommunizieren am StuRa der Universität Leipzig (Hg.): Kommunikatrin – Journal für bewusstes Kommunizieren, Leipzig 1993
- StuRa Uni Leipzig (Hg.): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung, Leipzig 1991

“Bilder vom fremden deutschen Alltag”

Wie ost- und westdeutsche StudentInnen zu Beginn der deutschen Vereinigung sich gegenseitig sahen

Leo Ensel

Der Gedanke einer Untersuchung der unterschiedlichen Mentalitäten von Ost- und Westdeutschen kam mir kurz nach dem Fall der Berliner Mauer. Dieses Ereignis war präzedenzlos und damit für einen Sozialwissenschaftler eine Herausforderung, der schwer zu widerstehen war: Hier waren über Nacht zwei jahrzehntelang hermetisch voneinander abgeriegelte Gesellschaften aufeinandergeprallt, die einmal ein Land gebildet hatten, dann aber völlig unterschiedliche Wege gegangen waren. Wie würde sich nun der Alltag in beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten verändern? Wie würden ‘Ossis’ und ‘Wessis’ sich gegenseitig wahrnehmen? Welche charakteristischen Mißverständnisse und Konflikte würden sich ergeben, wenn Ostler und Westler zusammentreffen?

Im November 1990 begannen wir an der Universität Oldenburg mit der näheren Planung des Projektes “Bilder vom fremden deutschen Alltag”, das sich eine szenische Erkundung der wechselseitigen Selbst- und Fremdbilder von Ost- und Westdeutschen zum Ziel gesetzt hatte. Als Untersuchungsgruppe wählten wir Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften aus der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. Die Gruppe der StudentInnen interessierte uns, weil diese Generationen von Anfang an mit der Teilung Deutschlands aufgewachsen waren und somit nur Vor-Urteile über die jeweils andere Seite haben *konnten*. Insgesamt führten wir zwischen 1991 und 1992 sechs Bildungsseminare durch, in denen ost- und westdeutsche StudentInnen aus Leipzig, Potsdam und Oldenburg im szenischen Spiel wechselseitig die Fragen “Wie nah und wie fremd sind wir uns?” und “Welche Vorstellungen haben wir vom jeweils anderen deutschen Alltag” erkundeten.

Heute, zehn Jahre später, mag ein Blick auf die damals erhobenen Daten noch einmal zum Nachdenken darüber anregen, wieweit der Prozeß der inneren Vereinigung seitdem fortgeschritten ist und welche Differenzen nach wie vor bestehen. Im folgenden möchte ich zunächst an einem konkreten Beispiel – aus westdeutscher Sicht – genauer demonstrieren, wie eine charakteristische Begegnung zwischen Ost- und Westdeutschen damals aussah, bevor ich die wichtigsten Ergebnisse unseres Projektes zusammenfasse. Zum Schluß werden die damaligen Erfahrungen kurz aus heutiger Sicht reflektiert.

Drei Oldenburger in Leipzig – erste Konfrontation der fremden Deutschen

Unser erstes Seminar mit den LeipzigerInnen Ende April 1991 wurde zu einem der spannendsten Kurse des gesamten Projektes. Schon die Hinfahrt mit dem Auto war einigermaßen abenteuerlich, da wir auf dem Gebiet der Ex-DDR am Freitag spätnachmittags in den Feierabendverkehr hineingerieten, was durch die Tatsache, daß es zu diesem Zeitpunkt im Osten noch kaum Ortsumgehungen gab, noch außerordentlich verschärft wurde. Überall Lastwagen, Staus, Tempo 60 oder gar

Stop and Go, auf den engen Landstraßen zudem kaum Möglichkeiten zum Überholen. In Halle schließlich suchten wir eine halbe Stunde lang erfolglos die Abfahrt nach Leipzig. Endlich fanden wir die richtige Abfahrt, die allerdings nicht ausgeschildert und zugleich dermaßen unscheinbar war, daß wir mit unserem Westblick nie auf die Idee gekommen wären, daß es hier zur zweitgrößten ostdeutschen Stadt gehen sollte.

Als wir endlich in der Universität Leipzig ankamen, war es bereits eine halbe Stunde vor Seminarbeginn. Um 18.00 wollten wir anfangen. Nachdem wir vorbei an der ebenfalls unübersehbaren Karl-Marx-Büste den Eingang zum "Turm" gefunden hatten, wurden wir von einer Pförtnerin barsch zurückgehalten. Ihr autoritärer Ton verwirrte uns, da wir nicht wußten, welche Regeln wir anscheinend gebrochen hatten. Offenbar hätten wir uns ausweisen müssen, bevor wir ihr "Heiligtum" betraten. Erst nach einer kurzen Erklärung ließ sie uns endlich passieren. Zum Glück klappte wenigstens das Treffen mit unserer Kontaktfrau reibungslos, so daß wir nach einem hastigen "Abendessen" in der Mensa tatsächlich pünktlich den Raum betraten, in dem 15 Personen bereits gespannt auf uns warteten.

Der ganze Kurs fand unter nicht ganz einfachen Bedingungen statt. Schon der Seminarraum war eigentlich eine Zumutung: Keine Fenster, Neonlicht, schmutziger Boden, schäbiges Mobiliar und eine laut brummende Klimaanlage, die jedoch weder an der unerträglichen Hitze noch an der stickigen Luft etwas änderte.

Unsere erste Schwierigkeit begann damit, daß wir zu Beginn schnell feststellen mußten, daß die TeilnehmerInnen offenbar kaum über Thema und Forschungscharakter unseres Seminars informiert worden waren. Entsprechend löste schon unser Kennenlernspiel, bei dem die TeilnehmerInnen sich mit dem Vornamen vorstellen und dabei eine Haltung zum Stichwort "Wiedervereinigung" einnehmen sollten, vorwiegend Verblüffung, Unruhe und Gelächter aus. Offenbar waren die meisten auf dieses Thema gar nicht vorbereitet, sondern hauptsächlich wegen der Methode des Szenischen Spiels gekommen. So wehrten sich auch am Ende dieser Übung zwei Teilnehmerinnen dagegen, "gleich etwas von sich zeigen zu müssen". Wahrscheinlich fühlten einige sich bereits durch diese Übung mit dem anscheinend unerwarteten Thema überfahren, ohne daß wir dies allerdings gleich richtig bemerkten.

Blickwechsel

Gemeinsam warteten wir im Hörsaalgebäude der Leipziger Uni auf die drei "Wessis". Mit leichter Verspätung trafen drei "Stressis" ein. (Typisch studentisches Aussehen: Birkenstock- oder Turnschuhe, Jeans, weite Hemden oder T-Shirts, jede Menge Silberschmuck mit Mond- oder Türkissteinen, Nickelbrille und als besondere individuelle Note Leos blauer Seidenschal. Witzig, viele Weststudenten, die ich kannte, sahen so oder ähnlich aus). Die Autofahrt im Ostteil ihres neuen Heimatlandes schien anstrengend gewesen zu sein. Ich konnte es verstehen. Die Hinweisschilder waren so schlecht wie die Straßen!

Wir waren gespannt aufs Spiel und die Methode und nach einer kurzen Räumaktion (Tische und Stühle, die nicht gebraucht wurden, türmten wir in eine Ecke) konnte es auch schon losgehen. Gleich beim Kennenlernspiel waren nicht nur unsere Namen, sondern auch noch eine Geste zum Thema "Wiedervereinigung" gefragt. Daß es sich hierbei um das Thema des Seminars handelte, war vorher nicht zu uns durchgedrungen. So kam es dann auch, daß ich mich anfangs gleich ins kalte Wasser geworfen fühlte. Leo hatte hier gleich meine zu dieser Zeit sensibelste Stelle getroffen.

Ein großer Teil der Gruppe hatte eher erwartet, vorwiegend Methoden zu erlernen, wie man im Unterricht szenisches Spiel durchführen könne. An einem konkreten Thema zu arbeiten, war anstrengender, aufwühlender, aber für mich gewinnbringender. (Grit Schmieder, Leipzig)

Wir Westler begannen mit dem Namensspiel und zeigten dabei eher nachdenkliche Haltungen. Dann waren die LeipzigerInnen an der Reihe. Gezeigt wurden von ihnen u.a. folgende Haltungen:

- Kopf in die Hände legen;
- sich am Kopf kratzen;
- Wegwerfbewegung mit der Hand;
- mit den Schultern zucken;
- mit den Händen die Augen verschließen;
- die Arme schützend um die hochgezogenen Knie legen;
- sich die Ohren zuhalten.

Wir entnahmen diesen Haltungen Ratlosigkeit, Ohnmacht, Resignation und Suche nach Schutz. Besonders bei der letztgenannten Haltung präsentierten sich die TeilnehmerInnen sehr auf sich selbst bezogen und wirkten sehr verletzlich. Schnell wurde offensichtlich, daß die Leipziger Gruppe und wir eine völlig unterschiedliche Grundhaltung zum Thema “Wiedervereinigung” hatten: Während seit der Wende in der DDR in unserem Lebensalltag sich noch nichts Wesentliches verändert hatte und wir daher ein eher distanzierendes Verhältnis zur “Einheit” hatten, waren die LeipzigerInnen von ihren Auswirkungen auf das Vielfältigste betroffen.

“Mach mir mal den Ossi!” – Erste Konflikte

Bei der anschließenden Übung gerieten wir erstmals mit der Gruppe in einen Konflikt. Die LeipzigerInnen hatten den Auftrag, möglichst spontan Spielszenen zum Thema “Wiedervereinigung” zu entwickeln. Um den TeilnehmerInnen den Einstieg in das Spiel zu erleichtern, unterhielten sich die Spieler dabei nicht mit Worten, sondern nur mit Zahlen in fortlaufender Reihenfolge. Aufgabe der jeweiligen BeobachterInnen war es zu erraten, worum es in der dargestellten Szene ging. Wir Westler teilten ebenfalls unsere Wahrnehmungen mit, so daß die Szenen aus einer West- und einer Ostperspektive wahrgenommen und kommentiert wurden.

1. Wahlkampf nach der Wende

Ein Westpolitiker steht auf einem Podium und hält eine Wahlkampfrede. Eine Frau steht mit einer Rose in der Hand vor ihm und schaut bewundernd zu ihm hoch. Eine andere Frau steht protestierend weiter abseits. Gegen Ende der Veranstaltungen geraten die begeisterte und die skeptische Frau zunehmend aneinander. Alle BeobachterInnen aus dem Osten erkennen sofort, daß es sich um eine Wahlkampfveranstaltung *nach* der Wende handelt. *Wir Westler dagegen kommen nicht auf diese Bedeutung, sondern assoziieren eine Jubelveranstaltung vor der Wende.*

Auf die Frage des Spielleiters, woran die Ost-TeilnehmerInnen einen West-Politiker erkennen würden, erklären sie, daß SED-Politiker gar nicht frei reden konnten. *“Dann hätte er ja einen Zettel in der Hand gehabt!”* Außerdem hätte die jubelnde Frau vor der Wende keine Rose, sondern ein Fähnchen in der Hand gehalten. *“Unsere Politiker waren immer ganz steif, und er stand da vorne und war die Persönlichkeit!”* Der Spielleiter fordert die Leipziger Gruppe daraufhin auf, die unterschiedlichen Haltungen von West- und Ost-Politikern darzustellen. Als die Haltung des verkrampft stehenden Ost-Politikers gezeigt wird, klatschen und lachen die LeipzigerInnen vor

Begeisterung. Im Gegensatz zu dieser Haltung steht der West-Politiker strotzend vor Selbstbewußtsein da.

Weiterhin betonen die Leipziger, die Reaktion der Leute sei *vor* der Wende völlig anders gewesen. *“Bei einer Veranstaltung in der DDR hätte es nie offene Kritik oder offene Begeisterung gegeben, sondern es hätte dort eine emotionslose Front gestanden.”* Eine andere Unklarheit bei der ersten Spielszene war für uns Westler die Rolle der bewundernden Frau. Sie erschien uns als SED-Jubelmädchen, weil im Westen eine derartig ausgeprägte öffentliche Bewunderung für Politiker ungewöhnlich ist. Mit dieser Sichtweise werden wir ausgelacht! Nach Ansicht der Leipziger ist eine “echte” Bewunderung, wie sie in der Szene dargestellt wurde, für einen “gekauften Winker” nicht realistisch. Der Spielleiter fordert daraufhin eine Teilnehmerin auf, die offizielle Haltung der “gekauften Winkerin” und danach deren tatsächliche innere Haltung zu zeigen. Offiziell lächelt die “Winkerin” verklärt dem Politiker zu. In ihrer wirklichen Haltung zeigt die “Winkerin” jedoch Desinteresse und Langeweile. Sie schaut auf die Uhr, wann ihr Einsatz beginnt.

2. Gesamtdeutscher Grundstücksdeal

Ein Westdeutscher will mit Hilfe eines Stasibeamten, der sich in die Treuhand hinübergerettet hat, in den Besitz eines Grundstückes in der ehemaligen DDR gelangen. Angeblich hat es vor dem Krieg seinen Verwandten gehört. Als Beweis führt er einige Dokumente an. Die jetzige Besitzerin ist eine Ost-Hausfrau, der das Grundstück nun abgegaunert werden soll. Sie wird von den beiden Männern eingeschüchtert, bis sie schließlich nachgibt.

Die Bedeutung dieser Szene wurde von der gesamten Gruppe im wesentlichen erkannt. Allerdings erkannten wir Westler nicht gleich die Bedeutung der Stasi bzw. der Treuhand. Dazu betont eine Spielerin, es sei auch schwierig gewesen, die Rolle der Treuhand darzustellen, da diese ja *“eine Mischform zwischen Wessi, Ossi und ehemaliger Stasi”* sei.

3. Ost-West-Deutscher Einkauf in West-Berlin

Zu sehen sind zwei DDR-Frauen in einem West-Berliner Warenhaus, die bewundernd die Auslagen in den Regalen betrachten. Die ganze Zeit läuft hinter ihnen ein Westberliner her, der sie mißbilligend beobachtet. Eine der Frauen steckt sich etwas ein, da sie offenbar zuwenig Westgeld dabei hat. Als der West-Mann bemerkt, was sie gemacht hat, entwendet er den Gegenstand heimlich wieder aus ihrer Tasche und freut sich diebisch.

Im Gegensatz zu unserem West-Team erkennt die Leipziger Gruppe sofort, daß der Mann in der Szene ein Westdeutscher ist! Auf Anregung des Spielleiters baut eine Teilnehmerin nun nach Anweisung der gesamten Gruppe einen “Wessi” als Statue auf, um “das Charakteristische” eines Westlers zu verdeutlichen. Der Aufbau erfolgt in großer Übereinstimmung und Begeisterung. Der “Wessi” wird als Mann dargestellt, der ein dickes Portemonnaie in der Brusttasche trägt und einen gönnerhaften Blick über die Menge schweifen läßt.

Der Spielleiter will es nun genau wissen. Er fordert die LeipzigerInnen auf, den “Wessi” in einen “typischen Ossi” zu verwandeln. Die Statue wird ständig verändert. Die TeilnehmerInnen sind mit der Darstellungsweise nicht einverstanden. Es gibt laute und heftige Diskussionen. Auch die endgültige Darstellung löst Unzufriedenheit und Ablehnung aus. Die Leipziger Gruppe wehrt

sich gegen die platte Erscheinung: *“Nicht ganz so dusselig!”* – *“So dumm sind wir nun auch nicht!”* Sie identifizieren sich nicht mit dem dargestellten Bild und wehren sich gegen das *“Ossi”-Klischee*: *“Das ist eine andere Generation!”* – *“Das sind die älteren, die ich mir als typische Ossis vorstelle.”* – *“Es gibt in jeder Gesellschaft welche, die so und welche, die so rumlaufen!”*

Spätestens an dieser Stelle wurde uns deutlich, auf was für einem schwierigen Terrain wir uns mittlerweile bewegten. Nachdem die TeilnehmerInnen bereits einen Ost- und einen Westpolitiker sowie eine ‘gekaufte Winkerin’ mit äußerer und innerer Haltung einander gegenübergestellt hatten, war mir die Übung, einen ‘typischen Wessi’ mit einem ‘typischen Ossi’ zu kontrastieren, nicht weiter problematisch erschienen. Daß die LeipzigerInnen im Gegensatz zu uns bei den jeweiligen Spielszenen West- und Ostdeutsche stets genau identifizieren konnten, hatte mich fasziniert. Offenbar mußte es wohl ganz spezifische Ost- und Westhaltungen geben. Nun zeigte sich jedoch – und dies charakterisiert die schwierige Umbruchsituation sehr deutlich –, daß bereits die Themenstellung von vielen LeipzigerInnen als diskriminierend empfunden wurde. Hier hatte also eindeutig mein *“Forscher-Interesse”* im Vordergrund gestanden, während ich mir zu wenig überlegt hatte, wie dieser Arbeitsauftrag wohl auf die TeilnehmerInnen wirken würde.

Blickwechsel

Die Aufgabe, einen “Ossi” als Standbild aufzubauen, empfanden wir als befremdlich; es klang für uns in der Tendenz unterschwellig so wie: “Mach mir mal den Ossi”, was zu einem starken “Zoo-Effekt” führte. Hinzu kommt, daß wir uns keineswegs als “typische Ossis” empfanden, unser Selbstbild also von dem zu zeigenden abwich. So wurden sicherlich bestimmte Typen und Handlungsweisen von uns eher karikiert, als aus eigenem Erleben heraus gestaltet. Auffällig war, daß das Leben der “Westler” nicht so ungewöhnlich, geradezu exotisch auf uns wirkte, wie es umgekehrt der Fall zu sein schien. Bis heute begegnen uns Menschen aus den “Altbundesländern”, denen man anmerkt, daß sie oft ein falsches, verschobenes Bild vom Leben in der ehemaligen DDR haben, das nicht nur von Frust, Trauer und Stasi gekennzeichnet war (wobei wir keinesfalls “DDR-Nostalgiker” waren oder sind). (Anke und Henning Brandt, Leipzig)

Damit war unser erster Abend beendet. Gemeinsam mit den LeipzigerInnen bummelten wir durch die nächtliche Innenstadt, aßen in einem neu errichteten Bistro, das sich in einem abbruchreifen Altbau befand, eine Linsensuppe – was wiederum bei den LeipzigerInnen, die mehr auf italienische Küche standen, befremdliche Blicke provozierte – und wurden dann von den LeipzigerInnen ‘nach Hause’ ins Connewitzer *“Internat”* gebracht.

“Kolumbus bei den Indianern” – oder: Wie Ossis Wessis im Osten wahrnehmen ...

Was uns als westdeutschem Forschungsteam in der unmittelbaren Konfrontation mit den LeipzigerInnen am zweiten Tage immer dichter auf die Haut rückte, war die Konfrontation mit der Tatsache, daß wir Oldenburger *West-Deutsche* sind! Wir hatten nach einigen Aufwärmspielen die TeilnehmerInnen aufgefordert, Standbilder zum Thema *“Wie erlebt Ihr Westler?”* zu präsentieren. Die Bilder, die nun aufgebaut wurden, sprachen für sich.

1. Wohnungsamt in Erfurt

Ina zeigt eine Situation, die im Wohnungsamt Erfurt spielt. Viele Personen warten genervt aber diszipliniert vor der Tür eines Sachbearbeiters. Es ist sehr voll. Ein Mann, der sich als Westdeutscher ausgibt, drängt sich vor. Er ist gut gekleidet, gibt sich jung und dynamisch und lächelt. Der Mann schüchtert die Wartenden durch Äußerungen wie: *“Ihr wohnt in Bruchbuden!”* ein. Die Erbauerin legt ihm den Satz: *“Jetzt nehme ich die Chose in die Hand!”* in den Kopf. Als Kommentar sagt Ina, sie würde sich im Gegensatz zu den Wartenden gegen eine solch anmaßende Art wehren.

2. Bewerbungsgespräch einer Ostdeutschen in einem westdeutschen Ministerium

Grit baut eine Szene auf, die sie als Studentin im Westen erlebt hat. Sie sitzt in Stuttgart im Kultusministerium einem Beamten gegenüber, bei dem sie sich für die Zeit nach ihrem Studium um einen Referendariatsplatz in Baden-Württemberg bewirbt. Während sie freundlich lächelnd auf ihre Zeugnisse und ihre Diplomarbeit verweist, gibt sich der Beamte blasiert, genervt und ablehnend. Grit legt ihm folgenden Satz in den Kopf: *“Ihr schreibt doch immer so'n pädagogischen Scheiß, der wird bei uns nicht anerkannt!”* Sie selbst denkt in der Situation: *“Du Arsch, Deine Arbeit möchte ich sehen!”*

3. Westler in der “Moritzbastei”

Ralf baut ein Standbild auf, das in einer Leipziger Studentenkneipe, der “Moritzbastei”, spielt. Zwei Leipziger Studenten sitzen an einem Tisch, trinken Bier und unterhalten sich. Drei Westdeutsche gehen langsam an ihrem Tisch vorbei, starren sie an und denken: *“Das sind ja Menschen!”* und *“Ganz schön runtergekommen das alles hier.”* Ralf selbst hat ein Gefühl *“wie im Zoo”*. In seinem Kommentar bezeichnet er unter großem beifälligem Gelächter der Leipziger die Westler als *“Legoland-Kinder”*. Der Begriff wird von ihnen sofort verstanden. Ist das schon eine stehende Redewendung?

Ralf charakterisiert die “Legoland-Kinder” anhand ihres Äußeren und ihrer Haltung: Sie sind *“in wohlgeordneten Verhältnissen aufgewachsen, wohlgekämmt und gebräunt”*, die Eltern sind *“wohlsituiert”*, und die Kinder tragen *“durchgescheuerte Hosen, weil das jetzt modern ist, etwas abgerissen zu sein. Sie haben glatte und junge Gesichter.”*

4. Brillenbegutachtung auf einer Leipziger Straße

Annett H. präsentiert ein Bild, in dem ein westdeutscher Mann mitten auf der Straße auf eine Frau zugeht, sie begutachtend mustert und ihr dann an die Brille faßt. Die Szene spielt vor einem Optikerladen. Der Mann ist nach Annetts Angaben Brillenvertreter und hat gerade bei einem Leipziger Optiker kein Geschäft machen können. Draußen vor dem Geschäft versucht er, ein Gespräch mit der Frau über ihre Brille anzufangen. Als diese nicht darauf eingeht, regt er sich auf und sagt: *“Ob Ihr wollt oder nicht, eines Tages sind wir da; Ihr habt es ja nicht anders gewollt!”* Annett hat dabei das Gefühl, *“er springt mir ins Gesicht.”*

Der Spielleiter fordert Annett auf, die Rolle der aufgebauten Frau selbst einzunehmen, um aus dieser Haltung heraus ihre Gedanken und Empfindungen zu äußern. Sie denkt: *“Geh mir von der Brille!”* Sie ist jedoch unschlüssig, ob sie gehen soll oder nicht, weil sie *“nicht weiß, was noch kommt”* und nicht unhöflich sein will.

5. Kaffeefahrt nach Koblenz

Annett W. zeigt eine von einer Westfirma organisierte “Kaffeefahrt” nach Koblenz, an der Ostdeutsche teilnehmen. Der Veranstalter preist vor einer Gruppe von ZuhörerInnen begeistert Lamadecken an: *“Und das ist unser Rolls Royce! Eine Decke aus Babylama für 1.400,- DM.”* Gerade hat er gratis ein Lamakissen in die Menge der Zuhörer hineingeworfen. Ein älteres Ehepaar ist entzückt, eine andere Frau langweilt sich, und Annett betrachtet andächtig den Verkäufer, den sie *“schnuckelig”* findet. Sein Lächeln und seine *“angenehme Erscheinung”* gefallen ihr. *“Man kauft ihm das ab, was er hier anpreist. Man möchte es ihm glauben. Mich interessiert der Mann.”*

Diskussion der Grundthemen

Welche Themen ziehen sich durch das Material? Anders formuliert: Welche charakteristischen Fremdheiten zwischen den StudentInnen aus Ost- und Westdeutschland konnten wir in unserem Projekt beobachten? Wie verhalten sich unsere Beobachtungen zu vergleichbaren Aussagen in der Literatur? Welche Schlußfolgerungen oder weiterführende Fragen lassen sich daraus ableiten? Und wie präsentieren sich diese Themen heute, fast zehn Jahre danach?

Ost-Frauen – West-Frauen

Eines der herausragendsten Themen, das uns im Laufe unseres Projektes immer wieder über den Weg lief und auch in der Literatur zur deutschen Vereinigung mittlerweile ein fester Topos ist, waren die auffallenden Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen zum Thema “Emanzipation der Frau”. Bei diesem Konfliktfeld überlagerte der Ost-West-Gegensatz in den Positionen fast immer die Geschlechterpolarität. Für die meisten LeipzigerInnen waren im Frühjahr 1991 die westdeutschen Feministinnen eher verwöhnte, etwas überkandidelte Exotinnen, bei denen man nicht recht wußte, worüber sie sich eigentlich aufregten. Viele von den ostdeutschen Frauen fühlten sich diesen ‘hysterischen West-Frauchen’ insgeheim überlegen und betonten demgegenüber die Selbständigkeit der ostdeutschen Frau, die tapfer gegen die Widernisse des DDR-Alltags ankämpfte. So meinte beispielsweise eine Leipziger Studentin:

“Für uns ist es manchmal wirklich problematisch, die westdeutsche Frauenbewegung überhaupt zu verstehen. Weil die für Dinge kämpfen, die für uns sinnlos sind. Wenn ich zum Beispiel sehe, daß drüben ein Frauchen, die den ganzen Tag nicht arbeiten geht und nur ein Kind hat, total überfordert ist und vorne und hinten nicht mehr weiß: ‚Ach, wie bin ich heute wieder gestreßt, hab' heute Gardinen gewaschen!‘. Dann ist das 'ne Sache, da kann ich nur lächeln. Da sag' ich zu der: ‚Also, paß mal auf: Unsere Frauen, die sind arbeiten gegangen. Die haben nicht bloß ein Kind gehabt, sondern manchmal zwei Kinder, und dann sind die noch rumgerast und haben sich angestellt. Und die ist abends nicht zusammengebrochen und hat gesagt: ‚Mein Gott, ich arme ausgedrückte, ääh, ausgebeutete Frau!‘ Die war irgendwo in ihrem Selbstverständnis ganz anders. – Natürlich hat das die Frauen bei uns geprägt, die sind natürlich auch viel selbstbewußter. Weil sie wissen, was sie können, und deswegen sind die

auch selbständiger, auch durch den Zwang zur Improvisation. Was man nicht gehabt hat, hat man eben versucht, irgendwie anders zu bekommen. Ohne daß die Welt zusammengebrochen ist!”

Allerdings gab es auch andere Positionen: Eine Minderheit unter den Leipzigerinnen sprach von einer Dreifachausbeutung – Kinder, Küche, Kommunismus – der Frauen in der DDR und vertrat einige Positionen, die der westdeutschen Frauenbewegung nahestanden. Dennoch war auch bei ihnen auffallend, daß sie Emanzipation eher als einen Prozeß begriffen, den sie als Frauen nicht *gegen* die Männer, sondern *mit* ihnen realisieren wollten.

Umgekehrt wirkten auf die Westdeutschen – Frauen *und* Männer – die Frauenbilder, die die meisten Ostdeutschen präsentierten, eher konventionell, hausbacken und weitgehend im patriarchal dominierten Rollenverhalten verhaftet. So hätten beispielsweise viele Frauen aus Ostdeutschland überhaupt kein Gespür für den sexistischen Charakter ihrer Sprache: In Westdeutschland sei es undenkbar, daß eine Frau von sich sagen würde, sie sei “Lehrer” oder wolle “Ingenieur” werden. So würden im Westen ja nicht einmal mehr die *Männer* sprechen! Etwas enttäuscht mußten die OldenburgerInnen zunächst registrieren, daß sie sich die emanzipierten DDR-Frauen, die es aus west-feministischer Sicht doch in diesem Punkt etwas besser gehabt hatten, so nicht vorgestellt hatten.

Heute nach zehn Jahren Wiedervereinigung stellt sich vor allem die Frage, ob die ostdeutschen Frauen den westdeutschen Feminismus immer noch als eine Variante der Westkolonisation empfinden oder ob sich unter den veränderten Lebensbedingungen im Osten die Positionen mittlerweile angenähert haben.

Gemeinschaftsorientierte Osis – individualisierte Wesis?

Vereinzelte Wesis und gemeinschaftsorientierte Osis – auch dieses Bild zog sich quer durch unser gesamtes Projekt: Die LeipzigerInnen betonten ihr gutes Verhältnis zu den Eltern, die OldenburgerInnen waren in Abgrenzungskämpfe verstrickt. Die meisten Ostdeutschen wollten eine Familie gründen, die Westdeutschen waren da skeptischer. Weihnachten war für viele PotsdamerInnen ein Familienfest, auf das man sich freute, für die StudentInnen in Oldenburg dagegen der Horror. Und ein Zusammenleben von vier Personen in einem Zimmer wie im Connewitzer Studenten-Internat war für die Westdeutschen schlicht unvorstellbar.

Elmar Brähler und Horst-Eberhard Richter (1995, 16f.) haben in einer repräsentativen Untersuchung ähnliche Beobachtungen gemacht. Danach suchen Ostdeutsche im Gegensatz zu den individualistischeren Westdeutschen mehr soziale Nähe und erleben sich im Ganzen als mehr sozial verbunden. Im Vergleich mit den Westdeutschen fühlen sie sich wohler in Ehe, Partnerschaft, Sexualität und im Verhältnis mit ihren Kindern. Mit Verwandtenkontakten und mit Unterstützung durch Freunde und Bekannte sind die Ostdeutschen ebenfalls zufriedener.

Auf dem Hintergrund unserer Projekterfahrungen wäre es allerdings problematisch, diese Gemeinschaftsorientiertheit der Ostler vorschnell einseitig zu idealisieren. Zumindest bei der Leipziger Studiengruppe konnten wir als Rückseite dieser Gemeinschaftsorientierung auch einen starken gruppeninternen *Konformitätsdruck* beobachten. Die Gruppe tat sich sehr schwer damit, innere Differenzen in den Meinungen auszuhalten. Abweichende Positionen wurden gerügt, Außenseiter hatten es schwer. Die einfache Polarisierung “Gemeinschaftsorientierung = positiv” und “Individualisierung = negativ” ist also zu undifferenziert.

Es würde sich daher lohnen, über folgende Fragen weiterzuforschen: Sind heute Studierende in Ostdeutschland immer noch so gemeinschaftsorientiert oder nimmt mit der Verwestlichung des Ostens auch die Individualisierung zu? Hat die 'Festung Familie' die Wende ebenso gut überstanden wie den realen Sozialismus? Wie wirken Gemeinschafts- und Familienorientiertheit der Ostler auf die individualisierten Westler? Aber auch umgekehrt: Sind die Ostdeutschen harmonie-süchtiger als die Westdeutschen? Können sie schwerer gruppeninterne Unterschiede aushalten? Hat die Individualisierung im Westen vielleicht auch mehr Toleranz hervorgebracht?

Ostdeutscher Pragmatismus – westdeutsche Innerlichkeit?

“Westler sind Legoland-Kinder. Sie haben glatte und junge Gesichter. An jeder Ecke gibt es einen Laden, wo man alles kriegt. Ihre Universität sieht aus wie ein Sanatorium. Dort wühlen sie in ihren Psychoproblemen und suhlen sich im Innerlichkeits-Sumpf. Selbst die scheinbar dreckigen Punks bei ihnen sind in Wirklichkeit nur nette Abiturienten. Wer sich dagegen durch unseren Konsummangel, durch die Leipziger Wohnverhältnisse und diesen ganzen Dreck gekämpft hat, der ist ein anderer Mensch. Jemand, der Krieg mitgemacht hat, sieht auch anders aus, als jemand, der nur im Frieden gelebt hat. Legoland-Kinder, das sind eben keine Kämpfer. Wessis sind nichts gewöhnt.” – So sah der – zugegebenermaßen etwas verkürzte und zugespitzte – Blick vieler LeipzigerInnen auf den Westen aus, wie er sich in unserem Projekt artikulierte.

Demgegenüber zeichnete sich das Bild der Westler von der DDR durch Konsummangel und politische Repression aus. Die StudentInnen aus Oldenburg hatten zudem einen scharfen Blick für manifeste und latente Machtverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands. Mit feinem Gespür orteten sie sublimste Formen von Gewalt in der Sprache, im Geschlechterverhältnis und im (universitären) Alltag, wo den meisten LeipzigerInnen gar nichts besonderes auffiel.

Auf ostdeutscher Seite entsprach dem ein Unbehagen am ständigen westdeutschen “Wiederkäuen” von Psycho- und Identitätsproblemen. Bei genauerer Sicht wurde allerdings deutlich, daß die LeipzigerInnen ebenfalls mit großen inneren Unsicherheiten und Krisen zu kämpfen hatten, diese jedoch nicht so offen artikulierten. Ein möglicher Erklärungsversuch für diese Differenzen wurde von einer Leipzigerin selbst gegeben: Es läge vielleicht am Stadium, d.h. die Alltagsprobleme im Osten seien noch so manifest, daß man darüber hinaus nicht mehr viel Energie für die Konfrontation mit ‘Psychoproblemen’ habe.

Es stellen sich hier jedenfalls eine ganze Reihe von Fragen, die der Klärung bedürfen: War der ostdeutsche Pragmatismus vielleicht auch ein Ausdruck von Konfliktunfähigkeit? Eine Form von Sprachlosigkeit und Gefühlsabwehr? Oder haben demgegenüber die Westler eine Tendenz, alles aber auch alles zu zerreden? Haben sich *heute*, zehn Jahre nach der Wende, beide Seiten in diesem Punkt stärker aneinander angenähert?

An dieser Stelle sollte noch ein weiterer Problembereich erwähnt werden, der möglicherweise die Rückseite des ‘abgehärteten’ und scheinbar pragmatischeren ostdeutschen Habitus darstellt, nämlich das, was ein Teilnehmer in Leipzig die “Arroganz der Osis” nannte. Daß Wessis arrogant sind, ist seit der Wende ein Allgemeinplatz. In der trotzigen Identifizierung mit den Widernissen des DDR-Alltages schien sich jedoch auch etwas zu artikulieren, was man das ‘moralische Überlegenheitsgefühl der Unterlegenen’ nennen könnte: “*Wir hatten es zwar schwerer, dafür sind wir aber abgehärtet.*” Oder: “*Die Wessis sind zwar reicher, aber dafür zählen bei uns*

noch menschliche Werte.” Gabriele Rappensperger (1993, 165) bringt dies in einer Studie über Studierende in den neuen Bundesländern auf die Formel: “Ihr seid die Erfolgreichen, dafür sind wir menschlicher.”

Wie hat sich dieses moralische Überlegenheitsgefühl in Ostdeutschland in den letzten Jahren entwickelt? Gibt es eine weitere Tendenz zur Verhärtung? Oder ist die ostdeutsche ‘Trotz-Identität’ für die heutigen Studierenden bereits ein Thema von gestern? Fragen, denen intensiver nachzugehen sich lohnen würde.

Umgang mit dem Faschismus / Nationalsozialismus

Der Unterschied war unübersehbar: In der spielerischen Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich zeigten die Westler Szenen von Gewalt, von Opfern, (Mit-)Tätern und Menschen, die angeblich nichts mitbekommen hatten – die Ostler dagegen bauten Bilder vom Widerstand, die so aussahen wie das Denkmal vor dem KZ Buchenwald. Für die OldenburgerInnen war es wichtig, sich im Spiel auch mit den Haltungen der Täter auseinanderzusetzen – die PotsdamerInnen taten sich damit sehr schwer. Der antifaschistische Widerstand wurde von den Ostdeutschen so idealisiert, daß an diesem Bild keine Kratzer geduldet wurden – die Westdeutschen waren da skeptischer. Während für die OldenburgerInnen die Mehrheit aller Deutschen Mittäter waren, schien dieser Aspekt im Bewußtsein der PotsdamerInnen gar nicht richtig vorhanden zu sein. Ihr Bild vom Nationalsozialismus war fast manichäisch gespalten in negative Faschisten und positive Widerstandskämpfer. Dieser Polarisierung entsprach auch die unterschwellige Phantasie der Ostdeutschen, die BRD sei das Volk der Täter, die DDR dagegen das Volk des Widerstands gewesen. – Die ostdeutsche Historikerin Anka Schaefer hat ähnliches beobachtet:

“Die DDR-Bürger standen auf der ‘Seite der Sieger der Geschichte’. Mit dem Bekenntnis zum sozialistischen, deutschen Staat hatten die DDR-Bürger den Antifaschismus sozusagen für sich gepachtet. Die DDR hat es tatsächlich vollbracht, daß ihre Bevölkerung die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht mehr als ihr subjektives, eigenes Problem begriff, sondern als Problem des anderen deutschen Staates, der BRD. Für die Kinder und Kindeskindern dieser Generation kam die Frage nach der möglichen Mitschuld der Eltern kaum auf, da sie im großen und ganzen die Vorstellung vermittelt bekamen, alle Nazi- und Kriegsverbrecher, alle irgendwie in das NS-Regime Verstrickten säßen in der BRD. Es gab daher in der DDR nicht das Befragen der Elterngeneration zu ihrem Verhalten in der Nazizeit wie es in der Bundesrepublik der 60er Jahre der Fall gewesen ist.” (Behrens-Cobet/Schaefer 1994, S. 89f.)

Demgegenüber stellt sich gegenwärtig auf dem Hintergrund des zunehmenden Rechtsradikalismus in beiden Teilen Deutschlands die dringende Frage, was ost- und westdeutsche Studierende überhaupt noch über die Nazizeit wissen und wie sie darüber denken. In diesem Zusammenhang wäre es unumgänglich, genauer zu untersuchen, inwieweit und in welchem Ausmaß rechtsradikales Gedankengut auch bei Studierenden verbreitet ist.

Ausblick

Sechs Jahre nach Abschluß unseres Projektes, im Frühjahr 1998, führte ich mit StipendiatInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig nochmals ein Seminar über die innerdeutschen Fremdheiten durch. Das Seminar war ungefähr paritätisch mit ost- und westdeutschen Studierenden be-

setzt; dazu kamen drei ausländische Stipendiaten, zwei aus Schwarzafrika und einer aus Asien. Ziel war es, die spontanen Bilder, die Ost- und Westdeutsche von der jeweils anderen Seite hatten, zu erkunden. Dazu sollten die Ausländer eine Außenperspektive liefern, indem sie ihre Spontanbilder von Deutschland allgemein präsentierten. Das Ergebnis war überraschend: Gegenüber den Bildern, die die StudentInnen in unserem Projekt sechs bis sieben Jahre zuvor unmittelbar nach der Vereinigung gezeigt hatten, hatte sich so gut wie nichts verändert. Das Bild der Westdeutschen von den Ostlern war nach wie vor das Bild der *DDR-Bürger!* Warteschlangen vor Geschäften, Passivität und Langeweile, gedopte Sportlerinnen, und nicht zu vergessen die ostdeutsche Bananenbegeisterung bestimmten auch fast acht Jahre nach der Wiedervereinigung das westdeutsche Bild vom Osten. Umgekehrt war das Bild, das die Ostdeutschen von den Westdeutschen hatten, durch Ellenbogenmentalität, narzißtische Selbstinszenierung und Ignoranz gekennzeichnet. Den Ausländern fiel die Aufgabe zu, den Ost- und Westdeutschen ihre Gemeinsamkeiten zurückzuspiegeln: Es waren Arbeitswut, Trinkfreudigkeit und Ausländerhaß.

Selbstverständlich können unsere Daten keine Repräsentativität beanspruchen. Was an den präsentierten Bildern unserer Ausgangsstudie nach wie vor aktuell ist und was sich dagegen verändert hat, wird man als LeserIn am leichtesten durch Vergleich mit den eigenen Alltagserfahrungen herausfinden. Eins ist jedoch aktueller denn je: Es spricht für die Zukunft des Einigungsprozesses alles dafür, daß die eigentliche Aufgabe nicht in einer herbeigezwungenen Angleichung beider Seiten, schon gar nicht in einer 'inneren Einheit' besteht, sondern in der Herausforderung, *Unterschiede aushalten zu lernen*. So gesehen ist die deutsche Vereinigung nach wie vor ein spannendes Experimentierfeld für 'interkulturelles Lernen'. Sollte das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen in mittlerer Zukunft einmal so aussehen wie das Verhältnis zwischen Norddeutschen und Bayern heute, dann wäre der Einigungsprozeß gelungen.

Literatur

- Behrens-Cobet, Heidi/ Schaefer, Anka: Geteilte Erfahrungen. Ein deutsch-deutsches Dialogprojekt zur Geschichte nach 1945. Münster 1994
- Brähler, Elmar/Richter, Horst-Eberhard: Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich. in: *Psychosozial* (18. Jg.), "Ossis und Wessis. Psychogramm deutscher Befindlichkeiten", Weinheim 1/1995 (Nr. 59), S. 7-20.
- Ensel, Leo: "Warum wir uns nicht leiden mögen ..." Was Ossis und Wessis voneinander halten. Münster 1993
- ders.: Bilder vom fremden deutschen Alltag. Szenische Erkundung des innerdeutschen Ost-West-Konflikts. Oldenburg 1996 (= Diss.)
- Rappensperger, Gabriele u.a.: "... eine Tendenz zur Kälte". Eine qualitative Studie über Studierende aus den neuen Bundesländern. in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 1993, S. 156-166.
- Rohnstock, Katrin: Stiefschwestern. Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken. Frankfurt a.M. 1994
- Wagner, Wolf: Kulturschock Deutschland. Hamburg 1996

Wunsch und Wirklichkeit

Die Wanderungen von Studierenden zwischen dem Osten und Westen Deutschlands

Ulrich Heublein

Die Anfälligkeit öffentlicher Diskurse für Legenden und überkommene Vorstellungen mag immer wieder überraschen, aber sie ist allemal voraussehbar, wenn von vornherein auf empirische Erkundung verzichtet und das Ziel der Reflexion festgeschrieben wird. Die Debatten über Hochschulwahl und -zugang stehen nicht selten unter dem Zeichen voreingenommener Beschränktheit. Besonders zäh scheint sich in ihnen die Annahme einer weitverbreiteten, von Studienanfängern wie auch Studierenden vielfach angestrebten Mobilität zu konservieren. Das Sich-Einüben in wissenschaftlicher Rationalität, der universitäre Umgang mit differierenden Anschauungsweisen und der Gewinn eigener Sichten wird idealerweise verknüpft mit dem Wechsel von Lehrern, Hochschulen und Orten – Wanderung als immanentes Element studentischer Lebensweise.

Mobilität als Vereinigungsindikator?

So obsolet dieses Bild von Bereitschaft und Fähigkeit zur Mobilität angesichts der Ausweitung der Studierendenzahlen und des fast flächendeckenden Ausbaus der Hochschullandschaft durch neugegründete Fachhochschulen und Universitäten inzwischen auch ist, von einem Insistieren auf auskunftsfähige Daten oder wenigstens von einem skeptischen Infragestellen kann nicht die Rede sein. Einige Reformvorstellungen für den Hochschulbereich beschwören geradezu ein hohes Mobilitätspotenzial, obwohl keinerlei empirische Bestätigung dafür vorliegt. Alle einschlägigen Untersuchungen weisen auf die Dominanz einer Hochschulwahl nahe am Heimatort hin.¹ Auch ein späterer Hochschulwechsel stellt bei weitem nicht den Normalfall des Studiums dar, fächertypische Konzentrationen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrzahl der Studierenden bis zum Examen einer Hochschule treu bleibt. Kommt es doch zum Wechsel, dann folgt ein solcher Schritt weniger der Studienlogik, sondern nicht selten nur den Notwendigkeiten eines gewünschten Fachwechsels.²

Gleich überhaupt nicht kann von freier Mobilität unter den Studierenden an den DDR-Hochschulen die Rede sein. Zwar kommt – zumindest in den 80er Jahren – der Heimatnähe als

¹ Vgl. Lewin u. a.: Studienanfänger im Wintersemester 1998/99. HIS Hochschulplanung 138. HIS GmbH Hannover 1999, S. 74 - 88

² Vgl. Schnitzer u. a.: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 15. Sozialerhebung des DSW. Bonn 1998, S. 301 ff.

Motiv der Hochschulwahl eine geringere Bedeutung zu, doch kann dies angesichts der häufigen Beschränkung bestimmter Studienangebote auf bestimmte Universitäten und Hochschulen kaum als Ausweis für Bestrebungen zum Orts- und Hochschulwechsel dienen. Auch ließ das vergleichsweise straff organisierte Studium dafür keinerlei Raum.

In der damaligen Bundesrepublik scheint das wenig hinterfragte Verständnis von Studierenden als generell an Wanderung und Wechsel Interessierte denn auch dazu geführt zu haben, dass der studentischen Mobilität im Kontext von fachlichen Interessen und Lehrqualitäten kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Lediglich mehr oder minder stark bildungsökonomisch intendierte Überlegungen zu den Wanderungssaldi einzelner Bundesländer lassen sich finden. Dieser Fokus ändert sich erst mit der Wende in der damaligen DDR und mit der deutschen Vereinigung. Aus verschiedenen Gründen stellte sich schnell das Interesse ein zu erkunden, in welchem Maße es zu einer studentischen Mobilität über die ehemalige Trennlinie zwischen West- und Ostdeutschland hinweg kommt. Dabei ermöglichen die schon vorher bestehenden zweifelhaften Annahmen über das Wanderungsverhalten der Studierenden, diese Frage quasi „vereinigungsideologisch“ aufzuladen. Allgemeine Mobilitätsbereitschaft vorausgesetzt ließ und lässt sich die Ost-West-Wanderung zu einem Indikator für eventuelle gegenseitige Ressentiments oder wenigstens als studentisches Urteil über Studienqualitäten vor allem der ostdeutschen Hochschulen stilisieren. Der Wechsel zwischen alten und neuen Bundesländern wurde zum Maß für gegenseitige Neugier, für Zusammengehörigkeit, ja, für deutsch-deutsches Zusammenwachsen und Gewinn gemeinsamer Identität.³

So leicht dem studentischen Wanderungswillen eine solche Funktion zugeschrieben werden konnte, so selten gerieten dagegen die wirklichen Abhängigkeiten und Ursachen für Mobilität bzw. Nicht-Mobilität ins Licht der öffentlichen Diskussion. Wie stark sich das falsche Bild vom häufigen Hochschulwechsel der Studierenden im gesellschaftlichen (Unter-)Bewusstsein behauptet, beweist sich schon daran, dass noch nicht einmal die Frage gestellt wurde, wieviel studentischer West-Ost- und Ost-West-Wechsel es eigentlich bedarf, um von einem ressentimentfreien Umgang miteinander oder sogar von einer vollzogenen Vereinigung im akademischen Bereich sprechen zu können. Sie hätte ja auch unweigerlich zu den empirischen Gegebenheiten geführt, wie sie zwischen den verschiedenen Regionen im Westen Deutschlands bestanden und weiter bestehen und sich seit 1990 auch im Osten entwickelt haben.

Es bestätigt sich an diesem Beispiel, dass Fehlinterpretationen und Instrumentalisierungen leicht den Blick auf den wirklichen Erkenntnisgewinn verstellen, der – außerhalb der schon angedeuteten bildungsökonomischen Überlegungen – durch Mobilitätsbetrachtungen zu erzielen ist. Es bleibt die Aufforderung zur nüchternen Analyse. Zwei Aspekte sind dabei vor allem wesentlich: Zum einen die Frage nach dem Platz von Mobilität in der studentischen Lebensweise und zum anderen die nach den Ursachen für das Verlassen bzw. Nichtverlassen heimatlicher Regionen ebenso wie für späteren Hochschulwechsel bzw. den Verzicht darauf. Die Analyse des Wechsel- und Wanderungsverhaltens muss dessen Nichtzustandekommen zwangsläufig mit einschließen. Das zentrale Problem – auch beim Wechsel vom Osten in den Westen Deutschlands und umgekehrt – ist nicht in erster Linie in den politischen oder psychologischen Bezügen zu suchen, sondern zumindest ebenso in den Zusammenhängen mit Studienvorstellungen und -zielen. Welche

³ Vgl. z.B. Heide-Ulrike Wendt: Hier bin ich Mensch, nicht Masse. In: *Spiegel special* „Student '98“, Heft 6/1998, S. 118ff.

Bedeutung kommt eigenen Studienabsichten zu im Verhältnis zu Faktoren, die außerhalb der Hochschule anzusiedeln sind? Führen die persönlichen Zielvorstellungen zu einem unvoreingenommenen Informationsverhalten über Studienmöglichkeiten, das nicht nur in eine durch die Studienlogik begründete Hochschulwahl mündet, sondern eventuell auch einen späteren Hochschulwechsel mit einschließt?

Die Entwicklung der genannten Aspekte der Ost-West-Mobilität können im Rahmen dieses Artikels weder für die letzten zehn Jahre nachvollzogen noch in ihren Schlussfolgerungen halbwegs erschöpfend analysiert werden. Es bleibt bei einem Problemaufriss. Als empirische Basis liegen ihm die Ergebnisse der Studienanfängerbefragungen und der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zugrunde, die vom Hochschul-Informationssystem Hannover durchgeführt wurden. Dabei sind drei Einschränkungen geltend zu machen: Die Situation in Berlin, wo die geringste – nicht nur in einem lokalen Sinne zu verstehende – Distanz zwischen ehemaligen bundesdeutschen und DDR-Hochschulen besteht, bleibt ausgeblendet. Die Studien wurden leider nicht so angelegt, dass sie für Berlin eine nähere Differenzierung ermöglichen. Das bedeutet, alle hier aufgeführten Zahlen und Werte beziehen sich auf die west- bzw. ostdeutschen Bundesländer ohne die entsprechenden Bezirke Berlins. Des Weiteren lässt sich systematisch der Wechsel von West nach Ost und umgekehrt nur bei Studienanfängern verfolgen, zu Hochschulwechslern gibt es dazu nur punktuelle Erkenntnisse. Und schließlich haben die verwendeten Angaben zu den Studienanfängern lediglich Gültigkeit für die jeweiligen Wintersemester. Aber innerhalb dieser skizzierten Einschränkungen erweist sich das empirische Material als konsistent und valide.

Quantitative Befunde

Welche Wanderungsbewegungen lassen sich (außerhalb Berlins) zwischen alten und neuen Ländern registrieren? Zu Beginn der 90er Jahre, im Wintersemester 1991/92, sind es 4800 Studienanfänger aus den neuen Ländern, die den Schritt an eine Hochschule im Westen Deutschlands wagen. Sie stellen dort ganze zwei Prozent der neubeginnenden Studierenden. Gerade zu diesem Zeitpunkt wird angesichts ungewisser Verhältnisse an den ostdeutschen Hochschulen ein sprunghaft steigendes Interesse an einem Studium in den alten Ländern erwartet. Doch diese Erwartungen erfüllen sich nicht. Es dauert bis zum Wintersemester 1995/96, bis sich der niedrige Anteil ostdeutscher Studienanfänger an westdeutschen Hochschulen verdoppelt. Danach ändert sich an diesem Verhältniswert bis Ende der 90er Jahre nichts mehr, der Wanderungsumfang stagniert, jedes Wintersemester kommen rund 6000 Studienanfänger aus den neuen Ländern zum Studium in den Westen Deutschlands.

In umgekehrter Richtung, von West nach Ost, fällt das „Wechsel-Interesse“ noch zaghafter aus. Im Wintersemester 1991/92 immatrikulieren sich 2000 Studienanfänger aus den alten Ländern an einer Hochschule in den neuen Ländern, das sind hier 6% aller Erstimmatrikulierten. Bis Mitte der 90er Jahre verdreifacht sich ihr Anteil, bis zu 20% der Studienanfänger an den ostdeutschen Hochschulen, das sind rund 6000 Studierende, kommen aus dem Westen. Zum Ende der 90er Jahre sinkt aber ihre Zahl, im Wintersemester 1998/99 nehmen nur noch 4500 westdeutsche Studienanfänger ein Studium in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen auf, sie stellen dort rund 13% aller neubeginnenden Studierenden.

Ausgewählte Hochschulmotive deutscher Studienanfänger in den Wintersemestern 1991/92 und 1998/99 (Mehrfachnennungen; Anteil der Studienanfänger, die das jeweilige Motiv als „wichtig“ kennzeichneten, in Prozent)

| | Studienanfänger West | | Studienanfänger Ost | | West-Ost-Wanderer | | Ost-West-Wanderer | |
|---|----------------------|-------|---------------------|-------|-------------------|-------|-------------------|-------|
| | 91/92 | 98/99 | 91/92 | 98/99 | 91/92 | 98/99 | 91/92 | 98/99 |
| wegen Zulassungsbeschränkung nicht am gewünschten Hochschulstandort | 11 | 10 | 6 | 8 | 41 | 29 | 8 | 9 |
| guter Ruf der Hochschule | 32 | 24 | 43 | 32 | 35 | 27 | 39 | 33 |
| vielfältiges Lehrangebot | 34 | 21 | 42 | 28 | 37 | 24 | 48 | 33 |
| Ausstattung der Hochschule | 32 | 20 | 35 | 33 | 21 | 25 | 42 | 29 |
| überschaubare Verhältnisse | 37 | 31 | 43 | 44 | 43 | 40 | 41 | 36 |
| Nähe zum Heimatort | 64 | 61 | 65 | 67 | 32 | 9 | 46 | 25 |
| günstige Lebensbedingungen | 44 | 30 | 62 | 44 | 34 | 28 | 36 | 25 |
| Athmosphäre am Hochschulstandort | 36 | 28 | 41 | 34 | 40 | 39 | 47 | 42 |

HIS-Studienanfängerbefragungen

So lässt sich für den speziellen Fall der West-Ost-/Ost-West-Mobilität der Studienanfänger eine ähnliche Situation konstatieren wie für das studentische Wanderungsverhalten allgemein: Ein Saldo von höchstens 12 000 Studienanfängern, die zwischen alten und neuen Ländern wechseln, kann bei jeweils über 180 000 erstimmatrikulierten Studierenden je Wintersemester kaum als hoch eingeschätzt werden. Dabei wandern zwar zahlenmäßig mehr Studienanfänger von den neuen in die alten Länder, trotzdem sind ihre Kommilitonen aus dem Westen Deutschlands, die in den Osten wechseln, dort stärker präsent. Ende der 90er Jahre stammt jeder siebte Studienanfänger an einer ostdeutschen Hochschule aus einem Ort zwischen Bayern und Schleswig-Holstein.⁴

An diesem Bild ändert auch der spätere Hochschulwechsel nichts, eher verstärken sich noch die schon zu Studienanfang bestehenden Tendenzen. Nach den Angaben der 15. Sozialerhebung wechselten lediglich 17% aller Studierenden die Hochschule. (Dies korrespondiert durchaus mit den Ergebnissen von Absolventenstudien, nach denen 20-25% der Befragten im Laufe ihres Studiums die Hochschule gewechselt haben.) Bezeichnend für sie ist vor allem, dass – bei einer Einteilung Deutschlands in vier Regionen – mit einem Hochschulwechsel die bisherige Studienregion häufig nicht verlassen wird. Zu einem intensiveren Ost-West-Austausch kommt es dabei nicht. Nur jeweils 4-7% der Hochschulwechsler aus der nördlichen, westlichen und südlichen Region zieht es an eine ostdeutsche Hochschule; sie stellen insgesamt 7% aller Hochschulwechsler. Dies entspricht auch in etwa dem Größenverhältnis der Wanderung zwischen den verschiedenen westdeutschen Regionen. Umgekehrt begibt sich zwar über die Hälfte der entsprechenden Studierenden aus den neuen Ländern zur Fortsetzung ihres Studiums an eine Hochschule in den alten Ländern, aber in der Gesamtbilanz decken sie auch nur 9% des Hochschulwechsels ab. Die ostdeutschen Hochschulen erleiden damit einen Wanderungsverlust.⁵

⁴ Vgl. Lewin u. a.: Studienanfänger, a. a. O., S. 14ff.

⁵ Vgl. Schnitzer u. a.: Das soziale Bild, a. a. O., S. 304

So bleibt es dabei: Nicht politische Differenzen und Mentalitätsunterschiede scheinen einem stärkeren Ost-West-Austausch vorrangig im Wege zu stehen, sondern dieser findet zunächst deswegen nicht statt, weil Mobilität kein besonders ausgeprägtes Element studentischer Lebensweise ist. Gründe für diesen Verzicht finden sich in den Motiven der Hochschulwahl von Studienanfängern. Auch wenn dies hier am speziellen Fall der Hochschulentscheidung westdeutscher Studienanfänger, die im Westen, und ostdeutscher Anfänger, die im Osten geblieben sind, dargestellt wird, so kann das doch durchaus als symptomatisch für das Problem ausbleibender Wanderung aller Studierenden genommen werden.

Wanderungs- und Verbleibsmotive

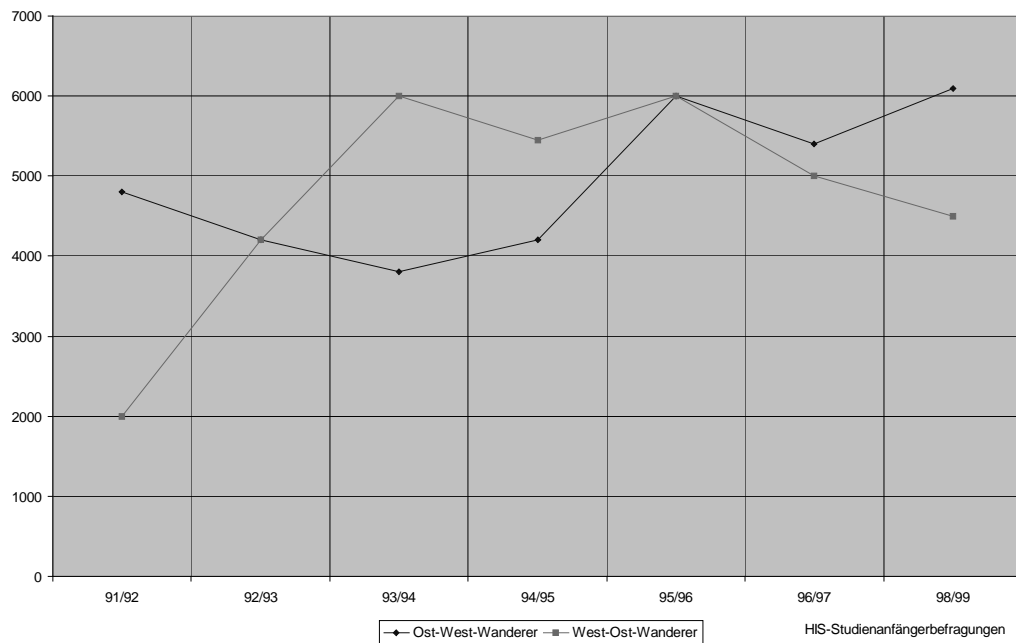
Warum also wählen Ostdeutsche ostdeutsche und Westdeutsche westdeutsche Hochschulen? In den Antworten darauf gibt es in den letzten zehn Jahren wenig Veränderung. Die Hochschulwahl wird dominiert durch das Streben nach Heimatnähe, für rund zwei Drittel der betreffenden Studierenden ist dieser Aspekt von hoher Relevanz. Studienbedingungen dagegen – wie der Ruf der Hochschule, das Lehrangebot oder die Ausstattung der Hochschule – sind zwar nicht unwichtig, aber sie werden von weitaus weniger Studierenden bei ihren Entscheidungen bedacht. Hinter dem starken Heimatbezug verbergen sich natürlich unterschiedliche Beweggründe, nicht zuletzt auch regionale Ressentiments, Empfinden von Fremdheit und mangelnde Akzeptanz, aber die enge Verknüpfung dieses Aspektes mit solchen Indikatoren wie starkes Gebundensein an Partner und Freunde, verwandschaftliche Bindungen und das Achten auf günstige Lebensbedingungen weisen doch daraufhin, dass es vor allem zwei Momente sind, die hier eine Rolle spielen. Zum einen bedeutet heimatnahes Studium für die Studienanfänger wirtschaftliche Vorteile. Die während des Studiums anfallenden Aufwendungen lassen sich in der Nähe elterlicher oder anderweitig vertrauter Unterstützungsnetze leichter tragen. Zum anderen hat Heimatnähe auch einen entwicklungspsychologischen Hintergrund. Ein großer Teil der Studienanfänger befindet sich in einer Lebensphase, in der er sich noch nicht vom Elternhaus gelöst und diese und weitere aus Kindheit und Jugend stammende Beziehungen neugestaltet hat. Das ist ein Prozess, der heutzutage häufig erst im Studium einsetzt. Die Nähe zum Elternhaus wird zu Studienbeginn nicht zufällig oder aus Bequemlichkeit gesucht, sondern entspringt einer inneren Bedürfnislage.⁶

Diese „wanderungsgehemmten“ Studienanfänger offenbaren gleichzeitig, dass eine bewusste Wahl einer Hochschule, eines Hochschulortes im Sinne einer intensiven Prüfung nach Kriterien, wie sie sich aus den eigenen Studienabsichten ergeben, bei ihnen nur eingeschränkt stattfindet. Hochschulferne Aspekte spielen bei der Entscheidung für den Studienort eine größere Rolle als hochschulimmanente. (Auf das dabei häufig bestehende Informations- und Kommunikationsproblem kann im Rahmen dieses Artikels nicht eingegangen werden.⁷)

⁶ Vgl. Lewin u. a.: Studienanfänger, a. a. O., S. 74ff.

⁷ s. dazu aber Lewin u.a.: Vorbereitung auf das Studium und Informationsstand deutscher Studienanfänger bei Studienbeginn. HIS Kurzinformationen A8/97. Hannover 1997

Wanderungsbewegungen deutscher Studienanfänger zwischen alten und neuen Bundesländer in den Wintersemestern 1991/92 und 1998/99 (Angaben in absoluten Zahlen)



Angesichts eines solchen Befundes erhebt sich die Frage: Was ermöglicht denn überhaupt Mobilität? Aus welcher Motivationslage heraus entscheiden sich Studieninteressierte für ein Studium im jeweils anderen Teil Deutschlands? So verwandt west- und ostdeutsche Wanderungsvermeider in ihren Beweggründen sind, mobile Studienanfänger differieren dennoch je nach regionaler Herkunft in ihren Absichten. Für Westost-Wanderer spielen Heimatnähe und persönliche Beziehungen so gut wie gar keine, Zulassungsbeschränkungen dafür aber eine wesentliche Rolle. Zwar hat sich der Anteil jener westdeutscher Studienanfänger, die sich quasi nicht aus freier Entscheidung an einer ostdeutschen Hochschule immatrikuliert haben bzw. für die diese Hochschule nicht die erste Wahl war, im Laufe der Jahre verringert, von 41% im Wintersemester 1991/92 auf 29% im Wintersemester 1998/99, das heißt jedoch nicht, dass damit das normale Ausmaß an unfreiwilliger Hochschulwahl erreicht wäre. Unter den Westost-Wanderern ist der Anteil an Studienanfänger, die durch ZVS-Entscheidung oder andere NC-Regelungen nicht an der von ihnen gewünschten Hochschule ihr Studium aufnehmen, dreimal so hoch wie im Mittel. Der Rückgang der NC-bedingten Hochschulwahl geht interessanterweise einher mit einem allgemeinen Rückgang dieser Wechsler.

Studienbedingungen werden bei der Entscheidung für eine Hochschule von den Westost-Wechslern genau so oft berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt wie von den „sesshafteren“ Studienanfängern. Eine Ausnahme gibt es allerdings: Ein wichtiges Wanderungsmotiv ist das Streben nach überschaubaren Studienverhältnissen. Bis Mitte der 90er Jahre wurde von den betreffenden Studierenden solche Überschaubarkeit an den Hochschulen in den neuen Ländern gesucht und gefunden. Mit steigenden Studentenzahlen, vor allem in bestimmten Studienrichtungen, verliert dieses Motiv an Bedeutung. Auffällig ist auch der relativ hohe Wert, den die wanderungswilligen Studierenden der Atmosphäre des Hochschulortes beimessen. Sie nehmen die kulturellen Eigenschaften und Besonderheiten ihres Studenumfelds offensichtlich sensibel wahr und suchen nach

Orten, mit deren Eigenarten sie sich identifizieren können. Hochschulen und Städte mit erlebbaren Traditionen, mit einem reichen kulturellem Umfeld haben hier gute Chancen.

Mit etwas anderen Motivkonstellationen warten die Ostwest-Wanderer auf. Unter ihnen hat ein überraschend hoher Anteil, zwischen einem Viertel und der Hälfte, seine Hochschule nach dem Aspekt der Heimatnähe und dem Bestehen persönlicher Beziehungen ausgewählt. Das ist ein Anzeichen dafür, dass nicht wenige dieser Studienanfänger aus Grenzregionen der neuen Länder stammen, so dass die nächste Hochschule, die in ihrem Studienfach für sie in Frage kommt, unter Umständen eine westdeutsche ist. Zulassungsbeschränkungen spielen dagegen nur eine geringe Rolle. Als wesentlich werden häufig bestimmte Studienbedingungen genannt. Dabei handelt es sich vor allem um den guten Ruf, das vielfältige Lehrangebot und die Ausstattung der Hochschule. Anfang und Mitte der 90er Jahre wurden solche Aspekte besonders häufig angeführt, um die Immatrikulation an einer Hochschule in den alten Ländern zu begründen. Auch wenn deren Bedeutung seitdem etwas zurückgegangen ist, sind sie für diese Gruppe immer noch überdurchschnittlich wichtig. Auch sie beachten besonders häufig die kulturelle Atmosphäre des Studienortes. Nicht gesichtslose Hochschulen werden gesucht, sondern jene, die sich durch Unverwechselbarkeit, Charakter und studentisches Flair auszeichnen.⁸

Die motivationale Situation der Westost- und Ostwest-Wechsler bestätigt damit zunächst einmal den geringen Bedarf, heimatliche Regionen zu verlassen. Ein Teil der Wanderung zwischen alten und neuen Bundesländern ist mehr oder minder stark durch Zulassungsbeschränkungen oder gewünschte Heimatnähe „erzungen“. Bei allen anderen Wanderern aber kommen unmittelbar hochschulbezogene Aspekte stärker zur Geltung als bei den „wanderungsunwilligen“ Studienanfängern. Deren Hochschulwahl wird dominiert von wirtschaftlichen und psychologisch-emotionalen Erwägungen. Das dürfte auch allgemein das wesentliche Unterscheidungskriterium zwischen mobilen und sesshaften Studienanfängern sein, unabhängig von ihren Heimatregionen.

Mit der im Grunde bewussteren Hochschulwahl der Westost- bzw. Ostwest-Wanderer ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass Mentalitätsunterschiede, politische Differenzen und sogar Ängste den deutsch-deutschen Austausch verhindern, auch wenn schon evident sein dürfte, dass das Mobilitätsverhalten keinesfalls in erster Linie darauf zurückgeführt werden kann. Als Beleg dafür stehen auch jene studentischen Gründe, warum trotz ernsthafter Erwägungen zum Wechsel an eine Hochschule im jeweils anderen Teil Deutschlands ein solcher Schritt dann doch nicht vollzogen wurde. Dieses sozusagen „uneingelöste“ Wanderungspotenzial ist in den Jahren seit der deutschen Vereinigung unter den westdeutschen Studienanfängern nie größer als 2-3% gewesen. In den neuen Ländern dagegen war das Interesse an einem Studium in den alten Ländern zunächst weitaus größer. Anfang der 90er Jahre überlegte über ein Viertel der ostdeutschen Studienanfänger, ob sie sich nicht an einer Hochschule zwischen Flensburg und Konstanz immatrikulieren sollten, entschied sich dann aber dagegen. Sieben Jahre später hatte sich dieser Anteil schon halbiert und betrug nur noch 13%.

Wichtigster Hinderungsgrund dabei für einen solchen regionalen Wechsel der betreffenden ostdeutschen Studieninteressenten ist von Anfang an die Sorge um bestimmte Lebensbedingungen. Die Studierenden sahen und sehen in einem solchen Falle große finanzielle und damit in Verbindung auch Wohnungsprobleme auf sich zukommen. Sie schätzen beim Studium an einer heimatnahen Hochschule die wirtschaftlichen Risiken für sich geringer ein. Auch bestimmte emotional-

⁸ Vgl. Heublein: Mobilität deutscher Studienanfänger. Unveröffentl. Forschungsbericht. Leipzig 1999

psychische Kriterien werden von ihnen häufig zur Begründung ihrer Wanderungsablehnung angegeben. „Fühle mich hier wohler!“, „Hier kenne ich alles, hier ist mir alles gewohnt!“ – so lauten die Argumente von mindestens zwei Fünfteln der betreffenden ostdeutschen Studienanfänger. Sowohl die wirtschaftlichen als auch diese eher ortsbezogenen Beweggründe korrespondieren eng mit der Tendenz einer heimatnahen Hochschulwahl.

Die letztgenannten Aspekte können dabei nicht als psychologische oder politische Distanzierung von den westdeutschen Studierenden, Hochschulen und Orten in Anspruch genommen werden. Zum einen spielen nämlich in diesem Zusammenhang Mentalitätsdifferenzen, das Empfinden der Menschen in den alten Bundesländern als fremd, nur kurzzeitig gleich nach der deutschen Vereinigung eine Rolle. 19% der wanderungsinteressierten, sich dann aber nicht dafür entscheidenden Studienanfänger gebrauchen dieses Argument. Schon 1994 ist seine Bedeutung unter die Zehnprozent-Marke gefallen. Zum anderen werden die mehr emotionalen Beweggründe – „ungewohnte Umgebung“, „fühle mich hier wohler“ – von ostdeutschen Studienanfängern, die ein Studium nicht an einer west-, sondern an einer anderen ostdeutschen Hochschule erwogen und ihnen dennoch nicht gefolgt sind, ähnlich häufig zur Begründung herangezogen. Das kann nichts anderes bedeuten, als dass hinter diesen Motiven kein bewusstes Abwenden von den Kommilitonen an den Hochschulen in den alten Ländern steht, sondern die hohe persönliche Bedeutsamkeit des Verbleibs am ausgewählten (heimatnahen) Studienort. Indirekte Bestätigung erfährt diese Schlussfolgerung dadurch, dass erst an dritter Stelle in der Rangfolge der Ablehnungsgründe bestimmte Studienbedingungen stehen. Lediglich ein Viertel der Studienanfänger im Wintersemester 1996/97 aus den neuen Ländern, die zwar über einen Wechsel in die alten nachdenken, es aber damit bewenden lassen, schrecken vor überfüllten Hochschulen zurück; nur in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung waren es noch doppelt so viele.

Den ostdeutschen Studienanfängern ganz ähnlich argumentieren ihre westdeutschen Kommilitonen, die sich nun umgekehrt zwar ein Studium in den neuen Ländern ernsthaft überlegen, dann aber doch Abstand davon nehmen. Nur problematische Lebensbedingungen spielen für ihre Ablehnung eine etwas geringere Rolle. Heimatverbundene Beweggründe werden aber genauso häufig genannt. Das ist ebenso der Fall bei jenen westdeutschen Studienanfängern, die ein Studium an einer anderen westdeutschen Hochschule erwogen haben. Studienbedingungen als Hinderungsgrund für einen Westost-Wechsel sind nur bis Mitte der 90er Jahre bedeutsam. Ein Fünftel der betreffenden Studienanfänger empfand damals die Lehre an den ostdeutschen Hochschulen als zweifelhaft oder hatte Sorge, dass dort erworbene Abschlüsse keine Anerkennung finden. Schon im Wintersemester 1996/97 lag ihr Anteil unter einem Zehntel.⁹

So bleibt es dabei: Der deutsch-deutsche Austausch an Studienanfängern und Studierenden könnte für manche ernüchternd ausfallen. Die Ursachen dafür sind weniger mentalitätsbegründete Abneigungen oder politisches Unverständnis, sondern letztlich neben verzögerten Ablösungsprozessen vom Elternhaus mangelhafte wirtschaftliche Rahmenbedingungen für das Studium. Zu wenig erfolgt in Ost wie West die Hochschulwahl als studienbezogene Entscheidung, wird also mit ihr versucht, Studien- und Berufsabsichten mit den realen Studienverhältnissen in Einklang zu bringen.

⁹ Vgl. Heublein: Mobilität, a. a. O.

Neue Zeiten – neue Werte?

Studierende zehn Jahre nach der deutschen Einheit

Uta Starke

Wie sah der Student (im Osten Deutschlands) vor zehn Jahren aus? Wäre er heute – als Student – noch wiederzuerkennen? Könnte er mit seiner damaligen Befindlichkeit heute überhaupt noch studieren? Wie haben sich die Wertorientierungen Studierender verändert? Was charakterisiert den heutigen Studenten?

Zum Wandel, insbesondere zum Wertewandel von Studentinnen und Studenten in den vergangenen zehn Jahren sollen hier zehn Behauptungen und einige empirische Belege geboten werden.¹

Erstens: Der Student – ein unverbesserlicher Optimist

Die meisten Studenten zeichnete damals – und zeichnet heute – ein allgemeiner Grundoptimismus aus, den sie weder in den Wendewirren noch im Prozeß der deutschen Vereinigung, noch beim Bewältigen der gegenwärtigen Studienhürden, noch bei der Antizipation künftiger beruflicher oder anderer Risiken jemals aufgegeben haben. Auf die offene Frage „Was macht Ihnen gegenwärtig besondere Freude?“ wissen die Studierenden in unserer Untersuchung vielfältige Antworten zu nennen. Zahlreiche Studenten schreiben aber auch einfach: „*Das Leben!*“ oder: „*Mein Leben.*“

Selbstverständlich urteilen Studierende nicht homogen bezüglich der allgemeinen bzw. ihrer persönlichen Zukunft. Doch ausgesprochene Pessimisten ließen und lassen sich nur vereinzelt ausmachen (1990 zwischen 2% und 5%, heute um die 2%).² Das gilt heute (immerhin in einer Zeit allgegenwärtiger Arbeitslosigkeit) sowohl für ihre berufliche als auch für ihre familiäre Zukunft, wobei letztere allerdings optimistischer als die berufliche Zukunft beurteilt wird (23% optimistisch in beruflicher zu 34% optimistisch in familiärer Hinsicht).³

¹ Die empirischen Befunde resultieren aus einer Untersuchung der Autorin an der FH Jena zur „Evaluation von Studium und Lehre“ im Jahre 1998/99, in deren Verlauf insgesamt knapp 2 000 Absolventen, Studenten, Studienanfänger und Lehrende anonym schriftlich befragt wurden.

² Die Ergebnisse aus dem Jahre 1990 basieren auf der Untersuchung STUDENT 89. Außerdem wurden die Ergebnisse von drei Meinungsumfragen unter Studenten vom November 1989, vom Februar 1990 und vom Mai 1990 genutzt. Vgl. dazu auch U. Starke: Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit, in: *hochschule ost* 8/1992, S. 16-21. – Der konkrete Indikator lautete: Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft? 1 optimistisch, 2 eher optimistisch als pessimistisch, 3 eher pessimistisch als optimistisch, 4 pessimistisch.

³ Der Indikator lautete: Wie blicken Sie in die Zukunft? a) hinsichtlich Ihrer beruflichen Entwicklung, b) hinsichtlich Ihrer familiären Situation, c) hinsichtlich der allgemeinen gesellschaftlichen Situation. Antworten Sie jeweils mit: 1 optimistisch, 2 eher optimistisch, 3 eher pessimistisch, 4 pessimistisch.

Das Zukunftsbewußtsein der Studierenden hinsichtlich ihrer späteren beruflichen Tätigkeit polarisiert sich tendenziell zunehmend mit der zeitlichen Dauer des Studiums. Im Hauptstudium schätzen etwas mehr Studenten ihre berufliche Perspektive optimistisch ein als im Grundstudium. Gleichzeitig ist im Hauptstudium aber auch der Teil derjenigen größer, die sich schlechte bzw. keine beruflichen Chancen ausrechnen. Die Unterschiede sind zwar gering, aber sichtbar. Möglicherweise ist das allgemeine Urteilsvermögen der Studenten bezüglich ihrer eigenen beruflichen Entwicklung bei Studienende realer geworden; sie konnten während des Studiums verschiedenlich Chancen für die spätere berufliche Tätigkeit ausloten (etwa durch Jobben, durch Praktika, durch die Diplomarbeit oder auf anderen Wegen) – oder sie haben diese Chancen bisher eben nicht entdeckt und vermuten mehr oder weniger realistisch, daß es diese gar nicht gibt. Eine Studentin antwortet zum Beispiel auf die offene Frage: „Worüber ärgern Sie sich gegenwärtig? Was macht Ihnen Angst?“: *„Mir macht meine gesamte ‚berufliche‘ Situation Angst, da ich mir nach fast vier Semestern und guten bis sehr guten Leistungen im Grundstudium immer noch sehr unsicher bin, welchen Weg ich gehen will, was zum Teil stark von der Qualität und den Inhalten der Lehrveranstaltungen abhängt.“*

Der berufliche Zukunftsoptimismus Studierender unterscheidet sich sehr stark nach der studierten Fachrichtung. Besonders optimistisch blicken zum Beispiel Technikstudenten in ihre berufliche Zukunft. In unserer Studie tun das mehr als drei Viertel von ihnen (79% Pos. 1+2 im fünfstufigen Antwortmodell), während das weniger als ein Drittel anderer Fachdisziplinen, insbesondere sozialwissenschaftlicher, sagen.

Die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung wird hingegen von den meisten Studierenden eher mit gewisser Sorge beobachtet und beurteilt. Nur 4% sind hier ohne jede Einschränkung optimistisch, fast jeder fünfte äußert sich eindeutig pessimistisch (18% Pos. 4 im vierstufigen Antwortmodell), und mehr als die Hälfte sagen, sie sehen die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung „eher pessimistisch“ (52%).

Auf die offene Frage „Worüber ärgern Sie sich? Was macht Ihnen gegenwärtig Angst?“ antwortet eine 23jährige Studentin der Sozialwissenschaften: *„Die Zukunft – ,daß meine Träume sich in Luft auflösen. Die gesellschaftliche Entwicklung macht mir Angst und die Unfähigkeit der Politik / Politiker; die Blindheit der Menschheit.“*

Eine andere Studentin, 20 Jahre alt, schreibt: *„Angst habe ich vor der Einführung von Studiengebühren. Und Ärger bereitet mir, daß zu wenig Bücher da sind. Viele wichtige Bücher sind in der Bibliothek einfach nicht vorhanden.“*

Ein Medizintechniker, kurz vorm Diplom, äußert Angst wie folgt: *„Angst macht mir die eventuelle Einführung von Studiengebühren, da dann Kinder aus sozial schwachen Familien kaum Chancen zum Studieren haben.“*

Zweitens: Der Student – (gesellschaftlich) engagiert und selbstbewußt

Die Behauptung, daß Studierende heute gesellschaftlich interessiert und engagiert sind und nur selten ohne jedes Interesse auf ihr gesellschaftliches Umfeld blicken, mag gewagt klingen, wenn man bedenkt, daß in unserer Studie in der Batterie der Lebenswerte das politische Engagement hoffnungslos abgeschlagen am Ende der Rangreihe liegt. Nur 2% sagen, es habe für ihr Lebensglück sehr starke Bedeutung, sich politisch zu engagieren, und 13% schließen sich mit gewissen

Einschränkungen an (Pos. 1 bzw. 2 im fünfstufigen Antwortmodell). Weit über die Hälfte bekunden hier Abstinenz und belegen die Skalenplätze 4+5. Der Mittelwert liegt bei 3,7.⁴

Vergleicht man dieses Ergebnis mit Befunden aus dem Jahre 1990, so scheint das politische Engagement Studierender tatsächlich geringer geworden zu sein. Damals brachten 42% der Studenten (Pos. 1+2, allerdings im vierstufigen Antwortmodell) ihr individuelles Lebensglück damit in Verbindung, die eigenen politischen Interessen vertreten zu können.⁵ Das war in den Zeiten der Wende, und die Studenten hatten dabei wohl häufiger globale Zielstellungen vor Augen, wollten eine andere, neue Gesellschaft mit aufbauen, die DDR reformieren. Immerhin 95% der Studierenden hatten seinerzeit zunächst vor, sich mit aller Kraft für die Erneuerung der DDR einzusetzen – die dann allerdings verschwand.

Was nun? Wohin jetzt mit dem politischen Engagement? Wurde es von der neuen, gesamtdeutschen Gesellschaft überhaupt gebraucht, deren Strukturen klar vorgegeben waren, in die man sich gewissermaßen lediglich einzupassen hatte?

Auch für Studierende begann mit der deutschen Vereinigung eine Zeit der Neuorientierung, sowohl im und fürs Studium als auch im politisch-gesellschaftlichen Bereich. Zunehmend wurde es für Studenten reizvoll, die neu gewonnene Freiheit auszuleben, nachdem man gelernt hatte, sich in ihr zurechtzufinden. Demokratiefähig zu sein, über das eigene Leben selbst zu bestimmen, eigene Ziele zu verwirklichen, im engeren Lebensumfeld aktiv zu werden – diese Wertorientierungen gewannen zunehmend an Bedeutung und sind heute stark ausgeprägt. Die überwältigende Mehrheit der Studenten bestätigt hier Affinität zum eigenen Lebensglück. Politiker, Parteien und Verbände, scheinbar oder wirklich konservative Strukturen haben dagegen heute bei ihnen – wenn überhaupt – eher geringe Chancen. Eigentlich kein Student will heute wie einst möglicherweise seine Eltern oder auch frühere Studierende „aus der Partei heraus“ die Welt verändern, denn dieses Bemühen hat sich ja als nicht tragfähig erwiesen. Studierende wollen heute vielmehr aus sich selbst heraus das verändern bzw. erreichen, was sie zu erreichen vermögen. Das ist durchaus keine Selbstbescheidung des eigenen Engagements, das zeugt vielmehr von gewachsenem Selbstvertrauen und zunehmend ausgeprägter Souveränität, sozusagen nach dem Motto: Ich wirke auf die Gesellschaft, indem es mich gibt.

Studierende, jedenfalls die meisten von ihnen, sind auch heute keine Fachidioten, die über ihren Tellerrand nicht hinaus schauen. Sie interessieren sich für ihre Kommilitonen, für ihren Studiengegenstand, für ihr Studienumfeld, für ihre Hochschule. Dort wollen sie sich auch inhaltlich einbringen. Jeder zweite Student würde zum Beispiel gern als studentische Hilfskraft bzw. Tutor

⁴ Bei der Erhebung der Lebenswerte wurde in unserer Studie an der FH Jena ein fünfstufiges nonverbales Antwortmodell mit Bezeichnung der Eckpunkte verwendet. Der Indikator lautete: Jeder Mensch hat von seinem Leben bestimmte Vorstellungen. Wie ist das bei Ihnen? Wie stark hängt Ihr Lebensglück von den folgenden Umständen ab? – Mein Lebensglück hängt davon ab ... 1 sehr stark 2 3 4 5 überhaupt nicht a) eine hohe Bildung zu erwerben ... usw.

⁵ In der Partnerstudie III des Zentralinstituts für Jugendforschung sagen im Jahre 1990 42% der Studenten, ihr Lebensglück hänge sehr stark (10%) bzw. stark (32%) davon ab, daß sie ihre politischen Interessen vertreten können. Der Indikator lautete: Bitte geben Sie an, inwieweit Ihr Lebensglück von den unten genannten Faktoren abhängt. Die Antwortmöglichkeiten für a) bis n) lauten: Davon hängt mein Lebensglück ab ... 1 sehr stark 2 stark 3 etwas 4 überhaupt nicht. Vgl. dazu auch: K. Starke/K. Weller, Partner- und Sexualforschung. Untersuchungen, in: W. Friedrich/P. Förster/K. Starke (Hg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, edition ost, Berlin 1999.

wirken oder hat schon eine solche Tätigkeit ausgeübt. Ein Viertel der Studierenden bekundet Interesse an der Mitwirkung in Gremien der Universität bzw. Fachhochschule bzw. im Studentenrat.

Auf die offene Frage am Ende unserer Erhebung „Was macht Ihnen gegenwärtig besondere Freude?“ kann man schon mal die Antwort lesen: „*Studentisches Mitarbeiten im Fachschaftsrat*“ (weibl., 6. Semester, Sozialwesen).

Auf jeden Fall wollen die Studenten nicht „studiert werden“, sondern selbst Engagement entwickeln und Verantwortung tragen. Traditionelle Parteien und Verbände lassen sie dabei heute allerdings eher außen vor.

Drittens: Der Student – kommunikativ und gesellig

Daran hat sich nichts geändert: Studierende brauchen Freunde, um glücklich zu sein, Freunde, denen sie vertrauen, mit denen sie reden können, mit denen sie auch gern feiern. Das war vor zehn Jahren so, und das läßt sich heute belegen. Auch in der neuen, individualisierten Gesellschaft sind Freunde für Studenten ein sehr hoher Lebenswert. Das gilt für alle Studenten. Drei Viertel von ihnen belegen hier Antwortposition 1, und ein weiteres Viertel belegt Pos. 2. In unserer gesamten Population gibt es keinen einzigen Studenten, der sagen würde, sein Lebensglück hänge nicht oder überhaupt nicht davon ab, Freunde zu haben (Pos. 4+5 keine Nennung). Studierende leben nicht vereinzelt in der vielleicht erwarteten Weise aufgrund individueller Chancen wie Risiken. Sie leben in gut ausgebildeten Netzwerken, auch ohne die obligatorische DDR-Seminargruppe, egal ob sie im Wohnheim, in einer WG, zur Untermiete, in der eigenen Wohnung, bei den Eltern oder anderswo wohnen. Freunde, Kommilitonen, mit denen man sich versteht, die man mag, denen man vertraut, mit denen man reden kann, die einen unterstützen, gehören immer dazu. Sie bieten wohl auch die Möglichkeit, ein generelles Grundbedürfnis nach Solidarität und Sicherheit zu befriedigen.

So taucht denn in unseren Fragebögen auch immer wieder als Grund zur Freude auf: „Mein Studentenleben, mit Freunden zu reden“ oder „Beziehung zum Partner und zu Freunden“ oder „Freunde, Unternehmungen, Reisen, Parties, Konzerte, Selbstverwirklichung“ oder „etwas Interessantes zu lernen, neue Leute kennenzulernen“ oder „in einer fröhlichen Seminargruppe zu sein“ oder, wie es ein Technik-Student formuliert: „Eine Wohnung, neue Kontakte trotz alter Freunde, schöne Frauen, Parties, und unser Semester ist klein und überschaubar.“ Eine Studentin der Sozialwissenschaften freut sich über folgendes: „Mein Freund, mein Freundeskreis, daß ich mich in einem Jugendverein engagieren kann“, und eine Studienanfängerin schreibt: „Ich habe wunderbare Eltern, Geschwister und Freunde. Ich habe eine Wohnung, ich bin gesund. Wir haben endlich eine rot-grüne Regierung.“ Schließlich freut sich ein Studienanfänger der Betriebswirtschaft über: „Jugend, Gesundheit, Perspektive, Freunde“ und ein Wirtschaftsingenieur über seinen „Freundes- und Bekanntenkreis und die Hilfsbereitschaft der Kommilitonen“.

Also nichts mit Ellenbogengesellschaft im studentischen Alltag. Bei größeren Semestern klingt mitunter das Bedauern über eine gewisse Anonymität durch. Aber die Studenten wissen sich zu helfen: Sie suchen sich Freunde.

Bei unserer Befragung von Absolventen stellte sich heraus, daß auch nach dem Studium von der Mehrzahl der Absolventen Kontakte zu ehemaligen Kommilitonen gepflegt werden. Reichlich ein Viertel trifft sich auch nach dem Studium regelmäßig, mehr als die Hälfte trifft sich ab und zu.

Ehemalige Kommilitonen schreiben einander. Nur jeder zehnte Absolvent sagt mehrere Jahre nach Studienende, daß er keinen regelmäßigen Kontakt mehr zu früheren Kommilitonen unterhält.

Viertens: Der Student – kontra Bildung, pro Praxis?

Es scheint, als stützten unsere Ergebnisse traditionelle Unkenrufe, wie etwa: Studenten sind theorie- und bildungsfeindlich, sie schwören nur auf die Praxis, und eigentlich sind sie mit solch einer Einstellung an einer Universität bzw. Fachhochschule fehl am Platze.

Wenn es auch einzelne Studierende geben mag, die dieser Einschätzung möglicherweise entsprechen, das Gros der Studenten schreibt sich an der Hochschule ein, um Hochschulbildung zu erwerben. Daß dabei mitunter theoriegeleitete bzw. -belastete Lehrveranstaltungen schwer fallen und – sofern das möglich ist – an der Praxis orientierter Unterricht lustvoller erlebt wird, damit hat man sich abgefunden. Da muß man durch.

Doch: Bildung als Lebenswert hat in den letzten zehn Jahren drastisch an Bedeutung verloren. Zu DDR-Zeiten rangierte dieser Wert an der Spitze der Wertehierarchie, inzwischen ist er in das letzte Viertel abgerutscht. Eine hohe Bildung zu erwerben ist gerade mal für 13% der von uns befragten Studierenden sehr bedeutsam. Der Rest macht Abstriche, zum Teil deutliche. Jeder zehnte Student sieht darin keinen Wert. Der Stellenwert von Bildung in der Lebensplanung hat sich verändert. Bildung wird von vielen nicht mehr als Wert an sich betrachtet, sondern als ein Mittel zum Zweck: Job, Aufstieg, Geld, Prestige. (Darauf beruht zu einem Teil auch das Streben zum Gymnasium; Mittelschule heißt für viele vorprogrammierte Zweitrangigkeit.)

Verspricht Bildung einen Nutzen, dann wird in Bildung investiert. Diese utilitaristische Bedeutung von Bildung geht mit einer Orientierung auf jeweils nutzbares Spezialwissen einerseits und flexible Fähigkeiten andererseits einher, die für den Arbeitsmarkt wichtig sind. Das Pendant dazu ist die Inflation an jederzeit verfügbaren Informationen einerseits und ein Weiterbildungsaktionismus als Arbeitersersatz andererseits. Auch dadurch kommt Bildung in Verruf.

Der Absturz des Wertes Bildung im Osten hängt darüber hinaus damit zusammen, daß die Bildung der Älteren entwertet wurde. Das bezieht sich auf die Bildungsinhalte (Nutzlosigkeit des alten Wissens und der Erfahrungen in der neuen Gesellschaft), aber auch auf die Bildungsträger. Eine hohe Qualifikation ist in den ersten Nachwendejahren häufig besonders existenzgefährdend gewesen. Die ostdeutsche Intelligenz wurde als erstes abgewickelt, nur wenige der Älteren haben wieder einen festen Arbeitsvertrag erhalten. Das betraf auch häufig die eigenen Eltern der Studierenden. Das hat die junge Generation beeindruckt.

Selbstverständlich macht der Erwerb von Humankapital die Persönlichkeit „reicher“. Aber wie soll der ehemalige Student einer Hochschule diesen seinen individuellen Reichtum schätzen, wenn er – zum Beispiel als Absolvent einer Kunsthochschule – nach fünf Jahren Studium und vielleicht noch einem mehrjährigen Meisterschüler-Studium direkt auf dem Sozialamt landet und zum Sozialhilfeempfänger mutiert? Kann Bildung schlechthin ein Wert sein, wenn sie schlechthin nur wenig wert ist? Wenn an Bildung gespart wird, kann es passieren, daß man sich Bildung ganz abgewöhnt. Zum Glück ist das bei den heutigen Studenten noch nicht der Fall.

Fünftens: Der Student – ein Familienmensch

Vor zehn Jahren nahm die Familie in der Wertehierarchie Studierender einen zentralen Platz ein. Für 86% der Studenten hing das individuelle Lebensglück in sehr starkem Maße davon ab, sich in der eigenen Familie wohl zu fühlen. Kein Student sagte, daß die Familie für sein Lebensglück überhaupt keine Bedeutung hätte. Studentinnen favorisierten diesen Lebenswert noch stärker als männliche Studenten (90% zu 81% Pos.1). Diese Situation hat sich inzwischen deutlich verändert. Die Zeiten junger Studenten-Ehepaare mit Kind und der Baby-Etagen im Studentenwohnheim sind wohl endgültig oder wenigstens für lange Zeit vorbei. Heute kann sich etwa jeder zehnte Studierende vorstellen, ohne eigene Familie durchs Leben zu gehen und dabei nicht an Lebensglück einzubüßen. Und nochmals jeder fünfte könnte sich offenbar mit gewissen Einschränkungen auch vorstellen, keine eigene Familie zu gründen (18% Pos. 3).

Interessanterweise sind heute Frauen tendenziell etwas häufiger bereit, auf eine eigene Familie (Vater Mutter Kind) zu verzichten, bzw. stehen zum traditionellen Familienmodell etwas ambivalenter als ihre männlichen Kommilitonen. Das Leben hält vielfältige Varianten und Alternativen bereit. Familialer Konfliktstoff wird breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Man sieht und thematisiert heute deutlicher Risiken von Familie: Sie kann zerbrechen, sie kann einengen, sie kann behindern, sie ist anstrengend, sie ist (auf jeden Fall bei jungen Berufseinsteigern) auch oft nicht erwünscht.

Und dennoch: Die Mehrzahl der Studierenden bringt ihr individuelles Lebensglück eindeutig mit einer eigenen Familie in Verbindung. Für immerhin 44% der heutigen Studenten hängt das Lebensglück in sehr starkem Maße davon ab, eine eigene Familie zu haben. Ein reichliches Viertel (28% Pos. 2) schließt sich mit nur geringen Einschränkungen an. Zwar wird die Gründung der eigenen Familie zeitlich aufgeschoben und erfolgt erst – manchmal weit – nach dem Studium. Und die Familie ist längst nicht mehr immer an die Ehe gebunden, es werden unterschiedliche familiäre Lebensformen gewählt. Aber die meisten Absolventen gründen noch immer eine Familie. Damit bleibt der Student letztlich doch ein Familienmensch.

Dabei wird Familie ganz selbstverständlich mit Kindern gedacht. Die Prozentwerte stimmen fast überein: Für das persönliche Lebensglück Studierender sind (später) eigene Kinder unabdingbar. Studentinnen unterstreichen ihren Kinderwunsch tendenziell noch etwas deutlicher als ihre männlichen Kommilitonen. Ob sie ihn sich erfüllen werden oder erfüllen können, ist eine ganz andere Frage. Etwa jeder zehnte Studierende kann sich aber auch vorstellen, ohne eigene Kinder vollkommen glücklich zu sein.

Sechstens: Der Student – ein Fan interessanter Arbeit

Nichts mit Fun- und Spaßgesellschaft als Alternative zur Arbeitsgesellschaft. Studierende wollen arbeiten – und dabei Spaß haben. Sie präferieren für ihr individuelles Lebensglück eine interessante Arbeit (69% Pos. 1, 27% Pos. 2, keiner auf Pos. 4+5). Das schließt nicht aus, daß man in der Freizeit genauso gern seinen Interessen nachgehen will, aber die interessante Arbeit hat einen höheren Stellenwert. Dabei gibt es einen kleinen, aber bemerkenswerten Unterschied zwischen Studenten und Jugendlichen, die nicht studieren: Für Letztere ist der Arbeitsplatz schlechthin der höhere Wert. Sie wollen auf jeden Fall arbeiten, Jungen wie Mädchen, und sie nehmen letztlich

auch in Kauf, daß die Arbeit weniger interessant ist. Anders die akademische Jugend: Bei ihnen steht das Interesse an der Arbeit im Vordergrund, bei jungen Frauen noch etwas stärker als bei jungen Männern. Mehr als die Hälfte der Studentinnen (54% Pos. 1, Männer 50%) sind zwar schon sehr froh, wenn sie später überhaupt einen Arbeitsplatz bekommen, aber mehr als zwei Drittel (69% Pos. 1, Männer 67%) wünschen sich auf jeden Fall eine interessante, anspruchsvolle Arbeit. Dabei wollen die meisten ihr Aufgabengebiet selbst mitbestimmen können (39% Pos.1, 48% Pos. 2), keiner legt darauf überhaupt keinen Wert. Und auch der Wunsch, kreativ tätig sein zu können, wird artikuliert, heute stärker als vor zehn Jahren (68% Pos. 1+2 im fünfstufigen zu 52% Pos. 1+2 im vierstufigen Antwortmodell).

Der Wert, eine interessante berufliche Tätigkeit ausüben zu können, kollidiert für die Studierenden nicht mit dem Wert, eine eigene Familie zu haben. Insofern ist es auch verständlich, daß es für die überwältigende Mehrheit der Studierenden und für Frauen noch stärker als für Männer einen hohen Wert darstellt, Beruf und Familie im späteren Leben vereinbaren zu können. Erst das bedeutet für sie individuelles Lebensglück. Dieser hohe Anspruch hat in den letzten zehn Jahren nach unseren Befunden nicht etwa ab-, sondern zugenommen. Das ist möglicherweise ebenfalls ein Beleg für das schon angesprochene Selbstbewußtsein und die angestrebte Selbstbestimmtheit junger Akademiker.

Siebtens: Der Student – ohne Geld und Karriere glücklich?

Schon zu DDR-Zeiten war ein verwunderliches Ergebnis empirischer Forschung, daß Studierende anscheinend ohne Geld glücklich sein konnten, nicht nur hatten sie kein Geld, sondern sie strebten auch in ihrem Leben nicht in erster Linie nach Geld. Andere Werte waren ihnen wichtiger.

Inzwischen hat allgemein bei jungen Leuten der Wert Geld und Geldverdienen enorm an Bedeutung gewonnen, ohne generell an die Spitze der Wertehierarchie vorgezogen zu sein. Bei einem Teil der Jüngeren übertrifft er allerdings inzwischen Werte wie eigene Kinder und Bildung. Jugendliche erkennen nicht nur einfach die andere Bedeutung und den höheren Wert des Geldes für die Existenzsicherung. Mit dem jetzigen, dem „richtigen“ Geld eröffnen sich für sie erst Verhaltensvarianten und der Zugriff auf Freizeitgüter, Kleidung und Reisen, aber auch Ansehen, Einfluß und Macht. Die neuen Möglichkeiten und Freiheiten, insbesondere die vermißten und ersehnten, sind – an das Geld gebunden – selbst zum Wert geworden.

Dennoch urteilen Studierende hier nach wie vor moderat. Geld ist für sie nicht alles. Solange es für die Finanzierung des Studiums reicht, haben Studenten auch heute keine geldlichen Ängste. Geld liegt bei ihren Wertorientierungen nach wie vor am unteren Ende der Rangreihe und hat für zwei Drittel der Studenten „mittlere Bedeutung“ (Pos. 2+3). Jetzt will man erst einmal studieren, vielleicht wird insofern die Hoffnung auf Geldverdienen und Geld gewissermaßen vertagt.

Aber auch das gilt nicht für alle Studenten. Studierende von Fachrichtungen, die eh eine „brotlose Kunst“ darstellen, wissen um diese Eigenschaft ihres späteren Berufes und nehmen sie in Kauf, im Interesse anderer Faktoren, von denen sich ein Teil der jungen Akademiker Erfüllung und Lebensglück erhofft. So hat in unserer Population nur für etwa jeden siebenten Studenten Geld subjektiv einen sehr hohen Wert, ebensoviele bescheinigen dem schnöden Mammon nur sehr geringen bzw. keinen Wert. Männer schätzen Geld zu haben etwas höher ein als Frauen. Und vor allem lassen sich gravierende Unterschiede nach den einzelnen Fachrichtungen nachweisen. Künf-

tige Absolventen, die zum Beispiel in der Wirtschaft oder im Management arbeiten wollen, setzen in deutlich stärkerem Maße auf Geld als etwa Studierende sozialwissenschaftlicher oder sozial ambitionierter Fachrichtungen.

Ähnliche Befunde lassen sich für den Karrierewillen der Studenten belegen. Das Karrieremotiv ist noch immer nicht dominant, es ist noch immer bei vielen negativ besetzt und gilt nicht als erstrebenswertes Lebens- und Leistungsziel. Nur reichlich jeder zehnte von uns befragte Student setzt sehr stark auf Karriere, bei den unter 20jährigen Jugendlichen außerhalb der Universität bzw. Hochschule sind das demgegenüber ein Viertel, die sehr stark anstreben, Karriere zu machen. Diese jungen Leute verspüren bereits die Stringenz der sozialen Plazierung und richten sich wohl auf ein Oberschicht-Unterschicht-Modell ein. Geschlechterunterschiede gab es zunächst kaum. Mehr und mehr scheint Karrieremachen aber ein vorzugsweise männliches Modell zu werden.⁶

Auch bezüglich der Karriere lassen sich drastische Unterschiede zwischen den Fachrichtungen belegen. In dem einen Studiengang (Sozialwesen) stellt für die Hälfte der Studenten Karriere zu machen keinen Wert für das künftige Leben dar (28% Pos. 4, 21% Pos. 5), in dem anderen Studiengang (Betriebswirtschaft, ähnliche Ergebnisse auch bei Wirtschaftsingenieuren) belegt kein Student Pos. 5 und nur 7% Pos. 4. Dafür sagen aber fast zwei Drittel, daß es für sie bedeutsam ist, Karriere zu machen (WI 21% Pos.1, 41% Pos. 2).

Achtens: Studenten – keine unstrukturierte Masse

So wie sich in den letzten Jahren die Gesellschaft stärker ausdifferenziert hat, entwickelt sich auch die Studentenschaft immer stärker zu einem heterogenen Gebilde. Zwar wurden schon zu DDR-Zeiten durch die Studentenforschung große Fachrichtungsunterschiede belegt. Heute scheinen allerdings mitunter zwischen den Studierenden wirklich Welten zu liegen. Das gilt nicht nur für die eben dargestellten Unterschiede bezüglich der Lebenswerte Karriere und Geld. Das betrifft auch nicht nur Differenzierungen zwischen den Geschlechtern oder zwischen den Fachrichtungen, sondern ebenso Unterschiede innerhalb ein und desselben Studienganges.

Die offenbar immer verschiedener werdenden Spezifika von Studierenden betreffen solche Rahmenbedingungen wie das Elternhaus (ist die Herkunftsfamilie in der neuen Gesellschaft „in“ oder „out“), die Studienfinanzierung (Finanzierung durch Eltern, Bafög, Jobben), aber auch die Auffassung vom und die Einstellung zum Studium, die individuelle Biografie vor dem Studium, die Einstellung zur Regelstudienzeit und anderes. Die individuelle Kraft des einzelnen wird heute stärker in die individuelle Entwicklung gesteckt. Dazu bestehen die entsprechenden Chancen, und das nutzen Studierende in besonderem Maße. „Beweg Dich!“, lautet die Devise, „Mach etwas aus Deinem Studium!“ Dem einen gelingt es, der andere bleibt dabei zurück, aber es kann sein, daß ihm das eigentlich nichts ausmacht, daß das einfach sein Herangehen ist. Auch heute gibt es Studentinnen und Studenten mit Kind. Aber diese Lebensweise ist eher besonders und nicht mehr allgemein. Das trifft auf zahlreiche andere Varianten des Studentseins genauso zu. Die (gesellschaftlich nahegelegte) zunehmende Focussierung Studierender auf den eigenen Entwicklungsweg

⁶ Vgl. dazu auch U. Starke: Jugend in Leipzig: Wertorientierungen nach der Wende, in: H. Sydow/U. Schlegel/A. Helmke (Hg.), Chancen und Risiken im Lebenslauf: Wandel in Ostdeutschland. Akademie Verlag, Berlin 1995, sowie K. Starke: Fit for SexPower. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2000.

führt heute zu stärkerer Heterogenität der Studentenschaft. Das schließt dennoch nicht aus, daß die Gruppe der Studierenden durch Merkmale zu charakterisieren ist, die auf alle zutreffen. Die Studentenschaft ist nach wie vor eine relativ homogene Teilgruppe der Jugend und der Gesellschaft.

Neuntens: Studenten – studieren oder jobben

Salomonisch könnte man antworten: Sie tun beides. Aber sie tun es in sehr unterschiedlichem Umfang und auf sehr unterschiedlichem Niveau. Unter den heutigen Studenten lassen sich nicht wenige finden, die bereits eine eigene Firma aufgebaut haben und den Praxisbezug ihres Studiums dadurch auf ganz andere Weise sichern bzw. herstellen als ihre Kommilitonen, für die derartige praktische Tätigkeit noch vollkommen außen vor ist. Andere Studierende jobben, an der Kasse bei Obi, als Stewards bei der Lufthansa, als Reiseleiter oder Dolmetscher – und nicht nur und nicht in erster Linie in der Semesterpause, sondern durchaus als Full-time-job. Für alle hat das Studium dennoch einen hohen Wert, aber Studieren wird heute sehr unterschiedlich definiert und gelebt.

In unseren Untersuchungen lassen sich mindestens fünf Typen von Studenten unterscheiden: Für den ersten Typ (etwa jeder siebente Student gehört dazu) stellt das Studium wirklich den Lebensmittelpunkt dar. Diese Studenten nutzen die verfügbare Zeit, um zu studieren, sozusagen – abzüglich des Schlafens und der Erholungspausen – rund um die Uhr. Ein zweiter Typ, fast die Hälfte der Befragten, betrachtet sein Studium „wie einen normalen Beruf“. Ein dritter Typ, etwa ein Drittel der Studenten, gesteht, daß das Studium „nicht das Wichtigste“ im gegenwärtigen Leben ist, andere Bereiche und Ziele außerhalb der Hochschule sind ebenso wichtig. Für die vierte Gruppe, je nach Fachrichtung zwischen 6% und 2% (in manchen Studiengängen läßt sich diese Gruppe auch gar nicht nachweisen), ist das Studium eher Nebensache, und es dauert demzufolge auch entsprechend lange bzw. wird vorzeitig beendet. Einzelne Studierende, der fünfte Typ, sind „nur pro forma Student“, zum Beispiel wegen der Versicherung oder aus anderen Gründen. Zu DDR-Zeiten wären sie sehr schnell exmatrikuliert worden. Heute haben sie die Chance, auf diese Weise dem Sozialamt zu entgehen und ihren beruflichen Einstand langfristig und unbeschwerter vorbereiten zu können oder auch einfach mal „eine Weile zu tun, was einem Spaß macht“, zum Beispiel sich im Ausland aufzuhalten.

Für alle fünf Typen ist Studium dennoch ein mehr oder weniger bedeutsamer Lebenswert. Nur einzelne Studierende antworten auf die offene Frage, was sie gegenwärtig besonders erfreut: „Daß das hier bald vorbei ist!“ oder „Daß mein Studium im nächsten Sommer zu Ende geht“. Die meisten sind gern Studenten, bedauern das Studienende, erinnern sich gern als Absolventen „an die schönste Zeit“. Wer keinen Bock hat auf die Universität oder Hochschule, der geht erst gar nicht hin.

Zehntens: Der Student – ein Wossi!

An den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen hat sich seit der Vereinigung das äußere Erscheinungsbild verändert: Nicht nur Professoren sind aus den alten Bundesländern gekommen, auch auf den Rängen der Hörsäle und in den Seminarräumen sitzen immer häufiger Studierende aus den alten und aus den neuen Bundesländern nebeneinander. Anfang der 90er Jahre waren das

zunächst nur einzelne Studenten aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen oder von anderswo, die sich vielleicht besonders für den Osten interessierten, am Neubeginn teilhaben wollten oder hier einfach günstigere Studienbedingungen und vielleicht auch billigeren Wohnraum vermuteten. Inzwischen sind es deutlich mehr geworden, wenn auch noch nicht so viele, wie aus den neuen Bundesländern heute „im Westen“ studieren, legal, auf normalem Wege, alltäglich.

Das Interessante daran: Sie werden zunehmend hier wie dort nicht mehr als „Ossis“ bzw. „Wessis“ hinterfragt, erkannt oder wahrgenommen. Sie werden einander zunehmend ähnlicher und waren es erstaunlicherweise in vielem schon seit langem. Indikatoren, über die vor zehn Jahren im Seminargebäude der Universität Leipzig der westdeutsche Student noch zu identifizieren war, greifen nicht mehr. Subjektive Sicht, besonderes Engagement, individuelle Wertorientierungen, Freundschaften und viele andere studentische Merkmale zeichnen den ostdeutschen und den westdeutschen Studenten gleichermaßen aus – oder auch nicht. Die sprachliche Vielfalt und Ausdrucksweise wirkt nicht mehr verwirrend bzw. hat sich angenähert. „Ossi“ und „Wessi“ sind zum „Wossi“ mutiert, sind in der Studentenschaft eigentlich nicht mehr zu unterscheiden und nehmen sich selbst auch nicht mehr als verschieden wahr. Noch bis vor einigen Jahren gab es einen zuverlässigen Indikator, aber auch der mißt heute nicht mehr. Und warum sollte er auch? Die Frage Ost oder West steht wohl nicht mehr in der Studentenschaft: Denn inzwischen können Studierende aus allen Bundesländern sogar über dasselbe lachen!

Akzeptanz der Fachhochschulen durch die Studierenden in den neuen Bundesländern

Heidrun Jahn

1. Einführung eines zweiten Hochschultyps

Wesentlicher Bestandteil der mit dem Einigungsvertrag vorgegebenen Einpassung des ostdeutschen in das bundesrepublikanische Hochschulsystem war die Übernahme des seit Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik existierenden binären Hochschulmodells mit den zwei Hochschultypen Universitäten und Fachhochschulen.

Westdeutsche Berater priesen vor allem die Fachhochschulen, die es in der DDR nicht gab, mit ihren bildungspolitischen, regionalen und strukturellen Differenzierungsmöglichkeiten für die Hochschulerneuerung an.¹ Das öffentliche Image dieses Hochschultyps beruht auf einer stärker berufs- und praxisbezogenen Ausbildung der Studierenden als sie in der Regel an Universitäten möglich ist. Fachhochschulen sind strukturierter, auch kleiner und betreuungsintensiver, das Studium ist kürzer als an Universitäten. In den 20 Jahren ihrer Existenz wurden aber auch Mängel dieses Hochschultyps sichtbar. Zu nennen sind im besonderen: eine geringe Aufnahmekapazität und ein schmales Fächerspektrum der Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten, die fehlende Anerkennung der Fachhochschulabschlüsse vor allem für den höheren öffentlichen Dienst, die unzureichende Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten.²

Speziell die Tatsache, daß sich die dem binären Hochschulsystem zugrundeliegende Idee einer horizontalen Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen nach dem Motto „Andersartig, aber gleichwertig“ nicht durchgesetzt hat und die Universitäten als höherwertig in der bundesrepublikanischen Gesellschaft verstanden werden, blieb den Hochschulangehörigen in den neuen Ländern nicht verborgen. Sie gingen in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Ausgangssituation recht unterschiedlich mit der Einführung von Fachhochschulen um: Vertreter von DDR-Fachschulen entwickelten sehr schnell Fachhochschulkonzepte, um in den neuen tertiären Bereich aufgenommen zu werden, Angehörige von DDR-Spezialhochschulen versuchten hingegen den universitären Status zu erhalten. Die Interessen der Studierenden wurden bei der Konzeptentwick-

¹ Hervorzuheben ist der Wissenschaftsrat (Vgl. Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Teil II, 1992), der bereits in früheren Jahren für das BRD-Hochschulwesen wiederholt einen Ausbau der Fachhochschulen empfohlen hatte (Vgl. Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen 1981 und zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren 1991) und sich jetzt auch mehr Erfolg als bisher für die bundesweite Umsetzung seiner Empfehlungen versprach.

² Vgl. Heidrun Jahn: Flexibilisierung von Studiengängen durch gestufte Abschlüsse, in: dies./J.-H. Olbertz (Hg.), Neue Stufen – Alte Hürden?, Weinheim 1998, S. 24.

lung weniger beachtet. Im Unterschied zum Hochschulpersonal waren sie von der Einführung der Fachhochschulen in den neuen Ländern nicht existentiell bedroht, ihnen wurden verschiedene Übergangsmöglichkeiten zu höherwertigen Abschlüssen im tertiären Bereich angeboten.

Ostdeutsche und westdeutsche Hochschulakteure verbanden mit der Einführung der Fachhochschulen in den neuen Ländern die gemeinsame Hoffnung, „die Gunst der Stunde“ zu nutzen und langersehnte Verbesserungen für die Fachhochschulen bundesweit durchzusetzen (z.B. Promotionsrecht, gleiche Besoldung wie an Universitäten).

Fragt man nach den Erfolgen der Einführung von Fachhochschulen in den neuen Ländern, dann werden vor allem die folgenden genannt:³

- Bei der Aufnahmekapazität an Fachhochschulen wurde in den neuen Ländern von hohen Zielzahlen ausgegangen: Etwa 40% der Studienanfänger sollen langfristig ein Studium an Fachhochschulen und 60% an Universitäten aufnehmen. Im Wintersemester 1998/99 liegt die Relation bei etwa 35% Fachhochschulanfängern und 65% Anfängern an Universitäten und damit deutlich über der entsprechenden Relation von ca. 29% zu 71% in den alten Bundesländern.⁴
- 21 staatliche Fachhochschulen (ohne Verwaltungs-Fachhochschulen) wurden gegründet, was vor allem zur Verbesserung der regionalen Verteilung der Hochschulstandorte in den neuen Ländern beitrug. Jedes Land verfügt mindestens über zwei Universitäten und drei Fachhochschulen.
- Alle Fachhochschulen wurden als Neugründungen gekennzeichnet, die an den bisher in den alten Ländern erreichten Entwicklungsstand anknüpfen. Neun aufgelöste Hochschulen und vier Fachschulen der DDR werden als Gründungsnuklei dieser Hochschulen verstanden.
- Die Forschung an Fachhochschulen hat eine deutliche Aufwertung erfahren: von der Möglichkeit zur kooperativen Promotion bis zu Forschungszentren an den sächsischen Fachhochschulen, Lehrdeputatsminderung und Promotionsrecht an den Fachhochschulen Sachsen-Anhalts.

Das Fächerspektrum an Fachhochschulen wurde weiter ausgebaut. Neue Fachgebiete fanden Eingang in den Fachhochschulbereich (z.B. Studienangebote wie Fachkommunikation, Buchhandel und Verlagswirtschaft, Landschaftsnutzung und Naturschutz).

Weitergehende Hoffnungen, die vor allem die Beseitigung hierarchischer Verhältnisse zwischen Universitäten und Fachhochschulen betrafen, konnten auch durch die Einführung von Fachhochschulen in den neuen Ländern nicht erfüllt werden.

2. Entwicklung des Studienzugangs zu Fachhochschulen und Universitäten

Eingeordnet in die seit Beginn der 90er Jahre stattfindenden Veränderungen im Hochschulzugang in den neuen Ländern ermöglicht vor allem die Entwicklung der Studienanfängerzahlen an den

³ Vgl. Gertraude Buck-Bechler/Heidrun Jahn/Dirk Lewin: Strukturen der Hochschullandschaft, in: G. Buck-Bechler/H.-D. Schaefer/H. Wagemann (Hg.), Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997, S. 105-125.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Fachserie 11, R 4.1, Stuttgart 1999, S. 18-19.

Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten Aussagen zur Akzeptanz dieses Hochschultyps durch die Studierenden der neuen Länder.

Es ist festzustellen, daß der große Zuspruch zu gymnasialer Bildung in den neuen Ländern und der damit schnell wachsende Anteil an Studienberechtigten nicht zu einer hohen Studierwilligkeit und entsprechenden Studienanfängerquoten an den Hochschulen der neuen Länder führten. Die folgende Tabelle ermöglicht einen Einblick in diese Entwicklung in der ersten Hälfte der 90er Jahre und im Vergleich zu den alten Ländern.

Tabelle 1: Studienberechtigten- und Studienanfängerquoten (deutsche Studienanfänger) in den neuen und den alten Ländern

| Jahr | neue Länder | | | alte Länder | | |
|------|--------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|--------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|
| | Studienberechtigte am Altersjahrgang | Studienanfänger am Altersjahrgang | Relation Anfänger an Berechtigten | Studienberechtigte am Altersjahrgang | Studienanfänger am Altersjahrgang | Relation Anfänger an Berechtigten |
| 1990 | 15,8 | 19,8 | 125 | 33,5 | 33,7 | 100 |
| 1991 | | 19,7 | | 37,3 | 35,3 | 95 |
| 1992 | 22,9 | 18,8 | 82 | 35,5 ¹⁾ | 30,6 | 86 |
| 1993 | 28,1 | 18,5 | 65 | 36,6 ¹⁾ | 30,6 | 84 |
| 1994 | 27,8 | 17,6 | 63 | 37,2 ¹⁾ | 29,4 | 79 |
| 1995 | 35,3 | 19,1 | 54 | 34,6 | 27,3 | 79 |

¹⁾ einschl. Ostberlin

Quelle: Irene Lischka: Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung, wie Fn. 5, S. 239.

Der wirtschaftlich-soziale Umbruch einschließlich die Umstrukturierung des gesamten Bildungsbereichs bewirkten große Verunsicherungen bei den Studienberechtigten und ihren Eltern. Bemerkenswert ist, daß diese Situation hauptsächlich zu Lasten des universitären Studiums in den neuen Ländern ging. Die Studierquote für die neugegründeten Fachhochschulen stieg an und hatte bereits 1994 das gleiche Niveau wie in den alten Ländern erreicht. Diese widersprüchliche Entwicklung spiegelte sich auch in den Studienanfängerzahlen wider. Trotz erheblicher Schwankungen im Hochschulzugang war die Quote der Studienanfänger am durchschnittlichen Altersjahrgang in den neuen Ländern bis 1995 insgesamt auf 19% angestiegen, blieb aber damit noch deutlich hinter den alten Ländern mit einer Studienanfängerquote von 27% im gleichen Jahr zurück. Die Tabelle 2 zeigt, daß die neugegründeten Fachhochschulen in ihrer Entstehungsphase kontinuierlich wachsenden Zuspruch fanden, während die Studienanfängerzahlen an den Universitäten erst 1995 wieder anstiegen.⁵

⁵ Vgl. Irene Lischka: Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung, in: Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997, S. 233-242.

Tabelle 2: Studienanfängerzahlen (deutsche Studienanfänger) in den neuen Ländern nach Hochschultypen (ohne Verwaltungs-Fachhochschulen, ohne Nachqualifizierung)

| Jahr | Studienanfänger | | Relation (in Prozent) | |
|------|-----------------|---------------|-----------------------|---------------|
| | Fachhochschulen | Universitäten | Fachhochschulen | Universitäten |
| 1991 | 5.200 | 25.200 | 17 | 83 |
| 1992 | 7.300 | 22.500 | 25 | 75 |
| 1993 | 7.500 | 19.000 | 28 | 72 |
| 1994 | 10.200 | 19.100 | 35 | 65 |
| 1995 | 10.800 | 22.900 | 32 | 68 |

Quelle: Irene Lischka: Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung, wie Fn. 5, S.241.

Das Jahr 1994 wird als eine Zäsur im Prozeß der Hochschulerneuerung verstanden, da der strukturelle Grundumbau des Hochschulsystems in den neuen Ländern als abgeschlossen betrachtet werden konnte.⁶ Die nun folgende Konsolidierungsphase der Hochschulentwicklung in den neuen Ländern ist durch geringere Veränderungen in den Studienanfängerzahlen und in ihrem Verhältnis zwischen Fachhochschulen und Universitäten gekennzeichnet als die erste Hälfte der 90er Jahre. Die Tabelle 3 läßt erkennen, daß die Anfängerzahlen an den Universitäten stärker steigen als an den Fachhochschulen und bereits über mehrere Jahre eine Relation von etwa 35% Fachhochschulanfängern zu 65% Universitätsanfängern besteht. Das schnelle Anfangswachstum der Fachhochschulen in den neuen Ländern hat sich so nicht fortgesetzt.

Tabelle 3: Deutsche Studienanfänger/-innen in den Studienjahren 1996/97 bis 1998/99 (Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester) in den neuen Ländern nach Hochschultypen (ohne Verwaltungs-Fachhochschulen)

| Jahr | Studienanfänger | | | Relation (in Prozent) | |
|---------|-----------------|---------------|--------|-----------------------|---------------|
| | Fachhochschulen | Universitäten | gesamt | Fachhochschulen | Universitäten |
| 1996/97 | 11.821 | 21.202 | 33.023 | 35,8 | 64,2 |
| 1997/98 | 12.242 | 22.294 | 34.536 | 35,4 | 64,6 |
| 1998/99 | 12.343 | 23.053 | 35.396 | 34,9 | 65,1 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, R 4.1, S. 24-25.

⁶ Gertraude Buck-Bechler: Das Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext, in: Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997, S. 42.

Für die Einschätzung der Akzeptanz der Fachhochschulen durch die Studierenden in den neuen Ländern ist darüber hinaus beachtenswert, zu welchen bundesweiten Trends im Hochschulzugang die Fachhochschulentwicklung in den neuen Ländern wesentlich beigetragen hat. Auf folgende soll aufmerksam gemacht werden:⁷

Das kontinuierliche Wachstum des Frauenanteils bei den Studienanfängern an Fachhochschulen seit Beginn der 90er Jahre (von 32% im WS 92/93 auf 40% im WS 98/99) ist stark beeinflusst von dem hohen Anteil an Studienanfängerinnen an den Hochschulen der neuen Länder. Obwohl auch in den neuen wie in den alten Ländern der Frauenanteil unter den Studienanfängern an Universitäten deutlich größer ist als an Fachhochschulen, erreichte er im WS 98/99 bereits 45% an den Fachhochschulen der neuen Länder.

Seit 1993 hat der Anteil der Studienanfänger mit Abitur (allgemeine Hochschulreife) an den deutschen Studienanfängern insgesamt zugenommen (von 77% im WS 93/94 auf 83% im WS 98/99). Die neuen Länder sind daran mit einem Wachstum um 10% im gleichen Zeitraum (von 78% auf 88%) stärker beteiligt als die alten Länder. Das geschah so gut wie ausschließlich auf Kosten des Anteils der Studienanfänger mit Fachhochschulreife. Deren Anteil sank insgesamt von 19% auf 14%, in den neuen Ländern war er bereits 1993 niedriger und sank nochmals von 13% auf 10%. Der Anteil an Studienanfängern mit allgemeiner Hochschulreife an den Fachhochschulen stieg in diesem Zeitraum um 13 Prozentpunkte und erreichte im Wintersemester 1998/99 mit 52% den bis dahin bundesweit höchsten Wert. Die Fachhochschulreife, die als besondere Zugangsberechtigung für die Fachhochschulen geschaffen wurde, spielt dagegen in den alten und besonders in den neuen Ländern nur eine untergeordnete Rolle für den Hochschulzugang.

3. Motive von Studienanfängern und Bedingungen für die Hochschul- und Studienfachwahl

Fragt man nach den Gründen, warum die Fachhochschulen in den neuen Ländern in ihrer Entstehungsphase recht gut von den Studierenden angenommen wurden, dann kann man feststellen, daß sich das Image dieses Hochschultyps, ein praxisbezogenes, bedarfsgerechtes und kurzes Studium anzubieten, schnell in den neuen Ländern verbreitet hat. Ein solches Angebot entsprach sowohl Wünschen und Erwartungen von Studienberechtigten und ihren Eltern in den neuen Ländern als auch weitaus eher als z.B. ein klassisches Universitätsstudium der bisherigen Ausbildung an DDR-Hochschulen.

Im Unterschied zu DDR-Zeiten erhielt aber jetzt bei der Entscheidung für ein Studium neben dem Wunsch nach einer interessanten Tätigkeit im Anschluß an das Studium der Wunsch, sich damit eine berufliche Existenz aufzubauen, einen gleich hohen Stellenwert. Im Zusammenhang damit wurden weitere extrinsische Gründe bedeutsam für die Studienentscheidung, wie Verdienst und Lehrstellenmangel, verbunden mit einem gestiegenen Einfluß von Eltern, Freunden und Bekannten auf die Entscheidung für ein Studium. Die im Verhältnis zu den alten Ländern geringere Studierneigung bei relativ hoher Akzeptanz der Fachhochschulen und relativ verhaltenem Zuspriech zu den Universitäten korrespondiert mit den diesbezüglichen Positionen der Eltern. So

⁷ Vgl. Karl Lewin/Ulrich Heublein/Jochen Schreiber/Dieter Sommer: Studienanfänger im Wintersemester 1998/99, Hochschulplanung Bd. 138, hrsg. von HIS Hannover 1999, S. 7, 16, 21, 52.

wünschen z.B. im Zeitraum von 1991 bis 1995 nur etwa 18% der Eltern in den neuen Ländern für ihre Kinder einen Universitätsabschluß und 16% einen Fachhochschulabschluß. In den alten Ländern wünschen aber 29% der Eltern einen universitären Abschluß für ihre Kinder, 13% einen Fachhochschulabschluß.⁸

In einer repräsentativen Studienanfängerbefragung, die zu Beginn des Wintersemesters 1993/94 an ausgewählten Universitäten und Fachhochschulen der neuen Länder durchgeführt wurde, zeigte sich, daß etwa jeweils ein Drittel der Studienanfänger schwankend war und auch ein Studium an dem anderen Hochschultyp erwogen hatte. Die letztendlichen Gründe für die Bevorzugung eines Universitäts- oder eines Fachhochschulstudiums folgten dann den öffentlich diskutierten Vorteilen der einen oder der anderen Ausbildung.⁹ In der folgenden Tabelle werden die Gründe veranschaulicht, warum die befragten Studienanfänger das Fachhochschulstudium dem Studium an der Universität vorgezogen haben.

Tabelle 4: Gründe von Studienanfängern an Fachhochschulen der neuen Länder für die Bevorzugung dieses Hochschultyps

| Warum haben Sie das Fachhochschulstudium dem Studium an der Universität vorgezogen? | Anteil in % |
|---|-------------|
| Die Ausbildung ist praxisverbundener. | 85,3 |
| Die Ausbildung ist berufsnäher. | 68,5 |
| Man ist schneller fertig. | 57,0 |
| Berufschancen scheinen besser zu sein. | 53,3 |
| Fachhochschule lag für mich günstiger. | 37,8 |
| Betreuung durch Hochschullehrer ist besser. | 37,3 |
| Studiengang ist besser strukturiert. | 37,2 |
| Finanzielle Aufwendungen sind geringer. | 22,2 |
| Studium ist nicht so schwierig. | 14,2 |

Quelle: Buck-Bechler/Jahn/Lewin: Studienentscheidung und Studienengagement in ausgewählten neuen Bundesländern, wie Fn. 9, S.111.

Andere Untersuchungen, die bei Studierenden in der Gründungsphase von Fachhochschulen in den neuen Ländern durchgeführt wurden, bestätigen die von den Studienanfängern genannten Motive und ermöglichen ihre weitere Differenzierung. So wird festgestellt, daß Studierende an ostdeutschen Fachhochschulen eine ausgesprochen starke Berufsorientierung in ihren Studienmotiven

⁸ Vgl. Irene Lischka: Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung, a.a.O., S. 257-258 mit Bezugnahme auf Längsschnittuntersuchungen aus der Schulforschung.

⁹ Vgl. Gertraude Buck-Bechler/Heidrun Jahn/Dirk Lewin: Studienentscheidung und Studienengagement in ausgewählten neuen Bundesländern, Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1995, S. 35.

charakterisiert. Von relativ großer Bedeutung ist ihnen ein möglichst sicherer Arbeitsplatz. Die meisten sind an einem zügigen Studium besonders interessiert. Es wird geschlußfolgert, daß dies zum Teil mit der Tatsache zusammenhängen mag, daß viele bereits über eine berufliche Ausbildung verfügen und ein größerer Teil der Studierenden (ein Drittel) sich in einem Aufbau- oder Ergänzungsstudium (Nachqualifizierung) befindet.¹⁰

Die Fachhochschulen der neuen Länder (19 von 21) haben sehr schnell auf den vorhandenen Bedarf an Nachqualifizierung vor allem für Inhaber von DDR-Ingenieurschulabschlüssen reagiert. Sie unterbreiteten dafür differenzierte Studienangebote, z.B. in Form eines Aufbaustudiums, als berufsbegleitendes Ergänzungsstudium, als Fernstudienbrückenkurse.

Nicht ebenso erfolgreich waren die Fachhochschulen in ihrer Entstehungsphase mit der Gestaltung ihres Fächerspektrums. Ausgehend von dem Anspruch, rasch enge DDR-Spezialisierungen von Hochschulen und Studiengängen zu überwinden und den Studierenden anerkannte Studienabschlüsse anzubieten, haben die meisten Fachhochschulen traditionelle westdeutsche Standards übernommen und auf ein entsprechendes Fächerspektrum in Ingenieur-, Wirtschaftswissenschaften und dem Sozialwesen gesetzt. Die Zuwendung der Studienanfänger zu den einzelnen Fächergruppen verlief aber recht unterschiedlich. Vor allem der bundesweit – an Fachhochschulen und Universitäten – seit Anfang der 90er zu beobachtende deutliche Rückgang an Studienanfängern in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen zeigte sich auch bei den Fachhochschulen in den neuen Ländern. Über die schlechte Arbeitsmarktsituation hinaus spielten hier weitere Gründe eine Rolle, hauptsächlich der vorhandene „Ingenieurüberhang“ aus DDR-Zeiten.

Das Studienangebot an den Fachhochschulen der neuen Länder sah im Wintersemester 1992/93 für das grundständige Direktstudium wie folgt aus:

- 93 Studiengänge in den Ingenieurwissenschaften
- 33 in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- 17 in der Informatik
- 12 in Kunst, Kultur und Bibliothekswissenschaften
- 10 in Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften.

Es wird deutlich erkennbar, daß die meisten Studiengänge in den Ingenieurwissenschaften angeboten wurden. Setzt man dazu die Nachfrage der Studierenden in Beziehung, dann ergeben sich für das Wintersemester 1992/93 folgende Relationen: Zirka 2.600 Studierende begannen ein grundständiges Direktstudium in 93 angebotenen ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen, während es ca. 2.700 Anfänger in 33 wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen waren. Die starke Nachfrage nach wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen wird – im Unterschied zu den Ingenieurwissenschaften – von einem großen Nachholbedarf an solchen Qualifikationen und erwarteten Arbeitsmarktchancen geprägt.¹¹

Die Studienanfängerzahlen in den Ingenieurwissenschaften haben sich bundesweit nach den tiefen Einbrüchen seit Beginn der 90er Jahre (von über 70.000 Studienanfängern 1990 auf unter 40.000 Studienanfänger 1997) auf dem jetzt erreichten niedrigen Niveau konsolidiert: 1998/99

¹⁰ Michael Ramm: Fachhochschulen in den neuen Bundesländern. Die Gründungsphase aus studentischer Sicht, *Bildung-Wissenschaft-Aktuell* 12/94, hrsg. vom BMBW, Bonn 1994, S. 50.

¹¹ Heidrun Jahn: Entwicklung der Fachhochschulen im tertiären Bereich. Innovative Ansätze in den neuen Bundesländern und Berlin, in: *Das Hochschulwesen* 41(1993)6, S. 260.

haben erstmals wieder mehr Studienanfänger – insbesondere Frauen – dieses Studium gewählt als im Vorjahr.¹²

Diese Entwicklung, die weit in die Konsolidierungsphase der Fachhochschulen in den neuen Ländern hineinreicht, hat zum einen etwas von der Illusion befreit, daß Fachhochschulen per se „bedarfsgerecht“ ausbilden können, zum anderen aber auch zum Nachdenken darüber angeregt, was „bedarfsgerechte Hochschulausbildung“ bedeuten kann. Bei den Fachhochschulen selbst wurde die Aufmerksamkeit stärker auf die Beachtung von Nachfrage und gesellschaftlichem Bedarf bei der Gestaltung ihrer Studienangebote gelenkt.

Das spiegelt sich vor allem in Studiengängen wider, mit denen versucht wird, auf eine zunehmend differenzierte studentische Nachfrage nach Hochschulbildung zu reagieren. Zu nennen sind z. B. Studiengänge, die besser den Erwartungen von Frauen an ein Studium gerecht werden können, wie „Heil-/Behindertenpädagogik“ oder „Kommunikation und Technische Dokumentation“.¹³ Dem wachsenden Anteil an Abiturienten an Fachhochschulen könnten Studienangebote Rechnung tragen, die einen sehr engen Theorie-Praxisbezug anstreben. Zu nennen sind einzelne duale Studiengänge an Fachhochschulen Sachsen-Anhalts, Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns.¹⁴ Eng damit verbunden sind Versuche mehrerer Fachhochschulen in den neuen Ländern, mit ihren Studienangeboten noch stärker regional wirksam zu werden. Auch die wenig studierwilligen Fachoberschüler sollten als besondere Klientel der Fachhochschulen bei der Konzipierung von Studienangeboten nicht vergessen werden.

Daß sich solche neuen Studiengangsentwicklungen bisher nicht in einem starken Wachstum der Studienanfängerzahlen an Fachhochschulen niederschlagen, hat einmal etwas damit zu tun, daß es sich bei diesen Studiengängen in der Regel um Einzelangebote an wenigen Standorten handelt, die häufig eine begrenzte Aufnahmekapazität haben. Der euphorischen Gründungsphase der Fachhochschulen ist seit Mitte der 90er Jahre eine verhaltene Aufbauphase mit finanziellen Restriktionen gefolgt. Für die notwendige regionale Wirksamkeit der Fachhochschulen fehlt häufig ihre Einbindung in ein Gesamtkonzept von Regionalentwicklung oder auch bereits eine ausreichende sächliche oder personelle Ausstattung der Fachhochschulen und eine entsprechende Management- und Finanzierungsstruktur.¹⁵ Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß auch die Universitäten bemüht sind, mit ihren Studienangeboten aus dem bisher noch nicht gewachsenen Kreis der Studierwilligen Studienanfänger für ein Universitätsstudium zu gewinnen.

¹² Karl Lewin/Ulrich Heublein/Jochen Schreiber/Dieter Sommer: Studienanfänger im Wintersemester 1998/99, a.a.O., S. VII.

¹³ Vgl. Heidrun Jahn: Chancen und Probleme für Frauen in Fachhochschulstudiengängen, in: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik* 1/2-98. Hier werden weitere inhaltlich und strukturell beachtenswerte frauenspezifische Studienangebote genannt.

¹⁴ Als duale Studiengänge werden solche verstanden, bei denen das Studium sowohl an der Hochschule als auch im Unternehmen im Wechsel oder parallel stattfindet.

¹⁵ Heidrun Jahn: Transformation des ostdeutschen Hochschulwesens: eine Bilanz mit Perspektive für Studierende und Hochschulen? in: *hochschule ost* 5(1995)5-6, S. 89.

4. Mögliche Perspektiven

Stärker als in den vergangenen Jahren ist die Zukunft des Typs „Fachhochschule“ in den neuen Ländern eingeordnet in seine gesamtdeutsche und europäische Entwicklung zu betrachten.

Ähnlich wie von Universitätsvertretern wird auch von Vertretern der Fachhochschulen die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland als vielversprechende Perspektive möglicher Hochschulentwicklung gesehen. Auch an den Fachhochschulen sind die damit verbundenen Interessen sehr unterschiedlich. Die Palette reicht von stärkerer internationaler Öffnung und Kompatibilität des deutschen Studiums bis zur weiteren Verkürzung der Studienzeiten. Die diesbezüglichen Wünsche und Erwartungen der Studierenden und der potentiellen Abnehmer des mit diesen Studiengängen und Abschlüssen verbundenen Qualifikationserwerbs sind auch an den Fachhochschulen weitgehend unbekannt.

In einer Zielsetzung stimmen aber Fachhochschulvertreter mindestens überein und unterscheiden sich damit grundsätzlich von Interessenvertretern der Universitäten: Mit der durch das novellierte Hochschulrahmengesetz eröffneten Möglichkeit, gleichbezeichnete Bachelor- und Masterabschlüsse wie an Universitäten vergeben zu können, soll das Einfallstor für die Beseitigung der alten Hierarchien zwischen Universitäten und Fachhochschulen geöffnet werden. Die Fachhochschulen haben schnell reagiert – eher in den alten als in den neuen Ländern – und bieten verschiedene Bachelor- und Masterstudiengänge an.

Eine Sachstands- und Problemanalyse dieser Studiengangskonzepte im Wintersemester 1999/2000 macht auf folgende Entwicklungen im Fachhochschulbereich aufmerksam:¹⁶

- Die Fachhochschulen haben ihre Bachelor-Master-Angebote von 18 Studiengängen im Jahre 1998 auf 70 Studiengänge im Jahre 1999 vor allem durch einen hohen Anteil im postgradualen Masterbereich (33 Studiengänge) erweitert.
- Bei den grundständigen Bachelorstudiengängen bieten sie überwiegend sechssemestrige Bachelor an (15 von 22 Angeboten). Damit wird das bisher in der Regel in die achtsemestrigen Diplomstudiengänge integrierte Praxissemester zum zusätzlichen Studienangebot. Das erscheint insofern besonders problematisch, weil vor allem die Praxissemester für den von den Studierenden gewünschten Praxis- und Berufsbezug des Fachhochschulstudiums stehen. Sie sind ein wesentliches Akzeptanzmerkmal der Fachhochschulen.
- Eine ähnliche Entwicklung wird bei der Bezeichnung des Abschlußgrades erkennbar. So wählen die Fachhochschulen für ihre Masterabschlüsse in den Ingenieurwissenschaften überwiegend die theorieorientierte Kennzeichnung „Master of Science“ und verzichten damit auf ihr bisheriges anwendungsorientiertes Aushängeschild.

Während bei der Bachelor-Master-Entwicklung der Typ „Fachhochschule“ zumindest formal noch nicht in Frage gestellt wird, ist es wiederum der Wissenschaftsrat, der eine weitergehende Perspektive für die Fachhochschulen aufzeigt. In seinen Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland¹⁷ empfiehlt er unter anderem, die Akzeptanz der Fachhochschulen dadurch weiter zu verbessern, daß die Bezeichnung „Fachhochschule“ im künftigen Wissen-

¹⁶ Vgl. Heidrun Jahn: Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen, *HoF-Arbeitsberichte* 1'00, Wittenberg 2000, S. 18-22.

¹⁷ Wissenschaftsrat: Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, Pressemitteilung 14/2000, Köln 2000, S. 24, 27.

schaftssystem nur noch eine von mehreren den Fachhochschulen zur Wahl stehenden Namensmöglichkeiten darstellt und alternativ die Bezeichnung „Hochschule“ gewählt werden kann. Damit würde nach Meinung des Wissenschaftsrates auch einer offensichtlich ohnehin nicht aufzuhaltenden Entwicklung Rechnung getragen, bei der Darstellung des deutschen Hochschulsystems gegenüber dem Ausland den Oberbegriff „University“ – mit dem Zusatz „of applied sciences“ für Fachhochschulen – zu verwenden, was ja bereits heute häufig geschieht.

Darüber hinaus fordert der Wissenschaftsrat eine Verlagerung von Studienangeboten aus den Universitäten an die Fachhochschulen. Das begrenzte Fächerspektrum der Fachhochschulen soll deutlich durch Teilbereiche solcher Gebiete wie etwa der Rechtswissenschaften, des Lehramts oder der angewandten Naturwissenschaften, wie z.B. Pharmazie, erweitert werden. Diese Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind nicht neu und auch unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben einige Fragen offen: Welche Profilierungsansätze ergeben sich aus diesen Empfehlungen für Fachhochschulen, die ihre Attraktivität für Studienberechtigte erhöhen können? Werden Hochschulen erster und zweiter Klasse angestrebt, um dadurch eventuell zur Steigerung der Studierwilligkeit in Deutschland beizutragen? Ist an Fachhochschulen z.B. eine qualitativ höherwertige Pharmazie- oder Lehramtsausbildung als an Universitäten möglich?

Besonders interessant wäre aber auch zu erfahren, welche Perspektiven die Fachhochschulen in den neuen Ländern selbst im Hinblick auf ihre Akzeptanz durch Studierende anstreben.

„Da wurde den ganzen Abend gesungen ...“ Studentisches Wohnen im Übergang

Bernhard Wagner

Neben Nahrung, Schlafen und schützender Kleidung gilt Wohnen gemeinhin als unabdingbares menschliches Grundbedürfnis, das bei seiner Nicht-Befriedigung einen Mangelzustand des Organismus nach sich zieht. Aber neben diese biologisch ableitbaren elementaren oder Grundbedürfnisse („needs“) treten auf jeder Stufe der sozialen Organisation menschlichen Daseins soziale und kulturelle Bedürfnisse („wants“) (vgl. Berner/Rentzsch 1989: 29f), ohne deren Befriedigung zwar ein Überleben des Organismus gewährleistet sein mag, ein „menschenwürdiges“ Dasein, eine gelingende soziale Existenz aber noch lange nicht. Wie bei der Nahrungsaufnahme und der Kleidung treten auch beim Wohnen mit dem fortschreitenden Prozeß der Zivilisation und der Erhöhung des materiellen Wohlstandes jene puren Notwendigkeiten des Organismus in den Hintergrund; an die Stelle der Frage, *ob* ein Bedürfnis befriedigt werden kann, tritt die Frage, *wie* dies geschieht. Aus dem bloßen „Dach über dem Kopf“, das Schutz vor Wind, Wetter und wilden Tieren gewährleistet, ist – zumindest in unseren Breiten – ein Instrument der Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung geworden. Die mit dem Wohnen verbundenen, kulturell überformten Bedürfnisse konkretisieren sich je nach Erwerbs- und Familiensituation, materiellen Möglichkeiten und gesellschaftlich bereitgestellten Orientierungsmustern recht unterschiedlich und variieren je nach biographischer Phase. Die an das Wohnen gestellten Ansprüche sind mithin im Lebenslauf einem – teils kontinuierlichen, teils abrupten – Wandel unterzogen. Die „Lebensweise“ ist als das „soziale Substrat des Wohnens“ (Häußermann/Siebel 1996: 11) aufs Engste mit der Wohnung verknüpft.

Das studentische Wohnen stellt dabei in besonderem Maße eine Ausnahmesituation dar; dies gilt sowohl biographisch, im Hinblick auf die besondere Lebensphase des Studiums als auch hinsichtlich der – nicht nur materiell – besonderen Umstände der studentischen Lebenssituation. Studentisches Wohnen in Ostdeutschland nach der Vereinigung bezeichnet darüber hinaus einen Sonderfall innerhalb dieser Ausnahmesituation.

Die Thematik der studentischen Lebenswelten in den neuen Ländern im ersten Jahrzehnt der neuen gesamtdeutschen Zeitrechnung soll im folgenden also anhand des Wohnens aufgegriffen werden. Ausgangs- und Mittelpunkt der folgenden Skizze ist das Wohnen im Wohnheim, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß studentisches Wohnen in der „späten“ DDR – sieht man einmal von den „heimatnah“ studierenden ElternwohnerInnen ab – beinahe ausschließlich in dieser kollektiven Form stattfand. Das Wohnheim war ein nicht wegzudenkender Bestandteil des studentischen Alltags in der DDR, es bildete den Mittelpunkt studentischen Lebens, und das nicht nur als

„Basisstation“ zum Schlafen und Lernen; die umfangreichen Aktivitäten der meist an die Wohnheime gebundenen „Studentenclubs“ bildeten auch den Mittelpunkt „geselliger“ und kultureller Aktivitäten.

Die augenfälligste Veränderung studentischen Wohnens in den neuen Ländern in den 90er Jahren besteht nun im dramatischen Rückgang des Anteils der WohnheimbewohnerInnen. Überhaupt gleichen sich – wie aus den regelmäßig vom Deutschen Studentenwerk durchgeführten Sozialerhebungen (Schnitzer u.a. 1992, 1995, 1998) hervorhegt, im Hinblick auf die Wohnformen und auch auf die Wohnwünsche die statistischen Werte tendenziell deutlich den westdeutschen Verhältnissen an (vgl. weiter unten). Worüber die nackten Zahlen aber natürlich nichts aussagen, das ist die Wahrnehmung dieser Entwicklung durch die „Wohnsubjekte“, also die Studierenden selbst.

Welche Bedürfnisse tragen sie an das Wohnen heran? Was verbinden sie mit dem Wohnheim an Positivem wie an Negativem? Weshalb wollen sie dort wohnen bzw. nicht mehr wohnen? Geht der unbestreitbare Bedeutungsverlust dieser „kollektiven“ – und insofern „DDR-typischen“ – Wohnform einher mit einem allgemeinen Trend zur Individualisierung, von typisch „östlicher“ Gemeinschaftsorientierung zu typisch „westlichem“ Hedonismus? Einige Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Fragen könnte eine Studie liefern, die wir Mitte der 90er Jahre an der TU Dresden zum studentischen Wohnen in Sachsen¹ durchgeführt haben (vgl. Lenz/Wagner 1996) und auf die im zweiten Teil dieses Aufsatzes zurückzukommen sein wird.

Die Lebensphase Studium als „Zwischenland“

Das Studium als Lebensphase ist in besonderer Weise mit dem Wohnen verknüpft. Sicher, dies läßt sich mit einiger Berechtigung von jedem Lebensabschnitt, von der Kindheit bis zum Alter behaupten. Aber in die Phase des Studiums fällt in aller Regel die Loslösung von der Herkunftsfamilie, die räumliche Trennung von den Eltern, also die erstmalige Erfahrung der Selbständigkeit, die in der ersten eigenen Wohngelegenheit ihren verdinglichten Ausdruck findet.

Allerdings hat das Studium für die Verwirklichung der räumlichen Trennung gegenläufige Wirkungen: Zum einen bedeutet es einen (weiteren) Aufschub des Eintritts in das Erwerbsleben und damit zunächst einmal eine Verlängerung des Angewiesenseins auf Unterstützungsleistungen seitens der Eltern, was eigentlich nahelegt, in punkto Wohnen keine großen Sprünge zu machen. Diese materielle Abhängigkeit wird durch das BAföG – das allerdings auch in den neuen Ländern eine immer geringere Rolle spielt² – wie auch durch Zusatzverdienste der Studierenden zwar abgemildert, aber die Sozialerhebungen (vgl. Schnitzer u.a. 1995; 1998) zeigen, wie hoch die Unterstützungsleistungen der Eltern dennoch bleiben.³ Zum anderen macht das Studium vielfach einen

¹ Dabei wurden insgesamt 16 Gruppendiskussionen, in der Mehrzahl mit BewohnerInnen studentischer Wohnheime durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden in „Studentisches Wohnen in Sachsen – Eine Zwischenbilanz“, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (1996) veröffentlicht (im Folgenden zit. als: Lenz/Wagner 1996). Einige Auszüge fließen in diesen Artikel mit ein.

² So erhielten nach der letzten DSW-Sozialerhebung in den neuen Ländern 1997 nur noch 30 % der Studierenden Leistungen nach BAföG (1991 noch 88 %; vgl. Wagner 1999: 88); das BAföG machte nur noch knapp 17 % der studentischen Einnahmen aus (ebd.: 74).

³ 1997 wurden in den neuen Ländern über 52 % des studentischen Budgets mit Unterstützungsleistungen der Eltern bestritten (Wagner 1999: 75)

Ortswechsel notwendig. Der Heimatort liegt zu weit entfernt vom Studienort. Nicht selten wird ein Studienort geradezu unter der Maßgabe ausgewählt, daß er durch tägliches Pendeln nicht erreichbar ist. Das Studium liefert in diesen Fällen ein zwingendes Argument, den Eltern gegenüber die Notwendigkeit einer eigenen Wohnung oder eines eigenen Zimmers zu begründen. Denn das Studium ist ein weithin anerkannter Anlaß, die elterliche Wohnung als Dauermitglied verlassen zu können.

Die Lebensphase Studium läßt sich insgesamt aber nicht nur in materieller Hinsicht als ein ständiger Balanceakt zwischen fortgesetzter Abhängigkeit und neu gewonnener – bzw. „zu erkämpfender“ – Selbständigkeit beschreiben. Sie geht meist einher mit der Aneignung neuer sozialer Verhaltensnormen, die nicht denen des heimatlichen Umfeldes entsprechen (vgl. Berner/Rentzsch 1989: 41f). Die allmähliche Ablösung vom Elternhaus bzw. Freundeskreis auch in emotionaler Hinsicht korrespondiert mit der Aufgabe, neue, dauerhafte emotionale Beziehungen unabhängig vom Elternhaus und meist auch des heimatlichen Umfeldes zu suchen, zu finden und aufzubauen; für das Ausprobieren von Partnerbeziehungen und die Entwicklung einer stabilen Partneridentität bietet die erste eigene Wohnung die entscheidende Voraussetzung.

Diese typisch studentische Situation des „Nicht mehr – aber noch nicht – und doch schon“ (Berner/Rentzsch 1987: 39) – nicht mehr unter der Obhut elterlicher Bevormundung, noch nicht ganz auf eigenen Füßen und doch schon selbst verantwortlich für das eigene Leben – kennzeichnen Berner/Rentzsch als „Leben im Zwischenland“. „Zwischenland“ ist die Lebensphase Studium auch, weil sie „von vornherein als eine Übergangszeit, als eine Durchgangsphase mit einem durch Studienpläne inhaltlich und zeitlich bestimmtem Ende verstanden (wird). Student-sein ist ein Lebensabschnitt, dem ein Ende immanent ist“ (ebd.). Und „Zwischenland“ ist sie auch deshalb, weil der relative Freiraum, der den Studierenden gesellschaftlich – trotz gegenwärtig wieder mal in Mode gekommener Versuche der Effizienzsteigerung der Produktivkraft Bildung – noch zugestanden wird, es diesen ermöglicht, im Gegensatz zum meist zwanghafteren Charakter einer Berufssituation ohne gravierende Konsequenzen Verhaltensweisen auszuprobieren, die woanders eine unmittelbare Disziplinierung oder Sanktionierung zur Folge hätten: „Bei einem relativ großen Zeitbudget beinhaltet der Studienbetrieb das Angebot unterschiedlicher Wissens- und Verhaltensnormen sowie die Freiheit und Möglichkeit, unter ihnen ‚unverbindlich‘ auswählen bzw. sie ausprobieren zu können“ (ebd.: 40).

Für den Prozeß der Persönlichkeitsentwicklung oder – vornehmer – der „Konsolidierung der Identität“ (ebd.: 41) auch in weltanschaulich-politischer Hinsicht in dieser Phase der Spätadoleszenz stellt dieser Freiraum natürlich ein ungeheueres Privileg dar. „Erkauft“ ist er in aller Regel mit materieller Enge und Abhängigkeit. Womit wir wieder beim Wohnen angelangt wären und bei einem stark beschränkten Budget als wesentlicher Determinante studentischen Wohnens. Wie befriedigen StudentInnen vor dem Hintergrund eingeschränkter materieller Möglichkeiten das gemeinhin als grundlegend angesehene Bedürfnis nach „Anregung“, Ästhetik oder „Schönheit beim Wohnen“ (Flade 1987: 60)? Auf welche Weise materialisiert sich dieses Bedürfnis bei einer StudentInnengeneration, die gerade erst in die schöne neue Glitzerwelt des Konsums entlassen wurde? Bevor wir auf diese und andere Fragen zurückkommen, sollten in aller Kürze das wesentliche Erbe dieser realsozialistischen Vergangenheit sowie einige Veränderungstendenzen in den 90er Jahren skizziert werden.

Gemeinsam studieren – gemeinsam wohnen: Das Erbe der DDR

Daß das Hochschulsystem der DDR in die zentralistische Gesellschaftsorganisation eingebunden, kontrolliert und konsequent gesellschaftspolitischen Zielen untergeordnet sowie den generellen systemimmanenten Mängeln unterworfen war, dürfte hinlänglich bekannt sein. Hier sollen nur die daraus resultierenden Rahmenbedingungen für das studentische Wohnen interessieren.

Studieren im „Arbeiter- und Bauernstaat“ war spätestens seit den frühen 70er Jahren untrennbar mit dem Wohnheim verknüpft. War bis in die späten 60er Jahre die Untermiete die dominierende studentische Wohnform, so kam es durch die sprunghafte Steigerung der Zulassungszahlen in den frühen Siebzigern⁴ vor dem Hintergrund des erheblichen Wohnraum Mangels, vor allem in den Großstädten, zu gravierenden Unterbringungsproblemen. Als Reaktion darauf wurde die Zahl der Wohnheimplätze zwischen 1968 und 1973 – teilweise durch gezielten Neubau, teilweise auch durch Umwidmung neu gebauter Wohnblocks mit Familienwohnungen – auf über 75.000 mehr als verdoppelt. Der höchste Versorgungsgrad mit Wohnheimplätzen wurde im Jahr 1975 mit 80% erreicht (Schreiber 1996: 15): Bis zum Jahr 1989 sank diese Zahl zwar wieder kontinuierlich auf 72 % ab, lag damit aber ein vielfaches über dem westdeutschen Wert.⁵ Daneben wohnten am Ende der DDR 13% der Studierenden bei den Eltern und immerhin 9% in einer eigenen Wohnung. Die Untermiete war mit einem Anteil von 3% schon, die Wohngemeinschaft mit 2% noch ohne Bedeutung.

Unter den StudienanfängerInnen lag die Wohnheimquote noch höher; der Anteil der Studierenden mit eigener Wohnung von immerhin einem knappen Zehntel sollte indes nicht etwa im Sinne einer gegebenen Wahlmöglichkeit mißverstanden werden: Der Weg zur amtlichen Wohnraumzuweisung führte im Regelfall allenfalls über Ehe und/oder Kind(er). Berücksichtigt man, daß am Ende des Studiums jede/r zweite Studierende verheiratet und jede/r dritte bereits in Besitz von Nachwuchs war, dann sind auch diese 9% noch eine gravierende Unterversorgung, selbst wenn man konstatiert, daß in den späten 80er Jahren die ältesten Semester bereits zu 28% über eigene vier Wände verfügen konnten. Die große Mehrheit der Studierenden verharrte das gesamte Studium über in derselben Wohnform, und dies war für die allermeisten ledigen Studierenden, die nicht am Herkunftsort studierten, das Wohnheim (Schreiber 1996: 14ff).

Die hohe Wohnheim-Quote konnte nur durch eine enorme Belegungsdichte der „Studentenschließfächer“ erreicht werden: Schreiber (ebd.: 13) zeichnet ein plastisches Bild:

„In einem elfgeschossigen Wohnblock mit 22 Wohnungen konnten z. B. 300 Studierende untergebracht werden. In Wohnungen mit zumeist drei oder vier Räumen lebten zehn bis 15 Studenten zusammen“.

Seine Feststellung „Gemeinschaftlichkeit kennzeichnet das Hochschulstudium in der DDR“ (ebd.: 24) gewinnt angesichts dieser Wohnverhältnisse schon fast zynische Plausibilität.

Die zunächst aus der (Wohnraum-)Not geborene Massenunterbringung des akademischen Nachwuchses fügte sich allerdings nahtlos in die staatlichen Modellvorstellungen "sozialistischer Persönlichkeitsbildung" ein: neben der besseren Kontrollierbarkeit der Studierenden erhoffte man sich vom kollektiven Wohnen eine "stabilisierend-orientierende Funktion" (Hofmann 1976: 44);

⁴ So stieg die Zahl der „Direktstudenten“ von unter 70.000 im Jahr 1968 auf knapp 110.000 im Jahr 1972 (vgl. Schreiber 1996: 14).

⁵ In der alten BRD kam der Anteil der Wohnheimbewohner nie wesentlich über 10 % hinaus, die bis in die späten 60er Jahre dort ebenfalls dominante Wohnform der Untermiete wurde von den selbstbestimmten Wohnformen Wohngemeinschaft und eigene Wohnung abgelöst.

schließlich sollte die gemeinschaftsbildende Wirkung des Wohnheims die Studierenden besser auf berufliche wie "gesellschaftliche" Aufgaben vorbereiten (ebd.: 15). Nachgeholfen wurde diesen kollektivierenden Effekten durch das Belegungsprinzip: In einem Wohnheim sollten grundsätzlich Studierende aus einem Fachbereich zusammenwohnen, in den einzelnen Zimmern solche aus demselben Semester bzw. derselben Seminargruppe. Durch weitgehende Gleichaltrigkeit, vergleichbare Lebenserfahrungen, ähnliche Interessenstrukturen und identische Qualifikationsziele der BewohnerInnen (vgl. Schreiber 1996: 20) konnten tatsächlich relativ homogene Gruppen gebildet werden, die eine gewisse Gewähr dafür bieten sollten, daß Außenseiter sich früher oder später dem Gruppendruck unterordnen. Andererseits bot gerade der enge Zusammenhalt unter Gleichgesinnten auch die Chance, sich den staatlichen Versuchen, die Wohnheime als Erziehungsinstanz zu etablieren, im gegenseitigen Konsens zu widersetzen. Im Kollektiv konnte man sich den kollektivistischen Bestrebungen der Staatsführung entziehen. Die Studierenden hatten "rasch gelernt, auch mit restriktiven Vorschriften der Wohnheimordnung umzugehen. Sie bestimmten ihren Wohnalltag in wesentlichen Belangen selbst" (ebd.: 26).

Schließlich sollte man auch nicht übersehen, daß dieses Homogenitätsprinzip bei der Wohnheimbelegung bei den Betroffenen überwiegend auf große Akzeptanz stieß und in der Tat Vorteile mit sich brachte, die heute häufig schmerzlich vermißt werden. Vor allem die Möglichkeit, in einem meist völlig neuen Lebensumfeld Kontakte zu Gleichbetroffenen bzw. Gleichgesinnten zu knüpfen wie auch die gegenseitige Hilfe in Studienfragen wurden zu DDR-Zeiten – und werden nach dem Zusammenbruch immer noch – sehr geschätzt.

Die Kehrseite dieser Geborgenheit bestand aber natürlich in einem weitgehenden Verlust der Privatsphäre aufgrund fehlender Rückzugsmöglichkeiten und in einer Einschränkung der Handlungsfreiheit schon dadurch, daß der Zwang zur Rücksichtnahme, zur Einhaltung gewisser "Spielregeln" oder Normen allenfalls um den Preis des Konfliktes mit MitbewohnerInnen, mit denen man sich tagtäglich auf engstem Raum zu arrangieren hatte, umgangen werden konnte.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, ob, wieweit und wie sich nun diese – für studentisches Wohnen in der DDR insgesamt bezeichnende – Spannung zwischen eingeschränkter Freiheit und erwünschter Geborgenheit angesichts der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nach dem Beitritt in der einen oder anderen Richtung auflösen konnte oder nicht.

Der langsame Abschied vom Wohnheim – Studentisches Wohnen in den 90er Jahren in der Statistik

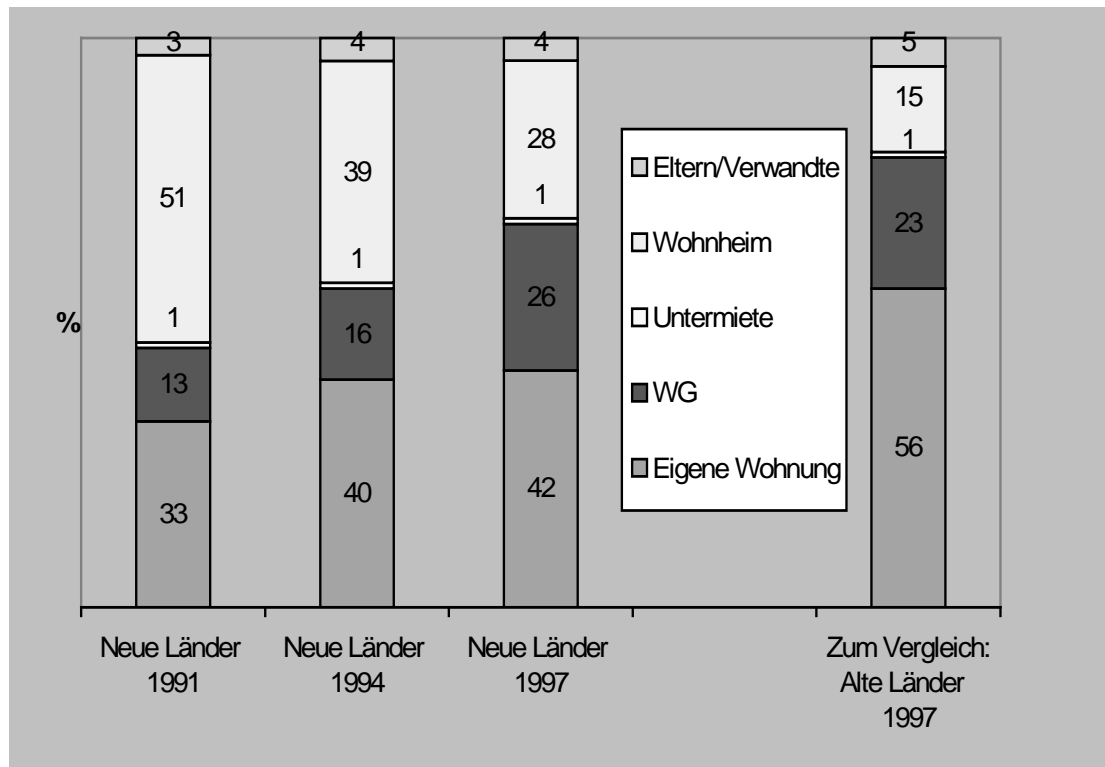
Im Laufe der 90er Jahre vollzogen sich in den neuen Ländern im Vergleich zur Spätphase der DDR gravierende Verschiebungen, sowohl was die „objektive“ Seite der Verteilung der Wohnformen, als auch was die subjektive Seite der Wohnwünsche angeht.

Wie aus den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks hervorgeht, hat sich bis 1997⁶ der Anteil der WohnheimbewohnerInnen unter den Studierenden der neuen Länder von besagten 72% zum Ende der DDR um mehr als die Hälfte auf gerade einmal 30% reduziert (vgl. zum folgenden: Schnitzer u.a. 1992: 345ff; 1998: 514ff und Schreiber 1996: 14). Dies ist allerdings immer noch mehr als das Doppelte des westdeutschen Wertes (13%). Andererseits hat sich der Anteil der

⁶ Neuere Zahlen liegen leider noch nicht vor. Die Sozialerhebung 2000 erscheint voraussichtlich kommendes Frühjahr.

WG-BewohnerInnen im selben Zeitraum verzehnfacht, von 2% auf 20%, genauso viel wie im Westen. Eine eigene Wohnung besitzen 1997 bereits 29% der in Ostdeutschland Studierenden; hier besteht noch ein deutlicher Unterschied zu den 42% im Westen. Trotz dieser noch ins Auge stechenden Unterschiede kann zunächst langfristig – wie die Abbildung 1 illustriert – von einer deutlichen Angleichung der ostdeutschen Werte an die westdeutschen, die sich übrigens im Laufe der 90er Jahre nicht mehr gravierend verändert haben, ausgegangen werden.

Abb. 1: Wohnformen der Studierenden in der DDR und den neuen Ländern 1989 - 1997



Ein für die subjektive Wohnerfahrung wesentliches Faktum versteckt sich noch hinter diesen Zahlen: 1991 wohnten noch 44% der ostdeutschen WohnheimbewohnerInnen in einem Drei- oder Mehrbettzimmer, nur 11% wohnten bereits allein in einem Zimmer (Schnitzer u.a. 1992: 373). 1997 waren nur noch 4% in Mehrbettzimmern untergebracht, aber immerhin noch 42% im Zweibettzimmer. Somit war also für knapp die Hälfte der ostdeutschen WohnheimbewohnerInnen kollektives Wohnen immer noch eine Grunderfahrung, im Westen kommen Zweibettzimmer praktisch nicht mehr vor (Schnitzer u.a. 1998: 538).

Auch verschleiern statistische Häufigkeiten über die gesamte Erhebungseinheit die teilweise beträchtlichen Unterschiede zwischen einzelnen Teilgruppen: So sind die Quoten für das Wohnheim einerseits, für eine eigene Wohnung (einschl. WG) andererseits hochgradig altersabhängig. Der Start ins Studium vom Wohnheim aus ist 1997 für etwa die Hälfte der ostdeutschen Studierenden immer noch der Normalfall, von den unter 22jährigen wohnen 42% im Wohnheim (im

Westen 20%), 30% wohnen noch bei den Eltern (im Westen 37%). Bei den StudentInnen über 24 Jahre überwiegt auch im Osten die eigene Wohnung (bei den 24-25jährigen: 59%, davon 24% WG); dies entspricht ziemlich genau den Zahlen für die alten Bundesländer. Im Osten wie im Westen wohnt der überwiegende Teil der älteren Semester in einer eigenen Wohnung oder WG, bei den über 27jährigen ist der Anteil selbstbestimmter Wohnformen im Osten sogar etwas höher als im Westen. Der augenfälligste Unterschied besteht hier darin, daß von den älteren Studierenden ohne eigene Wohnung in den neuen Ländern etwa doppelt so viele im Wohnheim wohnen wie im Westen, dort dafür die Quote der ElternwohnerInnen etwa doppelt so hoch ist wie im Osten (vgl. Schnitzer u.a. 1998: 528).

Noch in einer anderen – ebenfalls nicht sonderlich überraschenden – Hinsicht zeigen sich wohnformbezogene Unterschiede: Im Osten ungleich stärker als im Westen ist die eigene Wohnung das Privileg der sozial besser gestellten Studierenden. Während sich im Westen statistisch kaum ein nennenswerter Zusammenhang zwischen der Wohnform und der sozialen Herkunft zeigt, wohnen im Osten der Republik Studierende aus der niedrigsten sozialen Herkunftsgruppe⁷ mit 41% deutlich häufiger im Wohnheim als jene aus der höchsten Herkunftsgruppe (26%), dagegen nur 23% aus der ersteren Gruppe in einer eigenen Wohnung, was bei 30% der Studierenden aus der höchsten Herkunftsgruppe der Fall ist. Eine WG wird nur von 14% der Sprößlinge aus der niedrigsten, dagegen aber von 22% der Nachkommen aus der höchsten Gruppe bewohnt. Da ein WG-Zimmer aber im Normalfall kaum teurer ist als ein Wohnheimplatz, steht zu vermuten, daß dieser Unterschied weniger finanziellen Gründen als vielmehr über das Elternhaus vermittelten Einstellungsmustern entspringt.

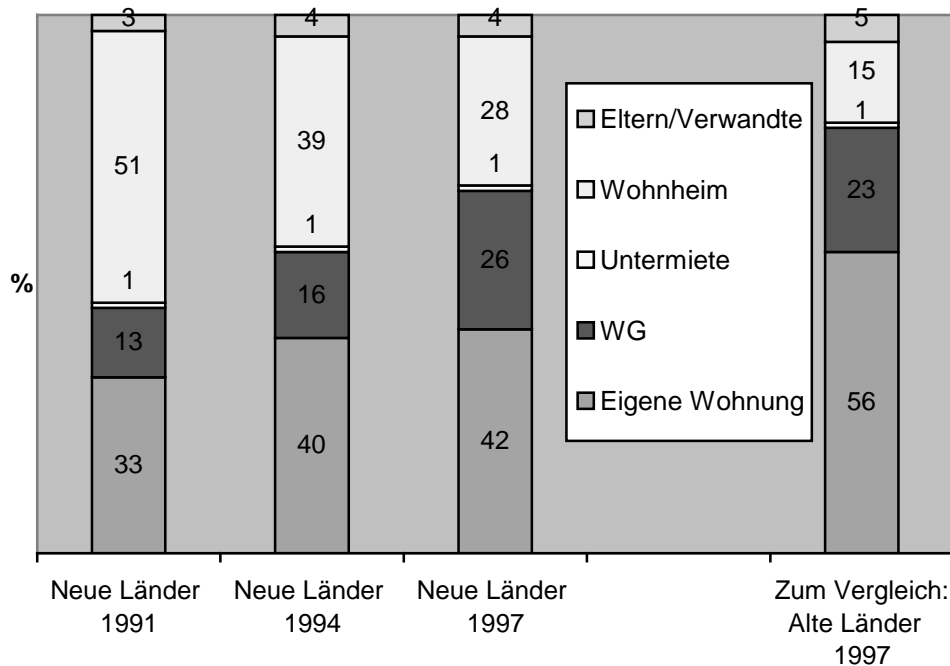
Ein noch deutlicherer Zusammenhang zeigt sich schließlich erwartungsgemäß zwischen der Wohnform und dem verfügbarem Einkommen der Studierenden: Nur 11% aus der niedrigsten Einkommensgruppe (bis 800 DM) können sich in den neuen Ländern allein eine eigene Wohnung leisten, aber 54% aus der höchsten Gruppe (über 1.300 DM). Dagegen wohnen auch hier wieder 41% aus der „ärmeren“ Gruppe im Wohnheim, aber nur 15% der wohlhabenderen Studierenden. Schließlich ist der Anteil der ElternwohnerInnen in der ersteren Gruppe mit 32% fast dreimal so hoch, wie in der letzteren (11%). Im Westen zeigt sich ein ähnlicher Zusammenhang, aber auf entsprechend anderem Niveau: Hier schwankt die Quote der ElternwohnerInnen zwischen 45% in der unteren Einkommensgruppe (hier bis 1.000 DM) und nur noch 12% in der höchsten (über 1.600 DM), eine eigene Wohnung besitzen 18% aus der untersten und 67% aus der einkommensstärksten Gruppe; im Wohnheim wohnen dort 18% der „armen“ und nur noch 5% der „reichen“ Studierenden. Hinsichtlich der WG-BewohnerInnen zeigt sich weder im Westen noch im Osten ein linearer Zusammenhang mit dem verfügbaren Einkommen; die niedrigsten WG-Anteile finden sich jeweils in der einkommensschwächsten und in der einkommensstärksten Gruppe.

Bei insgesamt doch noch deutlichen Unterschieden zwischen den alten und den neuen Ländern gilt also vor allem in den letzteren: Je jünger die Studierenden sind und je niedriger der soziale Status der Eltern, desto höher ist dort die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich im Wohnheim wiederfinden. Eine eigene Wohnung ist dort noch viel stärker als im Westen ein Privileg der älteren und sozial besser gestellten Studierenden.

⁷ In der HIS-Studie werden vier hierarchische soziale Herkunftsgruppen aus den Variablen „berufliche Stellung“ und „Bildungsherkunft“ der Eltern gebildet; vgl. dazu genauer: Schnitzer u. a. 1998: 684 ff

Eine deutliche Annäherungstendenz der ost- an die westdeutschen Studierenden zeigt sich auch hinsichtlich der Wohnwünsche (vgl. Abb. 2). Im Osten wie im Westen ist das Wohnen bei den Eltern offenbar nur eine Notlösung; die Zahl der Studierenden, die tatsächlich zu Hause wohnen, ist jeweils etwa viermal höher als die Zahl derjenigen, die sich dies auch wünschen. Die Häufigkeit des Wunsches nach einem Wohnheimplatz ist im Westen geringfügig höher, im Osten geringfügig niedriger als die Anzahl der jeweils tatsächlich vorhandenen Plätze, absolut allerdings im Osten noch knapp doppelt so hoch wie im Westen. Überraschen mag auf den ersten Blick, daß ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft in den neuen Ländern bereits etwas häufiger gewünscht wird, als in den alten. Wieweit das Bedürfnis nach gemeinschaftlichen Wohnformen hier eine Rolle spielt, kann auf der Grundlage dieser Zahlen natürlich nicht geklärt werden. Das Hauptargument für ein WG-Zimmer dürfte aber natürlich in den günstigeren Anteilsmieten eines WG-Zimmers im Vergleich zur kompletten eigenen Wohnung liegen. Diese wird dann auch im Osten mit 42% noch deutlich seltener als im Westen (56%) gewünscht, der Wunsch hat seit 1994 sogar kaum noch zugenommen.

Abb. 2: Wohnwünsche der Studierenden in den neuen Ländern 1991 - 1997



Die Ambivalenz der neuen Freiheit – Perspektiven der Betroffenen

Nun sollte man sich davor hüten, die augenscheinlichen Veränderungen bei den studentischen Wohnformen primär als Folge veränderter Bedürfnisse der Studierenden zu interpretieren. Gegen diese Lesart, faktische Verhaltensweisen aus Bedürfnissen abzuleiten, hatte bereits Nietzsche

konstatiert: „Das Bedürfnis gilt als die Ursache der Entstehung: in Wahrheit ist es oft nur die Wirkung des Entstandenen“. Vieles spricht dafür, daß es sich auch und gerade beim studentischen Wohnen so verhält. So lassen sich aus den einschneidenden, statistisch belegten Veränderungen bei den Wohnformen aus den nackten Zahlen noch keine Erkenntnisse über eventuelle Veränderungen in den Einstellungs- oder Verhaltensmustern der Betroffenen herausdestillieren. Denn wie wohl in kaum einem anderen Segment des marktwirtschaftlichen Güterverkehrs determiniert hier – schon aufgrund der eingeschränkten Marktmacht der Studierenden – das Angebot die Nachfrage.

Die mit oberflächlicher Evidenz sich aufdrängende Hypothese, in der weitgehenden Angleichung ostdeutscher an westdeutsche studentische Wohnverhältnisse finde eben jene Angleichung der ehemals kollektivistischen ostdeutschen Studierenden an die postmodern-hedonistischen Weststudent/innen ihren Ausdruck, dürfte jedenfalls zu kurz greifen. Will man die offenbar hochgradige Korrelation von Wohnwünschen und Wohnformen als Kausalverhältnis interpretieren, dann allenfalls im Sinne Nietzsches – mit den Wohnwünschen als abhängiger Variable. Denn Zweifellos sorgte die Angebotsseite, d.h. die drastische Reduzierung der Wohnheimplätze im Zuge der groß angelegten – und notwendigen – Sanierungsprogramme wie die zwischenzeitliche Entspannung auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt für diesen Rückgang der quantitativen Bedeutung des Wohnheims. Eine tatsächliche Annäherung der Lebensstile und Einstellungsmuster ostdeutscher an westdeutsche Studierende soll damit natürlich nicht geleugnet werden. Nur: bezüglich des Wohnens stellt sich eher die Frage: Inwiefern entsprechen die „objektiven“ Veränderungen beim studentischen Wohnen tatsächlich den subjektiven Bedürfnissen der Wohnenden?

Die bis hierher skizzierten Fragen waren unter anderem auch Gegenstand unserer qualitativ orientierten Untersuchung zum studentischen Wohnen in Sachsen Mitte der 90er Jahre, in der das Wohnen im Wohnheim im Mittelpunkt stand (vgl. Lenz/Wagner 1996). Wenngleich diese Untersuchung keine Längsschnittstudie darstellt, im strengen Sinne also keine Veränderungstendenzen aufzeigen kann, könnte ihre zeitliche Placierung gewissermaßen am Schnittpunkt zweier Kohorten zumindest ein paar erhellende Einblicke in die Dynamik des umfassenden Wandels zu dieser Zeit liefern. So stehen sich hier die weitgehend „DDR-sozialisierten“ Studierenden, die ihr Studium noch vor dem Knock-Out des sogenannten real existierenden Sozialismus begonnen haben, einerseits und diejenigen, die einen wesentlichen Teil ihrer Jugendphase bereits unter den Zeichen der neuen Zeit verlebt haben, andererseits gegenüber. Für eine Übertragbarkeit unserer auf Sachsen bezogenen Befunde auf die neuen Bundesländer insgesamt spricht einerseits die Tatsache, daß sich bezüglich der auf das Wohnen bezogenen Einschätzungen, Urteile und Bedürfnisse auf der Ebene der statistischen Daten, wie sie von den Sozialerhebungen geliefert werden, kaum signifikante Unterschiede zu den Werten für die neuen Länder insgesamt ergeben.⁸ Zum anderen sind sowohl das historische „Erbe“ des DDR-Systems als auch die grundlegenden Rahmenbedingungen bzw. Veränderungstendenzen hinsichtlich studentischen Wohnens – jenseits einiger regional bedingter Unterschiede etwa beim örtlichen Mietniveau oder beim Versorgungsgrad mit Wohnheimplätzen – über alle neuen Länder dieselben. Ein insofern identischer Erfahrungshintergrund kann also mit einiger Plausibilität unterstellt werden.

Im Folgenden können aus Platzgründen freilich nur schlaglichtartig einige zentrale Befunde in einer Art Panorama studentischen Wohnens nach der „Wende“ angerissen werden. Dabei

⁸ Dies kann im Detail den Häufigkeitstabellen von HIS zu den Sozialerhebungen entnommen werden, die ich im Rahmen der Sonderauswertungen für den Bereich Ostsachsen (Wagner 1996 und 1999) zur Verfügung hatte.

wird einer deskriptiven, durch exemplarische Beispiele angereicherten Darstellung der Vorzug vor einer allzu trockenen systematischen Analyse gegeben.

„Das Wohnheim ist warm, das Wasser kommt aus der Wand ...“ – Wahlmotive

Die untrennbare Verknüpfung studentischen Wohnens mit dem Wohnheim in der späten DDR galt wie gesagt insbesondere für den Studienbeginn. Bei den TeilnehmerInnen unserer Gruppendiskussionen, die ihr Studium noch zu DDR-Zeiten begonnen hatten, kommt dieser Automatismus ausnahmslos zum Ausdruck: *„Da lief das alles noch automatisch...“*, *„... das war 89, da hatte ich keine andere Alternative“*. Spuren eines gewissen Wahlaktes klingen allenfalls bei Studierenden an, die ganz gezielt versucht haben, den Studienbeginn als ersten Schritt der Ablösung vom Elternhaus zu nutzen und sich deshalb bemühten, trotz der Möglichkeit, in der Heimatstadt zu studieren, anderswo einen Studienplatz zu bekommen. Natürlich mündet dieser Wahlakt wiederum in einem Wohnheimplatz. Dazu exemplarisch eine Studentin mit Studienbeginn 1989: *„Ich wollte von zu Hause weg, wollte woanders studieren, ... und da war es ganz selbstverständlich, ... daß man da im Wohnheim eingetaktet wurde.“* Auch hier blieb eine eigene Wohnung weitgehend außerhalb des Vorstellbaren, wie es ein anderer Student auf den Punkt bringt: *„eine eigene Wohnung hier in (Stadtname) also hat sich kaum jemand, der nicht wirklich Beziehungen hatte oder ganz viel Geld oder so, also ein eigenes Zimmer hatte bei uns kaum jemand. Die haben alle im Internat⁹ angefangen, die ich so kenne“*.

Auffällig bei den Schilderungen des Wohnheimzugangs zu DDR-Zeiten ist die wiederholte Verwendung von Passiv-Konstruktionen. Ganz im Einklang mit der gängigen Charakterisierung des DDR-Systems als „sozialistischer Paternalismus“ oder „vormundschaftlicher Staat“ (Rolf Henrich) kommt auch bei den Studierenden eine solche Mentalität des passiven Versorgungsdenkens zum Ausdruck. Man wurde *„eingetaktet“*, hat sich *„verfrachten lassen“*, es *„lief (...) alles noch zentralgesteuert“*.

Diese Formulierungen machen überdeutlich, daß es sich beim Wohnheimzugang nicht um eine eigene Entscheidung gehandelt hat. Vielmehr war dieser Zugang Resultat einer Fremdsteuerung: Man wurde ins „Internat“ gesteckt. Andere haben entschieden, daß die Studierenden im Wohnheim zu wohnen haben. Auffallend häufig erklären die StudentInnen aber ungefragt und ausdrücklich, daß sie diese Unterbringung positiv empfunden haben: *„Mir hat es ziemlich gut gefallen“*; *„... ich (habe) es eigentlich nie bereut“*. Niemand gibt im Verlauf der Diskussionen ein Widerstreben, einen Vorbehalt gegen diese Unterbringung zu erkennen: Zwar war diese – von den Ortsansässigen abgesehen – ein Zwang, dem sich die Einzelnen nicht oder nur mit großem Aufwand und Schwierigkeiten hätten entziehen können. Aber obwohl dies durchaus als eine von außen auferlegte Fremdsteuerung wahrgenommen wurde, fand diese Form der Unterbringung ein hohes Maß an Akzeptanz. Gegen diese Unterbringung wurde nicht opponiert, da man mit ihr im Prinzip – trotz aller auch vorhandenen Klagen über die Zustände in den Wohnheimen (vgl. unten) – einverstanden war. In der DDR bestand ein hohes Maß an Kongruenz zwischen den systemgebundenen Wohnvorgaben und den individuellen Wohnpräferenzen.

⁹ Als Relikt aus DDR-Zeiten wurde das Studentenwohnheim vor allem von den älteren Studierenden meist als „Internat“ bezeichnet.

Nun könnte man zunächst vermuten, daß der Wegfall der systemgebundenen Vorgaben durch die Vereinigung die Studierenden beim Studienbeginn in die Lage bringt, eine Wahl zwischen alternativen Wohnformen zu treffen. Zu unserer Überraschung lassen sich in den Gruppendiskussionsprotokollen zumindest bis Mitte der 90er Jahre aber nur in Ausnahmefällen Spuren von Wahlakten feststellen. Auch für den größten Teil der DiskussionsteilnehmerInnen, die zum Zeitpunkt der Interviews in einer eigenen Wohnung leben, begann das Studium selbstverständlich im Wohnheim. In der großen Mehrzahl der Fälle kann von einem Alternativen abarbeitenden Entscheidungsprozeß bei der Gestaltung der eigenen Wohnform keine Rede sein. Die Selbstverständlichkeit, mit Studienbeginn ins Wohnheim zu ziehen, wirkte trotz der veränderten Rahmenbedingungen bis weit in die 90er Jahre hinein bei einer Mehrheit der Studierenden aus den neuen Ländern noch weitgehend ungebrochen fort.

Nun belegt der in der zweiten Hälfte der 90er Jahre weitergehende deutliche Rückgang, sowohl beim Versorgungsgrad mit Wohnheimplätzen, als auch beim subjektiv geäußerten Wunsch nach einem Wohnheimplatz, zwar ein langsames aber kontinuierliches Schwinden dieser geradezu automatischen Verknüpfung von Studienbeginn und Wohnheim. Es ist aber mit einiger Plausibilität davon auszugehen, daß für einen bedeutenden Teil der StudienanfängerInnen in den neuen Ländern das „Internat“ weiterhin die quasi natürliche Wohnform zumindest zum Studienbeginn darstellt, wenn auch die Überzeugung von dieser „Selbstverständlichkeit“ – wie oben erwähnt – in den sozial schwächeren Schichten notgedrungen weiter verbreitet sein wird. Jenseits des Wechselspiels von Angebot und Nachfrage taucht als eine nicht zu vernachlässigende Determinante für den Wohnheimeinzug in unseren Interviews aber auch die Überlieferung von Eltern, älteren Geschwistern oder Freunden und Bekannten auf, in denen die positiven Erfahrungen mit dieser Wohnform tradiert werden. Im kollektiven Gedächtnis vor allem der StudienanfängerInnen hat sich diese Verknüpfung also noch zu einem Gutteil erhalten.

Neben und hinter dieser hohen Selbstverständlichkeit, die das Wohnheim für viele nach wie vor besitzt, werden insgesamt vier Motivbündel sichtbar, die aus der Perspektive der Studierenden für das Wohnheim sprechen:

- Die geringeren Kosten: Ein Wohnheimplatz kostete 1997 in den neuen Ländern durchschnittlich 218 DM monatlich. Dies bedeutet zwar eine immense Steigerung gegenüber 1994 (148 DM), ist aber immer noch die mit Abstand preiswerteste Wohnform: Eine eigene Wohnung kostet durchschnittlich 482 DM, ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft immerhin noch 334 DM (Schnitzer 1998: 542).
- Das Wohnheim als bequeme Wohnform: Das Bequemlichkeitsmotiv bezieht sich sowohl auf den geringeren Aufwand bei der Wohnungssuche als auch auf die Annehmlichkeiten durch Versorgungsleistungen: „*Das Wohnheim ist warm, das Wasser kommt aus der Wand, man braucht sich um nichts kümmern im wesentlichen*“ ist ein Statement, das in verschiedenen Variationen immer wieder auftaucht.
- Das Wohnheim als erste Form der Unabhängigkeit von den Eltern, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer gewissen Bindung an das Elternhaus in Form einer dort weiterhin bestehenden Wohnmöglichkeit: Anders als mit einer eigenen Wohnung ist man als WohnheimwohnerIn doch „*noch nicht so weit weg.*“ Das Wohnheim-Wohnen entspricht in dieser Hinsicht einem graduellen Ablösungsprozeß, ohne die Zelte zu Hause ganz abzubrechen. Es ist

als eine Art „halber Auszug“ vom Elternhaus ein Paradebeispiel für diese graduelle Ablösung in der „Zwischenwelt“ des Studiums.

- Das Wohnheim als ein Markt zahlreicher Kontakte: Dieses Kontaktmotiv ist von allen vier Motiven mit Abstand das am häufigsten wiederkehrende. Überhaupt hat es den Anschein, daß die Anziehungskraft von Wohnheimen ganz wesentlich mit den zahlreichen Kontaktmöglichkeiten zu tun hat, die sich in dieser Wohnform den Bewohner/innen nahezu aufdrängen.

Zwischen Kakerlaken und „unnötigem“ Luxus – Die verzögerte Ankunft in der Überflußgesellschaft

Die erste Erfahrung der neu ankommenden WohnheimbewohnerInnen ist die Konfrontation mit der Raumqualität. Eine Begegnung der nicht ganz ungewöhnlichen Art, ja gewissermaßen eine Grunderfahrung im studentischen Alltag der späten DDR und der frühen 90er Jahre, die sich wie ein roter Faden durch unsere Interviews zieht, kommt in der folgenden plastischen Schilderung einer westdeutschen Studentin, die in ein ostdeutsches Wohnheim gezogen ist, in geradezu idealtypischer Reinform zum Ausdruck:

"Aber ich muß ehrlich sagen, ich bin da, als ich den ersten Schritt in mein Zimmer gemacht habe, rückwärts wieder raus. Ich war so geschockt ... und habe erst mal gestanden und geguckt und wußte nicht, wo ich anfangen soll. Es war so dreckig, daß ich fast den ganzen Tag geputzt habe. Ich habe da, ich weiß nicht wieviel Eimer schwarzes Wasser rausgetragen. Es hat gemieft, also, das ist noch ganz dezent ausgedrückt, um nicht zu sagen, gestunken wie die Pest. Die Möbel waren in einem furchtbaren Zustand, furchtbar, so einfach so verbraucht, da war auch so richtig so Dreck in den Ritzen. Also, ja, dann kamen mir so nette kleine Viecher entgegen im Flur, die sich Kakerlaken nennen, und um dem ganzen noch ein I-Tüpfelchen draufzugeben, in der Dusche befand sich eine Ratte in der Kanalisation ...Ich habe auch die ersten drei Monate nicht im Wohnheim geduscht, bin dann regelmäßig entweder zu einer Freundin gegangen oder in die Schwimmhalle, weil, es war anders nicht lösbar..."

Aber keineswegs nur westdeutsche Studierende reagierten geschockt über die Unhaltbarkeit der räumlichen Zustände herrschte absolute Einigkeit, und nicht nur die desolaten hygienischen Verhältnisse, die schon durch die Überbeanspruchung der Räume unvermeidbar waren, werden eindrücklich geschildert, wie in folgendem Dialog:

„A: Daß wir für 25 Mann bloß vier Herdplatten haben. Wenn eine kaum geht, also kann man so gut wie vergessen. Und auch die Kühlschränke. Also drei Kühlschränke für 25 Mann. B: Zwei Duschen für 80 Leute sind schlimmer.“

Mittlerweile sind die meisten Wohnheime – zumindest die schlimmsten Fälle – mehr oder weniger gründlich saniert und die geschilderten Zustände allenfalls noch in der Erinnerung einiger älterer Semester präsent. Und diejenigen, die die alten Verhältnisse noch am eigenen Leib verspüren konnten, erleben die Veränderungen im Zuge der Sanierung als tiefgreifenden Einschnitt. So bringt eine Studentin, die gerade in ein saniertes Wohnheim gezogen ist, zum Ausdruck, wie sehr die Vorstellung vom Wohnheim mit einem gewissen Schmuddelimage verbunden gewesen sein muß:

„... es ist ein Unterschied wie, ja wie Himmel und Erde, also ein wahnsinniger Unterschied einfach. Es ist alles total sauber und, und man kommt ins Wohnheim rein und und denkt, also, ich bin in einem normalen Haus, nicht im Wohnheim eben“.

Aber genau an diesem Punkt, der Frage nämlich, was einer studentischen Unterkunft angemessen sei und was verzichtbar, prallen zwei Auffassungen aufeinander: Ein nicht kleiner Teil der Studie-

renden vertritt eine minimalistische Position, wünscht sich vor allem preiswerten Wohnraum und lehnt manches als „überflüssigen Luxus“ ab, was für andere eine Selbstverständlichkeit darstellt:

"Aber es wird wirklich alles, egal was es ist, weggeworfen und dann kommt unnötiger Luxus rein. 'n Freund von mir, der in der (Bez. eines Wohnheims) wohnt, der hat 'n Telefonanschluß, der hat 'n Fernsehanschluß mit Kabel. Das ist doch Schwachsinn. Dann andere, die 'ne Dusche oder so Sachen drin haben. Das ist doch Blödsinn. Ich such' doch, als Student brauch' ich doch als erstes mal preisgünstigen Wohnraum."

Obwohl sich natürlich auch zahlreiche WohnheimbewohnerInnen – vor allem die jüngeren unter ihnen – vehement für solchen „Luxus“ wie ein Telefon aussprechen, findet sich noch recht häufig – und besonders bei den älteren BewohnerInnen – eine recht bescheidene Anspruchshaltung. Dies bezieht sich nicht nur auf die Ausstattung der Wohnumgebung, sondern auch auf das Belegungsprinzip mit Einzel-, Zwei- oder Mehrbettzimmern. Während fast alle in Wohnungen oder WG's wohnenden StudentInnen ganz bewußt die „Zumutungen“ des kollektiven Wohnens im Wohnheim als Grund für ihre Entscheidung gegen das „Internat“ anführen, besteht eine starke Fraktion der Verfechter des Wohnheimwohnens auf einer Verpflichtung zu studentischer Solidarität und ist bereit, dafür Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Geradezu als eine Art programmatischer Grundsatzerklärung für letztere Haltung, die noch sehr weit von dem häufig unterstellten Hedonismus der gegenwärtigen Studierendengeneration entfernt ist, kann man das nachfolgende wortreiche Plädoyer eines Wohnheimbewohners ansehen:

"Man sollte den Leuten begrifflich machen, die hier studieren, daß man auch ein bißchen Solidarität gegenüber den anderen Studenten zeigen sollte, in dem Sinne, daß man mal sagt: na gut, da tu ich mich halt mal mit einer Dreimannbude begnügen oder Zweimannbude, anstatt jetzt hier auf irgend so ein Einzelzimmer zu ziehen. Das ist zwar alles schön und gut, auch ein Einzelzimmer hat wirklich Vorteile, besonders, wenn man allein sein will oder so. Aber es gibt eben auch andere, die dann vielleicht nicht studieren können in der Stadt. Vielleicht sollte man den Studenten auch gar nicht unbedingt soviel Superfreiräume einräumen, sage ich mal in dem Sinne: entscheidet alles selber, sondern ruhig auch mal sagen, wir bieten euch ein Wohnheim, ein Bett unter annehmbaren Bedingungen, daß heißt wahrscheinlich für zwei Mann für diese Zimmergröße, nicht drei, und zu einem annehmbaren Preis ... Und ich glaube, das fördert den Zusammenhalt viel mehr, als wenn ich jetzt - und ich sage mal dieses ganze Geschwafel von eben freier Entscheidung und so ist gut bis zu einem gewissen Punkt, aber man muß auch mal fragen, ab wo es sachdienlich überhaupt noch nützlich ist. So viele Einzelbedürfnisse und Individualisten noch zu befriedigen, daß das dann vielleicht auf die Kosten der Gemeinschaft geht eben, daß jetzt eben 80% auf den Gedanken kommen, na ja, jetzt wo es Einzelzimmer gibt, da nehme ich mir halt ein Einzelzimmer und der Rest muß dann eben in die Röhre gucken, die wären vielleicht gerne auf einem Zweimannzimmer, weil sie überhaupt erst mal die Möglichkeit hätten, dann ein Zimmer zu bekommen."

Inzwischen dürften solch radikale Positionen kaum noch aufzufinden sein, auch in unseren Diskussionsrunden ist die Kompromißbereitschaft bei der Mehrheit schon deutlich eingeschränkter:

"Ich war da eben mit 'ner Frau zusammen, die also völlig andre Dinge gemacht hatte als ich. Ja? Wir sind uns da ziemlich auf die Nerven gegangen. Schon alleine, was für Musikrichtungen. Das sind ja wirklich, sind ja wirklich so kleine, banale Dinge manchmal. Nicht? Oder was sie sich dann nur für Bilder an die Wände macht. Und, und, und, also. Sie war immer total gegenläufig zu dem, was ich machen wollte..."

„Da geht es nicht an, das eine Wand nur weiß ist ...“ – Ästhetik und Individualität im Wohnbereich

Diese beiden gegensätzlichen Orientierungen können auch noch aus einer anderen Perspektive identifiziert werden. Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung äußert sich bezüglich des Wohnens auch in dem Bestreben, seiner Individualität durch eine ästhetische Gestaltung des Wohnumfeldes Ausdruck zu verleihen. Während für die einen dieses „Bedürfnis nach Schönheit beim Wohnen“ (Flade 1987: 60) einen hohen Stellenwert besitzt, treffen wir gerade im Wohnheim auch auf eine instrumentelle Orientierung, nach der die Wohnung lediglich als „austauschbare Servicestation und als Schlafstelle, als Basislager für Kleider und Freizeitgerät“ (Häußermann/Siebel 1996: 14) zu dienen hat.

Nun war letzteres angesichts der studentischen Wohnraumsituation in der späten DDR eine zwangsläufige Konsequenz. Vor dem Hintergrund überbelegter Wohnkasernen in einem teilweise äußerst maroden Zustand wäre der Versuch, Individualität durch Ästhetik im Wohnbereich auszudrücken, hoffnungslos zum Scheitern verurteilt gewesen. Unterstellt man die Existenz eines solchen Bedürfnisses, das im Sinne der einleitenden Differenzierung zwar nur ein „sekundäres“ im Sinne der „wants“, deshalb aber nicht minder grundlegend für den Ausdruck von Individualität sein kann, dann müssen WohnheimbewohnerInnen im besonderen Maße die Fähigkeit entwickeln, dieses zu substituieren, d.h. Ausweichstrategien bezüglich der Bedürfnisbefriedigung zu entwickeln. Diese erhöhte „Umweltelastizität“, die mit einer erhöhten Frustrationstoleranz einhergeht, stellt nach Berner/Rentzsch (1987: 31) eine grundlegende und notwendige Fähigkeit Studierender dar, um sich mit den Zwängen einer materiell prekären Lebenslage zu arrangieren.

Bei den Studierenden Ostdeutschlands am Ende der 80er und in den frühen 90er Jahren muß diese Fähigkeit – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der obigen plastischen Schilderung des Zustandes vieler Wohnheime – besonders ausgeprägt gewesen sein. Bei einigen älteren Studierenden unseres Samples finden sich auch deutliche Spuren einer solchen rein instrumentellen Wohnorientierung, in der aus der Not zwar keine Tugend, aber doch ein Prinzip gemacht wird. Ein Beispiel:

„Ich meine, ich will zwar auch, daß ich mich hier wohlfühle, aber mir würde zum Beispiel nicht einfallen, auf meine Kosten das Bad zu fliesen oder so. Oder zum Beispiel Auslegware reinzulegen, weil ich sag´ mir dann auch: 'Warum soll ich für meine Partnerin hier Auslegware reinlegen?' Sie hat eh´ andere Prioritäten, und sie sieht das eh´ anders mit dem Saubermachen. Warum soll ich´s machen? ... Und mir macht das dann auch nichts aus, wenn hier nicht alles stimmt jetzt, daß ich sage: 'Na ja, hier kann man, hier fühlt man sich ja wirklich toll zu Hause.' Sondern ich nehme dann hier eben auch so was in Kauf, daß ich eben sage: 'Na, heute ist es mal wieder hier, da fliegen die Fusseln und so.' Na ja, da fliegen sie halt.“

In solcher Eindeutigkeit wird diese Einstellung allerdings meist nur von Studierenden vertreten, die außerhalb des Wohnheims noch über eine weitere Wohnmöglichkeit verfügen. Die Gegenposition, die in den Gesprächen mit dem Wunsch formuliert wird, „eigene Individualität reinzubringen“ oder „den persönlichen Stil auszudrücken“, wird deutlich häufiger vertreten und stellt bei denjenigen Studierenden, die in einer eigenen Wohnung (oder WG) wohnen, ein weiteres entscheidendes Motiv für eine solche selbstbestimmte Wohnform dar. Aber gerade bei den WohnheimbewohnerInnen nimmt dieses Thema in den Diskussionen einen großen Raum ein. Die Lebensphase Studium als eine Zeit der Persönlichkeitsfindung und des dafür notwendigen Ausprobierens ist eigentlich prädestiniert dafür, auch und gerade mit der – meist erstmaligen – Ausgestal-

tung der eigenen Wohnung außerhalb des Elternhauses zu experimentieren und so vielleicht zur eigenen Individualität zu finden, wie es der Maler Hundertwasser gefordert hat:

„Ein Mann in einem Mietshaus muß die Möglichkeit haben, sich aus seinem Fenster zu beugen und – soweit die Hände reichen – das Mauerwerk abzukratzen. Und es muß ihm gestattet sein, mit einem langen Pinsel – soweit er reichen kann – alles rosa zu bemalen, so daß man von weitem von der Straße sehen kann: dort wohnt ein Mensch, der sich von seinem Nachbarn unterscheidet...“ (zit. n. Flade 1987: 33).

Dieses Bedürfnis, sich zu unterscheiden taucht gerade auch bei den Wohnheimbewohnern immer wieder auf; so wünscht sich eine Studentin, „... daß nicht alles vorgegeben ist, daß die Möbel eben nicht in jedem Zimmer gleich aussehen. Bevor man eben nicht seine persönlichen Sachen dort hineingestellt hat, ist wenig individuelles da“. Ein anderer Student versucht dieses Bedürfnis grundsätzlicher zu erklären:

„Da leb´ ich ja. Hier halt´ ich mich auf den ganzen Tag, bis ich also auch, bis ich eben mich wohlfühle. Und da kann ich nicht sagen: 'Dieses Wohnheim ist ´ne Durchgangszeit oder bloß ´n Durchlauferhitzer, bis ich mein Diplom hab´. Und da kann ´s jetzt aussehen wie Sau.' Bloß ich will da auch sozusagen mich wohlfühlen können. Das ist natürlich da ´n bißchen schwer. Wenn man nun so derartig unterschiedliche Prioritäten hat. Der eine sagt eben nur, was weiß ich? 'Ich bin hier bloß für drei Jahre. Da mach´ ich nix.' Da kann ich ja immer sagen: 'Ich bin bloß für siebzig Jahre auf der Welt. Da mach´ ich halt nix.'“

Und ein Kommilitone ergänzt:

„Die eigenen vier Wände, die ich gemietet habe, wo ich länger drin wohnen werde, die gestaltet man sich ganz individuell nach eigenen Gesichtspunkten, nach Wohlbefinden. Da geht es nicht an, daß eine Wand nur weiß ist.“

Doch gerade hier waren die Möglichkeiten – je weniger Zeit seit dem Ende der DDR vergangen war, desto stärker – äußerst eingeschränkt. Zu den Beschränkungen der materiellen Lage kommen hier offenbar eine Reihe von Restriktionen der Wohnheimbetreiber, die nicht nur aus der Sicht der Studierenden nicht nachvollziehbar sind und wohl einer Art post-realsozialistischen Regulierungs- und Disziplinierungswut entspringen:

„Man hat uns auch verboten, irgendwelche Möbel oder anderweitig Sachen mitzunehmen“. „Bei uns hängen immer die Zettel. 'Das und das muß raus.' Und so. und 'Das wurde gesehen und gefunden'. Und grade in so ´nem Haus, das ja nun wirklich bald gemacht wird, da so kleinlich zu sein. Das ist, grundsätzlich ist das schon peinlich!“

Um so erstaunlicher ist es, mit welcher „Umweltelastizität“ unsere Gesprächspartner aus den Wohnheimen diesen Zwängen zu begegnen versuchen. Das Bedürfnis nach Individualität wird mit äußerst bescheidenen Wünschen und Mitteln befriedigt, viele Studierende geben sich schon mit einer Art ästhetisch-individueller Grundversorgung zufrieden – die aber zumindest das Verrücken der Möbel erfordert. Jedenfalls ist auch hier – zumindest zum Zeitpunkt unserer Untersuchung – noch kaum etwas von konsumgesellschaftlichem Anspruchsdenken zu spüren:

„Und ob ich nun mit einem Regal zufrieden bin oder aus Kisten leben möchte, die nett übereinandergestellt auch durchaus effektiv sein können, auch ein angenehmes Wohnen bieten, so daß z.B. auch das Leben paarweise ordentlich möglich ist“

„Wir haben vielleicht aus wenigen Mitteln noch was gemacht. Daß man halbwegs ordentlich drin wohnen kann. Wir haben erst mal alles umgeräumt von diesem Einheits-Wohnheimzimmer weg und eben versucht, mit den vorhandenen Mitteln Regale und, was weiß ich, Schränke, die so anzuordnen, daß man sich einigermaßen wohlfühlen kann. Ein Doppelstockbett raus. Nur noch zwei normale Betten drin stehen, daß man bissel mehr Platz kriegt und die Schreibtische so angeordnet, daß sie nicht unbedingt den anderen stören, wenn er vielleicht schlafen will. Aber ansonsten? Ich bin der Meinung, wenn ´s ei-

nigermäßen sauber ist, dann muß nicht einer unbedingt ´n Riesenaufwand betreiben, um sich hier wohl zu fühlen“

Manche Bedürfnisse wären dabei wirklich mit den simpelsten Mitteln zu befriedigen gewesen:

„Als Ausblick wär´s eben schön auch, wenn man noch ´n Sessel oder je nachdem - also, das ist nicht unbedingt mein Wunsch, ´n Sessel zu haben, aber vielleicht noch irgend ´n anderes Möbelstück oder ´n anderen Gegenstand. Wenn man den noch mit in das Zimmer kriegen würde, das wär´ schon ganz angenehm.“

„Das ist eigentlich ein lustiges Leben, und Langeweile kennen wir nicht“ – Studentisches Wohnen und Gemeinschaft

Was hier beinahe klingt wie der Refrain eines etwas antiquierten Liedguts über das lustige Studentenleben verweist auf einen zentralen Aspekt studentischen Wohnens, der hier abschließend thematisiert werden soll. Die wohl meistzitierte Klage ehemaliger DDR-Bürger überhaupt über die Veränderungen nach der sog. „Wende“ bezieht sich auf den Verlust an „Gemeinschaft“, an „Zusammenhalt“, an „sozialer Wärme“ oder wie immer die entsprechenden Metaphern lauten. Es sei hier zunächst dahingestellt, inwieweit diese Gemeinschaftsorientierung tatsächlich als Eigenwert – im Sinne von Max Webers wertrationalem Handeln etwa – aufzufassen ist oder sich als rein instrumentelles, strategisches Handeln zur Bewältigung der Zwänge des alltäglich empfundenen Mangels dechiffrieren läßt. Jedenfalls dürften die kollektivistischen Forderungen der Staatsführung hier auf eine positive Resonanz bei der Mehrheit der Bevölkerung gestoßen sein wie in kaum einem anderen Bereich, wenngleich bei letzterer jeglicher ideologischer Fundierung entkleidet.

Das studentische Wohnheim à la DDR bietet hierfür ein exemplarisches Beispiel. Gemeinsames Wohnen auf engstem Raum verweist sozusagen mit Brachialgewalt auf den kollektiven Charakter menschlicher Existenz, ob man dies will oder nicht. Und genau hier kommt ein Spannungsverhältnis zwischen zwei grundlegenden, aber gegenläufigen Bedürfnissen ins Spiel, dem im gemeinsamen Wohnen eine zentrale Bedeutung zukommt (vgl. Flade 1987: 18ff; Häußermann/Siebel 1996: 15ff). Dies sind zum einen die Bedürfnisse nach Kontakt oder Kommunikation, nach Austausch mit anderen. Diese Bedürfnisse beziehen sich also auf die „gesellige“ Seite menschlicher Existenz und schließen auch Selbstdarstellung oder Statusdemonstration mit ein. Sie sind insoweit „außenorientiert“.

Dem stehen auf der anderen Seite „innenorientierte“ Bedürfnisse gegenüber, die auf die Funktion der Wohnung als Ort des Rückzugs abheben: Neben dem Bedürfnis nach Schutz bzw. Sicherheit, was nicht nur Schutz vor Gefahren für Leib und Leben, sondern auch Schutz vor „fremden Blicken“ im Sinne der Wahrung einer Intimsphäre bzw. der Ermöglichung von Privatheit bedeuten kann, wird vor allem ein Bedürfnis nach Vertrautheit oder Kontinuität angenommen. „Sozialpsychologisch ist die Wohnung der Ort der Privatheit und Intimität“ (Häußermann/Siebel 1996: 15), dort finden Aktivitäten statt, die mit Scham- und Peinlichkeitsempfinden verknüpft sind. Dabei kann Privatheit mit „Kontrolle über physischen Raum innerhalb der Wohnung“ definiert werden (Flade 1987: 26).

Diese „Polarität“ (Häußermann/Siebel) bzw. „Dialektik“ (Flade) von „Privatheit und Öffentlichkeit“ ist nun beim kollektiven Wohnen in Zwei- oder Mehrbettzimmern besonders prekär. Und

dies war, wie oben gezeigt, bis weit in die 90er Jahre hinein noch eine – zumindest zeitweilige – Grunderfahrung für die Mehrheit der ostdeutschen Studierenden.

„Am Anfang wär's 'ne Katastrophe gewesen, 'ne eigene Wohnung“ – Vorteile gemeinsamen Wohnens

Wenn wir zunächst das Wohnheim insgesamt – unabhängig von der Belegungsdichte – betrachten, dann ist – wie bereits bei den Wahlmotiven dargestellt – das Kontaktbedürfnis das mit Abstand am häufigsten thematisierte. Fast unisono werden die Vorzüge des gemeinschaftlichen Wohnens immer wieder hervorgehoben:

„Vor allem ist man nie allein. Man hat immer irgendwelche Mitbewohner, also, es ist eigentlich immer was los, und es kommt keine Langeweile auf. Und wenn mal was ist, die Leute wohnen gleich nebenan und man kennt eben so viele. Und ich könnte mir vorstellen, daß, wenn man mal eine Wohnung hat und alleine hat, dann ist man bestimmt viel öfters alleine und auf sich gestellt, und das ist eigentlich ein lustiges Leben, und Langeweile kennen wir eigentlich nicht.“

Gerade am Anfang des Studiums ermöglicht es das Wohnheim, schnell Anschluß zu finden, "Leute" kennenzulernen. Unter diesem Aspekt betrachtet, bewertet eine Studentin das Wohnheim als eine "absolute Notwendigkeit", solange man am Studienort noch nicht "Fuß gefaßt hat":

"Im Anfang würd ich's (d.h. das Wohnheim, d.V.) nicht missen wollen. Jetzt wär's für mich kein Problem mehr, echt, in 'ne Wohnung mit drei, vier Mann zu ziehen oder so und da so 'ne WG aufzumachen. Aber so am Anfang wär's 'ne Katastrophe gewesen, 'ne eigne Wohnung und sich gleich so einzumieten. Nee, das hätt' ich nicht gut gefunden."

Die Gelegenheit, Kontakte im Wohnheim zu knüpfen, zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß es einfach ist und keinen oder nur geringen Aufwand erfordert. Man muß sich nicht verausgaben, überhaupt Möglichkeiten der Kontaktabahnung zu eröffnen. Man muß ein Treffen nicht organisieren. Die Kontakte ergeben sich quasi automatisch, da die räumliche Nähe wiederkehrende Begegnungen gar nicht vermeiden läßt. Die wechselseitige Kontaktoffenheit wird maßgeblich dadurch gefördert, daß sich hier Personen in einer ähnlichen Lebenssituation begegnen. Dabei ist nicht das Faktum des Studiums ausschlaggebend, wenngleich diese Gemeinsamkeit eine reichhaltige, nahezu unerschöpfliche Quelle für Gesprächsstoff bietet. Wichtiger vielmehr ist, daß in diesem räumlich begrenzten Setting Personen aufeinandertreffen, die für eine gewisse Zeitdauer aus ihren gewohnten, gewachsenen Sozialbeziehungen herausgerissen werden. Das Wohnheim bietet in dieser Lebenssituation eine Art Ersatz für den Verlust der dauerhaften Einbindung in vertraute Beziehungsgefüge. Das Gemeinschaftsleben im Wohnheim wird zu einem Auffangbecken für diesen Wegfall.

Zu vermuten ist, daß von ostdeutschen Jugendlichen – wie in zahlreichen Jugendstudien herausgestellt wurde (vgl. Lenz 1995) – aufgrund einer stark ausgeprägten Familiengebundenheit dieser Verlust gravierender erlebt wird, als von westdeutschen Studienanfänger/innen und daraus auch eine große Sehnsucht nach Einbindung in eine neue Gemeinschaft resultiert. In einigen Fällen wird dies auch unmittelbar expliziert, in dem das Wohnheim als eine Art Familie, als Familienersatz thematisiert wird. Selbst mehrere Studierende, die wegen der Nachteile des Wohnheimwohnens (vgl. weiter unten) aus diesem ausgezogen sind, betonen auch in der Retrospektive noch – oder wieder? – dessen Vorteile. Ein Beispiel:

„So war das auch, als ich vor ´nem Jahr runtergezogen bin. Ich weiß nicht, du hast dich zwar noch zu den, zu den Seminaren gesehen, und so ... und irgendwie hast du doch den Kontakt verloren, irgendwie. Dann hast du mal später erfahren, ach, da war eine Fete“.

Insgesamt kristallisieren sich drei positive Aspekte des Eingebundenseins in diese Gemeinschaft heraus, die wiederholt betont werden: Neben der allgemeinen Chance, das „Alleinsein“ in der Freizeit zu vermeiden („Wenn dir mal irgendwie die Decke auf den Kopf fällt, gehst mal zum Nachbarn, trinkst ´ne Tasse Tee oder ißt Abendbrot des öfteren, ja, oder aber unterhältst dich halt mal nur“) ist dies zum einen die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von praktischen Hilfen im Alltag. Dabei geht es um die vielen Kleinigkeiten, die den Alltag in der ungewohnten Umgebung erträglicher und angenehmer machen, wie der folgende Ausschnitt demonstriert:

„B: So Kleinigkeiten, grade. Das ist unheimlich gut, wenn du dann die Leute kennst, und dann mit denen da irgendwie, also wenn du dich da ´n bißchen austauschen kannst. Und der eine hat das, der andere hat das und so. Hab´ ich schon oft gebraucht.

A: Das find ich eben auch sehr, sehr gut an ´nem Internat so. Weil, das Budget ist nun mal das Limit, der limitierte Faktor beim Studenten. Nicht? Und wenn da doch einige zusammen sind. Das ist nun doch meistens so, da hat jeder mal was anderes. Und da kann man sich auch ausgucken oder absprechen. Ja, der eine leiht mal da zum Beispiel ein Buch aus der Bücherei aus. So was. Da braucht ja dann auch nicht jeder, nicht?´

B: Und auch Kleinigkeiten, die du vielleicht ein einziges Mal brauchst alle halben Jahre ...

C: oder ´n Toaster in der Küche oder so, nicht? Den man mitbenutzen kann oder, oder der eine hat ´n Schrubber, der andere ´n Besen. Und man muß halt nicht alles doppelt haben...“

Drittens erleichtert die Verfügbarkeit besagter Kontakte die Bewältigung des Studiums insgesamt:

„Wenn ich mal ein Problem habe, kann ich mich immer an meine Mitbewohner wenden. Man hat einen Haufen Leute, die man kennt. Ich finde das eben positiv, daß man jemanden hat, wenn man ein Problem hat, auf den man sich dann verlassen kann. Wenn ich mit meinem Studium ein Problem habe, meine Eltern können mir da nicht helfen.“

Allerdings ist diese schnelle Mobilisierbarkeit von Hilfen im Studium an die Voraussetzung gebunden, daß die Wohnheimbewohner/innen aus demselben Studienfach kommen. In diesem Zusammenhang wird nicht von allen, dennoch aber von einer deutlichen Mehrheit bedauert, daß die zu DDR-Zeiten übliche Belegung nach Fächer(gruppe)n weggefallen ist. Dieses Bedauern wird nicht nur von den älteren "Semestern" artikuliert, die diese Regelung noch selbst erfahren haben, sondern auch von jüngeren Studierenden vorgebracht, die diesen Belegungsmodus nur aus der "Überlieferung" kennen können.

Interessanterweise wird nicht nur der studienbezogene Vorteil, sich bei Studierenden des gleichen Faches Hilfe holen zu können, als Argument für eine Belegung nach Studienfächern vorgebracht. Es wird zudem betont, daß Studierende einer Studienrichtung auch besser zueinander passen. Man geht davon aus – eine Annahme, die sich durchaus auf Erfahrung gründen kann –, daß man es aufgrund der fachlichen Gemeinsamkeit mit Leuten zu tun hat, die ähnlich denken oder ähnliche Lebensorientierungen aufweisen, wie man selbst.¹⁰ Als noch entscheidender wird herausgestellt, daß bei einer Belegung nach Studienfächern beim alltäglichen Ablauf im Wohnheim die geringsten Reibungsverluste und die meisten Gemeinsamkeiten beim Vollzug des Alltagslebens entstehen: Man hat einen gleichen Tagesablauf, vergleichbare Probleme, zur selben Zeit Prüfungen usw. Potentielle Störfaktoren wie unterschiedliche Lern- oder Ruhezeiten können somit ausgeräumt werden. Schließlich wird ganz generell davon ausgegangen, daß der Zusammenhalt als

¹⁰ Daß mit einem Studienfach vielfach ein bestimmter Habitus verknüpft ist, zeigt z.B. Friebertshäuser (1992)

Gruppe oder überhaupt erst eine Identifikation als Gruppe dann viel besser möglich sei, wenn man dasselbe Fach studiert.

Und gerade die Aufgabe dieses Belegungsprinzips ist es, die für viele Studierende dem Wohnheim einen Teil seiner Attraktivität nimmt. Dies gilt sowohl bezüglich der besagten Hilfe bei der Bewältigung des Studiums wie auch für die Anbahnung von Kontakten generell, wie eine Psychologie-Studentin ausführt, die ihre fehlenden Kontakte darauf zurückführt, daß in ihrem Wohnheim nur Studierende der Mathematik wohnen:

"Ich muß sagen also, mit den Leuten im Wohnheim habe ich kaum Kontakt, sind wahrscheinlich auch die Interessen viel anders oder so ... Liegt vielleicht auch da dran, daß hier nun Mathestudenten um mich rum wohnen, da sind die Interessen sowieso ein bißchen anders ... ich weiß wirklich nur den Namen, und daß sie sehr oft Fernsehen gucken. Aber mehr kann ich wirklich kaum drüber sagen."

„Zu dritt, dann geht das schon gegen den Baum“ – Die Grenzen der Gemeinschaftlichkeit

Die Möglichkeit des Rückzugs, ein Raum für Privatheit und Intimität ist natürlich in Zimmern, die von mehreren Personen bewohnt werden, verwehrt. Wie gezeigt, war dies aber 1997 für knapp die Hälfte der WohnheimbewohnerInnen noch der Fall, 1994 sogar noch für etwa drei Viertel, 1991 noch für knapp 90% (Schnitzer u.a. 1998: 538; 1991: 373). Eigentlich steht zu erwarten, daß WohnheimbewohnerInnen zwar die geschilderten Vorteile des Wohnheims schätzen, aber diese Wohnform allenfalls im Einzelzimmer, das allein diese Privatheit ermöglicht, realisieren wollen, wie dies in den alten Ländern seit jeher der Fall ist. Diese Einstellung findet sich auch in unseren Gruppendiskussionen:

„Gut, zuerst als ich hergekommen bin, hab ich gesagt: ... 'Bloß nicht ins Doppelzimmer oder mit niemand zusammen!' ... So gut willst du die Leute dann doch nicht kennenlernen, daß sie nebenan im Bett schlafen.“

Nur: Der Student mit dieser entschiedenen Haltung kommt nicht aus den neuen Bundesländern, sondern bei ihm es handelt sich um einen Westdeutschen, der zum Studieren in den Osten gekommen ist. Zwar gibt es unter seinen ostdeutschen Kommilitonen und Kommilitoninnen durchaus welche, die von vornherein ein Einzelzimmer anstreben, aber diese entschiedene Voreinstellung (*"Bloß nicht ins Doppelzimmer!"*) konnten wir bei ihnen noch Mitte der 90er Jahre nicht finden. Daß man zu zweit oder gar zu mehreren auf einem Zimmer wohnt, hatte für sie den Charakter einer erwartbaren Gegebenheit, der man nicht ausweichen kann, die man für eine gewisse Zeit in Kauf nimmt und die von manchen auch durchaus aktiv angestrebt wird:

„Und ich habe dann insgesamt so ´n gutes Semester lang alleine gewohnt und fand das eigentlich zunächst recht negativ, weil, ich hatte mich darauf eingestellt: Ich ziehe sicherlich mit jemand zusammen. Also, zuerst mal war ich froh, daß ich überhaupt in ein Doppelzimmer gekommen bin ... Und dann war aber gar niemand da. Und ich hatte mich eigentlich darauf eingestellt, daß jemand dagewesen wäre und deshalb bin ich unter anderem ins Wohnheim gezogen, wollte eigentlich, die Situation nutzen, um erst mal erste Kontakte zu knüpfen und, die Stadt ´n bißchen kennenzulernen, daß man allgemein erst - mal Leute kennenlernt“

Daß dieser explizite Wunsch nach gemeinsam bewohnten Zimmern zum Ende der 90er Jahre auch in den neuen Ländern kaum noch anzutreffen ist – nur noch 2% aller Studierenden sprechen sich laut 15. Sozialerhebung für ein Zweibettzimmer im Wohnheim aus (Wagner 1999: 97) – zeigt

einmal mehr, wie sehr sich Bedürfnisse den Gegebenheiten anpassen. Aber es gibt – und gab bereits zum Zeitpunkt unserer Untersuchung – eine Obergrenze. Der bzw. die Dritte wird als eine kritische Grenze aufgefaßt. Dies stimmt mit frühen Erkenntnissen der Mikrosoziologie überein (vgl. Simmel 1983). Durch den Übergang von Zweien zu Dreien findet in einer sozialen Einheit eine nachhaltige Veränderung statt, was einige Autoren veranlaßt, eine Gruppe erst ab drei Mitgliedern beginnen zu lassen. Erst zu dritt gibt es die Sozialfigur des *tertius gaudens*, des lachenden Dritten, und ab dieser Größe ist eine Koalitionsbildung möglich:

„Also ich muß ehrlich sagen, so ein Zweimannzimmer ist, ist für mich eigentlich so die Höchstgrenze, zu dritt, dann geht das schon gegen den Baum. Zu zweit ist für mich noch so die Möglichkeit, wo man sich abstimmen kann, ob man nun wunderbar auskommt oder nicht so gut, aber man kann gegenseitig Rücksicht nehmen, aber was dann drüber liegt, dann ist das schon sehr kritisch.“

Dennoch war die Erfahrung gemeinschaftlichen Wohnens zu dritt und zu mehreren ein wesentlicher Bestandteil ostdeutscher studentischer Alltagskultur bis weit in die neunziger Jahre hinein.

„Da kam ich mal nachts nach Hause, da schlief in meinem Bett schon jemand“ – Nachteile des kollektiven Wohnens

Während in einem oben zitierten Beispiel – ausnahmsweise – der Mangel an Kontakten beklagt wurde, beziehen sich die negativen Seiten des gemeinschaftlichen Wohnens in fast allen anderen Wortmeldungen auf eben diese Konstellation des Zwei- oder Mehrbettzimmers, also auf die fehlende Möglichkeit, dem genannten Bedürfnis nach Rückzug gerecht zu werden:

„Das Schlimme ist halt mal für sich Ruhe zu haben, irgendwo ein Fleckchen zu finden, wo man wirklich mal sagen kann, hier habe ich meine Ruhe und, na auf deutsch gesagt, hier kann ich mal ich sein“.

„Aber das Problem war eben, daß wir ganz unterschiedliche Interessen hatten und auch ganz unterschiedliche Lebensrhythmen. Und bei den anderen beiden kam auch noch störend hinzu, daß sie also gerade von zu Hause weg waren und nun mal die Sau rauslassen wollten ... also die Nächte durchmachten und auch also jede Nacht erst sehr spät nach Hause kamen und dann also morgens schlafen wollten, wenn ich dann wieder aufstehen mußte und dann, wenn ich dann schlafen wollte, dann war bei ihnen wieder Remmidemmi und die haben dann auch keine Rücksicht genommen, sondern haben eben dann ihre Freunde alle mit ins Wohnzimmer gebracht. Und es war auch mal so, da kam ich mal nachts nach Hause, da schlief in meinem Bett schon jemand.“

Auch das gewissermaßen umgekehrte Problem wird gelegentlich thematisiert: Wer selbst – zwecks Austausch von Intimitäten – mal seinen Freund bzw. seine Freundin mit auf das Zimmer nehmen will, hat ein Problem. Zumindest Sexualität wird in Anbetracht eines oder mehrerer potentieller „Voyeure“ praktisch unmöglich gemacht. Wenn oben festgehalten wurde, daß für die spätadoleszente Phase der Selbstfindung auch das Ausprobieren von Zweierbeziehungen eine wesentliche Bedeutung hat, stellt dies wohl eines der gravierendsten Probleme gemeinsamen Wohnens dar. Sexualität ist nur möglich, wenn vorher planmäßig eine „sturmfreie Bude“ ausgehandelt wird. Für Spontaneität bleibt so jedenfalls kein Raum.

Eine Studentin, die mittlerweile in einer eigenen Wohnung lebt, thematisiert resümierend den für studentisches Wohnen in den neuen Ländern typischen Konflikt zwischen „Privatheit und Öffentlichkeit“:

„Na ja, das sind schon mal die zwei Gegensätze. Man hat Kontakt zu vielen Studenten, also der Kontakt ist auf alle Fälle gegeben, aber auf der anderen Seite, ein Eckchen für ein bißchen Individualität, außer in den abgeschlossenen Wohnungen, das sind so zwei Sachen, die stehen total gegenüber. Also da, im

Hinblick jetzt, das war zum Beispiel auch ein Grund für mich, für was entscheidest du dich? Willst du ein bißchen mehr deine eigenen Interessen haben oder ist dir halt der Kontakt zu den anderen im Wohnheim so wichtig, daß du da unbedingt bleiben willst. Und mittlerweile, ich meine, ich habe mein eigenes, aber ich kann jederzeit ins Wohnheim fahren zu den Leuten und in der Hinsicht also vermisse ich jetzt im Nachhinein nichts, aber ich denke immer, das ist so ein Gegensatz, ein Vorteil und ein Nachteil."

„Da wurde den ganzen Abend gesungen ... Das gibt es heute überhaupt nicht mehr“ - Verlust an Gemeinschaft

Trotz aller Beschränkungen und Probleme des Wohnheimwohnens – die eingangs thematisierte Klage über den Gemeinschaftsverlust in der „post-sozialistischen“ Gesellschaft nimmt auch bei den interviewten Studierenden einen breiten Raum ein. Vor allem von den älteren Studierenden, die bereits zu DDR-Zeiten im Wohnheim wohnten, wird breit die nachlassende Intensität des Gemeinschaftslebens im Wohnheim seit der Wende thematisiert. Beklagt wird eine zunehmende "Individualisierung" im Sinne einer Monadisierung, der Zusammenhalt unter den Studierenden weiche immer mehr einem grassierenden Egoismus. Die lebendige Geselligkeit im Wohnheim, die vor der "Wende" noch vorhanden war, ist im Rückgang. Hierzu einige exemplarische Äußerungen:

"Na ja, also ich muß sagen: Ich kenne es ja nun von früher, daß wir viel zusammen gemacht haben. also wir saßen meistens zu sieben, zu acht, neun, zehn auf'm Zimmer. Das war keine Seltenheit. Wir haben auch zusammen gegessen, abends und früh, das gibt's ja heutzutage überhaupt nicht mehr. Also die sitzen da, machen vielleicht was am Computer oder so. Aber meistens gehen wir halt weg abends, weil, im Wohnheim selbst kannst du nichts mehr machen ... Wir haben Abende lang nur dagesessen und, und uns unterhalten und ... da wurde den ganzen Abend gesungen oder was weiß ich was. Das gibt es heute überhaupt nicht mehr."

"Da gab's halt mal eine Fete, also jedes Jahr, da haben wir uns auf Matratzen auf den Fußboden gesetzt in die sehr schmalen Gänge. So, also wenn ich da heute einen Zettel hinhängen würde in meiner sechsten Etage, wo ich jetzt wohne, da würde sicherlich niemand kommen an dem Tag, würde ich mal denken."

"So allmählich löst sich auch hier in diesem Wohnheim dieser studentische Zusammenhang auf, und es wird irgendwo 'n normales Wohnheim, 'n normales Wohnhaus, wo man seinen Nachbarn auch nicht mehr kennt."

Dieser Verlust an Gemeinschaft wird in einigen Fällen auch von jüngeren Studierenden angesprochen, die die "alten Wohnheimzeiten" zwar nicht selbst erlebt, aber vom Hörensagen mitbekommen haben. Auffällig ist insgesamt, daß bei diesen Schilderungen nicht reflektiert wird, daß dieses hohe Maß an Geselligkeit sich aus dem Fehlen an Alternativen speiste. Was im Blick auf heute als Zerfallen der Gemeinschaft und als grassierender "Individualismus" angeprangert wird, ergibt sich wohl vorrangig aus einer Optionserweiterung, die den Studierenden neben der Wohnheim-Geselligkeit eine Vielzahl anderer Freizeitmöglichkeiten eröffnet hat. Studierende sind nicht länger primär darauf angewiesen, daß sich ihr studentisches Leben in den Wänden ihres Wohnheimes abspielt. Die Geselligkeit im Wohnheim nimmt ab, da Freizeitangebote außerhalb der Wohnheime verfügbar sind, die vielen von ihnen offensichtlich attraktiver erscheinen.

Neben dem Rückgang der Geselligkeit wird beklagt, daß auch die Hilfsbereitschaft der Studierenden untereinander nachgelassen hat. Die Studierenden heute seien sehr stark am eigenen Vorteil orientiert. So ist z.B. die Bereitschaft, Vorlesungsmitschriften auszutauschen, nur noch eingeschränkt vorhanden. Von den Studierenden wird für diesen sich ausbreitenden Gemeinschafts-

verfall – neben den meist wohl implizit mitgedachten gesellschaftlichen Veränderungen – der neue Belegungsmodus verantwortlich gemacht, wodurch die Wohnheime nicht mehr nach Fachrichtungen "bestückt" werden. Darauf wurde oben bereits hingewiesen, hier nur ein Beispiel:

"Aber, ich finde das zum Beispiel wirklich blöd, daß die Studenten jetzt so aufgeteilt werden, wie sie sich anmelden. Wo ich damals angefangen habe, da kamen halt alle Landwirtschaftsstudenten da rein und alle Medizinstudenten da rein, und das hat meines Erachtens einen viel größeren Zusammenhalt unter den Studenten gegeben. Also wie gesagt, wir waren eine Supertruppe und haben unwahrscheinlich viel zusammen gemacht, auch am Wochenende und abends, und es gab eigentlich immer was, und das ist jetzt, also es geht viel anonym zu in den Wohnheimen."

„Aber ob wir nun direkt Freunde sind ..., weiß ich nicht“ – Die Qualität der Sozialbeziehungen

Man ist sich heute auch unter Studierenden weitgehend einig – und man kann dies, wenn man in ständigem Kontakt mit ihnen steht, auch täglich an den Hochschulen beobachten –, daß 10 Jahre nach dem endgültigen Ende der DDR nicht mehr allzuviel übrig zu sein scheint von Kollektivorientierung und Gemeinschaftssinn des akademischen Nachwuchses. Zumindest in dieser Hinsicht fallen – wenigstens dem Verfasser – keine Unterschiede zu westdeutschen Studierenden mehr auf. Wenn es diese aber einmal gegeben haben soll – was angesichts der dargestellten Befunde nicht mehr bestritten werden kann –, dann wäre abschließend die Frage nach der Qualität dieser mittlerweile so schmerzlich vermißten Sozialbeziehungen zu stellen. Wie waren denn diese beschaffen, wenn sie sich so schnell und spurlos von der Bühne der studentischen – und nicht nur deren – Alltagskultur verabschieden konnten?

Die „Aktivformen“ dieser vielbeschworenen Gemeinschaftsorientierung kann man in unserem Zusammenhang als „solidarisches Handeln“ bzw. "Sich-aufeinander-verlassen-können" fassen. Dieses solidarische Handeln nun kann wie oben angedeutet grundsätzlich in zweierlei Varianten angelegt sein (vgl. Schmidt 1991: 263f):

- Als (a) rein instrumentelles Handeln, d.h. Hilfe für den Anderen zu geben um gegebenenfalls selbst Hilfe zu bekommen, aus Eigennutz also. Dieses Handeln ist rein strategisch angelegt, es kann unter bestimmten (erzwungenen) Umständen solidarisch sein, kann aber bei einer Veränderung der Rahmenbedingungen, bei einem Wegfall des Eigennutzes in sein Gegenteil, also Desolidarisierung umschlagen und bietet keine immanent stabile Basis gegenseitiger Beziehungen. Vergleichbar ist dem etwa die Beziehungsform zweier Konkurrenten auf dem Markt.
- Oder (b) als Eigenwert, oder als „wertrationales“ Handeln, daß das Hilfe-Geben nicht ausschließlich als Mittel für das antizipierbare Hilfe-Bekommen versteht. Während man in dem einen Fall davon ausgehen muß, daß die gegebene Hilfe nur so lange währt, wie der Eigennutz des Interaktionspartners reicht, sind die wechselseitigen Zuwendungen beim solidarischen Handeln als Eigenwert darauf angelegt, sich tendenziell (unbegrenzt) auszuweiten. Solidarisches Handeln wird nicht nur auf die erwartete Gegenleistung hin entworfen, sondern bezieht sich auf den Interaktionspartner als Person an sich. Nicht nur die Gegenleistung als Erwidierung einer erbrachten (oder zu erbringenden) Leistung kann als gesichert gelten, sondern das Helfen an sich im Falle des Bedarfs.

Insgesamt finden sich nun sehr wenige Anhaltspunkte für die erstere Variante; es deutet vielmehr einiges darauf hin, daß auch bei der studentischen Solidarität in unseren Wohnheimen instrumentelles Handeln vorliegt, daß nur solange währt, wie man im Sinne der kollektiv geteilten "Notgemeinschaft" auf den anderen angewiesen ist. Die zweite Variante kommt dem nahe, was man gängigerweise als Freundschaftsbeziehungen definiert. Wie schätzen die betroffenen diesbezüglich ihre Beziehungen ein?

Es kommt vor, wie sich an einigen Fällen unseres Samples zeigt, daß feste Freundschaften aus den Kontakten im Wohnheim entstehen. Doch dies ist eher selten. Mehrere Studierende, die an sich über reichhaltige Kontakte im Wohnheim berichten, melden selbst Zweifel an:

"Man lernt dort wirklich Leute kennen mit anderen Denkweisen, auf die man so nicht gekommen wäre. Aber ob wir nun direkt Freunde sind oder wären oder sind, weiß ich nicht."

Und selbst an Stellen wie der folgenden, an denen zwar von "Freundeskreis" die Rede ist, gewinnt man den Eindruck, daß es sich nicht im eigentlichen Sinne um Freundschaftsbeziehungen handelt, sondern vielmehr um den Beziehungsmodus der Bekanntschaft.

"Ja, ich hab zwei Freundeskreise. Einen eben hier, wo ich studier', und einen zu Haus. Und hier ist das schon der größte Teil eben der Leute, mit denen ich größeren oder mehr Kontakt hab', na da im Wohnheim konzentriert. Es gibt noch außerhalb 'n paar, die ich noch so besuche. Aber nachher sind 's meistens Leute eben vom Studium oder aus anderen Aktivitäten, vom Sport her oder so. Aber so hauptsächlich eben mit den Leuten, wo ich viel in der freien Zeit zusammen mach', die sind eben direkt aus meiner näheren Umgebung eben vom Wohnheim ... Oder eben, daß wir einfach mal auf einem Zimmer zusammen sind. Und dann mußten wir uns irgendwie zusammenraufen, aber machen halt hin und wieder was zusammen."

Daß hier keine Freundschaftsbeziehungen beschrieben werden, wird spätestens an der Stelle deutlich, an der der zitierte Student seinen Zimmergenossen als Mitglied seines "Freundeskreises" benennt. Beide haben, wie in der Diskussion ausgiebig thematisiert wird, massive Konflikte miteinander wegen unterschiedlicher Ordnungsvorstellungen. Aber auch die Fülle von Personen, die offenkundig dem "Freundeskreis" zugerechnet werden, läßt erkennen, daß hier kein inniges, vertrautes Nahverhältnis – als wesentliches Kennzeichen einer Freundschaft – umschrieben wird. Kennzeichnend für die beschriebene Beziehungsqualität scheint vielmehr zu sein, daß man sich – wie es Georg Simmel (1983: 264) als für die Bekanntschaft typisch herausgestellt hat – "gegenseitig kennt", nicht in dem Sinne, daß man "Einblick in das eigentlich Individuelle habe, sondern nur, daß jeder (...) von der Existenz des andern Notiz hat". Die Kenntnis des "Daß", nicht des "Was" der Persönlichkeit ist für Simmel das Besondere der Bekanntschaft. "Indem man aussagt, mit einer Person bekannt, ja selbst gut bekannt zu sein, bezeichnet man doch sehr deutlich den Mangel intimer Beziehungen; man kennt vom Andern unter der Rubrik nur das, was er nach außen hin ist" (ebd.: 265).

Diese Kenntnis des "Daß der Persönlichkeit" läßt durchaus Raum für gemeinsame Aktivitäten und Formen von Unterstützungen. Im Unterschied zu Freundschaftsbeziehungen weisen aber Bekanntschaftsbeziehungen nur wenige Gemeinsamkeiten, sog. „Beziehungsfoci“, auf, die zudem weniger einschränkend für andere Kontakte und darüber hinaus auch weniger aufwendig für das Engagement sind.

Verfehlt wäre es, aufgrund der Charakterisierung der Sozialbeziehungen der Wohnheimbewohner/innen als Bekanntschaften diese als unwichtig zu qualifizieren. Die Netzwerkforschung hat gerade auf die "Stärke" solcher "schwachen Beziehungen" (Granovetter 1973), auf den "Nutzen entfernter Bekannter" (Wegener 1987), mit Nachdruck hingewiesen. Den Bekannten kommt

für den Informationsfluß, in Wohnheimen vor allem in Verbindung mit dem Studium, eine hohe Relevanz zu. In unserer Studie wurde auch deutlich, daß Bekannte – unter den Rahmenbedingungen des studentischen Lebens – eine ebenso hohe Bedeutung für Freizeitaktivitäten und praktische Hilfen haben. Nur: Eine Überhöhung dieser sich dort beinahe zwangsläufig ergebenden Beziehungen zu tiefsinnigen Freundschaften oder die Schlußfolgerung, hierbei handle es sich um ein Zeugnis eines zweckfreien Gemeinnsinns stehen doch auf ziemlich tönernen Füßen. Ein Student, der nach Wohnheimerfahrungen in eine eigene Wohnung gezogen ist, bringt diese Erfahrungen auf den Punkt:

"Auch, daß man im Wohnheim tausend Leute um sich hat, wo man meint, das sind gute Bekannte, weil man sie nun schon seit mehreren Jahren um sich hat. Und zieht man dann aus diesem Wohnheim aus, dann hört man nie mehr was von den Leuten. Diese Erfahrung hat mich nachträglich noch 'n bißchen schockiert. Weil, 's ist nur die Bequemlichkeit, die die Leute zusammengehalten hat in unserem Wohnheim. Man brauchte eben nicht wegzugehen. Man konnte drei Treppen hochgehen. Tja, und 's ist nichts davon geblieben. Ich hab die Leute ab und zu mal getroffen und gesagt: 'Ihr könnt mich mal anrufen'. Es hat sich niemand gemeldet. Tja, und das find ich eben 'n bißchen erschreckend, wenn diese vermeintliche Gemeinschaft einfach so extrem zweckgebunden ist."

Und was bleibt? Nun, da die meisten noch weitgehend „DDR-sozialisierten“ StudentInnen ihr Studium größtenteils abgeschlossen haben, deutet zumindest vor dem Horizont der hier angestellten Überlegungen alles in allem wenig darauf hin, daß die Lebenswelt der ostdeutschen Studierenden sich noch grundlegend von der ihrer westdeutschen KommilitonInnen unterscheidet. Was das studentische Wohnen angeht: Wohnheime werden mittelfristig und rein quantitativ sicherlich noch eine etwas größere Rolle spielen als im Westen und die Nachfrage danach wird sich wohl auch weiterhin dem Angebot anpassen.

Die Erfahrungen mit Mehrbettzimmern, Kakerlaken und „zwei Duschen für 80 Leute“ waren sicherlich für eine Generation Studierender prägend und wesentlicher Bestandteil studentischer Alltagskultur an der Schwelle des Übergangs in die neue Gesellschaft. Ansonsten wird weiterhin gelegentlich der Zusammenhalt von früher herbeigesehnt werden; da werden dann die älteren erzählen, wie toll das war, als sie früher „den ganzen Abend gesungen“ haben. Und es wird durchaus was dran sein, an solchen Geschichten! Aber es wird nichts helfen! Das Gerücht, daß ein stärkerer Gemeinschaftssinn im gegenwärtigen ostdeutschen Alltag noch irgend eine Rolle spielt, kann als widerlegt angesehen werden. Und warum sollte das gerade ausgerechnet bei den Studierenden anders sein?

Literatur

- Berner, Hermann/Stefan Rentzsch (1989): Freiheit und Geborgenheit. Studentisches Wohnen und psychische Erfahrung, Weinheim
- Flade, Antje (1987): Wohnen psychologisch betrachtet, Bern/Stuttgart/Toronto
- Friebertshäuser, Barbara (1992): Übergangsphase Studienbeginn. Eine Feldstudie über Riten der Initiation in eine studentische Fachkultur, Weinheim
- Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties, in: *American Journal of Sociology* 78, S. 1361-1380
- Häußermann, Hartmut/Walter Siebel (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung, Weinheim/München
- Hoffmann, Achim (1976): Der Student im Wohnheim, Berlin (Ost)

- Lenz, Karl (1995): Die "zweite Generation" der DDR auf dem Weg in eine andere Gesellschaft. Jugendliche nach der Wende, in: Robert Hettlage/Karl Lenz (Hg.): Deutschland nach der Wende. Eine Zwischenbilanz, München
- Lenz, Karl/Bernhard Wagner (1996): Wohnen im Wohnheim: Vor- und Nachteile einer Wohnform aus der Sicht der Studierenden, in: Sächsisches Staatsministerium für Kunst und Wissenschaft (Hg.): Studentisches Wohnen in Sachsen. Eine Zwischenbilanz, Dresden, 1996, Seite 77-129
- Schmidt, Hartwig (1991): Wertewandel in einheimischen und westlichen Lebenswelten. Sozialphilosophische Nachforschungen, in: Gert-Joachim Glaeßner/Rolf Reisig (Hg.): Das Ende eine Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin, S. 243 - 267
- Schnitzer, Klaus/Wolfgang Isserstedt/Irene Kahle/Michael Leszczensky/Jochen Schreiber (1992): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland (13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks), in: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): Studien zu Bildung und Wissenschaft 103, Bonn
- Schnitzer, Klaus/Wolfgang Isserstedt/Jochen Schreiber/Manuela Schröder (1995): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland (14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks), Hg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn
- Schnitzer, Klaus/Wolfgang Isserstedt/Peter Müßig-Trapp/Jochen Schreiber (1998): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland (15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks), Hg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
- Schreiber, Jochen (1996): Studentisches Wohnen in der DDR – ein Überblick, in: Sächsisches Staatsministerium für Kunst und Wissenschaft (Hg.): Studentisches Wohnen in Sachsen. Eine Zwischenbilanz, Dresden, 1996, Seite 10 - 30
- Simmel, Georg (1983), Soziologie. Berlin
- Wagner, Bernhard (1996): Studieren in Ostsachsen. Ergebnisse der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Hg. vom Studentenwerk Dresden, Dresden
- Wagner, Bernhard (1999): Studieren in Ostsachsen. Sonderauswertung der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Hg. vom Studentenwerk Dresden, Dresden
- Wegener, Bernd (1987): Vom Nutzen entfernter Bekannter. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39, S. 278 - 301

Studentensexualität im Wandel der Zeiten

Kurt Starke
Konrad Weller

In diesem Beitrag geht es um Veränderungen im Partner- und Sexualverhalten ostdeutscher Studenten vor und insbesondere nach der Wende und um Ost-West-Unterschiede studentischer Sexualität. Das Datenmaterial entstammt den drei Partnerstudien des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (Partner I, II, III) aus den Jahren 1972, 1980 und 1990 sowie der 1996er Replikationsstudie Studentensexualität der Abteilung für Sexualforschung der Universität Hamburg, an der wir beteiligt waren.

Partner I (1972) umfasste 2741 Befragte, darunter 771 Studierende (Dokumentation Starke 1980). *Partner II* (1980) umfasste 5669 Befragte, darunter 1555 Studierende (Dokumentation Starke 1983, Starke/Friedrich 1984). Ein Teil der Ergebnisse der Studenten-Stichprobe wurde post hoc mit der 1981 durchgeführten Erhebung der Abteilung für Sexualforschung Hamburg verglichen (Clement/Starke 1988). Die alters-parallelisierten Stichproben umfassten 994 BRD- und 1208 DDR-Studierende im Alter von 20 bis 24 Jahren. *Partner III* (1990) umfasste 3103 Befragte, darunter 836 Studierende (Dokumentation Starke/Weller 1991, Weller 1991, Weller 1993, Weller/Starke 1993, Starke 1997). In einer Vergleichsstudie wurden 309 Studierende der Universität Bielefeld mit dem gleichen Instrument befragt (Neubauer u.a. 1992). Außerdem wurde eine russische Version des Fragebogens entwickelt, mit dem 1461 Studierende in Russland und Lettland befragt wurden (Mögling u.a. 1992). Angelagert an Partner III waren weiterhin eine Briefbefragung von 546 homosexuellen Männern (Starke 1994) und von 206 homosexuellen Frauen (unpubliziert). Partner III war die letzte und gewissermaßen abschließende Studie zu DDR-Zeiten, und sie bildet die Vergleichsgrundlage für die nachfolgenden Veränderungen im vereinigten Deutschland.

Die Studie *Studentensexualität* umfasste 3053 Studierende, darunter 626 der ostdeutschen Universitäten Leipzig, Dresden und Rostock (Dokumentation Schmidt 2000). Da mittlerweile ostdeutsche Studenten in den alten Bundesländern studieren und (seltener) westdeutsche in den neuen und da diese „Migranten“ Besonderheiten haben, bezieht sich der in diesem Beitrag gezeigte Ost-West-Vergleich auf die „genuinen“ Ost-Studenten, also diejenigen, in der DDR aufgewachsen sind und in den neuen Bundesländern studieren, und entsprechend auf „genuine“ West-Studierende, also jene, die in der BRD aufgewachsen sind und in den alten Bundesländern studieren. Die genuinen Oststudenten sind wesentlich jünger als die Weststudenten (im Durchschnitt 3,1 Jahre). In den neuen Bundesländern gibt es nur sehr wenige Studierende (1%), die über 30 Jahre alt sind, im Westen dagegen sind es 14%. Beim Ost-West-Vergleich werden deshalb Studierende,

die über 30 Jahre alt sind, nicht berücksichtigt. Damit gehen in den Vergleich 481 Ost-Studierende und 1853 West-Studierende ein.¹

Zunächst soll kurz die soziale Lage ostdeutscher Studierender einst und jetzt charakterisiert werden. Die empirische Datenbasis ergibt sich aus jahrzehntelangen komplexen Forschungen unter DDR-Studenten (Bathke/Starke 1999, Starke/Weller 1999).

Student und Studium in der DDR

Soziale Herkunft der Studierenden. Nachdem in den ersten Jahren der DDR insbesondere Arbeiter- und Bauernkindern der Weg zum Studium erleichtert wurde, kam es seit den 70er Jahren zu einer starken Selbstreproduktion der nun entstandenen und so genannten sozialistischen Intelligenz. Die Studierenden der 80er hatten überwiegend hochqualifizierte Eltern und ein entsprechend hohes intellektuelles Anregungsniveau im Elternhaus. Sie waren auch etwas häufiger in der Stadt als auf dem Lande aufgewachsen. Bildung und Qualifikation der Eltern (nicht Eigentum oder Einkommen) erwiesen sich in allen Untersuchungen als das wesentliche Differenzierungsmerkmal von Studierenden und Nicht-Studierenden. In ihnen drückte sich am deutlichsten die soziale Stellung der Familie aus. Das bezog sich nicht allein oder in erster Linie auf den Vater, sondern auf Vater *und* Mutter. Da in der DDR mehr Frauen als Männer studierten (siehe unten) und diese Frauen auch Kinder bekamen, nahmen die Elternhäuser mit hochqualifizierten und zugleich berufstätigen Müttern besonders schnell zu. Wesentliche Änderungen im Familienklima und in den Lebenseinstellungen, einschließlich der Sexualkultur sind darauf zurückzuführen.

Zugang zum Studium. In den 80er Jahren gelangte nur ein Drittel der Studierenden unmittelbar nach der Hochschulreife zum Studium (Abitur nach der 12. Klasse oder – seltener – nach 10. Schuljahren plus 3jähriger Berufsausbildung mit Abitur). Die Jungen absolvierten meist vorher ihre Armeezeit. In einigen Studienrichtungen waren Vorpraktika zu leisten. Dennoch erfolgte der Zugang zum Hochschulstudium dann sehr direkt, in der Regel ohne Wartezeiten. Wer nicht den gewünschten Studienplatz erhielt, nahm meist eine „Umlenkung“ in ein anderes Studienfach in Kauf. Die Identifikation mit dem Studienfach streute auch aus diesem Grund breit. Sie war besonders hoch in Kunst, Medizin, Bauingenieurwesen und besonders niedrig in Technologie und sozialistischer Betriebswirtschaft. Selbstgewählte Moratorien zwischen Abitur und Studienbeginn – wie Weltreisen – gab es aus naheliegenden Gründen nicht. In den 70er Jahren erhöhte sich der Teil der Abiturienten mit Studienplatz, die ihr Studium *nicht* antraten. Andere Lebenswege waren psychologisch und finanziell günstiger. Ein guter Facharbeiter verdiente meist mehr als ein Hochschulabsolvent und war politisch unabhängiger. Das Studium verlor – genauso wie politische Karrieren – an Attraktivität.

Geschlechterverhältnis. In der DDR kam es rasch zu einer Feminisierung des Bildungswesens. In den siebziger Jahren pendelte sich der Frauenanteil auf 54% an den Universitäten und Hochschulen und auf 80% - 90% an den Fachschulen ein. Der Frauenanteil war allerdings in den einzelnen Fachrichtungen unterschiedlich: Technikstudiengänge waren männerlastig (nur 25% Frauen), das Lehrerstudium (90% Frauen), Wirtschaftsstudium (80% - 90%) und auch das Medi-

¹ Eine ausführliche Auswertung dieser Studie ist in Schmidt (2000) enthalten, hier finden sich auch weitere Belege (vor allem in Tabellenform) für die Aussagen in diesem Beitrag

zinstudium (65%) frauenlastig. In der DDR erlangten relativ mehr Frauen als in der alten BRD einen Hochschulabschluss. Dieser Ost-West-Unterschied ist auch in der Gegenwart noch anzutreffen.

Alter. Der direkte Zugang zum Studium hatte zur Folge, dass die Studenten zu Studienbeginn recht jung waren. Der einzige systematische Unterschied betraf das im Schnitt um anderthalb Jahre höhere Studieneingangsalter der Männer infolge des Wehrdienstes. Auch in der 1996er Studie sind ostdeutsche Studierende noch deutlich jünger als westdeutsche.

Wohnen. Insbesondere für Studentinnen bedeutete der Studienantritt erstmals das Herauskommen aus der elterlichen Wohnung. Etwa 75% der DDR-Studierenden zogen zu Studienbeginn in ein Wohnheim. Im Durchschnitt zogen sie dort in 3-Bett-Zimmer, was sowohl ungestörtes Studieren als intimes Miteinander erschwerte. Gegen Studienende sank der Anteil der Heimbewohner auf die Hälfte. Die höheren Semester suchten sich ein Privatquartier. Etwa jeder vierte Student bekam (allerdings erst in den 80er Jahren) bereits während des Studiums eine eigene Wohnung.

Finanzielle Situation. Vorher nach sozialer Herkunft gestuft, erhielten seit 1981 alle Studierenden, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, ein Grundstipendium von 200 Mark (bei beruflicher Erfahrung auch mehr). Das war nicht viel, aber es reichte für die staatlich subventionierte Miete im Wohnheim (10 bis 30 Mark im Monat) und für die Mensa (Mittagessen 65 Pfennige). Somit verfügte jeder Student über eine grundsätzliche materielle Unabhängigkeit von den Eltern. Bei 40% der Studierenden kam noch ein Leistungsstipendium in Höhe von seit 1981 60, 100 oder 150 Mark hinzu. Nebenjobs wurden von DDR-Studenten gelegentlich, aber doch insgesamt selten angenommen, obwohl Arbeitskräfte ständig gesucht und Studenten willkommen waren.

Studienverlauf. Für das Hochschulstudium in der DDR war die Einhaltung der Regelstudienzeiten von vier bis fünf Jahren charakteristisch. Das Studium war weder erzwungene Warteschleife aufgrund fehlender Landeplätze auf einem Arbeitsmarkt noch hedonistisches Jugendmatorium, sondern eine konzentrierte (Aus-)Bildungsphase auf einen akademischen Beruf hin. Studienabbrüche erfolgten entweder aufgrund mangelnder Studienleistungen oder aus motivationalen Gründen. Studienverlängerungen gab es nur in besonderen Fällen (z.B. Sonderstudienpläne für Studentinnen, die während des Studiums Mutter wurden).

Kollektiv, Partnerfindung, Familiengründung. Studieren in der DDR war eine kollektive und kontaktintensive Angelegenheit. Jeder Studienanfänger bewegte sich in einer festen Seminargruppe, meist über das gesamte Studium hinweg. In den kollektiven Zusammenhängen des Studiums (und natürlich auch im studentischen Freizeitbereich – einschließlich alljährlicher gemeinsamer Ernteeinsätze) bahnten sich häufig partnerschaftliche und Liebesbeziehungen an. Die räumliche Veränderung vom Heimat- zum Hochschulort führte häufig auch zu neuen Partnerschaften.

Während in den 50er und 60er Jahren Heiraten und Elternschaft im Studium noch verpönt waren, wurden Studentenehen und Studentenfamilien seit Beginn der 70er Jahre gefördert. In der Studentenintervallstudie des ZIJ fanden wir zu Studienbeginn 1982 bereits 3% Mütter und 8% Väter. Bei Studienende 1987 gab es dann 33% Mütter und 43% Väter (Bathke/Starke 1999, Neubauer u.a. 1992). Elternschaft und Studium waren vereinbar. Mit der Wende brach dies schlagartig ab. 1991 waren noch 11% aller Studenten Eltern, 1997 noch 6%, so dass mittlerweile (die durchschnittlich etwas älteren) westdeutsche Studenten sogar etwas häufiger (1997 7%) Eltern sind als ostdeutsche (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1998, S. 448). Auch der entschiedene Wunsch, einmal Kinder zu haben, ist im Osten brüchiger geworden und liegt nun nur noch

bei den weiblichen Studierenden höher als im Westen, wenn auch lange nicht mehr so deutlich wie früher (Schmidt 2000).

Die großen Bedenken, dass Mutterschaft (und Vaterschaft) zu einer Senkung des Leistungsniveaus im Studium führt, war nicht gerechtfertigt. Insbesondere unsere Langzeitstudien im ZIJ zeigten, dass Studentinnen mit Kind keineswegs schlechtere Studienleistungen erbrachten und oft sogar effektiver studierten (Bathke u.a. 1989). Heiraten war für das Kinderkriegen im Studium durchaus zweckmäßig, z.B. um ein gemeinsames Wohnzimmer zu bekommen oder nach dem Diplom am selben Ort eingesetzt zu werden. Zu Studienbeginn waren 1982 5% der weiblichen und 10% der männlichen Studierenden verheiratet, bei Studienende 1987 dann 49% bzw. 52% (Studentenintervallstudie des ZIJ).

Sexualerfahrung. In der DDR gingen Jugendliche früh feste Partnerbeziehungen ein (Starke 1997). Mit 16 Jahren waren 80% partnerschaftserfahren. Aktuell hatten zwei Drittel der 16jährigen und drei Viertel der 18jährigen eine feste Beziehung. Das waren im Westen und sind heute in Ost und West erheblich weniger. In den jugendlichen Liebesbeziehungen kam es schnell zu sexuellen Kontakten einschließlich Geschlechtsverkehr. Eine längere und sich verselbständigende Pettingphase war nicht charakteristisch. So gut wie alle Jugendlichen tolerierten den vorehelichen Geschlechtsverkehr und praktizierten ihn auch. Die Akzeptanz des vorehelichen Geschlechtsverkehrs war selbstverständlich. Virginität wurde weder als Makel noch als Erfolg oder als irgend etwas Besonderes bewertet, das es für sich genommen zu bewahren gelte. Die Sexualität hatte sich von der Institution Ehe, nicht aber von der Liebesbeziehung gelöst. Seit Ende der 70er Jahre hatten Frauen ihren ersten Geschlechtsverkehr genauso früh wie Männer, im Durchschnitt etwa mit 17 Jahren. Während früher die Unterschicht etwas früher startete, hatte sich ein solcher Unterschied in der DDR weitgehend egalisiert. Künftige Intellektuelle starteten im Durchschnitt nur noch ein halbes Jahres später als künftige Arbeiter (Starke/Weller 1999).

Perspektive der Absolventen. Die Studenten erhielten in Einsatzgesprächen vor Abschluss des Studiums in der Regel mehrere Arbeitsangebote, von denen sie allerdings auch eines wahrzunehmen hatten, auch dann, wenn keiner der Arbeitsorte oder keine der Arbeitsaufgaben den individuellen Vorstellungen optimal entsprachen. Erst in den 80er Jahren lockerte sich das etwas, und die Absolventen konnten sich selber umsehen. Die Gewissheit, nach dem Studium einen Arbeitsplatz zu bekommen, ermöglichte eine weite Lebensperspektive, allerdings mit wenigen Wahlmöglichkeiten. Die materielle Lage der meisten Hochschulabsolventen war gegenüber altersgleichen Facharbeitern über Jahre hinaus schlechter. Nach dem Studium voll berufstätig zu sein, und zwar ständig und auch mit kleinen Kindern, war für Studentinnen eine gesetzte Größe, und bis heute (1996er Studie) gehen die meisten – in Nachwirkung des mütterlichen Vorbilds – davon aus, jedenfalls weit häufiger als ihre Studiengenossinnen an den Westunis.

Politisches Profil. Das Studieren im Realsozialismus stand – im Gegensatz zur westlichen Studentenbewegung – nicht in einer gesellschaftskritisch-distanzierten Tradition. Die Avantgardefunktion der Studentenschaft bestand eher in überdurchschnittlicher politischer Anpasstheit, allenfalls in einer kritisch-konstruktiven Haltung zur DDR-Wirklichkeit. Studierende waren überdurchschnittlich häufig FDJler und SED-Mitglieder. Sie folgten in ihrer Mehrzahl den politischen Leitlinien von Partei und Regierung. Studieren in der DDR hieß „Studieren dürfen“ – die Studierenden hatten dem Staat für die gebotene Bildungsmöglichkeit dankbar zu sein und waren auch dankbar. Studenten fühlten sich eng mit der DDR verbunden, enger als alle anderen Schichten der

Jugend. Sie bekannten sich fast ausnahmslos zum Sozialismus und wollten sich, voller Illusionen, in die Gestaltung der neuen Gesellschaft einbringen.

Überdurchschnittlich sensibel waren Studenten in ökologischen und friedenspolitischen Fragen, in der Reflexion globaler Bedrohungen wie der Klimaveränderung oder der atomaren Kriegsgefahr. Das hatte allerdings kaum Auswirkungen auf das persönliche Leben. Beispielsweise gab es in der DDR keinerlei Diskussion darüber, ob man in diese multipel bedrohte Welt noch Kinder hineinsetzen solle – die risikoarme individuelle Lebensperspektive gab trotz diverser Bedenklichkeiten keinen Anlass für solche Projektionen. Frauenpolitische, geschlechterkämpferische, feministische Muster spielten überhaupt keine Rolle. Das galt auch für sexualpolitische Themen einschließlich einer Problematisierung der Pille. Ausgenommen davon war in den 80er Jahren allerdings Homosexualität. Infolge von AIDS kam es nicht zu einer verschärften Stigmatisierung von männlichen Homosexuellen. Vielmehr zeigte sich eine wachsende Akzeptanz und eine größere Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen (Starke 1994, Starke/Weller 1991). Nicht zufällig fand einer der letzten großen DEFA-Filme „Coming out“ (von Heiner Carow, dessen Film „Die Legende von Paul und Paula“ 1973 ein neues Lust-und-Liebes-Lebensgefühl widerspiegelte und beförderte) auch bei Studenten großen Anklang. Dagegen wurden die verordneten Pflichtvorlesungen zu AIDS eher widerwillig oder gar nicht gehört.

Allgemeine Fragen der Demokratie und insbesondere der Informationspolitik wurden seit Mitte der 70er Jahre verstärkt diskutiert. Die Informationspolitik entwickelte sich zum sensibelsten Bereich studentischer Kritik an den Zuständen. Verlangten andere Schichten der Jugend in den 80er Jahren und vor der Wende vor allem Reisefreiheit, so wollten Studenten vor allem Informationsfreiheit. Viele waren enthusiastische Gorbatschow-Fans. Ihre Identifikation mit den Machtausübenden ging in den 80er Jahren rasch zurück, ohne dass jedoch DDR und Sozialismus an sich in Frage gestellt wurden. In der zu Ende gehenden DDR sahen sich nur noch etwa 5% eins mit der SED (Starke/Starke 1989). Inzwischen reflektierten auch die Studentinnen, die zu DDR-Zeiten immer noch etwas normgerechter und DDR-freundlicher urteilten als ihre männlichen Kommilitonen, gesellschaftliche Zustände kritischer, nunmehr oft kritischer als Männer (Bathke/Starke 1999, S. 255).

Säkularisierung. Bezeichneten sich in den 60er Jahren noch fast 20% der Studenten als religiös, so sank dieser Anteil – wesentlich durch das Elternhaus bedingt – in den 70er Jahren rasch auf 6%–8%. Bei anderen Schichten der Jugend lag er höher (10% – 12%). In der Vorwendezeit beteiligten sich auch Studenten häufig an kirchlichen Aktivitäten (Beispiel: Montägliches Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche, dem sich später die Montagsdemos anschlossen). Das geschah jedoch kaum aus religiösen, sondern überwiegend aus politischen Gründen. Mit der Wende nahm, wiederum vorwiegend aus politischen, nun aber politisch-opportunistischen Gründen, der Anteil konfessionell gebundener Studenten zu (stärker als bei anderen Schichten der Jugend), und zwar auf 18% (1990) bzw. 35% (1996), ohne allerdings das Westniveau von 86% (1996) zu erreichen.

Resümee. DDR-Studenten konnten sich in materieller Hinsicht von den Eltern abnabeln und bereits im Studium eigene Familien gründen, was eher Vorteile als Nachteile brachte, auch lebensperspektivisch gesehen. Sie hatten bezüglich Familie und Beruf keine existentielle Angst. Mutterschaft und Beruf waren vereinbar. All das war DDR-typisch, auch für andere soziale Schichten, also auch für Jugendliche niedrigerer und kürzerer Ausbildungsgänge. Daneben gab es studenteni-

sche Besonderheiten, die von den DDR-jugendtypischen abwichen. Diese beziehen sich auf die soziale Stellung, das politische und weltanschauliche Profil und sui generis natürlich auf die Bildung und die sich daraus ergebende berufliche Position. Zugleich bestanden und bestehen Unterschiede zu den BRD-Studenten, die teilweise bis heute nachwirken und sich auch in unseren 1996er Daten zeigen: Ost-Studierende haben weniger Geld, sie leben öfter in einem Wohnheim, ihre Eltern sind häufiger Akademiker, und ihre Mütter waren fast nie Hausfrauen.

Nun zu einigen speziellen Befunden aus unseren Untersuchungen seit 1972, um die Annahmen zu plausibilisieren, mit denen wir dann an die Untersuchungen in den 90er Jahren heran gegangen sind, und eine Vergleichsfolie für die daran anschließend dargestellten Ergebnisse aus den 90er Jahren zu haben.

70er Jahre: Phänomene der sexuellen Liberalisierung

Während zu Beginn der 70er Jahre in der DDR lediglich jede fünfte Studentin und jeder dritte Student bereits vor dem 18. Geburtstag den ersten Geschlechtsverkehr erlebt hatten, waren es 1980 schon die Hälfte, und zwar bei beiden Geschlechtern. 1970 hatten 57% der Studienanfänger Koituserfahrung, 1977 waren es bereits 84% (Starke 1979). In den 70er Jahren fand also eine Vorverlegung partnerschaftlicher Sexualaktivitäten statt und damit im Zusammenhang sowohl die partielle Auflösung traditioneller Geschlechtsunterschiede als auch die vollständige Lösung der Kohabitararchie von der Eheschließung. Die Frauen zogen mit den Männern gleich, in der BRD überholten sie die Männer sogar. Mit der Vorverlegung der Koitusaktivität stieg auch die sexuelle Partnermobilität an. Hatte 1972 nur jeder dritte männliche Student Erfahrung mit mehr als drei Sexualpartnerinnen, so war es 1980 bereits jeder zweite; von den Studentinnen betraf das 1972 jede achte, 1980 bereits jede dritte. Dass es sich hierbei nicht um Promiskuität im Sinne häufiger bindungsloser Sexualkontakte handelte, sondern um den Modus der sogenannten seriellen Monogamie, wird durch die Tatsache belegt, dass der Anteil fester Partnerschaften unter Studierenden seit den 70er Jahren konstant hoch blieb bzw. eher noch zunahm.

Auch wenn, wie einleitend beschrieben, die 70er Jahre zum Ausgangspunkt studentischen Familienlebens wurden und der Anteil Verheirateter in dieser Zeit rapide zunahm, stehen doch die bisher beschriebenen Phänomene allesamt für Tendenzen der Entnormierung und Individualisierung der Sexualität, für eine Veränderung der gesellschaftlichen Sexualmoral, die sich auch in der Abkoppelung des Geschlechtsverkehrs von der Institution Ehe und in einer größeren sexuellen Offenheit niederschlugen (Starke 1996).

Während Verhaltensparameter wie Alter beim ersten Geschlechtsverkehr und Partnermobilität, die sich in den 70er Jahren insbesondere bei Frauen veränderten, nicht notwendig als Phänomene einer größeren sexuellen Selbstbestimmung zu begreifen sind, ließen die 1980 ermittelten Ergebnisse zur Entwicklung der weiblichen sexuellen Erlebnisfähigkeit einen derartigen Schluss zu. In der Untersuchung von Schnabl (1972) in der DDR gaben 26% der Frauen an, beim Geschlechtsverkehr immer oder fast immer zum Orgasmus zu gelangen, 45% hingegen selten oder nie; in unserer Studie Partner II (1980) sagten hingegen 42% aller befragten Frauen (37% der Studentinnen), fast immer zum Höhepunkt zu gelangen, während lediglich 15% (16% der Studentinnen) angaben, selten oder nie orgasmisch zu reagieren (Starke/Friedrich 1984). In Partner II wurden eine Vielzahl von Faktoren beschrieben, die das Orgasmuserleben beeinflussen, insbesondere die

Qualität der Liebesbeziehung, die Häufigkeit sexueller Kontakte, aber auch die berufliche bzw. Studienzufriedenheit oder die Wohnbedingungen.

Mit 16 Jahren hatten knapp ein Viertel der 1980 befragten Frauen noch keinen Orgasmus, mit 18 waren es 9%, mit 21 5%, mit 25 2% und mit 27 Jahren weniger als 1% (Starke 1983, S. 40). Der erste Orgasmus wurde also früh erlebt. Dieser Befund wurde seinerzeit als sensationell empfunden, weil bis dahin in der Literatur keine derart hohen Werte in bezug auf die weibliche Orgasmusfähigkeit beschrieben worden waren.

Während 1972 weniger als 50% der koituserfahrenen Studentinnen über Erfahrung mit der Pille verfügten, waren es 1980 über 80%. Der Siegeszug der hormonellen Kontrazeption in der DDR (kostenlose Abgabe der Pille seit 1972, zur gleichen Zeit wurde auch die Fristenlösung eingeführt) kann als ein Wesenszug der sexuellen Liberalisierung aufgefasst werden. Gleichwohl sind die in Ost und West vonstatten gegangenen Prozesse in dieser Zeit der sexuellen Liberalisierung von komplexerer gesellschaftlicher Art. Die weite Verbreitung der Pille beispielsweise ist in ihrer mutmaßlichen positiven Auswirkung auf das sexuelle Erleben erst nachvollziehbar, wenn man den gesellschaftlichen Kontext berücksichtigt. Die Pille und damit die sichere Empfängnisverhütung konnte in der DDR als weitgehend selbstbestimmte Option der Lebensgestaltung begriffen werden. Die Tatsache, dass so gut wie alle jungen Frauen Kinder in ihrem Lebensplan hatten, machte die sichere Verhütung zu einem temporären Geschehen und überfrachtete sie nicht mit Ambivalenzen. Überdies bestand kein Zwang, unbedingt sicher verhüten zu müssen, denn schwanger zu werden und ein Kind zu bekommen, war kein die Lebensperspektiven bedrohendes Ereignis (so war beispielsweise, wie oben schon erwähnt, auch ein Studium mit Kind möglich).

Die sexuelle Liberalisierung in der DDR lässt sich an einer Reihe anderer Befunde von Partner II ablesen: eine größere Variabilität im Sexualverhalten und verfeinerte Sexualtechniken, der Abbau einer männlich dominierten Koituszentrierung, der Bedeutungsgewinn von nonkoitalen Befriedigungsformen, die größere Aufgeschlossenheit gegenüber sexuellen Fragen und eine erhöhte Kommunikationsbereitschaft, der freiere Umgang mit Nacktheit in der Familie und im öffentlichen Raum (FKK) und ein verändertes Körperselbstverständnis insbesondere der Frau, sowie der Prestigegewinn von Zärtlichkeit bei Frauen und Männern. Beide gaben freier zu verstehen, was in der intimen Situation gefällt, und die Norm, dass im sexuellen Zusammensein alles richtig ist, was beiden Freude bereitet, setzte sich durch, vor allem bei Studierenden.

Liebe und Sexualität werden zusammengedacht, Sexualität idealerweise an die feste Liebesbeziehung gebunden. Sexuelle Aktivitäten werden als gemeinsames Erleben betrachtet. Zwei Drittel sagten, dass die Initiative zum jüngsten Geschlechtsverkehr von beiden ausging. Nach dem intimen Zusammensein fühlten sich 1980 66% der Frauen (65% der Studentinnen) und 59% der Männer (53% der Studenten) „vollkommen glücklich“, nur 1% „überhaupt nicht glücklich“ (Starke 1983, S. 45).

69% der 1980 befragten männlichen Studenten sagten, dass sie einschränkungslos auf alle sexuellen Wünsche ihrer Partnerin eingehen, von den weiblichen Studierenden gaben dies nur 38% an. Umgekehrt bescheinigten 75% der Studentinnen dem Partner, dass er auf alle ihre Wünsche eingeht, von den männlichen Studenten sagten dies nur 39% uneingeschränkt. Hierin zeigt sich ein klares weibliches Selbstbewusstsein bis hin zur kriterienhaften und entscheidenden Bedeutung weiblicher Wünsche. Partner III 1990 bestätigt den Befund von Partner II 1980: Die großen Veränderungen vollzogen sich in den 70er Jahren.

Bei allen Einschränkungen, die hinsichtlich der gesellschaftlichen Rolle und Position der Frau in Ost wie in West damals wie heute zu beobachten waren und sind, so ist doch aus den sexuellen und partnerschaftsbezogenen Befunden heraus ein Stück Emanzipationsbewegung ersichtlich. Im Osten geschah das auf eher stille und unspektakuläre, aber dafür handfeste Weise, vor allem durch die massenhafte Erwerbstätigkeit der Frau, ihrer ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann und ihrer sicheren beruflichen, familiären, ökonomischen Perspektive einschließlich der damit verbundenen geringen existentiellen und Zukunftsangst. Im Westen verlief der Emanzipationsprozess lautstärker, öffentlicher, diskursiver. Aus sexuellem Blickwinkel waren die Effekte ähnlich.

Die 80er Jahre: AIDS und die Folgen

Die epidemiologische Situation war westlich und östlich der Elbe sehr verschieden. Zum 3.10.1990 waren in der BRD pro einer Million Einwohner 697 Bürger infiziert und 89,7 erkrankt – in der DDR nur 20 bzw. 1,5. AIDS wurde öffentlich sehr unterschiedlich thematisiert. Zwar kamen die Präventionsbotschaften der westlichen Funkmedien schon ab 1985 in der DDR an, aber erst 1987 wurde AIDS auch in den Printmedien des Ostens zum Thema.

Dass die Diskussion zum Thema insgesamt unvollständig blieb, zeigt sich beispielsweise im geringeren Reflexionsniveau der Ostdeutschen in bezug auf den Umgang mit HIV-Infizierten. Unter den ostdeutschen Studenten gab es zwar nur sehr wenige, die sich für eine rigide Sicherheitsdoktrin aussprachen, aber etwa jeder fünfte Befragte hatte 1990 über diese Frage einfach noch nicht nachgedacht.

Neben den Negativbefunden über die AIDS-Aufklärung in der DDR (zu spät, nicht intensiv und umfassend genug), lässt sich auch Positives vermerken. Sie war nicht nur still, sondern zugleich unspektakulär und unhysterisch. Es gab keine Angst- und Panikmache, keine Sündenbocksuche durch Boulevardmedien, keine kommerzielle Ausschachtung nach dem Motto: Je größer die Katastrophe, desto höher die Auflage. Insbesondere führte AIDS zu keiner Stigmatisierung der Schwulen, im Gegenteil. Vorurteile wurden abgebaut, die Toleranz nahm zu. Überhaupt wurde Homosexualität stärker thematisiert (Starke 1994). Das war im informellen Raum so, partiell und sparsam auch in der Öffentlichkeit (Vorträge, Presse, Fernsehen, Film). Es war nicht zufällig, dass erste Dokumentarfilme zu Homosexualität (und auch zu AIDS) gerade in dieser Zeit gedreht wurden. Zum Ende der DDR wurde schließlich das Wort homosexuell aus dem Gesetzbuch gestrichen, eine späte Entdiskriminierung, aber eine mit Fernwirkung: Anstoß zum gesamtdeutschen Fall des § 175 im Jahr 1994.

Bei der Thematisierung von AIDS zeigten sich im öffentlichen Umgang mit Sexualität Parallelen zur der sexuellen Liberalisierung: im Westen die lautstark eingeleitete „sexuelle Revolution“ mit breitem Diskurs, aber auch der kommerziellen Vereinnahmung der Sexualität; im Osten der etwas später einsetzende, in vieler Hinsicht aber gleiche Liberalisierungsprozess, der an der Oberfläche jedoch so gänzlich anders anmutete.

Die Haupt-Präventionsbotschaft der AIDS-Aufklärung war nicht nur im Westen, sondern auch im Osten angekommen (Starke/Weller 1991). Nachdem das Kondom durch den Siegeszug hormoneller Kontrazeption in den 70er Jahren drastisch an Bedeutung verloren hatte, erfolgte seit 1985 die Re-Kondomisierung des heterosexuellen Koitus. In der DDR erhöhte sich bereits vor der

offiziellen Präventionskampagne zwischen 1985 und 1988 der Kondom-Absatz von 13 auf 23 Millionen Stück. Gestiegen war in dieser Zeit nicht so sehr die Anzahl der Dauernutzer, sondern vor allem die der gelegentlichen Nutzer bei sexuellen Spontankontakten und ebenso die Anwendung beim ersten Geschlechtsverkehr (von 10% 1980 auf 40% 1990). Ein erfreulicher Kollateralnutzen dieses Verhaltenswandels war in der DDR der rapide Rückgang der Infektionen mit sexuell übertragbaren Krankheiten.

Die neben den schnöden hygienischen Tatsachen psychologisch interessantere Frage zu Auswirkungen von AIDS war, ob sich das Spannungsfeld zwischen Partnermobilität und Treue verändert hatte. 30% bis 40 % der 1990 befragten Erstsemester hatten im zurückliegenden Jahr mehr als einen Sexualpartner gehabt, zwischen 7% und 13 % mehr als vier. Die Zahl der Koituspartner hatte zwischen 1980 und 1990 unter den Ostdeutschen keinesfalls abgenommen. Sie stieg vielmehr bei den Männern von durchschnittlich 4,5 auf 5,1, bei den Frauen von 3,3 auf 3,9. Die Mehrheit der Männer und Frauen – 77% bzw. 69% – hatten 1990 mit mehr als einem Partner Geschlechtsverkehr gehabt. 1980 waren es etwa ebenso viele (1972 deutlich weniger, vor allem bei den Frauen). Insgesamt zeigt sich, dass es im Zeitalter von AIDS in Ost wie in West keinen Rückgang der Partnermobilität gegeben hat.

Während die Einstellung zur Treue bei den ostdeutschen Studierenden in den 1980ern Jahren beinahe unverändert blieb, nahm die Zahl der Seitensprünge eher zu. 1980 noch stärker vorhandene traditionelle Geschlechtsunterschiede wurden weiter angeglichen. In der aktuellen Beziehung waren 1990 28% der ostdeutschen Männer und 24% der ostdeutschen Frauen fremdgegangen, bei den westdeutschen waren es 30% bzw. 24%.

Insgesamt konnte 1990 keine nachhaltige Traumatisierung der Heterosexualität durch AIDS konstatiert werden. Einige Befunde, wie die weiter stark angewachsene Masturbationserfahrung der Frauen, deuten auf eine Kontinuität sexueller Liberalisierungsprozesse in den 80er Jahren hin. Dem stehen jedoch andere Befunde entgegen, z.B. der Rückgang der koitalen Orgasmusrate der Frauen, die auf gegenläufige Tendenzen, auf die Irritierung zentraler Bereiche der Heterosexualität hinwiesen.

Die Ergebnisse zur partnerschaftlichen Lebensweise der Studierenden in den 80er Jahren und weitere Vergleiche von Lebenswerten und Lebenszielen zwischen Ost- und Westdeutschen ähnelten denen der 70er Jahre. Nach wie vor lebte die Mehrheit der Studenten in einer festen Partnerschaft, Frauen etwas häufiger als Männer, und unter den Männern Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche, wobei sich unter den ostdeutschen Studenten beiderlei Geschlechts eine leichte Entpartnerschaftlichung der Lebensweise andeutete. Die Anzahl der Gebundenen und insbesondere der Anteil der Verheirateten war 1990 etwas geringer als im Jahre 1980.

90er Jahre: Alles anders?

1990, am Ende der DDR, waren Veränderungen im Sinne einer Transformation und Anpassung individueller Lebenskonzepte und Lebensweisen an die neuen marktwirtschaftlichen Verhältnisse prognostizierbar. Die Traditionalität der partnerschaftlichen Lebensweise in der DDR gründete sich unter anderem auf vergleichsweise kurze Bildungszeiten, auf den schnellen Übergang von Schule zu Studium sowie von Studium zu Beruf. Das katalysierte das soziale Erwachsenwerden. Kriterien dieses Erwachsenwerdens waren: frühzeitige feste Bindungen und Beginn partnerschaft-

licher Sexualität, frühzeitiges Heiraten, frühzeitige Realisierung des Kinderwunsches, frühzeitige materielle Unabhängigkeit vom Elternhaus, rasche berufliche Selbständigkeit. Wenn sich unter den Bedingungen der 90er Jahre das Studium auch im Osten stärker als Jugendmatorium entwickeln würde, dann müssten sich partnerschaftliche und sexuelle Entwicklungen entsprechend biographisch dehnen und verzögern.

Vor diesem Hintergrund waren ein Rückgang partnerschaftlicher Gebundenheit und eine Tendenz zur Singularisierung zu vermuten und damit verbundene Auswirkungen auf das sexuelle Verhalten anzunehmen: einerseits eine anwachsende Vielfalt und Differenziertheit im sexuellen Verhalten (wachsende Masturbationserfahrung, steigende Erfahrung mit homosexuellen Kontakten, mehr Differenziertheit im Verhütungsverhalten, Entstehen sexueller Subkulturen), andererseits Beeinträchtigungen der partnerschaftlichen Sexualität (Rückgang der Koitushäufigkeit und des partnerschaftlichen Lusterlebens); einerseits mehr Chancen zu buntem Sex, andererseits Risiken durch eben denselben; einerseits aufgeklärte Doppelmoral, andererseits nostalgische Verklärung des biedereren Einst; einerseits Auferstehung traditioneller Muster (die heilige Familie, das männliche Familienoberhaupt), andererseits die neue Beliebigkeit; einerseits die Lebbarkeit verschiedener Partnerschaftsformen, andererseits die Entkopplung von Liebe und Sexualität. Zugleich war vorauszusehen, dass marktwirtschaftlich-westliche Erscheinungsformen von Sex, die in der DDR fehlten oder nur in mageren Ansätzen keimten, individuelles Verhalten irritieren und anregen und mehr oder weniger verändern würden.

In den zahlreichen Diskussionen nach der Wende, getragen von einem unerhörten Informations- und Orientierungsbedürfnis, standen Fragen der Sexualität keineswegs im Mittelpunkt. Die neuen Sexerscheinungen wurden eher locker, tolerant, amüsiert, erwartungsvoll gesehen. Verbots-signale aus dem Westen (PorNO-Kampagne, Verschärfung der Gesetzgebung in bezug auf sexuelle Sachverhalte) fanden keinen Boden. Dennoch spielten die neuen Erscheinungen durchaus eine Rolle im nunmehr möglichen Diskurs. Die erste Tagung der eben in Leipzig gegründeten Gesellschaft für Sexualwissenschaft hatte Pornografie zum Thema (Starke/Weller 1991). Mehr und mehr wurden, insbesondere von Mädchen und Frauen, auch kritische Fragen gestellt – oder überhaupt Fragen zu Themen, die früher nie gestellt wurden bzw. keine waren (Starke 1995). Frustrierend für Ostdeutsche war die §218-Debatte.

Als Pendant zu den Veränderungen auf der Ebene des Verhaltens war zu vermuten, dass die Ostdeutschen künftig Sexualität kritischer reflektieren und insbesondere das Geschlechterverhältnis stärker problematisieren würden. Das geringe Diskurs- und Reflexionsniveau in der DDR hatte eine doppelte Ursache: Diskurse über sexuelle Belange wurden einerseits durch zentralistische, undemokratische, pluralitätsunfreundliche Bedingungen be- und verhindert, insbesondere dann, wenn sie nicht ins Bild passten (sexuelle Gewalt, Abtreibungen, abweichendes Verhalten, sexuelle Minderheiten). Andererseits boten die gesellschaftlichen Verhältnisse aufgrund der weitgehenden ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter auch nicht so nachhaltig Anlass für Diskurse und Problematisierungen des Geschlechterverhältnisses. Die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, so ist zu vermuten, lassen nunmehr kritische Diskurse stärker zu, und sie geben auch Anlass dazu.

Im folgenden soll auf Aspekte dieser Prognosen eingegangen werden.

Partnerschaft und Liebe

Unter den ostdeutschen Studierenden ist in den 90er Jahren keine Abnahme der partnerschaftlichen Gebundenheit feststellbar. Wie 1990 leben auch 1996 etwa zwei Drittel in einer festen Partnerschaft, Frauen etwas häufiger als Männer. Das sind etwas weniger als zu Beginn der 80er Jahre. Deutlich rückläufig ist lediglich die Zahl der verheirateten Studenten, insbesondere bei den jüngeren, von denen nunmehr kaum einer verheiratet ist.

1996 gibt es zwischen Studierenden in Ost und West in Bezug auf ihre partnerschaftliche Bindung fast keine Unterschiede mehr. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass mehr Weststudenten als früher eine feste Beziehung haben. Dieser Befund ist ein typisches Beispiel dafür, dass das Verschwinden von Ost-West-Unterschieden nicht immer und nicht immer wesentlich auf der Angleichung Ost an West beruht.

Von einer (weiteren) Singularisierung in den 90er Jahren kann aus Sicht dieser Befunde nicht gesprochen werden. Das gilt auch für das Partnerschaftsideal. Die feste langdauernde Beziehung wurde weder 1972 noch 1980 oder 1990 in Frage gestellt, lediglich 1% wollten keine Partnerschaft. Sie galt für nahezu alle Studenten – wie auch für andere Schichten der Jugend – als herausragender Lebenswert. Der Aufbau einer Partnerschaft war von Liebe getragen und auf Langfristigkeit orientiert. Auch 1996 sagen nur 2% im Osten wie im Westen, dass sie keine feste Beziehung haben möchten. Weitere 7%, insbesondere jüngere und männliche Studenten, möchten „immer mal wieder eine neue feste Beziehung“ und haben damit das Muster der seriellen Monogamie ausdrücklich als Ideal übernommen und nicht nur, wie sehr viel mehr, als Beziehungsrealität erfahren.

Die emotionale Bindung an die Partnerin bzw. den Partner ist meist stark. 1980 sagten 31% der Studierenden (23% der männlichen, und gar 38% der weiblichen), dass sie ihren Partner „über alle Maßen“ lieben; 1990 sagten dies immer noch 25%. Verschwindend wenige (unter 2%) lieben den Partner nicht (mehr). Dies ist auch 1996 so, in Ost wie in West und bei beiden Geschlechtern: Drei Viertel nennen ihre Gefühle für den Partner Liebe, weitere 13% bzw. 12% bezeichnen sich als verliebt. Werden die Gefühle zu einander unklar oder vergeht die Liebe, dann ist die Trennung voraussehbar. Die Bedeutung der Liebe für die Partnerschaft war schon 1990 bei unserer Interviewstudie an Großstadtjugendlichen herausragend (Schmidt 1993). Von einer Entkoppelung von Liebe und Partnerschaft kann keine Rede sein.

Treue

DDR-typisch war in den 70er und 80er Jahren eine hohe Bewertung sexueller Treue. 1972 wünschten sich 99%, der (zukünftige) Ehepartner möge treu sein. Der Aussage „Frauen sollten treu sein, bei Männern ist das etwas anders“ stimmten 1972 13% der Männer und 1% der Frauen zumindest eingeschränkt zu. Immerhin 21% der männlichen, aber nur 4% weiblichen Studenten hielten gelegentlichen Geschlechtsverkehr mit weiteren Partnern für zulässig, auch wenn man verheiratet ist. Bei einer festen nichtehelichen Partnerschaft waren es dagegen 43% der männlichen und 12% der weiblichen Studenten. Eheliche Treue wurde damals höher bewertet als nichteheliche, und mehr Frauen als Männer waren Treueanhänger.

1980 meinten 34% der männlichen und 22% der weiblichen Studenten, man könne seinen Partner sehr lieben und zugleich einen anderen gern haben (einschließlich Geschlechtsverkehr). Diese diplomatisch-freizügige Haltung hielt sich bis 1990 in diesem Ausmaß und ähnelte den Befunden der Bielefelder Vergleichsuntersuchung (Neubauer u.a. 1992). 16% (Männer wie Frauen) gaben 1980 an, sie hätten nichts dagegen, wenn ihr Partner mit einem anderen sexuelle Kontakte eingehen würde. 1990 ist das Bild ähnlich. 37% der Männer und 14% der Frauen bekannten sich 1980 zu dem gelegentlichen Wunsch, mit einem anderen Partner geschlechtlich zu verkehren. 1990 hatten 41% der männlichen und 19% weiblichen Studenten den Wunsch nach weiteren Sexualpartnern, weitere 43% bzw. 53% sagten, es käme darauf an. 1990 betonten 37% der ostdeutschen Studenten, dass sie es keinesfalls tolerieren würden, wenn die Partnerin intime Außenkontakte hätte, von den Studentinnen waren es 52% (westdeutsche 46% bzw. 43%). 1996 nun sind ähnliche Relationen festzustellen. 53% der ostdeutschen Männer verlangen Treue von ihrer Partnerin, bei den Frauen sind es 72%. Bei den westdeutschen sind es 63% bzw. 68%.

Die Ausschließlichkeitsorientierung, die sich in den Jahren der sexuellen Liberalisierung etwas abgeschwächt hatte, gewinnt nun wieder an Bedeutung. Nur 2-3% – Ost wie West, Männer wie Frauen – wünschen oder erwarten 1996 sexuelle Treue *nicht*. Auf der Verhaltensebene deutet sich in den 90ern eine Trendwende an. Während zwischen 1970 und 1990 ein kontinuierliches Anwachsen sexueller Untreue festzustellen war, wird 1996 eine Tendenz zu mehr Treue deutlich. Gaben 1990 noch zwischen 24% und 30% der Studentinnen und Studenten in Ost und West an, in der aktuellen Beziehung fremdgegangen zu sein, so waren es 1996 nur noch zwischen 19% und 23%. Zu DDR-Zeiten waren die Studierenden weniger seriell (mehr dauerhafte Beziehungen) und weniger monogam (höhere Seitensprungrate). Ähnliche Veränderungen waren in der BRD zu beobachten.

Koitushäufigkeit

Angesichts der anhaltend starken partnerschaftlichen Gebundenheit erstaunt es nicht, dass sich die Koitusaktivität in Ost und West nicht drastisch verändert hat. Im Osten ist sie zwar leicht gesunken, aber mit 8- bis 9mal im Monat für die aktive Gruppe immer noch hoch. Ein bedeutsamer Ost-West-Unterschied existiert 1996 praktisch nicht. Geblieden ist über die Zeiten hinweg, dass der Partnerstatus der wesentliche Prädiktor für die Koitushäufigkeit ist. Die Koitusfrequenz der Partnergebundenen liegt in den Untersuchungen zwischen 1980 und 1996 durchschnittlich bei 9 bis 10 mal im Monat, bei denen ohne festen Partner aber nur etwa bei 1 bis knapp 4 mal monatlich, wobei der Zusammenhang zwischen Koitushäufigkeit und Partnerstatus eher *noch* stärker geworden ist.

Bezieht man den Familienstand ein, so lag 1980 die Koitushäufigkeit der Verheirateten etwas über der der Ledigen mit fester Beziehung (10,2 zu 8,9 mal monatlich). Das hängt natürlich nicht damit zusammen, dass Sex in der Ehe als moralischer betrachtet wurde; vielmehr waren die emotionalen Beziehungen der Jungverheirateten meist besonders eng, und sie wohnten als Ehepartner oft zusammen, meistens im Wohnheim. 1990 war dieser Unterschied kaum noch vorhanden (9,6 zu 9,0 mal). Übertroffen wurden beide Gruppen durch Studierende, die in einer Beziehungsform lebten, die 1980 noch gar nicht erfragt worden war, nämlich die sogenannte Lebensgemeinschaft: 12,3 mal im Monat. 1996 ist ein Unterschied zwischen Ledigen mit fester Beziehung und Verhei-

rateten bei den Oststudenten nicht mehr festzustellen. Bei den Weststudenten liegen die Ledigen mit fester Partnerbeziehung weit vor den Verheirateten (9,3 zu 7,0 mal). Insgesamt bestätigt auch dieser Vergleich, dass sich die ideale Bedingung für koitales Vergnügen aus der Qualität der Beziehung (Liebe) und nicht aus einer legitimierenden Institution (Ehe) ergibt – wobei die Ehe im Ostdenken auch nicht weiter schadet.

Sexuelle Initiative

Von 1980 bis 1996 zeigt sich in mehrfacher Hinsicht eine interessante Entwicklung. 1980 betonten DDR-Studenten die Gemeinsamkeit. Zwei Drittel sagten, die Initiative zum letzten Mal sei von beiden ausgegangen. Beim restlichen Drittel hatte der eine oder die andere den Anstoß gegeben, meistens der eine, nämlich der Mann. Ob der Mann wirklich die Initiative hatte oder ob sie ihm nur überlassen oder zugeschrieben wurde, sei dahingestellt. 1996 ist der Anteil der ostdeutschen Studentinnen, die selbst die Initiative übernommen haben, von 5% auf 15% gestiegen. Die Zahl der initiativen Männer ist aber keineswegs kleiner geworden. Zurückgegangen ist nur der Anteil „von beiden gleichermaßen“, und zwar von zwei Drittel auf die Hälfte. Das bedeutet letztlich, dass die Zahl der Ostfrauen, die selbst oder mit dem Partner die Initiative ergreifen, gleich geblieben ist. Verändert hat sich eben nur die Zahl der Frauen, die die Initiative in der intimen Situation übernehmen. Sie ist nun nahezu genauso groß wie im Westen.

Der Befund unserer Interviewstudie (1990) an Großstadtjugendlichen, demzufolge mehr Mädchen aus dem Westen als aus dem Osten die Situation „kontrollieren“, in der es zu Geschlechtsverkehr kommt (Schmidt 1993, S. 67), findet sich 1996 bei Studentinnen also nicht mehr. Die Frage ist, ob man die Tatsache, dass eine der beiden Personen die Initiative ergreift, als Kontrolle interpretieren und im Falle der Frau als Ausdruck von Emanzipation und Selbstbestimmtheit begreifen sollte. Wenn die Partnerbeziehung symmetrisch und gleichberechtigt ist und beide wollen, ist es reichlich egal, wer in der Situation als erster aktiv wird. Ein Kampf um Kontrolle mit Sieg- oder Niederlagegefühlen ist dann gegenstandslos, und er wäre wohl auch lust- und liebetönd.

Im Falle einer Bedürfnisdiskordanz – der Mann will, die Frau aber nicht – kommt es im Westen etwas häufiger als im Osten nicht zu Sex, und wenn doch, dann fühlt sich die Westfrau etwas schlechter als die Ostfrau. Ist es umgekehrt – die Frau will, aber der Mann nicht – dann kommt es zwar insgesamt etwas häufiger doch zu Sex, aber im Westen ist insbesondere bei den älteren Frauen der Teil größer als im Osten, der auch dann keinen Sex hat. Hier stoßen zwei Muster weiblichen Reagierens auf einander: Im Westen Akzeptanz der eigenen Selbstbestimmtheit und der des Partners (emanzipatorisches Einstellungsmuster), im Osten Durchsetzung des Begehrens der Frau (emanzipatorisches Verhaltensmuster). Freilich betrifft dies alles nur eine recht kleine Gruppe von Frauen. Die meisten Frauen und Männer, in Ost und West, machen es sich nicht so schwer.

Kohabitarche

In Ost und West erfolgten die einschneidenden Veränderungen im Hinblick auf das Alter beim ersten Geschlechtsverkehr Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre. Das durchschnittliche Kohabitarche

chealter sank auf etwas 17,5 Jahre bei Studenten (Starke/Friedrich 1984). Zwischen 1980 und 1996 kam es zu keiner weiteren Vorverlegung des ersten Koitus, die ostdeutschen Männer fangen nun sogar etwas später als eineinhalb Jahrzehnte zuvor an – genauso wie sie eine feste Partnerbindung hinauszögern. Insgesamt sind 1996 bei den Männern 36% der ostdeutschen Studenten (29% der westdeutschen) und bei den Frauen 48% (44%) beim ersten Geschlechtsverkehr jünger als 18 Jahre gewesen und 56% (45%) bzw. 69% (60%) unter 19 Jahre.

In Ost und West haben seit 1980 die Frauen früher Geschlechtsverkehr als die Männer, das heißt, die traditionellen Geschlechtsunterschiede sind im Zuge der Liberalisierung hüben und drüben gekippt. Unverändert über die letzten drei Jahrzehnte fangen Ostjüngliche, Männer wie Frauen, mit dem Geschlechtsverkehr etwas früher an als die aus dem Westen.

Orgasmarche (weiblich)

1996 hatten wie 1990 oder 1980 nur kleine Minderheiten von 3–8% der Studentinnen in Ost und West noch nie einen Orgasmus erlebt. Etwa 70% der 1996 befragten Frauen, Ost wie West, hatten ihren ersten Orgasmus mit 16 Jahren oder früher erlebt; 1980 und 1990 waren das im Osten mit etwa 25% sehr viel weniger. Das Alter beim ersten Orgasmus liegt bei Ost-Frauen heute also deutlich früher als noch vor wenigen Jahren. Diese erheblichen Veränderungen hängen mit den Auslöseformen des ersten Orgasmus zusammen. 1980 wurde bei 90% der Oststudentinnen der erste Orgasmus durch heterosexuelle Kontakte, überwiegend erst durch Geschlechtsverkehr (67%) ausgelöst; 1990 sank dieser Wert auf 77% (Geschlechtsverkehr nur noch 52%), und zwar zugunsten der Selbstbefriedigung (21%), die 1980 nur eine geringe Rolle gespielt hatte (6%). Diese Entwicklung setzte sich nach 1990 fort: 1996 sagten nur noch 41% der Oststudentinnen, der erste Orgasmus sei durch Sex mit einem Mann erfolgt; 55% – genau so viele wie im Westen – erlebten den ersten Orgasmus nun durch Selbstbefriedigung.

Der *letzte Orgasmus* wurde 1980 noch bei 85% der Ost-Studentinnen bei einem sexuellen Kontakt mit einem Mann ausgelöst und bei 10% durch Masturbation; 1996 hatten nur noch zwei Drittel der Frauen ihren letzten Orgasmus beim Heterosex, eine Drittel bei der Masturbation. Es gab (1996) keine Ost-West-Differenzen. Die früheren Unterschiede im Masturbationsverhalten von Ost- und Westfrauen – im Osten wurde weit weniger masturbiert – haben sich aufgelöst. Im Osten wie im Westen hat sich zugleich die Funktion der Masturbation gewandelt. Sie ist weniger Koitusersatzhandlung, sondern eine selbständige, heute weniger problematisierte Form von sexueller Aktivität neben und in der Partnerbeziehung.

Orgasmuserleben

In unserer Interviewstudie 1990 an 16- und 17jährigen beobachteten wir, dass sich im Westen viele Mädchen beim heterosexuellen Geschlechtsverkehr unbefriedigt fühlten, obwohl sie einen Orgasmus hatten, während sich im Osten viele Mädchen sexuell zufrieden und glücklich fühlten, obwohl sie (diesmal) keinen Orgasmus hatten (Starke/Weller in Schmidt 1993, S. 87). Dies war ein klarer Hinweis darauf, dass der weibliche Orgasmus nicht das einzige oder das Hauptkriterium

befriedigender Sexualität ist, sondern dass die Sexualität noch andere und oft wesentlichere Funktionen hat.

1996 nun lassen sich die Ost-West-Unterschiede aus der Interviewstudie nicht mehr finden. Ost- wie Weststudentinnen beurteilen den letzten Sex mit einem Mann positiver, wenn sie einen Orgasmus hatten. Sie fühlen sich aber auch ziemlich oft sexuell befriedigt, glücklich, und geborgen, wenn sie diesmal keinen hatten. In die gleiche Richtung gehen die Antworten auf die Frage, welche Rolle der Orgasmus für die sexuelle Befriedigung spielt. Eine knappe Mehrheit der 1996 befragten Frauen (59% der Ost- und 57% der Westdeutschen) halten ihn zwar für wichtig, aber nur 9% bzw. 5% für unerlässlich; für 17% bzw. 19% ist er keine Voraussetzung für die sexuelle Befriedigung. Die Ost-West-Unterschiede sind unbedeutend.

1996 sagen 61% der Ost- und 63% der Weststudentinnen, dass sie einen Orgasmus hatten, als sie das letzte Mal mit einem Mann geschlafen haben. Diese Zahl liegt nahe der von 1990 (Ost 68%), aber unter der von 1980 (Ost 83%). In jener Zeit gehörte Orgasmus und heterosexueller Geschlechtsverkehr bei Frauen so eng zusammen wie nie zuvor und danach. Die Relativierung begann Ende der 80er Jahre, setzte sich aber nach der Wende kaum fort. Damals wie heute allerdings gilt ein Zusammenhang: Wird zum Partner Liebe empfunden, liegt die Orgasmusrate höher, nämlich bei 68% Ost und 67% West, wenn nicht oder nicht so sehr bei 41% bzw. 56%.

Orgasmus und Koitus

Der vaginale Verkehr gilt für Frauen als nicht besonders orgasmusgünstig. Folgt man den Befunden unserer Studie, dann steht er jedoch anderen sexuellen Praktiken nicht nach, auch der Selbstbefriedigung nicht. Rund jede zweite Frau kommt durch den Koitus besonders leicht zum Orgasmus. Das sind genauso viele wie durch manuellen Verkehr oder Selbstbefriedigung und etwas mehr als durch oralen Verkehr. Die Vielfalt der Praktiken, die „besonders leicht“ zum Orgasmus führen, sprechen nicht nur für eine aufgeklärte Aufgeschlossenheit gegenüber nonkoitalen Befriedigungsformen und allem was gut tut, sondern auch für eine antitechnizistische Haltung (Starke 2000). Nicht die Sexualtechnik, die Tricks, die Praktiken sind das Entscheidende, sondern das Wo, Wie, mit Wem, Wann, der gesamte emotionale Kontext. Freilich, eine Form ragt doch heraus: der vaginale Verkehr, nicht in bezug auf die leichte Erreichbarkeit des Orgasmus, aber in bezug auf die Intensität des Erleben: Der Koitusorgasmus wird von den relativ meisten Frauen als besonders intensiv empfunden.

Verhütungsverhalten

1990 hatten Ost- und Weststudentinnen eine gleich hohe Pillenerfahrung von 90%. Die aktuelle Nutzung der Pille war jedoch im Westen seltener als im Osten (48% zu 71%). Bei den Männern hingegen spiegelt die unterschiedliche Erfahrung mit dem Kondom (West 78%, Ost 60%) auch das stärkere Nutzungsverhalten wider: Die häufige Nutzung des Kondoms bestätigten 21% der männlichen West- und lediglich 11% der männlichen Oststudenten.

Auch in den 90er Jahren hat die Pille ihre Vormachtstellung im Osten beibehalten, und sie wird noch immer häufiger genutzt als im Westen. Mit einer aktuellen Nutzung durch 60% der

westdeutschen und 71% der ostdeutschen Studentinnen ist ein weiterer Anstieg gegenüber 1990 zu verzeichnen. Westdeutsche Studentinnen probieren die Pille zwar auch sehr häufig aus (zu über 90%), aber ein größerer Teil von ihnen setzt sie wieder ab. Deutlich angestiegen ist die Nutzung des Kondoms. Hatten 1990 60% der männlichen und 49% der weiblichen Studierenden im Osten Erfahrungen mit dem Kondom gesammelt, sind es 1996 über 80%. Damit ist im Osten, zumindest bei den Männern, Westniveau erreicht, das gilt (fast) auch für die aktuelle Nutzung.

Die angestiegene Kondomnutzung im Osten spricht für die vermutete Pluralisierungstendenz. Die vermehrte Pillennutzung zeigt jedoch, dass insgesamt vor allem die Verhütungskonsequenz größer geworden ist, und zwar auch im Westen. Eine stärkere Problematisierung der Pille ist nicht zu erkennen. Gegen die These einer Zunahme ökologisch-kritischer Haltungen zur Kontrazeption spricht auch, dass alternative Methoden der sogenannten natürlichen Familienplanung (sichere Tage) immer seltener ausprobiert werden. Hatten 1980 noch 62% der Studentinnen Erfahrungen mit diesen Methoden gesammelt, waren es 1990 nurmehr 47%. 1996 hat nur noch ein Viertel der ostdeutschen Studentinnen diesbezügliche Erfahrungen, und auch unter den Westdeutschen gibt es einen deutlichen Erfahrungsrückgang, von 57% 1990 auf 30% 1996.

Spirale und Diaphragma bleiben im Osten nach wie vor so gut wie ungenutzt. Im Westen sammeln zwar einige Studentinnen damit Erfahrungen, aber die Tendenz ist auch hier rückläufig. Im aktuellen Verhütungsverhalten haben sie in Ost und West faktisch keine Bedeutung. Für ein stringenteres Verhütungsverhalten – bei gleichzeitig größerer Aufgeklärtheit und der hohen ethischen Bedeutung einer sicheren Verhütung – spricht auch, dass nur noch wenige Studenten den Coitus interruptus praktizieren. Hatten 1980 unter den ostdeutschen Männern 58% damit Erfahrung und 1990 noch 48%, so waren es 1996 lediglich 25%.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Stringenz des Verhütungsverhaltens in den 90er Jahren deutlich zugenommen hat (Weller 1999). Bezogen auf den jüngsten Koitus verhüten um 85% aller Studierenden sicher, und zwar mit Pille und/oder Kondom, seltener mit Spirale oder Diaphragma. „Natürliche“ Methoden werden sehr selten angewandt. Eine Pluralisierung des Verhütungsverhaltens ist im Osten kaum festzustellen. Es gibt auch keine Anzeichen für eine Problematisierung der traditionellen hormonellen Verhütung durch die Frau. Interessant ist, dass sich mit dem allgemeinen Anstieg der Pillennutzung eine Annäherung an die ehemals ostdeutschen Verhältnisse vollzieht – hier holen die Westdeutschen langsam die Ostdeutschen ein, während in der Kondomverwendung eine Anpassung ostdeutschen an westdeutsches Verhalten zu verzeichnen ist.

Interruptiones

1980 hatten 5%, 1996 4% der Studentinnen aus dem Osten Abtreibungserfahrungen. Die Zahl ist in den letzten 20 Jahren ziemlich konstant geblieben. Allerdings sind vor der Wende weit mehr Studentinnen schwanger geworden (und haben Kinder geboren). Das bedeutet, dass heute relativ mehr Schwangerschaften abgebrochen werden – trotz der öffentlichen Problematisierung des Abbruchs, die mit der Wende den Osten erreichte. Im Westen ist der Anteil der Frauen, die schon mindestens eine Abtreibung hatten, im gleichen Zeitraum (1981-1996) von 15 - 16% auf 5 - 6% gefallen und liegt jetzt etwa auf gleichem Niveau wie im Osten; die Abbruchquote ist erheblich gesunken.

Wahrnehmung der Geschlechterrollen

Es gehört zu den bemerkenswerten Befunden deutsch-deutscher Untersuchungen zum Geschlechterverhältnis, dass die Ostdeutschen das Geschlechterverhältnis weniger konflikthaft als im Westen erleben (erlebt haben), sich weniger stark als Mann oder Frau sehen und Ereignisse ihres Lebens, Erfolge und Misserfolge, weniger ihrer Zugehörigkeit zur Geschlechtergruppe und mehr ihrer Gesamtpersönlichkeit attribuieren (Starke/Weller 1993 in Schmidt 1993, S. 87). Das ist nun etwas anders geworden. Inzwischen sehen Ostdeutsche in der veränderten Gesellschaft die Nachteile und (stärker!) auch die Vorteile der eigenen Geschlechterposition. Ein Unterschied zeigt sich aber immer noch, vor allem bei den Studentinnen.

Die Identifikation mit dem eigenen Geschlecht ist ein psychologisches und ein soziales Phänomen. Sie widerspiegelt in erster Linie, in wieweit es in einer Gesellschaft günstiger ist, ein Mann oder eine Frau zu sein. Zugleich ist sie Ausdruck eines bestimmten Selbstbewusstseins, eines Zu-sich-selbst-Stehens. Darüber hinaus kommt beim Gedankenspiel Mann-oder-Frau-Sein eine gewisse Souveränität und Offenheit gegenüber den Geschlechterrollen zum Ausdruck. 56% der Studentinnen und 71% der Studenten unserer 1980er Studie würden sich – falls es ihnen frei stünde – für das eigene Geschlecht und 13% bzw. 4% für das andere entscheiden; den übrigen (31% der Frauen und 25% der Männer) wäre es gleich. Frauen wie Männer sahen damals doch mehr Vorteile darin, ein Mann zu sein. 1996 nun haben sich 24% der Studentinnen und 7% der Studenten aus dem Osten zumindest manchmal gewünscht, gegengeschlechtlich geboren zu sein, Frauen also häufiger als Männer, und beide Geschlechter im wesentlichen so häufig wie im Westen. Sie betonen vor allem große Benachteiligungen der Frau in den Berufsaussichten (92% der Ost- und 87% der Weststudentinnen, und auch 76% bzw. 72% der Männer sehen das so).

Subjektive Bedeutsamkeit des Sexuellen

Am Ende des Fragebogens 1996 wurde den Studierenden eine offene Frage nach dem Stellenwert gestellt, den Sexualität in ihrem Leben einnimmt. Zunächst zwei Beispiele mit Kommentar:

Beispiel 1: Harmonie

„Sexualität ist ein Stück Lebensqualität für mich, solange sie harmonisch ist, d.h. solange beide Partner etwas davon haben.“

Kommentar: Dieser Student unterstreicht, wie viele seiner Kommilitonen, die große Bedeutung von Sexualität in seinem Leben. Sexualität ist „*ein Stück Lebensqualität*“. Ohne sie wäre das Leben ärmer, weniger befriedigend, weniger beglückend, nur halb soviel wert. Man könnte auf Sexualität verzichten, sie meiden, sich ihr entziehen, aber damit büßte das eigene Leben an Qualität ein und wäre deshalb eigentlich weniger lebenswert.

Dieses große Ja zur Sexualität, die generelle Akzeptanz von Sexualität werden akzentuiert durch Zusätze und Einschränkungen wie „*solange sie harmonisch ist*“, „*solange beide Partner etwas davon haben*“. Die *conditio sine qua non* für Sexualität sind Partner plus Harmonie. Sexualität wird als partnerschaftliches Phänomen betrachtet.

Bei manchen Studenten, nicht bei allen, insbesondere aber bei westlichen, geht das soweit, daß Trieb und Triebbefriedigung schlechthin außen vor bleiben, sie stehen nicht zur Debatte, wer-

den nicht thematisiert, vielleicht gar nicht als eigentlich menschlich betrachtet. Dadurch scheint (menschliche) Sexualität erhöht und von Triebübeln befreit.

Wenn zwei Menschen mit dieser Auffassung von Sexualität aufeinandertreffen und miteinander Sex haben, der harmonisch verläuft und von dem beide etwas haben, wird diese Verbindung sehr glücklich sein, zumindest im Selbstverständnis der beiden. Kompliziert wird es gewiß, wenn einer dieser beiden Partner auf jemanden trifft, der andere Auffassungen von Sexualität hat und Sexualität anders lebt oder wenn Konflikte in der Partnerschaft entstehen, die mit einer harmonischen Sexualität nicht zu lösen sind oder wenn sexuelle Wünsche übermächtig werden, die in der einvernehmlich-partnerschaftlichen Sexualität nicht zu befriedigen sind.

Sexualität ist ein äußerst komplexes Phänomen, sowohl in sozio-kultureller Hinsicht wie auch in bezug auf individuelle Verhaltensstile. Harmonie mit der möglichen Folge der Langeweile und der emotionalen Austrocknung der Beziehung, aber auch mit langzeitlicher Vertrautheit und immerwährendem Glück ist nur ein Aspekt.

Beispiel 2: Intimfunktion

„Sexualität bedeutet mir viel. Ich finde es wichtig, ein gutes Körpergefühl zu haben, dazu zählt auch eine erfüllte Sexualität. Sie trägt zu meinem Wohlbefinden – seelisch wie körperlich – bei, gleicht aus. In einer Partnerschaft ist Sexualität eine Art ‚Stimmungsbarometer‘. Klappt es gut im Bett, ist das m.E. ein Zeichen für große gegenseitige Zuneigung und Vertrauen. Das sagt auch etwas über die Beziehung insgesamt aus. Wenn mein Liebesleben einmal ‚brach liegt‘, fehlt mir etwas. Die Sehnsucht nach Nähe und Sex ist bei mir zugleich die Sehnsucht nach Wärme und Geborgenheit.“

Kommentar: Diese Studentin spricht verschiedene Funktionen der Sexualität an, sowohl mit eher modischen Worten „*ein gutes Körpergefühl*“, als auch mit eher altmodischen „*Wärme und Geborgenheit*“. Das ist durchaus charakteristisch für viele Antworten und steht im Einklang mit anderen empirischen Befunden.

Sexuelles soll Freude bringen, erlebnis- und inhaltsreich sein, vor allem aber Nähe zum geliebten Partner herstellen. Sexuelles ist stark auf Partnerschaft orientiert, signalisiert die Qualität einer Beziehung („*Stimmungsbarometer*“, „*Zeichen für große gegenseitig Zuneigung und Vertrauen*“) und hat in der Partnerbeziehung eine wichtige Funktion, nämlich Intimität zu sichern, die emotionale Bindung zu vertiefen, gemeinsames Erleben und gemeinsame Lust zu fördern, Mißtrauen abzubauen und Vertrauen zu schaffen, gegenseitige Achtung und Verstehen als Glück zu empfinden.

Von einer Entpersönlichung des Sexuellen oder einer Individualisierung des Sexuellen jenseits der Partnerbeziehung kann mit Blick auf die Befunde nicht die Rede sein. Solche Thesen halten der Wirklichkeit junger Liebender nicht stand. Genauso gilt das alte Klischee, dass es der Frau mehr um Zärtlichkeit und dem Mann mehr um Koitus geht, nicht mehr durchgängig. Weibliche und männliche Studenten drücken in Zusammenhang mit Sexualität gleichermaßen den Wunsch nach Nähe und Zärtlichkeit aus.

Sex als Fun und Event mit Kick hat im Vergleich zu früheren Untersuchungen an Bedeutung gewonnen – in der Konsum- und Erlebnisgesellschaft nicht verwunderlich, wengleich Sexuelles auch schon früher eine Unterhaltungs- und Vergnügungsfunktion hatte und Spaß machen sollte. Dennoch ist Sexuelles nicht Erlebnispark für gelangweilte Konsumenten geworden (Starke 2000). Die jungen Leute von heute verleugnen auch keineswegs die körperlich-entspannende Funktion von Sexualität, das „*gute Körpergefühl*“, das „*Wohlbefinden*“ das eine „*erfüllte Sexualität*“

bringt. Aber sie wollen sie idealerweise in einem partnerschaftlichen Rahmen erleben. Lust verbinden sie eng mit Zärtlichkeit, Intimität mit menschlicher Nähe.

Die Funktionen der Sexualität stehen in einem dynamischen Wechselverhältnis, und dieses Wechselverhältnis ändert sich. Die Beziehungsfunktion der Sexualität hat im Verein mit der Kommunikationsfunktion an Bedeutung gewonnen und wird um eine Funktion ergänzt, die Intimfunktion oder vielleicht besser Nähefunktion genannt werden kann (Starke 2000). Mittels des Sexuellen werden eine Intimität und eine Vertrautheit gewünscht, wird Nähe hergestellt, die anders so nicht herzustellen ist und in einer eher als unfreundlich empfundenen Welt isolierter und unzugänglicher Individuen offenbar überlebensnotwendiges Gewicht erhält. Ein Student schreibt: „*Andererseits ermöglichen sexuelle Kontakte, einem anderen Menschen so nahe zu kommen, wie es keine andere Situation im Leben erlauben würde.*“

Soweit die Beispiele. Die Antworten der Studierenden wurden in Diplomarbeiten von Matthiesen/Dekker (1997) und Kosiol (1998) ausgewertet (siehe auch Matthiesen/Dekker in Schmidt 2000). Verbindet man die Thesen dieser Arbeiten mit den statistischen Befunden, dann zeigt sich:

Partnerschaftlichkeit. Ost-Studierende sehen Sexualität vor allem als partnerschaftliche Sexualität. Sie wünschen sich Sexualität in einer Partnerschaft. Sie sehen in der Liebesbeziehung den idealen Ort für eine glückhafte Sexualität, und sexuelle Lust gewinnt durch die Liebe ihre große Dimension. West-Studierende verpacken Sexualität nicht so zwingend in Partnerschaft. Nach einer Trennung fühlen sich mehr West- als Oststudenten befreit (männlich 31% zu 22%, weiblich 45% zu 35%). Für sie bedeutete also die gewesene Bindung zugleich häufiger Unfreiheit. Im historischen Vergleich zeigt sich allerdings eine wachsende Bedeutung von Partnerschaft bei den West-Studierenden, eine Tendenz zum konventionellen partnerschaftlichen Modell. Übereinstimmend zu den Befunden der partnerschaftlichen Gebundenheit ist eine anhaltend hohe Bedeutung der Partnerschaftlichkeit im Osten und eine zunehmenden Bedeutung partnerschaftlichen Lebens im Westen festzustellen.

Pluralisierung und Vielfalt. Sexualität wird im Osten stärker mit Geschlechtsverkehr gleichgesetzt, partnerschaftliche Sexualität wird im Westen weniger koitusfixiert gelebt. Matthiesen/Dekker (1997) ermittelten ein Mehr an Aufgeschlossenheit, Toleranz und sexuelle Experimentierfreude der Westdeutschen bei gleichzeitig abgeklungener Skepsis gegenüber dem Koitus. Die vermehrte Masturbationserfahrung (von 59% 1990 auf 81% 1996) bei konstanter Masturbationshäufigkeit der Ostfrauen (aktive Gruppe 1990 an 4,8 Tagen im Monat, 1996 4,8 mal im Monat) lassen eine Pluralisierung des Sexualverhaltens auch im Osten vermuten. Die Befunde der Männer deuten eher auf eine wieder anwachsende oder unvermindert hohe Bedeutung des Koitus. 56% der Ostmänner sagen, daß ihre letzte Masturbation durch fehlenden Partnersex bedingt war, die Westmänner sagen das nur zu 43% – die Frauen zu 37% (Ost = West). 80% der Ostmänner, 73% der Westmänner, 64% der Ostfrauen und 55% der Westfrauen hätten lieber mit ihrem Partner geschlafen. Nach wie vor kann von einem etwas stärkeren koitalen Primat im Osten gesprochen werden und von einer etwas stärkeren sexuellen Vielfalt im Westen.

Problematisierung und kritische Reflexivität. Für Ost-Studierende ist eine anhaltend hohe positive Bedeutung der Sexualität charakteristisch. Sie reagieren in bezug auf Sexualität durchaus reflexiv, aber wenig problematisierend. Im Osten wird das Geschlechterverhältnis als homogener und harmonischer beschrieben. Artikulation von Mißtrauen und Spannung finden sich seltener. Sexualität wird häufiger ein uneingeschränkt hoher Stellenwert zugemessen. Sie wird seltener

relativiert als im Westen, wo sie teilweise aggressiv konnotiert ist. Ost-Studierende fühlen sich sexuell ausgeglichener, West-Studierende erleben häufiger Defizite. Für West-Studierende ist zumindest keine Entsexualisierung zu beobachten. Diskursivität, Problematisierung und Relativierung der Sexualität bei hoher Bewertung anderer Erlebnismöglichkeiten halten an (Matthiesen/Dekker 1997). Im Westen erfolgt eine stärkere Artikulation der Geschlechterdifferenz, nicht aber eine Akzentuierung eines Geschlechterkampfs. Eine Verhandlungsmoral gewinnt an Bedeutung. Also: anhaltend harmonisches Sexualitätsmodell Ost versus anhaltende Relativierung West.

Resümee

Die Oststudenten werden nicht so, wie die West-Studierenden seinerzeit waren und es jetzt nicht mehr sind. Es scheint nicht angemessen, das als beharrliche Verweigerung einer Modernisierung zu fassen. Vielmehr zeigt sich in den historischen Tendenzen in Ost und West so etwas wie spätmoderne Konvergenz. Die realsozialistische Gleichheit der Geschlechter relativiert und verkompliziert sich innerhalb einer sich sozial polarisierenden Gesellschaft, ohne dass jedoch die Liebes- und Sexualbeziehungen dadurch erodiert würden. Andererseits hat sich die feministische Irritierung des Geschlechterverhältnisses erschöpft. Die historisch notwendige Problematisierung hat zu einem erhöhten Reflexionsniveau geführt. Im Osten zeigt sich eine allmähliche Differenzierung der Geschlechterharmonie, im Westen allmähliche Harmonisierung der Geschlechterdifferenz. Man könnte von einer ebenso postsozialistischen wie postfeministischen Neokonventionalisierung in Partnerschaft und Sexualität sprechen.

Die Entwicklung nach der Wende und die heutige Studentensexualität lassen sich nicht nur mit Blick auf diese wenigen Jahre begreifen, so markant der Einschnitt 1989/1990 auch war. Wie in bezug auf andere Einstellungs- und Verhaltensbereiche, so ist auch in bezug auf Partnerschaft und Sexualität in größeren historischen Bögen zu denken.

Literatur

- Bathke, G.-W. u.a.: Leistungsentwicklung im Studium. Bedingungen und Faktoren hoher Studienleistungen. Forschungsbericht. Leipzig: ZIJ 1989
- Bathke, G.-W./K. Starke: Studentenforschung. In: W. Friedrich, P. Förster und K. Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 - 1990. Berlin: edition ost 1999
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Bonn 1998
- Clement, U./K. Starke: Sexualverhalten und Einstellungen zur Sexualität bei Studenten in der BRD und in der DDR. Ein Vergleich. Zeitschrift für Sexualforschung. Heft 1. 1988
- Dekker, A./S. Matthiesen: Die Bedeutung der Sexualität im sozialen Wandel. Eine empirische Untersuchung über den Stellenwert der Sexualität im Leben von Studentinnen und Studenten. Universität Hamburg. Diplomarbeit 1997
- Kosiol, R.: Studentische Sexualität in Ost und West. FH Merseburg. Diplomarbeit 1999
- Mögling, T./K. Schreier./K. Starke/K. Weller: Liebe, Sexualität und Studentenfamilie. Ein internationaler Vergleich. In: Autorenkollektiv, Cennostnyj mir sovremennogo studenta. Moskau: Molodajj gwardija 1992

- Neubauer, G./I. Emmerich/K. Starke/K. Weller: „Tauschehe“ Ost oder „wilde Ehe“ West? Lebenslaufplanung, Partnerschaft und Sexualität von Studierenden. In: G. Neubauer, W. Melzer und K. Hurrelmann (Hg.): Jugend im deutsch-deutschen Vergleich. Neuwied: Luchterhand 1992
- Schmidt, G. (Hg.). Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder. Stuttgart: Enke 1993
- Schmidt, G. (Hg.): Die sexuelle Revolution und ihre Kinder. Kontinuität und Wandel im studentischen Sexualverhalten 1966-1996. Gießen: Psychosozial 2000
- Schnabl, S.: Intimverhalten – Sexualstörungen – Persönlichkeit. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1972
- Starke, K.: Die ungewöhnliche gewöhnliche Sexualität in der DDR. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Band VIII. Eggersdorf: Matthias Kirchner 1997
- Starke, K.: Fit for SexPower. Eine sexualwissenschaftliche Untersuchung zu BRAVO GiRL!. Frankfurt am Main: Peter Lang 2000
- Starke, K. Junge Partner. Tatsachen über Liebesbeziehungen im Jugendalter. Leipzig: Urania 1980
- Starke, K.: Partner und Sexualverhalten ostdeutscher Jugendlicher und gesellschaftlicher Umbruch. In: H. Sydow (Hg.): Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und nach der Vereinigung Deutschlands. Opladen: Leske + Budrich 1996
- Starke, K.: Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR. Mit einer Einleitung von Bert Thinius und einem Interview mit Eduard Stapel. Berlin: Ch. Links 1994
- Starke, K.: Sex hoch drei. Berlin: Neues Leben 1995
- Starke, K.: Sexuellerfahrung und Familienplanung von Studienanfängern. Ärztliche Jugendkunde 70. 1979. S. 210-217,
- Starke, K./K. Weller (Hg.): Pornographie. Leipziger Hefte zur Sexualität. Heft 0. Leipzig: Gesellschaft für Sexualwissenschaft 1991
- Starke, K./K. Weller: Partner III. Sexualität und Partnerschaft der Ostdeutschen unter besonderer Berücksichtigung von Aids. Bericht. Leipzig: Forschungsstelle Partner- und Sexualforschung 1991
- Starke, K./K. Weller: Partner- und Sexualforschung. In: W. Friedrich, P. Förster und K. Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 - 1990. edition ost, Berlin 1999
- Starke, K./U. Starke: Student 89. Forschungsbericht. Leipzig: ZIJ und Karl-Marx-Universität 1989
- Starke, K./W. Friedrich: Liebe und Sexualität bis 30. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1984
- Starke, K.: Unsere Untersuchung „Junge Partner II“. In: Zentralinstitut für Jugendforschung (Hg.): Ehe – Familie – Sexualverhalten. Leipzig: ZIJ 1983
- Starke, K.: Viel Trieb, mehr Lieb. Funktionswandel der Sexualität: die Nähefunktion. Sexualmedizin. Heft 6. 2000. S. 175-180
- Weller, K.: Das Sexuelle in der deutsch-deutschen Vereinigung. Leipzig: Forum 1991
- Weller, K.: Verhütung in Ost und West vor und nach der Wende. Profamilia Magazin. Heft 4. 1999. S. 17-23
- Weller, K.: Zur sexuellen Entwicklung im Kindes- und Jugendalter. Ergebnisse der Studie Partner III. In: K. Bach, H. Stumpe und K. Weller (Hg.): Kindheit und Sexualität. Braunschweig: Holtzmeier 1993

Studierende in Ostdeutschland 1989 – 1999

Annotierte Bibliographie

Peer Pasternack

Die Bibliographie verzeichnet

- (a) alle seit Ende 1989 zum Thema erschienenen selbständigen Publikationen (Monographien, Sammelbände, Dokumentationen – incl. Graue Literatur, also nicht in Verlagen produziertes und über den Buchhandel vertriebenes Schrifttum), sowie
- (b) Zeitschriftenartikel, die zum Thema zwischen 1990-1999 veröffentlicht wurden. Systematisch ausgewertet wurden dafür folgende Zeitschriften: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*), *Beiträge zur Hochschulforschung*, *Deutschland Archiv*, *Forschung & Lehre* (bis 1993 u.d.T. *Mitteilungen des Hochschulverbandes*), *Forum Wissenschaft*, *hochschule ost*, *Das Hochschulwesen*, *Utopie kreativ*. Daneben sind auch Zufallsfunde aus anderen Zeitschriften verzeichnet.

Die selbständigen Titeln sind annotiert, bei Zeitschriften- und einzelnen Sammelbandartikeln hingegen erfolgt hier eine Beschränkung auf die bibliographischen Angaben.

ad iubilaeum (*ad rem* Nr. 150). Daniela Münster Verlag, Dresden 1999. 48 S.

Diese Ausgabe der Dresdner Studentenzeitung *ad rem* erschien als Sonderdruck anlässlich ihrer 150. Ausgabe. In verschiedenen Artikeln werden die Geschichte der 1989 gegründeten Zeitung, das Engagement einzelner Redakteure und die Redaktionsarbeit seit 1989 behandelt.

Adler, Henri: ***Zum Wanderungsgeschehen beim Hochschulzugang in den neuen Ländern*** (Projektberichte 4/1994). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1994. 41 S.

Die Studie vergleicht die Bildungswanderungen beim Hochschulzugang in der DDR, in der Umbruchphase 1990/91 und die Veränderungen im Wanderungsverhalten ab 1992.

Adler, Henri/Burkhardt, Anke/Lischka, Irene/Scherer, Doris: ***Studienberechtigte und Studienbewerber aus dem Land Thüringen*** (Projektberichte 6/1991). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1991. 27 S + Anhang.

Im ersten Teil werden die Studienbeteiligung, der Zugang nach Bildungswegen sowie Stadt und Land und die Bewerbung nach Wissenschaftszweigen für 1990 untersucht. Der zweite Teil enthält die Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahl aus dem Land und seinen Regionen. Zahlreiche statistische Tabellen in der Anlage.

Adler, Henri/Lischka, Irene: *Voraussichtliche Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Studienfächern Medizin, Pharmazie, Psychologie und Biologie an Hochschulen in Thüringen*. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1991. 44 S. + Anh. o.S. (14 S.).

Disziplinspezifische Prognose der Studienanfängerzahlen, Darstellung der Aspekte der Bedarfsentwicklung sowie Voraussagen zum thüringischen Studierenden-Ex- und -Import.

Adler, Henry/Lischka, Irene: *Vorausschätzung. Entwicklung der Studienberechtigten und Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern* (Projektberichte 2/1993). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1993. 97 (+ 21) S.

Neufassung einer ersten Prognose von 1991. Sie bleibt wegen der noch zahlreichen Unwägbarkeiten unsicher. Ihr liegen Trendbeobachtungen und begründete Annahmen zugrunde, die ausführlich erläutert werden (Modell der Vorausschätzung). Aus der Bewertung der möglichen Voraussetzungen (sozioökonomische Lage, Bevölkerungsentwicklung, Wanderungssaldo usw.) wurden als wichtigstes Ergebnis acht Prognosen errechnet, die zum Teil differieren, zum Teil aber auch gleiche Voraussagen machen. Tabellen mit allen Zahlen bilden den umfangreichen Anhang. Die Prognose reicht bis 2010.

Adler, Henri/Lischka, Irene: *Erste Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger aus den neuen Bundesländern bis 2010* (Projektberichte 2/1991). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1991. 84 S. + Anhang.

Die Veröffentlichung bietet einen Überblick über die Ausgangssituation und Rahmenbedingungen der Studienanfängerzahlen, die demographische Entwicklung, eine Prognose der Studienberechtigten für die einzelnen Länder und die Gesamtheit der ostdeutschen Länder einschließlich Ostberlin sowie eine Prognose der Studienanfänger nach selbigem Prinzip. Schwierigkeiten bei der Prognose ergeben sich durch die Bilanzierung und Limitierung der Zugänge zu den Hochschulen und ihren Vorbereitungswegen in der DDR, so daß noch keine ungesteuerten, sich selbst regulierenden Trends erkennbar sein können. Die Entwicklungen der Studienberechtigten und Studienanfänger werden im Anhang tabellarisch dargeboten.

Adler, Henri/Lischka, Irene: *Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern*. In: *Das Hochschulwesen* H. 3. Berlin 1991. S. 97-102.

AG Sekten/Sondergemeinschaften des Studentenrates an der TU Dresden. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1993. S. 82-83.

Albert, Kati: *Warum kommen Student(inn)en aus Westdeutschland und aus West-Berlin an die ostberliner Humboldt-Universität?* In: *hochschule ost* H. 5-6. Leipzig 1995. S. 95-104.

Albert, Kati: *Zur Selbst- und Fremdwahrnehmung ost- und westdeutscher Studenten/innen an der Humboldt-Universität zu Berlin*. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II. Berlin 1998, 178 S.

Die Dissertation untersucht das Wechselverhältnis zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung ost- und westdeutscher Studenten an der Humboldt-Universität zu Berlin. Hierbei werden die durch eine breite Methodendbasis erhobenen Daten deskriptiv und komparativ ausgewertet und anschließend diskutiert.

Allgemeiner StudentInnenausschuß Heinrich Heine Universität Düsseldorf (Hg.): *Reader 1. BRD-DDR-Studierendenkongreß*. Düsseldorf 1990. 27 S.

Vom 26.-28. Januar 1990 fand in Düsseldorf der erste deutsch-deutsche Studierendenkongreß statt. Der Nachbereitungsreader enthält die Materialien der Veranstaltung wie das Grußwort der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Anke Brunn, Presseerklärungen der Veranstalter, die Berichte der Arbeitsgruppen, einen Pressespiegel u. dgl.

Allgemeiner StudentInnenausschuß Universität Hannover (Hg.): *Vorbereitungsreader zu den 1. Leipziger StudentInnentagen vom 16.02. - 18.02.1990*. Hannover 1990. 36 S.

Im Februar fand in Leipzig der 2. DDR-BRD-Studierendenkongreß statt (nach dem ersten im Januar 1990 in Düsseldorf). Der Reader beinhaltet neben dem Kongreßprogramm eine bunte Mischung von Beiträgen (meist aus Zeitungen) zur Gründung und Etablierung von StudentInnenräten an den DDR-Hochschulen und zu allgemeinen politischen Entwicklungen in der DDR.

Antrag des StuRa Rostock: *Arbeit des Vorstands in den neuen Ländern*. In: *fzs-Rundbrief* H. 5. Bonn 1994, S. 60.

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit (Hg.): *Das Buch zum Institut*. Leipzig 1994. o.S. (24 S.)

Das Heft dokumentiert eine in der *Zs. hochschule ost* geführte Debatte incl. des ursprünglichen Anlasses, eines *F.A.Z.*-Artikels von Wolfgang Fach, Politikprofessor an der Universität Leipzig, unter dem Titel "Schaf und Schäfer. Die Reize der Lehre im Osten". Darauf antworten Frank Geißler und Peer Pasternack: "Schafherden und Schäferhunde. Die Reize der Belehrung im Osten". Fach erwidert mit "Politik studieren. Eine Motivations-Skizze (Ost)". Darauf wiederum repliziert André Debüser: "Warum schweigen die Lämmer?" Gegenstand der Debatte waren mentale und soziale Differenzen zwischen Ost-Studierenden und West-Lehrkräften am politikwissenschaftlichen Institut der Leipziger Universität.

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit/Konferenz der StudentInnenschaften KdS (Hg.): *Das Hochschulsystem nach der deutschen Neuvereinigung: Umbau im Osten und Konservierung im Westen? Anhörung zu den Inhalten einer anstehenden Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (=hochschule ost 3/1992)*. Leipzig 1992. 60 S.

An der von der KdS, dem Dachverband der ostdeutschen StudentInnenRäte, veranstalteten Anhörung vom 26.2.1992 in Berlin waren als Sachverständige u.a. beteiligt: Hilde Schramm (Die Grünen/AL), Dietmar Keller (PDS), Doris Odendahl (SPD), Torsten Bultmann (BdWi), Larissa Klinzing (GEW), Hans Jürgen Block (Wissenschaftsrat).

Arnold, Wolfgang: *Zur Entwicklung von Gestaltungslösungen für Handlungsbereiche studentischer Mit- und Eigenverantwortung eines verstärkt auf selbständige Persönlichkeitsentwicklung gerichteten Studienprozesses* (Empfehlung 2/1990, Technische Universität Dresden, Wissenschaftlich-methodische Kommission). Dresden 1990. 15 S.

Diese „Empfehlung“ will Anregungen für Handlungsbereiche zur Mit- und Eigenverantwortung von Studenten geben. Ziel sei es, geistige Produktivität als Wesensmerkmal der Befähigung akademisch ausgebildeter Persönlichkeiten auszuprägen. Dazu wird in Ergebnisse, Kriterien sowie Maßnahmen und Wege für den Prozeß geistiger Produktivität untergliedert.

AStA der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (Hg.): *45. Ausgabe, 5 Jahre CRASH! Die Greifswalder Studentenzeitung. Jubiläumsausgabe. Die besten Artikel* (Beilage zu *Crash!* H. 8/95). Greifswald 1995, o.S. (32 S.).

Das Heft ist denen zu empfehlen, die sich für jegliche Aspekte studentischen Lebens in Ostdeutschland seit 1990 interessieren.

Aulerich, Gudrun/Karin Döbbeling: *Studienberatung als Spiegelbild des Umgestaltungsprozesses im Hochschulwesen der neuen Länder*. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1993. S. 52-55.

Aulerich, Gudrun/Stein, Ruth Heidi: *Wende gut - alles gut? Oder: Sage mir, woher Du kommst... Studierende in Dresden und Dortmund sechs Jahre nach der Wende*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1997. S. 124-144.

Aulerich, Gudrun/Stein, Ruth Heidi: *Familie alles – Hochschule nichts? Zum Einfluß von Handlungsmustern und institutionellen Bedingungen auf das Verhalten Dresdner Studierender sechs Jahre nach der Wende*. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1998. S. 10-22.

Baier, Frank: „*Macht Euch keine Gedanken...*“ *Aktionen gegen Abwicklung. Das Exempel Martin-Luther-Universität*. In: *Forum Wissenschaft* H. 1. Marburg 1991. S. 44-46.

Baldschus, Manfred/Berger, Joachim/Billstein, Hermann-Josef (Hg.): *BRDDR. Studium in Ost und West* (=Unicum März 90). Unicum-Verlag, Bochum 1990. 46 S.

Neben einem Gastbeitrag von Kurt Biedenkopf enthält diese Ausgabe des Anzeigenmagazins Artikel über Kooperationen zwischen der Essener und Jenaer Studentenschaft, über den universitären Umbruch im Norden der DDR und über die frühere Unterstützung von westdeutschen Hochschulorganisationen durch die SED. Es schließen sich ein Interview mit dem Rektor der Leipziger Universität, Horst Hennig, sowie Artikel über deutsch-deutsche Studienaustauschmöglichkeiten und das Entstehen selbständiger Studentenvertretungen in der DDR an.

Bargel, Tino: *Öffnung der Hochschulen, Massenhochschulen und soziale Zusammensetzung der Studierenden. Vier Thesen, einige Überlegungen und Daten zur Hochschulentwicklung in der BRD und der DDR*. Konstanz 1990. 5 S. (+ 12 S. Anhang).

Der Autor behandelt die im Titel formulierte Problemstellung vergleichend für BRD und DDR und untersetzt seine Aussagen mit zahlreichen grafischen und tabellarischen Übersichten.

Bargel, Tino: *Studienqualität und Hochschulentwicklung. Fünfte Erhebung zur Studiensituation an Universitäten und Fachhochschulen* (Bildung und Wissenschaft Aktuell Bd. 11/93). Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1993. 56 S.

Die fünfte Erhebung im Wintersemester 1992/93 wurde erstmals unter Einbeziehung von Hochschulen in den ostdeutschen Bundesländern durchgeführt und erfragte die Erfahrungen, Urteile und Wünsche der Studierenden. Realisiert wurde die Untersuchung von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz.

Bargel, Tino: *Studierende und Politik im vereinten Deutschland. Sonderauswertung einer Erhebung zur Studiensituation an deutschen Universitäten und Fachhochschulen im WS 1992/93* (Bildung Wissenschaft Aktuell Bd. 3/94). Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1994. 60 S.

Die Auswertungen zu politischem Interesse und Handlungspotential, Hochschulpolitik und studentischen Vertretungen, politischen Positionen und Zielpräferenzen, demokratischen Prinzipien und politischer Wirklichkeit, Erfahrungen und Urteilen zur deutschen Neuvereinigung sowie zu Hoffnungen und Befürchtungen zur europäischen Integration erfolgen jeweils differenziert für West- und Ostwestdeutschland.

Bargel, Tino: *Zum politischen Potential der Studierenden an Universitäten in Ost- und Westdeutschland*. In: *hochschule ost* H. 3. Leipzig 1994. S. 9-18.

Bargel, Tino: *Student und Politik im vereinten Deutschland*. In: *Forschung & Lehre* H. 8. Bonn 1995. S. 426-428.

Bargel, Tino/Multrus, Frank/Ramm, Michael: *Studium und Studierende in den 90er Jahren. Entwicklung an Universitäten und Fachhochschulen in den alten und neuen Bundesländern*. Hrsg. von Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Bonn 1996. 231 S.

Die Broschüre stellt die Ergebnisse der 6. Erhebung zur "Situationsstudie und den studentischen Orientierungen" vor, die seit 1982 in zwei - bzw. dreijährigen Rhythmus von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz durchgeführt wird. In dieser Erhebung wurden zum zweiten Mal Studierende an ostdeutschen Hochschulen einbezogen. Die Studie erörtert u.a., daß zwischen den Auffassungen der Studenten in West- und Ostdeutschland deutliche Annäherungen im Hinblick auf Vorstellungen über die Studiendauer und die erfahrenen Studienanforderungen zu erkennen seien. In den Studienmotiven, in der zeitlichen Studienplanung zu Studienbeginn sowie in den Forderungen zur Hochschulentwicklung würden sich westdeutsche Studenten zunehmend an ihren Kommilitonen in Ostdeutschland orientieren. Konvergenzen be-

stünden in der sich verbessernden Qualität des Kontaktes und der Kommunikation an westdeutschen Hochschulen zwischen Studenten und Lehrenden, wohingegen in Ostdeutschland in diesem Feld über Einbußen im Vergleich zu früher geklagt werde.

Bargel, Tino/Peisert, Hansgert: *Studium im vereinten Deutschland. Ein Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern*. In: *Forschung & Lehre* H. 9. Bonn 1994. S. S. 389-392.

Bargel, Tino/Wiehn, Erhard Roy: *Studium und Studierende in den 90er Jahren. Ergebnisse einer Erhebung*. In: *Forschung & Lehre* H. 11. Bonn 1996. S. 585-587.

Baumgärtner, Theo (Hg.): *Kiffen, Koksen und Klausuren. Studentischer Drogengebrauch in Ostdeutschland*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1998. 164 S.

Die Studie zum studentischen Drogengebrauch in Ostdeutschland kommt u.a. zu dem Ergebnis, daß für viele der befragten Studierenden die maßgebliche Demarkationslinie bei der Rauschmittelauswahl nicht entlang der bestehenden Legalitätsgrenze verläuft, sondern sich eher an der Wirkungsweise und dem jeweiligen Risikopotential orientiert. Angesichts der „Normalität des Kiffens“ im studentischen Milieu weisen viele der Studierenden die staatlichen Bemühungen gegen den Mißbrauch von Drogen solange als willkürlich und unglaubwürdig zurück, wie dabei weiterhin an dem bisher undifferenzierten Verbot ihres Gebrauchs festgehalten wird. Kapitel: „Einleitung“ (Baumgärtner), „Ziel, Zielgruppe und Methode der Untersuchung“ (Baumgärtner), „Drogenprävalenz und Drogenpräsenz im studentischen Milieu“ (Baumgärtner), „Konsum oder Enthaltbarkeit? Über Motive des Gebrauchs von illegalen Drogen, der Bereitschaft, bisher noch nicht konsumierte Rauschmittel zu probieren und die möglichen Gründe des Konsumverzichts“ (Jana Lantzsch/Achim Lauber), „Die Einschätzung der Gefahren des Umgangs mit Rauschmitteln und die Quellen des Wissens“ (Baumgärtner/Sabine Sandring), „Das Verhältnis zu den Eltern, FreundInnen und KommilitonInnen sowie die allgemeine Lebenszufriedenheit der StudentInnen“ (Christian Werner), „Die Einstellung zur aktuellen Drogenpolitik in der Bundesrepublik“ (Ronny Arnold/Mark Michel), „Drogenpolitische Schlußfolgerungen“ (Baumgärtner) und „Deskriptive Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse unserer Umfrage unter Leipziger StudentInnen“ (Baumgärtner).

Baumgärtner, Theo: *Speed, Shit und Scheine. Der Umgang mit Rauschmitteln bei Leipziger, Dresdener und Hamburger StudentInnen*. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1998. S. 32-52.

Behrens, Jens: „*Lebenssinn und konkrete Hoffnung*.“ In: Bernd Lindner/Ralph Grüneberger (Hg.), Demonteure. Biographien des Leipziger Herbst, Aisthesis Verlag, Bielefeld 1992, S. 223-242.

Birk, Lothar: *Vorausschätzung der Studienanfänger- und Studentenzahlen in den Fünf Neuen Ländern einschl. Berlin (Ost). Zielprojektion bis zum Jahr 2010. Erste Ergebnisse von Berechnungen der Studienanfänger- und Studentenzahlen bis zum Jahr 2010 auf der Grundlage von verschiedenen Zielvarianten*. Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1992. 18 S.

Die Studie berechnet zwei Varianten: Zum einen unter Zugrundelegung von keiner Wanderung von Ost nach West bzw. umgekehrt bzw. Ausgleich dieser Wanderung; zum anderen unter Zugrundelegung von Studierendenimport- und -exportüberlegungen. Mit zahlreichen Tabellen und Grafiken.

BMBW: *BAföG für in der DDR politisch und ideologisch diskriminierte Schüler und Studenten*. In: *hochschule ost* H. 12. Leipzig 1993. S. 105-106.

Böhm, Jan M./Hoock, Claudia: *Sozialisation und Persönlichkeit. Autoritarismus, Konformismus oder Emanzipation bei Studierenden aus Ost- und Westdeutschland* (Focus kritische Universität). Focus-Verlag. Gießen 1998, 241 S.

Auf der Basis einer umfangreichen tiefenhermeneutischen Studie, in deren Rahmen etwa 200 Studierenden aus Ost- und Westdeutschland befragt worden waren, wird versucht, die Frage zu klären, in welchem Ausmaß Autoritarismus und Konformismus, aber auch emanzipatorische und demokratische Haltungen bei jun-

gen Erwachsenen verbreitet sind. Dabei geht es weniger um eine gesamtdeutsche Repräsentativerhebung, als vielmehr um einen Vergleich der beiden Stichproben aus Leipzig und Münster.

Böhme, Karen: *Formen der Interessenwahrnehmung von Studentinnen durch Studentinnen*. In: TU Dresden, Referat Gleichstellung von Frau und Mann (Hg.), Gleichstellung der Frau - Herausforderung der Einheit! Dokumentation zur 6. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen. Leipzig am 26., 27. und 28. März 1993. Dresden 1993.

Bothin, Gabriele/Gebuhr, Klaus/Heilmann, Peter: *Befragung von Studentenräten*. In: *Das Hochschulwesen* H. 4. Berlin 1990. S. 120-121.

Brämer, Rainer: *Akademische Lehrer in technischen Studiengängen. Studentische Urteile im deutsch-deutschen Vergleich*. In: *Das Hochschulwesen* H. 4. Neuwied 1991. S. 159-164.

Brämer, Rainer: *Trauma Großdeutschland. Die Wiedervereinigung aus studentischer Sicht*. In: *Forum Wissenschaft* H. 1. Marburg 1993. S. 50-52.

Brämer, Rainer: *Trauma Großdeutschland. Die Wiedervereinigung aus studentischer Sicht*. In: *hochschule ost* H. 9. Leipzig 1993. S. 43-49.

Brämer, Rainer/Bunke, Kurt: *Hochschullehrer im deutsch-deutschen Vergleich. Studentische Urteile vor der Vereinigung*. In: *Deutschland Archiv* H. 6. Köln 1991. S. 617-633.

Brämer, Rainer/Duret, Patricia: *Das Trauma der Intelligenz. Die deutsche Vereinigung aus studentischer Sicht*. In: *Deutschland Archiv* H. 9. Köln 1992. S. 919-929.

Brämer, Rainer/Heublein, Ulrich: *Studenten in der Wende? Versuch einer deutsch-deutschen Typologie vor der Vereinigung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* H. 44. Bonn 1990. S. 3-16.

Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" (Hg.): *Die Europa-Universität Viedrinska. Ein Überblick aus studentischer Sicht* (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte 2/1995). Potsdam 1995. 58 S.

Zahlreiche Beiträge von Studierenden der Europa-Universität zu ebenso zahlreichen Aspekten des Studierens in Frankfurt/Oder. Größtenteils erfrischend-subjektiv.

Brandenburgisches Wissenschaftsministerium: *Auch ohne „eigene“ Abiturienten: Zahl der Studierenden an den FH in Brandenburg nimmt weiter zu*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1995. S. 96-97.

Bretschneider, Falk: *„Es war schon ein kritischer Moment“: Zur internen Kommunikationspolitik der Universität Leipzig während des Studierendenstreiks im Winter 1997*. In: *hochschule ost* 1-2/1999, S. 228-248.

Bretschneider, Falk/Andreas Mai: *Vom „Runden Tisch“ zum „Bildungssparschwein“: Studentischer Protest gegen die BAföG-Verzinsung in Leipzig und in Ostdeutschland 1995/96*. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1996. S. 19-30.

Bretschneider, Inge: *Studentenprotokolle. Schicksale und Gedanken von Studenten in der Wendezeit*. Selbstverlag. Dresden 1995. 128 S.

Die Autorin hatte als Lehrkraft an der TU Dresden 1988 begonnen, mit Studierenden Interviews zu führen, und dies bis ins Jahr 1995 fortgesetzt. Die hier vorgelegten verschriftlichten Fassungen bieten authentische

Einblicke in Mentalitäten, zugrundeliegende biographische Erfahrungen, Einstellungs- und Motivationswandlungen ostdeutscher Studierender.

Bretschneider, Inge: *Studentenprotokolle*. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1996. S. 146-154.

Breckmann, Stephan/Bodo Freund: *Die Humboldt-Universität im Umbruch. Systemwechsel im Spiegel studentischer Einzugsgebiete*. In: *hochschule ost* H. 5. Leipzig 1994. S. 125-129.

Brief des sächsischen Wissenschaftsministers an den StuRa der TU Chemnitz. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1992. S. 66.

Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun/Lewin, Dirk: *Studienentscheidung und Studienengagement in ausgewählten neuen Bundesländern*. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karls-horst. Berlin 1995. 139 S.

Die Untersuchung behandelt den Zusammenhang von Umbruch der ostdeutschen Hochschullandschaft und Entwicklung des Hochschulzugangs sowie Studienentscheidungen und -erwartungen und Erleben des Studienalltags aus studentischer Sicht in Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Ostberlin. Die empirischen Ergebnisse werden ausführlich in statistischen Anlagen belegt.

Buck-Bechler, Gertraude/Schaefer, Hans-Dieter/Wagemann, Carl-Hellmut: *Lehre und Studium*. In: dies. (Hg.): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997.

Buck-Bechler, Gertraude: *Das erste Studienjahr an Hochschulen der neuen Bundesländer - im Spiegel studentischer Meinungen*. In: *Das Hochschulwesen* H. 3. Neuwied 1995. S. 138-141.

Bühler, Gero: *Multiple Choice*. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1994. S. 39-50.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.): *Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1991. 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks* (Studien zu Bildung und Wissenschaft Bd. 103) In Kommission K. H. Bock Verlag Bad Honnef, Bonn 1992. 576 S.

Erste gesamtdeutsche Sozialerhebung mit getrennten Aussagen zur west- und ostdeutschen Situation.

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.): *Studenten an Hochschulen 1975 - 1992* (Bildung Wissenschaft Aktuell 9/93). Bonn 1993. 114 S.

Neuausgabe der seit 1976 in ehemaligen Bundesrepublik regelmäßig durchgeführten Erhebung. Einbeziehung Ostdeutschlands ab 1989. Zunächst werden die Bewegungen im Bestand der Hochschulen (Auflösungen/Umbildungen/ Neugründungen) aufgeführt. Dann wird die Zahl der Studenten nach Studienanfängern, dem Anteil an der vergleichbaren Gruppe der Gesamtbevölkerung, der Aufteilung nach Geschlechtern, nach der Hochschulart, den Fächergruppen, dem Frauenanteil in den Fächergruppen, der Verteilung der Studenten nach Ländern und nach einzelnen Hochschulen untersucht. Datenbasis sind die Arbeitsergebnisse der statistischen Landesämter.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): *Deutsche Studenten im Ausland. Ein statistischer Überblick*. Bonn 1995. 18 S.

Die Angaben für 1991 bis 1993 beziehen sich auf Studenten aus der Bundesrepublik nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): *Studenten an Hochschulen 1975 bis 1994*. Bonn 1995. 128 S.

Die Angaben werden durchgehend differenziert nach Früherem Bundesgebiet (1975-1994), Neuen Ländern (1989-1994) sowie Deutschland (1989-1994).

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): **Studieren mit Behinderungen in den neuen Bundesländern**. Bonn 1996. 214 + XIV S.

Die unter Leitung von Clemens Adam von der Universität Dortmund durchgeführte Untersuchung analysiert die Spezifika des Übergangs vom DDR-Hochschulbildungssystem zum heutigen System in ihren Auswirkungen für das Studieren Behinderter, liefert eine Bestandsaufnahme der Studienbedingungen Behinderter an ostdeutschen Hochschulen sowie umfangreiche Empfehlungen, die daraus abgeleitet werden.

Burschenschaften Ost. In: *hochschule ost* H. 3. Leipzig 1994. S. 123-126.

Chrapa, Michael: **Studierende in Ost und West zum Umgang mit Geschlechterverhältnissen**. In: *Utopie kreativ* H. 53. Berlin 1995. S. 72-76.

DAAD: **Erfolgreicher Abschluß der DDR-Stipendiatenprogramme**. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1997. S. 193-195.

Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): **Studium im Osten Deutschlands. Ergänzende Informationen zu den Hochschulen in den neuen Bundesländern**. Bonn o.J. (1991). 24 S.

Kurze Darstellung der Geschichte des ostdeutschen Hochschulwesens und seines Umbruchs. Sodann Erläuterungen zu Hochschularten und Besonderheiten des Studiums in Ostdeutschland.

Debüser, André: **Warum schweigen die Lämmer?** In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1994. S. 92-94.

Der Umbruch im Osten - Wissenschaft nach der Vereinigung in Ost und West. Arbeitsgruppenbericht vom Juso-HSG-Kongreß „Wissenschaftslandschaft im Umbruch“. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1992. S. 55-56.

Deutscher Bundestag (Hg.): **Rückläufiger Anteil der Studienanfängerinnen in den neuen Bundesländern. Kleine Anfrage Dr. Barbara Höll, PDS/LL / Gruppe der PDS/LL 15.10.1991**. Bundestags-Drucksache 12/1312. **Antwort der Bundesregierung**. Bundestags-Drucksache 12/1432. Bonn 1991.

Schlagworte: Rückgang des Anteils der Studienanfängerinnen an allen Erstsemestern; Zahl der Studienabbrüche junger Frauen seit dem 3.10.1991; Mittel aus dem Zweiten Hochschulsonderprogramm zur Förderung des Frauenstudiums in Ostdeutschland.

Döbbling, Karin: **Zur Problematik des Auf- und Ausbaus von Studienberatungsstellen an ostdeutschen Hochschulen**. In: Köhler, Gerd/Winter, Matthias N. (Hg.), *Qualität von Studium und Lehre*. 11. GEW-Sommerschule. Gespräche über eine vernachlässigte Aufgabe der Hochschulen 25. bis 31. August 1991, Akademie am Meer, Klappholttal/Sylt. Beiträge (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung Bd. 66). o.O. o.J. (Frankfurt a.M. 1992).

Dobrinkat-Otte, Uta/Döbbling, Karin/Haessner le Plat, Ulrike: **Freiheit mit Barrieren? Probleme junger Frauen aus den neuen Bundesländern vor Studienbeginn und im Studium. Erfahrungen und Empfehlungen aus dem Referat für Allgemeine Studienberatung der Technischen Universität Berlin**. Hrsg. vom Präsidenten der Technischen Universität Berlin. Berlin 1991. 35 S.

Studie zur Situation von Studieninteressentinnen und Studentinnen aus Ostdeutschland an einer Westberliner Hochschule mit dem Ziel, deren spezifischen Informations- und Beratungsbedarf zu eruieren.

Dobrinkat-Otte, Uta/Bäumer, Hildegard/Haessner le Plat, Ulrike/Schulze Temming, Reinhild: ***Freiheit mit Barrieren? Teil II. Als Studentin (Ost) an einer Technischen Universität (West). Erhebungen und Empfehlungen aus dem Referat für Allgemeine Studienberatung der Technischen Universität Berlin.*** Hrsg. vom Präsidenten der TU Berlin. Berlin 1992. 66 S.

Studie zur Situation von Studieninteressentinnen und Studentinnen aus Ostdeutschland an einer Westberliner Hochschule mit dem Ziel, den spezifischen Informations- und Beratungsbedarf zu eruieren.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: ***Studien- und Berufsausbildungswahl der Abiturienten aus den neuen Ländern. Ergebnisse der Befragungen der Abiturienten 90, 91 und 92*** (HIS Kurzinformation A 14/93). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1993. 30 S.

Vergleichende Darstellung. Mit zahlreichen Tabellen.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: ***Abiturienten und Fachhochschulstudium. Ergebnisse der Befragungen der Abiturienten 90, 91 und 92 aus den neuen Ländern*** (HIS Kurzinformation A 15/93). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1993. 21 S.

Für den untersuchten Zeitraum ergab sich ein deutlich steigender Anteil von auf Fachhochschulgänge und ein tendenziell sinkender Anteil von auf Universitätsstudiengänge orientierten Abiturienten. Die Beliebtheitskala der Abiturienten mit angestrebtem Fachhochschulstudium führen klar die Wirtschaftswissenschaften an. Im Jahresvergleich verloren vor allem technische Einrichtungen. Wie im Westen besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem länderbezogenen Angebot an Fachhochschulen und der Wahl des Hochschulortes. Auf den Arbeitsmarkt bezogene Motive (größerer Praxisbezug, bessere Berufschancen, stärkerer Arbeitsmarktzuschnitt) haben bei weitem das größte Gewicht als Gründe für die Wahl eines Fachhochschulstudiums.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: ***Studienaufnahme und regionale Mobilität. Eine vergleichende Analyse der Abiturienten 90, 91 und 92 aus den neuen Ländern*** (HIS Kurzinformation A 16/93). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1993. 33 S.

Vergleichende Darstellung zu Wanderungsbewegungen zwischen Ost und West, länderspezifischen Wanderungsbewegungen und -bilanzen. Mit zahlreichen Tabellen und grafischen Übersichten.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: ***Studien- und Berufsausbildungswahl der Studienberechtigten 93 aus den neuen Ländern*** (HIS-Kurzinformationen A 7/94). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1994. 14 S.

Erhoben und bewertet wurden die Brutto-Studierquote, Tätigkeitsstruktur ein halbes Jahr nach Schulabgang, angestrebte Hochschulabschlüsse und Wahl des Hochschulortes.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: ***Studienberechtigte 2½ und 3½ Jahre nach Schulabgang. Ergebnisse einer Vorabauswertung der 2. Befragung der Studienberechtigten 90 und Vergleich mit den Studienberechtigten 76, 78, 83, 86*** (HIS-Kurzinformation A 14/94). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1994. 15 S.

Die Auswertung differenziert detailliert zwischen ost- und westdeutschen Studienberechtigten.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: ***Studium oder Berufsausbildung. Abiturienten 93 aus den neuen Ländern auf dem Weg in den Beruf*** (HIS Kurzinformationen A 3/95). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS, Hannover 1995. 54 S.

Empirische Ergebnisse zur nachschulischen Ausbildungswahl, deren Hintergründe und Motive, zur regionalen Mobilität und Wanderungsbilanz. Gesonderte Behandlung der Studienberechtigten mit Fachhochschulreife.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: *Studienberechtigte 94 aus den alten und den neuen Ländern ein halbes Jahr nach Schulabgang. Ergebnisse einer Vorabauswertung der ersten Befragung* (HIS Kurzinformationen A 7/95). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS, Hannover 1995. 10 S.

Empirische Ergebnisse zur Brutto-Studierquote, zu den Tätigkeiten ein halbes Jahr nach Schulabgang, den angestrebten Hochschulabschlüssen und der Wahl des Hochschulortes.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: *Studienberechtigte 90 3½ Jahre nach Schulabgang. Eine Analyse ihres nachschulischen Werdegangs bis zum Dezember 1993. Ergebnisse einer zweiten Befragung* (HIS Kurzinformationen A 9/95). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS, Hannover 1995. 54 S.

Empirische Ergebnisse zur Entwicklung der Tätigkeitsstruktur in Halbjahresschritten, zu Entscheidungsprozessen und Umorientierungen auf dem Weg in den Beruf und zu Einzelheiten der gewählten Ausbildungswege Hochschulstudium bzw. Berufsausbildungen. Die Darstellung differenziert zwischen Ost- und Westdeutschland.

Durrer, Franz/Heine, Christoph: *Studienaufnahme und regionale Mobilität. Eine länderbezogene Analyse der Hochschulwahl der Studienberechtigten 90, 92 und 94* (HIS Kurzinformation A 10/96). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1996.

Ensel, Leo: *"Warum wir uns nicht leiden mögen..." Was Osis und Wesis voneinander halten* (agenda Zeitschrift Bd. 1). agenda Verlag, Münster 1993. 218 S.

Dokumentation sechs seminaristischer Treffen von Oldenburger, Leipziger und Potsdamer Studierenden, bei denen mittels szenischer Übungen versucht wurde, sich gegenseitig die differierenden Lebenserfahrungen und die Vorurteile übereinander zu vermitteln. Mit zahlreichen Fotos; der Text zugleich anspruchsvoll und unterhaltsam.

Ensel, Franz Josef (Leo): *Bilder vom fremden deutschen Alltag. Szenische Erkundungen des innerdeutschen Ost-West-Konflikts*. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Zentrum für pädagogische Berufspraxis ZpB. Oldenburg 1996. 262 S.

Die Dissertation dokumentiert und untersucht Fremd- und Selbstbilder von ost- und westdeutschen Studierenden, die im Rahmen von sechs seminaristischen Treffen von Oldenburger, Leipziger und Potsdamer Studierenden erhoben wurden. Bei den Treffen war mittels szenischer Übungen versucht worden, sich gegenseitig die differierenden Lebenserfahrungen und die Vorurteile übereinander zu vermitteln.

Fach, Wolfgang: *Schaf und Schäfer. Die Reize der Lehre im Osten*. In: *hochschule ost* H. 7. Leipzig 1993. S. 103-104.

Fach, Wolfgang: *Politik studieren. Eine Motivations-Skizze (Ost)*. In: *hochschule ost* H. 12. Leipzig 1993. S. 53-60.

Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung in den fünf neuen Bundesländern (Hg.): *Der Ostreader. Versuch über Medizinstudium und studentische Interessenvertretung der Medizinstudierenden in den neuen Bundesländern*. Leipzig 1993. 58 S.

Die einzelnen Beiträge behandeln das Medizinstudium in der DDR im allgemeinen (Gero Bühler), Ideologie und Medizinstudium in der DDR (Olaf Ohrt), Medizinstudium und studentische Interessenvertretung an einzelnen Studienorten (Magdeburg, Leipzig, Erfurt, Dresden, Greifswald), die ostdeutsche Hochschulgestaltung (G. Bühler), Multiple-choice-Prüfungen und westdeutsche Medizinstudierende an Ost-Hochschulen.

Fichtner, Tillmann: *Vergangenheitsbewältigung als sozialpsychologisches Problem der historischen Forschung. Fallstudie der Friedrich-Schiller-Universität in den Jahren 1988-1995*. Magisterarbeit.

Philosophische Fakultät I der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg o.J. [1996]. 133 S.

Hauptziel der Arbeit ist es, für die historische Forschung relevante sozialpsychologische Aspekte des komplexen Prozesses 'Vergangenheitsbewältigung' zu analysieren. Im ersten Teil wird die Bewältigung der NS-Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland einer historischen und sozialpsychologischen Analyse unterzogen. Im zweiten Teil folgt eine Dokumentation über die Ereignisse an der Friedrich-Schiller-Universität Jena in den Jahren 1988-1995. Dabei wird in einem ersten Abschnitt die Vorgänge während der Umbruchjahre 1988/89 nachgezeichnet, um in einem zweiten Abschnitt die Anfänge der Vergangenheitsbewältigung an der Universität zu verfolgen, wobei der Schwerpunkt auf die Entwicklungen innerhalb der Studentenschaft gelegt wird.

Finke, Kathrin/Lipphardt, Veronika: *Potsdamer Modell der Lehrerbildung. Die studentische Sicht*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1996. S. 29-36.

Flach, H.: *Fakultätsgründung aus studentischer Sicht*. In: Busch, Friedrich W. (Hg.): *Erinnerungen auf dem Weg der Erneuerung. Vortrag und Grußworte zur Eröffnung der Fakultät Erziehungswissenschaften an der Technischen Universität Dresden am 9. Juli 1993* (Oldenburger Universitätsreden Bd. 57). Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Oldenburg 1993.

Förster, Peter/Friedrich, Walter/Müller, Harry/Schubarth, Wilfried. *Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt*. Leske und Budrich, Opladen 1993, S. 208-222

Frequenzierung von NC-Fächern an ostdeutschen Hochschulen. In: *hochschule ost* H. 10. Leipzig 1992. S. 54.

Freytag, Ronald: *Studenten - eine konfliktfreie Gemeinschaft? Zu einigen psychologischen Wurzeln der basisdemokratischen Studentenräte-Bewegung an ostdeutschen Hochschulen*. In: *hochschule ost* H. 3. Leipzig 1994. S. 27-33.

Füller, Christian: *Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989-1990* (Veränderte Fassung der am FB Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin vorgelegten Diplomarbeit). Berlin 1991. 130 S.

Der Autor untersucht am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin und der Karl-Marx-Universität die Rolle der Studierenden in den Ereignissen des und nach dem Herbst 1989. Die Studie basiert u.a. auf umfangreichen Gruppeninterviews mit beteiligten Akteuren.

Füller, Christian: *Über Bedingungen politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenschaft 1989/90*. In: *hochschule ost* H. 8. Leipzig 1992, S. 5ff.

Gabriel, Birgit: *Gesellschaftswissenschaftliche Interessen von Studenten der Karl-Marx-Universität Leipzig. Eine Erstinformation aus der Studie 'Student 90'*. In: *Beiträge zur Hochschulforschung* H. 3. München 1990. S. 243-258.

Gebuhr, Klaus: *Politik, Zulassungen und Stipendien. Eine Befragung unter Studenten-Vertretern [1990]*. In: *hochschule ost* H. 8. Leipzig 1992. S. 35ff.

Gericke, Burkhardt: *Studienberatung. Ein neues Konzept ist notwendig* (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB. Berlin [DDR] 1990. 8 S.

Geißler, Frank/Pasternack, Peer: *Schafherden und Schäferhunde. Die Reize der Belehrung im Osten*. In: *Forum Wissenschaft* 3/1993, Marburg, S. 27-29.

Geißler, Frank/Pasternack, Peer: *Schafherden und Schäferhunde. Die Reize der Belehrung im Osten*. In: *hochschule ost* H. 7. Leipzig 1993. S. 105-108.

Gieseke, Ludwig: *Wie geht es weiter mit der Hochschulreife? Zu Regelungen des Hochschulzugangs in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen*. In: *Forschung & Lehre* H. 6. Bonn 1994. S. 238-241.

Glaser, Roland: *Zur geistigen Situation der studentischen Jugend in der DDR. Aus der Sicht eines Hochschullehrers der Naturwissenschaften*. In: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* H. 2. Bonn 1990. S. 62-64

Gries, Rainer: *Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung an ostdeutschen Hochschulen*. In: *hochschule ost* H. 9. Leipzig 1993. S. 36 - 38.

Große-Holforth, Roland: *Marginalia*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1996. S. 129-132.

Grunert, Cathleen: *Vom Pionier zum Diplom-Pädagogen. Lebensgeschichten und Berufsperspektiven von ostdeutschen Studierenden im Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft*. Leske + Budrich, Opladen 1999. 280 S.

Die Arbeit versucht, biographie-theoretisch gerichtete Generationenforschung und Sachverhalte der Qualifikations- und Berufseinmündungsforschung von Diplom-PädagogInnen miteinander zu verbinden. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die Frage nach der Einbettung eines Studiums in die Biographie und die biographische Verarbeitung des Studiums des ersten Jahrgangs von Absolventen des erziehungswissenschaftlichen Diplomstudiengangs in Ostdeutschland.

Häfner, Beate: *Der Bildungsmarkt in den neuen Ländern*. In: *Deutschland Archiv* H. 6. Köln 1992. S. 561ff.

Hammer, Rudolf/Robota, Gerhard/Trepte, Dieter: *Zur Neugestaltung der Studienberatung an der Technischen Universität Dresden*. In: *Das Hochschulwesen* H.1. Berlin 1991. S. 16-18.

Haux, Stephan: *Lagerfeuer. Über das Treffen ostdeutscher StuRä in Weimar, Bericht No. 2*. In: *fzs-Rundbrief* H. 6. Bonn 1994, S. 79-80.

Heine, Christoph: *Studienwahl der Abiturienten aus Brandenburg und Berlin*. In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin (Hg.): *Entwicklung der Studiennachfrage in Berlin und Brandenburg*. Beiträge eines Kolloquiums der GEW Berlin vom Februar 1994. Berlin 1995. 40 S.

Heldt, Melanie/Krempkow, René: *Einflussfaktoren bei studentischen Lehrbewertungen an sächsischen Hochschulen*. In: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 258-282.

Heublein, Ulrich: *Gesellschaftsbild und gesellschaftlich-politische Einstellungen ostdeutscher Studierender zur Zeit der Wende* (Graue Reihe Bd. 508). Hrsg. von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern KSPW. Halle 1992. 35 S.

Die Studie beschreibt wesentliche Wertorientierung und Einstellungen der ostdeutschen Studierenden vor und nach dem Beginn der Umgestaltung in der DDR. Auf der Grundlage empirischen Datenmaterials werden Befindlichkeit und Orientierungslage im Frühjahr 1989 und im Frühjahr 1990 miteinander verglichen.

Heublein, Ulrich: *Eine unruhige Generation an den ostdeutschen Hochschulen? Erste Gedanken über mögliche Prädispositionen für die Entwicklung studentischen Bewußtseins in den neuen Bundesländern*. In: Busch, Friedrich W./Rüther, Beate/Straube, Peter-Paul (Hg.): *Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft (Sammlung Wissenschaft und Gegenwart)*. Isensee-Verlag, Oldenburg 1992.

Heublein, Ulrich/Brämer, Rainer: *Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch*. In: *Deutschland Archiv* H. 9. Köln 1990. S. 1397-1410.

Heublein, Uli/Kazemzadeh, Foad: *Studieren in den neuen Ländern 1991. Eine Untersuchung der Studienbefindlichkeit unter strukturell veränderten Bedingungen* (HIS Hochschulplanung Nr. 90). Hrsg. von Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1991. 160 S.

Heublein, Ulrich/Lewin, Karl: *Zwischen NC und der Suche nach guten Studienbedingungen. Studienanfänger zwischen Ost- und Westdeutschland*. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1995. S. 71-90.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Hochschulbeginn in den neuen Ländern im Winter 1991/92*. In: *hochschule ost* H. 6. Leipzig 1992. S. 43-46.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Wie fühlen sich Studienanfänger von der Schule auf das Studium vorbereitet?* In: *hochschule ost* H. 11. Leipzig 1992. S. 35.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Soziale Herkunft von deutschen Studienanfängern in den alten und neuen Ländern*. In: *hochschule ost* H. 12. Leipzig 1993. S. 107-109.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Abiturienten aus den neuen Ländern: weniger Unsicherheit im Ausbildungswahlverhalten bei sich gleichzeitig verändernder Schwerpunktsetzung*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1994. S. 106-107.

Hochschul-Informationssystem HIS Hannover: *HIS Kurzinformation H. 13*. Hannover 1994. 22 S. Die Hälfte des Heftes nimmt der Beitrag "Die Entwicklung der studentischen Nachfrage in den neuen Ländern. Vortrag zum 3. Forum Humboldt an der Humboldt-Universität zu Berlin" von Ulrich Heublein ein.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Soziale Herkunft von Studienanfängern. HIS-Studie*. In: *Forschung & Lehre* H. 1/2. Bonn 1994. S. 48.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Studienaufnahme der Abiturienten aus den neuen Ländern. Der Höhepunkt der „West-Wanderung“ scheint überschritten*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1994. S. 108-109.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Abiturienten aus den neuen Ländern: Anhaltender Trend an die Fachhochschulen und in die Berufsausbildung*. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1994. S. 84-85.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Lebenshaltungskosten in den neuen Ländern. Studenten*. In: *Forschung & Lehre* H. 5. Bonn 1994. S. 177.

Hochschul-Informationssystem HIS: *Ostdeutsche Studienberechtigte des „Wendjahres“ 1990 nehmen deutlich häufiger ein Studium auf als ihre Kollegen aus den alten Ländern*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1995. S. 90-91.

Hochschulrektorenkonferenz HRK: **Zum Strukturwandel der Hochschulen in den neuen Bundesländern und Berlin.** In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1992. S. 71-74.

Hochschulrektorenkonferenz HRK: **Studierende mit Ost-Abi im Westen und mit West-Abi im Osten.** In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1992. S. 74-76.

Hochschulrektorenkonferenz HRK (Hg.): **Studienanfänger- und Studentenzahlen im Wintersemester 1991/92 im Vergleich zu den Wintersemestern 1989/90 und 1990/91.** Bonn 1991. 40 S.

Auf der Grundlage von Angaben der Hochschulen sind hier durch die HRK die Studienanfänger- und Studentenzahlen für die Wintersemester 1989/90, 1990/91 und 1991/92 erfaßt und in Tabellenübersichten aufgearbeitet. Die ostdeutschen Hochschulen nahmen, unabhängig von ihrer HRK-Mitgliedschaft bzw. -Nichtmitgliedschaft, zum größten Teil an der Befragung teil und sind entsprechend in die Auswertung einbezogen.

Hoff, Andreas: **Evangelische Studentengemeinden im Osten Deutschlands - gestern, heute - und morgen?** In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1993. S. 11-17.

Hoff, Andreas: **ESGn im Osten Deutschlands. Gestern, heute – und morgen?** In: Peer Pasternack (Hg.), Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR. Edition Berliner Debatte, Berlin 1996. 399 S.

Hörig, Kai Erik/Schomann, Thorsten: **Die Entwicklung der studentischen Mitwirkung in Ostdeutschland.** In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1997. S. 145-152.

Ilmenau: Immer weniger Frauen in Technikdisziplinen. In: *hochschule ost* H. 9. Leipzig 1993. S. 49-50.

Institut der deutschen Wirtschaft: **Doppelt gut. Studieren in den neuen Ländern.** In: *Forschung & Lehre* H. 5. Bonn 1998, S. 226.

Nach wie vor ist das "Betreuungsverhältnis" zwischen Professoren und Studenten an den Hochschulen in den neuen Bundesländern gut: Statistisch gesehen stehen dort einem Wissenschaftler elf Studenten gegenüber - an westdeutschen Hochschulen muß jeder Dozent die doppelte Zahl von Studenten betreuen. Dies erklärt, weshalb bei vergleichbarer Ausstattung die neuen Länder mit 25.290 DM Grundmittel pro Student erheblich mehr in die Hochschulen investieren als die alten Länder mit 15.260 DM. Zwar ist die Rangliste der bevorzugten Studienfächer in den alten und neuen Ländern identisch, dennoch gibt es im Westen deutlichere Vorlieben gegenüber den Sprach- und Kulturwissenschaften als im Osten, umgekehrt ist dies bei den Fächern Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften

Initiativgruppe Campus (Hg.): **Campus-Extra zum Uni-Namen.** StudentInnenrat der Karl-Marx-Universität Leipzig, Leipzig 1990. o.S. (12 S.)

Die Leipziger Universität hieß seit 1953 „Karl-Marx-Universität“. Ende 1990 kulminierte der Streit darum, ob die Hochschule wieder zu ihrer ursprünglichen Bezeichnung ohne Namenszusatz zurückkehren solle. In der kontroversen Debatte warnten Befürworter wie Gegner der Änderung vor Geschichtsvergessenheit - die einen hinsichtlich der letzten vier Jahrzehnte, die anderen mit Blick auf die fünfeinhalb Jahrhunderte davor. Das Heft dokumentiert die öffentlichen Äußerungen: auf sechs Seiten pro und auf sechs Seiten contra „Karl Marx“.

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung Hannover (Hg.): **Grund- und Strukturdaten für die Hochschulplanung in Sachsen-Anhalt. 1. Zwischenbericht. Modellrechnungen zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2010** (IES-Berichte 105.92). Hannover/Magdeburg 1992. 35 S.

Versuch, die Nachfrage nach Hochschulbildung in ihrem quantitativen Verlauf zu beschreiben. Dabei wird von den landesspezifischen Daten und Strukturen ausgegangen. Die Berechnungen sollen die hochschulstrukturellen Entscheidungen des Landesgesetzgebers erleichtern.

Kaiser, Klaus-Dieter: *Erklärung zum Hochschulstreit im Dezember 1990/Januar 1991 - Evangelische Studentengemeinden in der BRD Ost*. In: *Das Hochschulwesen* H. 2. Berlin 1991. S. 70.

Kaute, Brigitte: *Erwiderung und Nachfrage*. In: *fzs-Rundbrief* H. 11. Bonn 1995, 96-97

Kehr, Wolfgang/Manning, Sabine/Thomas, Rudolf: *ERASMUS in den neuen Bundesländern*. Hrsg. vom Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft, Berlin 1995. 44 S. + Anl.

Die Studie untersucht Ausgangsbedingungen für ERASMUS im Umbruch der ostdeutschen Hochschulen, die Entwicklung der ERASMUS-Beteiligung (dabei auch ein Vergleich Ost- mit Westdeutschlands) sowie die Erfahrungen mit ERASMUS in den ostdeutschen Ländern (Anstöße und Motive für die Beteiligung bei HochschullehrerInnen und Studierenden), spezifische Probleme und Hindernisse, Ergebnisse und Nutzen der Beteiligung aus Beteiligtenperspektive, Erfahrungen ausländischer ERASMUS-Koordinatoren mit ostdeutschen Beteiligten).

Kehr, Wolfgang/Manning, Sabine/Thomas, Rudolf: *Erfolgreiche ERASMUS-Aktivitäten in den neuen Bundesländern*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1995. S. 81-89.

Keine Zwangsmitgliedschaft!? In: *fzs-Rundbrief* H. 13. Bonn 1995, S. 69

Keller, Andreas: *Das „Berliner Wahlmodell“ für Hochschulgremien. Rechtliche Grundlagen und politische Perspektiven*. In: *hochschule ost* 1-2/1999, S. 276-290.

Kiel, Siegfried: *Studentische Mitbestimmung an DDR-Hochschulen – einige kritische Anmerkungen*. In: Bramke, Werner (Hg.): *Mitbestimmung an Hochschulen. Alternativer Hochschultag* (4. Juli 1998) (Texte zur Hochschulpolitik Bd. 3). Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1998. 109 S.

Konferenz der Berliner Asten und StudentInnenräte (Hrsg.): *Berlin - Kopfstadt der BRD. Ein Diskussionsreader - Wissenschaft in Berlin*. Berlin 1991. 28 S.

Enthält u.a. Darstellungen aus studentischer Sicht zur Musikhochschule "Hanns Eisler" und zur Ost-Berliner Kunsthochschule sowie aus dem Institut für Lehrerbildung und der Hochschule für Ökonomie zur Abwicklung.

Konferenz der StudentInnenräte der DDR, Republiksperrerrat RSR (Hg.): *Mit Schwung in die Neunziger. Semesterbroschüre des Republiksperrerrates*. Berlin 1990. 20 S.

Der RSR stellt sich sowie das StudentInnenräte-Modell vor und diskutiert aktuelle, vornehmlich soziale Probleme der ostdeutschen Studierenden.

Konferenz der StudentInnenenschaften KdS: *Erklärung der Mitgliederversammlung der KdS zu den aktuellen Strukturdiskussionen*. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1992. S. 65.

Konferenz der StudentInnenenschaften KdS: *Erklärung zur Umgründung der KdS in ein Informationsnetzwerk*. In: *hochschule ost* H. 12. Leipzig 1992. S. 72-73.

Konferenz der StudentInnenenschaften KdS, Koordinierungsrat (Hg.): *Auf dem Land und in den Städten Alle Macht den Räten! Informations-Heft über die Positionen und Forderungen der Konferenz der StudentInnenenschaften (KdS)*. Berlin o.J. (1991). 13 S.

Enthält insbesondere Positionspapiere des Dachverbands der ostdeutschen StudentInnenRäte zum Hochschulrecht, zu Hochschulpolitik, Studentenwerken und studentischem Wohnen.

Konferenz der StudentInnenschaften, Koordinierungsrat, Projektgruppe Studentenwerke (Hg.): *Studentenwerke in den Neuen Bundesländern. Seminar 22. - 24. März in Dresden*. o.O. (Dresden) 1991. o.S. (12 S.)

Protokoll des im Titel genannte Treffens studentischer Verwaltungsratsmitglieder ostdeutscher Studentenwerke sowie Dokumentation eines dort erarbeiteten Forderungskatalogs bezüglich des weiteren Auf- und Ausbaus der Studentenwerke.

Konferenz der StudentInnenschaften, Koordinierungsrat: *Erklärung des Koordinierungsrates der Konferenz der StudentInnenschaften (Ost)*. In: *Forum Wissenschaft* H. 2. Marburg 1992. S. 58.

Konferenz der StudentInnenschaften, Koordinierungsrat: *Offener Brief an den sächsischen Wissenschaftsminister*. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1992. S. 67.

Konferenz der StudentInnenschaften KdS, Koordinierungsrat: *Erklärung des Koordinierungsrates der KdS zur Liste der DDR-Bildungsabschlüsse, die gemäß KMK-Beschluß anerkannt werden*. In: *hochschule ost* H. 5. Leipzig 1992. S. 98-100.

Konferenz der StudentInnenschaften KdS (Hg.): *Der ultimativ letzte Reader*. Berlin 1994. 66 S.

Nachdem die letzte Mitgliederversammlung der KdS im November 1992 die Selbstaflösung des Dachverbandes der ostdeutschen StudentInnenräte beschlossen hatte und auch die Option der Gründung eines StuRä-Informationsnetzwerkes auf einem Semestertreffen der StudentInnenräte im Juni 1993 verworfen worden war, legte der als Liquidationsausschuß fungierende letzte KdS-Koordinierungsrat eine bilanzierende Textsammlung vor. Neben den Protokollen der genannten beiden Veranstaltungen enthält der Reader zahlreiche Zeitdokumente, die die Geschichte ostdeutschen studentischen Bewegtseins von 1989 bis 1992 veranschaulichen.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: *Marginalien zum StudentInnenrat an der Humboldt-Universität zu Berlin am Anfang und am Ende der DDR*. In: *UTOPIE kreativ* H. 14/Okttober 1991. Berlin 1991.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: *Haben die Studenten die Revolution verschlafen? Kritisches zu einer Neuerscheinung. Malte Sieber/Ronald Freytag: Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89*. In: *hochschule ost* H. 12. Leipzig 1993. S. 122-134.

Krempkow, René: *Wenn sie die Wahl hätten, würden zwei Drittel ausziehen. Studie zum studentischen Wohnen*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1996. S. 173-177.

Kreuzer, Arthur/Görgen, Thomas/Krüger, Ralf/Münch, Volker/Schneider, Hans: *Jugenddelinquenz in Ost und West. Vergleichende Untersuchungen bei ost- und westdeutschen Studienanfängern in der Tradition Gießener Delinquenzbefragungen* (Schriftenreihe der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V. Bd. 22). Forum Verlag Godesberg, Bonn 1993. 349 S.

Die jugendkriminologische Untersuchung versucht, das Instrument der Delinquenzbefragung bei Studienanfängern für einen Systemvergleich in der deutsch-deutschen "Stunde Null" (1989) zu nutzen. Die These von der Normalität jugendlicher Delinquenz wird bestätigt insoweit, als delinquentes Verhalten insgesamt recht gleich in beiden Teilen des Landes ist. Große Unterschiede werden - jedoch in Ost und West wiederum übereinstimmend - zwischen den Geschlechtern festgestellt. Bemerkenswerte Differenzen ergeben sich in Einstellungen - etwa zur Polizei, zur Todesstrafe und zu drogenpolitischen Ausrichtungen.

Kugge, Constance: *Presseerklärung des Studentenrates der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum provisorischen Konzil am 14.6.1991*. In: *Das Hochschulwesen* H. 4. Neuwied 1991. S. 189.

Läge, Damian/Hejj, Andreas/Schröger, Erich: *Die subjektive Struktur der politischen Landschaft der DDR im Jahre 1990 – eine Längsschnittuntersuchung mit Ost-Berliner Studenten*. In: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 1991, S. 260-269.

Laschke, Michael/Lindert, Brigitte: *Was aus ihnen geworden ist. Absolventinnen der Technischen Fachhochschule Wildau*. In: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 233-246.

Last, Bärbel/Schäfer, Hans-Dieter: *Ausländer- und Auslandsstudium unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsbeziehungen zu Osteuropa. Aktuelle Probleme und Handlungsbedarf in den neuen Bundesländern*. In: *Beiträge zur Hochschulforschung* H. 3. München 1991. S. 305-320

Leszczensky, Michael/Parchatka, Manfred: *Hochschulzugang in der DDR. Situationsanalyse im 1. Halbjahr 1990*. Hrsg. von HIS Hochschulinformationssystem, Hannover 1990. 59 S.

Das zugrundeliegende Datenmaterial dieser Veröffentlichung stammt weitgehend aus der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg, deren Direktor der Ko-Autor Dr. Parchatka ist. Vorliegende Betrachtungen sollen Meldungen über steigende Zulassungsablehnungen zum Hochschulstudium am Jahresanfang 1990 und danach die geöffnete Zulassungspraxis ohne Planungskontingent mit statistischem Material beschreiben und analysieren. Die Publikation beschreibt Bildungswege und Verbleib von Studienberechtigten, das Zulassungsverfahren zum Hochschulstudium, die Bewerbungssituation im 1. Halbjahr 1990 mit den Ursachen für den Bewerberüberhang, der fächerspezifischen Entwicklung und einer hochschulbezogenen Betrachtung und den Ausblick auf die bis zum Jahr 2000 zu erwartende Zahl der Studienberechtigten. Der Anhang bietet zahlreiche Tabellen.

Lewin, Karl/Bathke, Gustav-Wilhelm/Schacher, Martin/Sommer, Dieter: *Studienanfänger im Wintersemester 1990/91. Studienentscheidung und Studienbeginn in den alten und neuen Ländern* (HIS Hochschulplanung Nr. 89). Hrsg. von Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1991. 315 S.

Seit 1983 führt HIS jährlich repräsentative Befragungen der Studienanfänger (Hochschulen und Fachschulen) durch. 1990/91 wurden erstmals die ostdeutschen Bundesländer (über die Zentralstelle für Studienbewerbungen in Magdeburg) in die Befragung einbezogen. Dementsprechend liegt in der Diskussion der Ergebnisse der Erhebung ein Schwerpunkt auf dem Ost-West-Vergleich. Der erste Komplex befaßt sich mit den Wegen zum Studium (Herkunft, Vorbildung), der zweite mit der Verwirklichung von Ausbildungswünschen, der dritte mit dem Verhältnis von Hochschulen zu Fachschulen, ein vierter mit den Kriterien für die Wahl des Studienfaches, der folgende mit der Frage nach dem Studienort, der Hochschule, ein sechster mit dem Befinden der Studenten in der Anfangsphase des Studiums und den Studienplanungen. Schließlich wird die Merkmalsverteilung nach Herkunft und Fächern thematisiert, bevor abschließend die Studienfinanzierung näher untersucht wird. Mit zahlreichen Tabellen und Graphiken. Schlagwortregister.

Lewin, Karl/Bathke, Gustav-Wilhelm/Heublein, Ulrich/Sommer, Dieter: *Studienanfänger im Wintersemester 1991/92. Studienentscheidungen in den alten und neuen Ländern: Annäherungstendenzen* (HIS Hochschulplanung Bd. 95) Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem. Hannover 1992. 297 S.

Nach der Einbeziehung der ostdeutschen Bundesländer in die HIS-Umfrage (Vgl. Studienanfänger im Wintersemester 1990/91, Hochschulplanung Band 89) ermöglicht die vorliegende zweite Untersuchung einen Vergleich, sie läßt tendenziell erste Folgen der Veränderungen im Bildungswesen erkennen. So nahm etwa die Zahl der Erstimmatrikulierten ab, die Zahl der Anfänger an Fachhochschulen zu. Das Vorgehen entspricht im Prinzip dem des Vorjahres, jedoch wurden die Ost-Hochschulen erstmals direkt einbezogen.

Lewin, Karl/Heublein, Ulrich/Sommer, Dieter/Cordier, Heidi/Andermann, Hilke: *Studienanfänger im Wintersemester 1993/94 in den alten und neuen Ländern. Studienanfänger immer älter* (HIS Hochschulplanung Bd. 107). Hrsg. von Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1994. 136 S.

Nach West- und Ostdeutschland differenzierte Auswertung der Daten zu Studienwahl incl. Studienwahl- und Hochschulwahlmotive, Verwirklichung von Ausbildungs- und Hochschulwünschen, Rahmenbedingungen des Studiums sowie Berufszielen und Erwartungen.

Lewin, Karl/Heublein, Ulrich/Sommer, Dieter: *Studienanfänger im Wintersemester 1994/95 in den alten und neuen Ländern* (Hochschulplanung Bd. 112). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1995. 142 S.

Die Studie differenziert u.a. zwischen ost- und westdeutschen Ländern und behandelt die Studienwahl, darunter auch die Mobilität zwischen Ost- und Westdeutschland, die Motive der Studien- und Hochschulwahl, die Verwirklichung von Ausbildungs- und Hochschulwünschen, die Rahmenbedingungen des Studiums sowie die Berufsziele und Erwartungen.

Lewin, Karl/Heublein, Uli/Sommer, Dieter/Cordier, Heidi: *Studienabbruch: Gründe und anschließende Tätigkeiten. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Studienjahr 1993/94* (HIS-Kurzinformation A 1/95). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1995. 60 S.

Die Studie differenziert u.a. sehr detailliert zwischen West- und Ostdeutschland.

Lewin, Karl/Heublein, Ulrich/Sommer, Dieter: *Studienbeginn im Wintersemester 1994/95: Fachhochschulstudium immer attraktiver für Abiturienten* (HIS Kurzinformation A 10/95). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1995. 9 S.

Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse erfolgt differenziert zwischen Ost- und Westdeutschland.

Lewin, Karl/Heublein, Ulrich/Sommer, Dieter: *Studienaufnahme 1995/96: erstmals beginnen mehr Frauen als Männer ein Universitätsstudium* (HIS Kurzinformation A 8/96). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1996. 12 S.

Die Darstellung der Ergebnisse dieser aktuellen Studie differenziert zwischen West- und Ostdeutschland.

Lichtenberg, Kathrin: *Thüringen on air. Der Oldie: hsf-studentenradio der TU Ilmenau sendet seit 1950*. In: *hochschule ost* H. 4. Leipzig 1995. S. 132-134.

Lischka, Irene: *Hochschulzugang für Facharbeiter. Bisher und künftig ein Weg zur Demokratisierung des Bildungswesens?* In: *Das Hochschulwesen* H. 9. Berlin 1990. S. 295-299.

Lischka, Irene: *Was unterscheidet die verschiedenen Prognosen zu den Studienanfängern der neuen Bundesländer? Eine vergleichende Betrachtung*. In: *Das Hochschulwesen* H. 6. Neuwied 1991. S. 259-262.

Lischka, Irene: *Potentielle Studienberechtigte in den neuen Ländern*. In: *hochschule ost* H. 9. Leipzig 1992. S. 45ff.

Lischka, Irene: *Studienanfänger an Hochschulen der neuen Bundesländer. Entwicklungen in der Übergangphase* (Projektberichte 5/1993). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1993. 63 S.

Analyse der Studienanfängerzahlen an den ostdeutschen Hochschulen zwischen 1989 und 1991 bzw. 1992. Es zeigt sich, daß sich die Strukturen der StudienanfängerInnen sowohl nach Bundesländern, Hochschultypen, Fächergruppen als auch Geschlecht in diesen Jahren wesentlich verschoben haben. Daraus werden Prognosen - als Handreichung für hochschulpolitisches Handeln - abgeleitet. Die Analyse behandelt methodisch getrennt die Entwicklung des Hochschulzugangs in der Gesamtheit Ostdeutschlands und die Entwicklung des Hochschulzugangs in den einzelnen ostdeutschen Bundesländern.

Lischka, Irene: *Gewinner und Verlierer? Erhebliche Verschiebungen beim Hochschulzugang in den neuen Bundesländern*. In: *Beiträge zur Hochschulforschung* H. 3. München 1994. S. 359-381.

Lischka, Irene: *Studienabsichten von Schülern in 9. und 11. Klassen an Gymnasien der neuen Bundesländer* (Projektberichte 1/1994). Hrsg. von der Projektgruppe Berlin-Karlshorst. Berlin 1994. 107 S.

Die Studie analysiert die Studienabsichten der kommenden Studienberechtigtenjahrgänge, versucht, durch Gegenüberstellungen zweier Befragungen sich abzeichnende Veränderungen und Entwicklungen zu analysieren sowie unter Berücksichtigung des bisherigen Hochschulzugangs in Ostdeutschland Folgerungen für künftige Entwicklungen abzuleiten.

Lischka, Irene: *Stabilität und Bewegung. Studienabsichten von Gymnasiasten der neuen Bundesländer*. In: *hochschule ost* H. 3. Leipzig 1994. S. 19-6.

Lischka, Irene: *Bisherige und künftige Entwicklung der Studienanfängerzahlen - insbesondere in Berlin und Brandenburg*. In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, Landesverband Berlin (Hg.), Entwicklung der Studiennachfrage in Berlin und Brandenburg. Beiträge eines Kolloquiums der GEW Berlin vom Februar 1994. Berlin 1995.

Lischka, Irene: *Hochschulzugang von Berufserfahrenen ohne Abitur. Standpunkte im Ergebnis von Sekundäranalysen*. In: *Das Hochschulwesen* H. 3. Neuwied 1996. S. 187-193.

Lischka, Irene: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten* (HoF-Arbeitsberichte 5'98). Hrsg. von HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 1998. 43 S.

Anliegen des Gutachtens ist, Ursachen und Hintergründe für geringes Studierinteresse in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen und Hinweise sowie Empfehlungen zu geben, ob und in welcher Weise eine stärkere Inanspruchnahme der Studienmöglichkeiten erzielt werden kann.

Lischka, Irene: *Weitere Verschiebungen bei der Studiennachfrage in den neuen Bundesländern*. In: *hochschule ost* Heft 1. Leipzig 1998, S. 203-215.

Lüthke, Thorsten: *Bericht von der ersten Studentenräte-Konferenz der DDR im März 1990 in Karl-Marx-Stadt*. In: Juso-Hochschulgruppen (Hg.): Einholen ohne zu überholen? Hochschule, Staat und Gesellschaft nach der Einheit. Kongreß der Juso-Hochschulgruppen in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion und dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Bonn, Bundestag, 24. bis 26. März 1995. Bonn 1995.

Maercker, Tom: *Zur Geschichte der ostdeutschen Konferenz der Studentenschaften (KdS)*. In: Lüthke, Thorsten/Staschen, Heiner/Wien, Johannes (Hg.), Wissenschaftslandschaft im Umbruch. Dokumentation Kongreß der Juso-Hochschulgruppen in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie. Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus 17. bis 19. Januar 1992. Hrsg. von den Juso-Hochschulgruppen. Bonn 1995. 192 S.

Männlich, deutsch, nicht vorbestraft. *Die Burschenschaft „Plessavia“ hat strenge Regeln*. In: *hochschule ost* H. 6. Leipzig 1994. S. 116-118.

Meier, Artur: *Mobilitätsbarrieren. Das Verhältnis von Studenten in den neuen deutschen Bundesländern zu einem Studium im europäischen Ausland*. Hrsg. von IST GmbH Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik. Heidelberg/Berlin 1992. 80 S.

Im Auftrag des DAAD erstellte Studie zu den Faktoren, die die Mobilität ostdeutscher Studierender hinsichtlich eines zeitweiligen Studiums im europäischen Ausland fördern bzw. behindern. Die Untersuchung wurde am Ende des Wintersemesters 1991/92 an sieben ostdeutschen Hochschulen durchgeführt.

Meurer, Michael/Franz, Wolfgang/Toussaint, Michael: *Chancen und neue Möglichkeiten des Studentenaustausches zwischen Ost und West*. In: Zwiener, Ulrich (Hg.), Wartburgtreffen 1990. Ein demokratisches Deutschland für Europa. Universitätsverlag Jena, Jena 1990.

Mitgliederversammlung des fzs im November in Rostock: Ostdeutsche Wahrnehmungsdifferenzen / Antwort vom StuRa Uni Rostock: Im falschen Licht. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1995. S. 129-130.

Molck, Thomas: **Über die Zusammenarbeit der StudentInnenschaften in Deutschland bis 1993.** In: *hochschule ost* H. 3. Leipzig 1994. S. 34-44.

Müller, Elke: **Was kostet das Studentenleben? Versuch einer Warenkorbrechnung** (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB. Berlin [DDR] 1990. 8 S.

Müller, Elke: **Möglichkeiten und Hindernisse einer Individualisierung des Studiums an den Universitäten und Hochschulen der ehemaligen DDR.** In: Busch, Friedrich W./Rüther, Beate/Straube, Peter-Paul (Hg.), *Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft* (Sammlung Wissenschaft und Gegenwart). Isensee-Verlag, Oldenburg 1992.

Nitsche, Wolfgang: **Die Hans-Böckler-Stiftung und der Aufbau ihrer Studienförderung in Ostdeutschland.** In: *hochschule ost* H. 9. Leipzig 1993. S. 28-35.

Nolte, Georg: **Maßnahmen. Im Abwicklungssemester 1990/91 als Rechtswissenschaftler (West) in Leipzig.** In: *hochschule ost* H. 11. Leipzig 1992. S. 28-36.

Ost-StuRä-Treffen in Leipzig. In: *fzs-Rundbrief* H. 14. Bonn 1995, S. 40.

Pasternack, Peer: **Demokratische Erneuerung an ostdeutschen Hochschulen? Anmerkungen aus studentischer Sicht.** In: Köhler, Gerd/Winter, Matthias N. (Hg.), *Qualität von Studium und Lehre.* 11. GEW-Sommerschule. Gespräche über eine vernachlässigte Aufgabe der Hochschulen 25. bis 31. August 1991, Akademie am Meer, Klappholttal/Sylt. Beiträge (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung Bd. 66). o.O. o.J. (Frankfurt a.M. 1992), S. 155–157.

Pasternack, Peer: **Studentisches Bewegtsein in Ostdeutschland vom Herbst 1989 bis Mitte 1992. Referat zum Runden Tisch der StudentInnenschaften (22.-24.5.1992).** Hrsg. von der Konferenz der StudentInnenschaften KdS. Berlin 1992. 15 S.

Der Autor, hochschulpolitischer Referent der KdS, beschreibt und bewertet die Selbstorganisation sowie die politischen Aktivitäten der DDR- bzw. ostdeutschen Studierenden im genannten Zeitraum.

Pasternack, Peer: **Stellungnahme der KdS zur öffentlichen Anhörung „Perspektiven zur Hochschulentwicklung“.** In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1992. S. 14-16.

Pasternack, Peer: **Restauration oder Reform? Anmerkungen aus studentischer Sicht zur Neuordnung der ostdeutschen Hochschul- und Forschungslandschaft.** In: *Das Hochschulwesen* H. 6. Neuwied 1992. S. 279-282.

Pasternack, Peer: **Studentisches Bewegtsein in der DDR/in Ostdeutschland 1989/90.** In: *hochschule ost* H. 8. Leipzig 1992. S. 22-31.

Pasternack, Peer (Hg.): **IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive** (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1993. 191 S.

Aus der Sicht von 1992/93 reflektieren seinerzeitige Akteure und Beobachter die hochschul- und wissenschaftspolitischen Entwicklungen des letzten Jahres der DDR. U.a. mit Beiträgen von Peer Pasternack („Studentisches Bewegtsein in der DDR/in Ostdeutschland“), Georg Nolte („Maßnahmen. Im Abwicklungssemester 1990/91 als Rechtswissenschaftler [West] in Leipzig“), Christian Füller („Über Bedingungen politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenenschaft 1989/90“) und Uta Starke („Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit“).

Pasternack, Peer: *Hochschulen und Studierende in den neuen Bundesländern: Aufbruch im Osten?* In: *WSI Mitteilungen* H. 4. Düsseldorf 1993. S. 206-214

Pasternack, Peer: *New Kids On The Ostblock. Von Oststudierenden, StudentInnenräten und Dachverbänden.* In: *hochschule ost* H. 3. Leipzig 1994. S. 45-54.

Pasternack, Peer: *Über Kreuz. Demokratie, Gruppenuniversität und das „Berliner Wahlmodell“ in Sachsen-Anhalt.* In: *hochschule ost* 1-2/1999, S. 268-275.

„PUTZ“: *Das „Uniradio BB“ kommt.* In: *hochschule ost* H. 5-6. Leipzig 1995. S. 126-127.

Quaas, Georg: *Politische Aktivität von Student/inn/en der Politikwissenschaft 1994 (Pretest).* Leipzig 1994. 11 S.

Dokumentiert die Ergebnisse einer Untersuchung zu politischem Interesse und politischer Aktivität von Leipziger Studierenden der Politikwissenschaft. Ausgangspunkt der Fragestellung war die öffentlich gewordene Klage darüber, daß Leipziger PolitikwissenschaftsstudentInnen sich in auffälliger Weise politisch abstinenter verhielten.

Ramírez, Anibal/Pisarz, Gabi (Hg.): *die anderen. Protokolle mit Ausländern in Leipzig.* Leipzig 1991. 37 S.

Die Broschüre enthält zu geschlossenen Texten destillierte Gesprächsprotokolle mit ausländischen Studierenden in Leipzig. Die Gespräche wurden im Laufe des Jahres 1990 geführt. Beschrieben werden biographische Hintergründe. Reflektiert werden die Probleme des Lebens als AusländerIn in der Bundesrepublik.

Ramm, Michael: *Studierende und Studiensituation in der DDR und in der BRD. Vergleich von drei Studentebefragungen zwischen 1989 und 1990* (Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 10). Hrsg. von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz. Konstanz 1994. 38 S.

Diese sekundäranalytische Auswertung stellt Befunde aus verschiedenen Studentenuntersuchungen unterschiedlicher Forschungseinrichtungen gegenüber. Grundlage sind die Daten des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, der Forschungsgruppe DDR an der Universität Marburg und der Konstanzer Arbeitsgruppe für Hochschulforschung. Die Zusammenstellung ausgewählter Ergebnisse von Studentebefragungen in der Umbruchphase 1989 bis 1990 soll nicht nur als nostalgische Dokumentation, sondern auch als Vergleichsgrundlage für spätere Untersuchungen zur Studiensituation und zu den studentischen Orientierungen im neuvereinigten Deutschland dienen. Der Vergleich umfaßt Studiensituation und studentische Orientierungen, Studienentscheidung, Fachwahl und Studienstrategien, Leistungsorientierung und Studienleistung, Kontakte zwischen Hochschullehrern und Studierenden, Studierende und Computernutzung, Berufsorientierungen, berufliche Wertvorstellungen sowie gesellschaftliche und politische Orientierungen.

Ramm, Michael: *Fachhochschulen in den neuen Bundesländern. Die Gründungsphase aus studentischer Sicht* (Bildung Wissenschaft Aktuelle Bd. 12/94). Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1994. 55 S.

Sonderauswertung der fünften Erhebung zur Studiensituation an Hochschulen in den alten und neuen Bundesländern, die im Wintersemester 1992/93 von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz durchgeführt worden war. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß der für Ostdeutschland neue Hochschultyp FH auf studentische Akzeptanz stöße und der Start der ostdeutschen Fachhochschulen ein gelungener gewesen sei.

Ramm, M./Bargel, T.: *Studentische Orientierung und Studiensituation in der DDR und der BRD im Vergleich. Erste Befunde eines sekundäranalytischen Vergleichs, basierend auf drei Erhebungen: DDR-STUDENT 90, BRD-STUDENT 90 und dem Konstanzer Projekt Studiensituation WS 89/90.* Hrsg. von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Konstanz. Konstanz 1991. 26 S.

Obwohl ein Vergleich zwischen Studierenden in den alten und neuen Bundesländern angesichts der sich rasch wandelnden Verhältnisse 1991 obsolet erscheinen könnte, war es notwendig, für eine Fortsetzung der Erhebungen zur Studiensituation und studentischen Orientierung die Ausgangslage der Vereinigung so gut als möglich festzuhalten. Außerdem stellen die Orientierungen von 1989/90 fortwirkende Grundhaltungen dar. Unter Zuhilfenahme einiger illustrierender Statistiken widmet sich die vergleichende Untersuchung den politischen Interessen und dem politischen Engagement der Studierenden, den Grundpositionen und Orientierungen gegenüber gesellschaftlich-politischen Verhältnissen und Zielen sowie den internationalen und nationalen Einstellungen und Perspektiven. Desweiteren werden die Studienentscheidung, die Fachwahl und die Studienstrategien, die Leistungsorientierung und die Studienleistung, der Aufbau und die Organisation des Studiums, das Verhältnis Lehrende - Studierende sowie die Computernutzung der Studierenden im Vergleich betrachtet.

Ramm, Michael/Bargel, Tino: *Studium, Beruf und Arbeitsmarkt. Orientierungen von Studierenden in West- und Ostdeutschland* (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bd. 193). Hrsg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1995. 449 S.

Empirisch gestützte Aussagen, basierend auf einer umfangreichen Befragung im Wintersemester 1992/93, für Westdeutschland daneben auch gleich angelegte Erhebungen seit 1983 einbeziehend, differenziert nach Ost und West, insbesondere zu folgenden Themen: Rolle von Beruf und Arbeitsmarkt für Studienwahl und Studiengestaltung, Berufs- und Berufserfahrungen, Studienstrategien und Informationsverhalten, Mobilität und Flexibilität, Europa als Arbeitsmarkt, geschlechtsspezifische Perspektiven.

Rasch, Konstanze: *Vergleich der Studienanfänger des Wintersemesters 1990/91 an den Universitäten Leipzig und Regensburg.* In: *Beiträge zur Hochschulforschung* H. 3. München 1994. S. 383-425.

Rasch, Konstanze: *Studierende an der Universität Leipzig in der Studieneingangsphase* (IHF Bd. 40). Hrsg. vom Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung. München 1994. 90 S.

Die Publikation dokumentiert die Ergebnisse eines Teils einer vergleichend angelegten und seit 1990 durchgeführten Untersuchung zu Studienverlauf, d.h. Entwicklung und Bewältigung von Studienproblemen durch die Studierenden an den Universitäten Regensburg und Leipzig. Die Regensburg-Ergebnisse sind bereits 1993 durch das Bayerische Staatsinstitut veröffentlicht worden.

Rasch, Konstanze: *Studieren im neuen „Zeitalter“. Eine Analyse studentischen Umgangs mit veränderten Zeitstrukturen im Hochschulsystem der neuen Bundesländer.* Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 1998. 262 S.

Die Dissertation thematisiert die im Ergebnis des ostdeutschen Transformationsprozesses entstehende neue Studienwirklichkeit. In den Mittelpunkt wird dabei die Ablösung paternalistischer Studienzeitstrukturen durch flexible Zeitstrukturen im Studium gestellt. Die Untersuchung stützt sich auf das empirische Material der Panelstudie "Student im Studium", die 1990 als Gemeinschaftsprojekt zwischen Mitarbeitern der Universität Leipzig und dem Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung München gestartet wurde.

RefRat der Humboldt-Universität (Hg.): *NachbereitungsREADER zum "Treffen ostdeutscher StudentInnenvertretungen" vom 04.-06. Oktober 1996 an der Humboldt-Uni Berlin.* o.O. (Berlin) o.J. (1996). 18 S.

Nach längerer Kommunikationsabstinenz hatten sich die ostdeutschen Studierendenvertretungen einmal wieder zusammengefunden. Der Reader dokumentiert Vorbereitung und Ablauf des Treffens.

„relation leipzig“: **Journalistik-/KMW-Studium in Leipzig - die richtige Entscheidung?** In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1996. S. 177-178.

Rolle, Udo: **„Diesen Umschwung habe ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen können.“** In: Bernd Lindner/Ralph Grüneberger (Hg.), *Demonteure. Biographien des Leipziger Herbst*, Aisthesis Verlag, Bielefeld 1992, S. 11-23.

Rösler, Einhart: **Zugang und Zulassung zum Hochschulstudium in der Umgestaltung. Basis - Zwischenbilanz - Orientierung.** In: *Das Hochschulwesen* H. 2. Berlin 1991. S. 57-60.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): **Studentisches Wohnen in Sachsen. Eine Zwischenbilanz.** Dresden o.J. (1995). 180 S.

Die "Unterbringungs-ideologie" der DDR-Hochschulen sei der Studie fremd, doch werden die Studentenwohnheime als "Teil unserer Hochschullandschaft" betrachtet. Ein Überblick informiert eingangs über "Studentisches Wohnen in der DDR". Sodann wird die Entwicklung des studentischen Wohnens in Sachsen von 1990 bis 1995 dargestellt. Auf Grundlage einer empirischen Erhebung finden sich Vor- und Nachteile des Wohnens im Wohnheim aus der Sicht der Studierenden und die entsprechenden Konsequenzen aus der Sicht der Studentenwerke formuliert. In den Anlagen Übersichten und Statistik.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen (Hg.): **Hochschulsport in Sachsen. Auf dem Weg zum fakultativen Sport.** Dresden 1998, 70 S.

Die Broschüre gibt einen Einblick, welche Schwierigkeiten auf dem Weg vom DDR-Pflichtsport zum allgemeinen Hochschulsport zu überwinden waren und wie sich der allgemeine Hochschulsport an den sächsischen Hochschulen neu entfaltet hat.

Sachsen-Anhalt: Werbeanzeige für Hochschulen + Entwurf einer VO über... Verwaltungsgebühren... an den Hochschulen Sachsen Anhalts. In: *hochschule ost* H. 12. Leipzig 1992. S. 84-87.

Sandawi, Sammi: **HUB. Sie sind wieder da! Anwesenheitslisten.** In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1996. S. 170f.

Schaale, Dieter: **Transformationsprozesse der Hochschulbildung in den neuen Bundesländern in der Wahrnehmung von StudienanfängerInnen.** In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1993. S. 56-58.

Schaale, Dieter/Schulze, Herrmann, Erika/Stock, Helga: **Veränderungen von Lehre und Studium an der Humboldt-Universität im Spiegel von Studentenmeinungen.** In: *Das Hochschulwesen* H. 5. Neuwied 1991. S. 208-211.

Schauenburg, H./Kuda, M./Rüggeberg, J./Palussek, R. **Die psychische Befindlichkeit Studierender in den neuen und alten Bundesländer am Beispiel der Universitäten Halle und Göttingen.** In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* H. 4. Halle 1992, S. 123-132.

Schieck, Tilo: **Der Herbst der Studenten? Persönliches Resümee des Wendjahres an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.** In: *hochschule ost* H. 6. Leipzig 1994. S. 102-108.

Schnitzer, Klaus/Isserstedt, Wolfgang/Schreiber, Jochen: **Die wirtschaftliche Lage der Studierenden in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990. Ergebnisse einer studentischen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.** Hrsg. von Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1991. 14 S. + 14 S. Anh.

Zielsetzung der studentischen Einkommens- und Verbraucherstichprobe soll eine fortlaufende Beobachtung der Veränderung studentischer Lebenshaltungskosten in der Phase der Umstellung sein. Es wurden Studie-

rende berücksichtigt, die sich im zweiten oder dritten Studienjahr befinden, ledig sind und nicht bei den Eltern wohnen.

Schnitzer, Klaus/Isserstedt, Wolfgang/Schreiber, Jochen: *Die wirtschaftliche Lage der Studierenden in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990. Ergebnisse einer studentischen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe* (HIS-Kurzinformationen A 3/91). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1991. 14 S.

Quantitative und qualitative Auswertung einer Befragung im Zeitraum 1. - 31. Oktober 1990.

Schoenball, Peter: *Jeder fünfte neue Student der TU Dresden kommt aus den Westen*. In: *Das Hochschulwesen* H. 6. Neuwied 1992. S. 292.

Schreiber, Annett: *Psychische Bewältigung existentieller Bedrohungen von Studenten in Ostdeutschland*. Dissertation. Fakultät für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie der Universität Leipzig. Leipzig 1995. 113 S. + Anh.

Gegenstand der Arbeit sind psychosoziale Erlebens-, Verarbeitungs- und Bewältigungsbesonderheiten angesichts globaler Menschheitsprobleme. Ausgehend vom Erkenntnisstand friedens- und umweltsychologischer Forschung werden psychologische Dimensionen makrosozialer Stressoren dargestellt. Dabei stehen die nukleare Hochrüstung und ihre Risiken als eine der wesentlichsten globalen Bedrohungen im Mittelpunkt. Verarbeitungsformen der ökologischen Krise, des gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland und der Zuwanderung wie des Zusammenlebens mit Ausländern werden ausschnitthaft behandelt. Der empirische Teil der Arbeit referiert eine Längsschnittstudie zur Bewältigung existentieller Bedrohungen von Studenten in Ostdeutschland hinsichtlich makrosozialer Bedrohungsbewertungen, persönlicher und politischer Ängste, Persönlichkeitsmerkmalen, Werten, Kontrollüberzeugungen, Engagement und Variablen psychischer Gesundheit. Einbezogen sind weiterhin Bewältigungsformen auf den politischen Umbruch in Ostdeutschland und Einstellungen zu Ausländern.

Schulz, Ingolf: *Möglichkeiten zur Verbesserung der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen des Landes Brandenburg* (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte Sonderheft 1). Hrsg. vom Brandenburgischen Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg", Potsdam 1994. 9 S. Sonderdruck des gleichnamigen Artikels aus Heft 2/94 der Schriftenreihe.

Schwibbe, Gudrun (Hg.): *Übergänge. Studenten aus der ehemaligen DDR berichten über ihren Studienbeginn in der Bundesrepublik* (Göttinger Beiträge zu Politik und Zeitgeschichte Bd. 1). Verlag Schmerser, Göttingen 1991. 185 S.

Acht Studentinnen und fünf Studenten, die, aus der DDR kommend, im Sommersemester 1990 in Göttingen studierten, berichten über ihre Motive für die Studienortwahl im Westen und ihre dort gesammelten Erfahrungen. Die zu Prosatexten komprimierten Interviews sind verschlagwortet.

Sieber, Malte/Freytag, Ronald: *Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89*. Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1993. 306 S.

Die Autoren - beide Mitbegründer und gewählte Sprecher des Studentenrates der Berliner Humboldt-Universität - analysieren die Zusammenhänge zwischen den sich überstürzenden politischen Entwicklungen im Sommer/Herbst 1989 und dem sich entfaltenden demokratischen Aufbruch der DDR-Studenten. Die zeitliche Perspektive reicht dabei bis zum Jahre 1992. Darüber hinaus zeigen sie, z.T. am eigenen Beispiel, den Mechanismus von Erziehung und Anpassung im "sozialistischen Bildungssystem" und seine Folgen für die künftigen Studenten. Sie dokumentieren die Geschichte des Studentenrates der Humboldt-Universität und ziehen zum Vergleich regelmäßig die Leipziger Entwicklungen heran. Anhand von Dokumenten aus der Gauck-Behörde belegen die Autoren den Versuch des MfS, auf die Berliner studentische Bewegung im Herbst 1989 Einfluß zu nehmen. Mit Dokumententeil: "Ausgewählte Dokumente zur ostdeutschen Studentenbewegung 1989 bis 1991".

Siehr, Karl-Heinz/Berner, Elisabeth: „*Studentensprache*“ – *aus der Perspektive von Studenten. Ein Bericht*. In: *hochschule ost* 1-2/1999, S. 91-103.

Simeaner, H./Wuttke, K./Bargel, Tino/Ramm, Michael: *Studiensituation und Studierende in den 90er Jahren*. Hrsg. von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz. Konstanz 1998, 332 + XIV S.

In Fortsetzung der seit 1982/83 durchgeführten Studierendensurveys erfolgt die Auswertung der drei Erhebungen vom WS 1992/93, WS 94/95 und WS 97/98, die nun auch Studierende der neuen Länder einbeziehen. An der Befragung nahmen Studierende von 8 Universitäten/Gesamthochschulen und 6 Fachhochschulen westdeutscher Bundesländer und 5 Universitäten und 3 Fachhochschulen ostdeutscher Bundesländer teil. Der Datenalmanach liefert in 97 Tabellen Befunde zu folgenden Themenkomplexen (gegliedert nach neuen/alten Bundesländern, nach Hochschulart, Geschlecht und Fächergruppen): 1. Soziales Profil und soziale Herkunft, 2. Hochschulzugang und Studienmotive, 3. Studienverlauf und Studienstrategien, 4. Studienfachsituation und Studiererfahrungen, 5. Kontakte und Beratung im Studium, 6. Hochschulpartizipation und studentische Vertretung, 7. Studentische Lebensformen und soziale Situation, 8. Berufliche Werte und Berufsvorstellungen, 9. Politische Haltungen und demokratische Einstellungen, 10. Gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen.

Statistisches Bundesamt: *BAföG - Weniger Geförderte, höhere Förderungsbeträge*. In: *hochschule ost* H. 1. Leipzig 1998, S. 227.

Starke, Uta: *Der Abwicklungsbeschuß im Urteil der Studenten*. In: Kaiser, Manfred/Görlitz, Herbert (Hg.), *Bildung und Beruf im Umbruch. Zur Diskussion der Übergänge in die Hochschule und Beschäftigung im geeinten Deutschland* (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bd. 153.3). Hrsg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg 1992.

Starke, Uta: *Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit*. In: *hochschule ost* H. 8. Leipzig 1992. S. 16ff.

Stein, Ruth Heidi: *Studierende der Wirtschaftswissenschaften 1991 in den neuen Bundesländern vor dem Übergang von der Hochschule in den Beruf. Problemstudie* (Projektberichte 3/1992). Mitarb.: Rainer Fritsch, Sabine Erdner. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung. Berlin 1992. 38 + 3 + 4 S.

Dargestellt werden der Studiengang Wirtschaftswissenschaften in der DDR und dessen Umgestaltung, differenziert nach den einzelnen Hochschulen, Zugangsvoraussetzungen, Berufsaussichten und -vorstellungen der Absolventen, Bewerbungschancen und Motive der Absolventen bei der Stellensuche, die Bewertung des Studienabschlusses sowie Beratungs- und Informationsbedarf.

Stein, Ruth H./Fritsch, Rainer: *Hochschulabsolventinnen nach der Wende. Chance und Risiken beim Berufseinstieg*. In: *Beiträge zur Hochschulforschung* H. 3. München 1993. S. 323-337.

Stein, Ruth Heidi: *Probleme von Absolventen der Wirtschaftswissenschaften 1991 beim Übergang von der Hochschule in den Beruf. Ergebnisse der Grundausswertung einer Orientierungsbefragung*. In: *Beiträge zur Hochschulforschung* H. 3. München 1991. S. 321-352

Stein, Ruth Heidi/Wetterer, Angelika (Hg.): *Studierende und studierte Frauen. Ein Ost-westdeutscher Vergleich* (WiF 4, Schriftenreihe Interdisziplinären Arbeitsgruppe Frauenforschung der Gesamthochschule Universität Kassel). Verlag Junior & Preßler, Kassel 1994. 290 S.

Diese sekundäranalytische Bestandsaufnahme zeigt, daß - trotz vieler Unterschiede in Ost und West - die Grundstruktur einer geschlechtshierarchischen Statusdistribution über die Systemgrenzen hinweg Bestand hatte. 'Hüben' wie 'drüben' haben die Qualifizierungserfolge der Frauen wenig daran geändert, daß ihnen die prestige- und statusträchtigen Bereiche akademischer Berufe offenbar immer noch am schwersten zu-

gänglich sind. Und die Entwicklungstrends, die seit der Wende in Ostdeutschland zu beobachten sind, haben diese Problematik eher zugespitzt statt sie zu entschärfen. Folgende Beiträge sind im hiesigen Kontext relevant: "Das Geschlechterverhältnis in hochqualifizierten Berufen in den ehemals sozialistischen Ländern - Forschungsfragen und einige Erklärungsversuche" (Ilse Costas), "Marginalität im Westen - Gleichberechtigung im Osten?" (Ruth Heidi Stein) und "Nach der Wende - Vorwärts zu alten Ungleichheiten?" (Ruth Heidi Stein/Angelika Wetterer). Im Anhang befinden sich Statistiken zur Studienbeteiligung von Frauen in der BRD und DDR.

Straube, Peter-Paul: *Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR als Ort eines außeruniversitären Studium Generale 1945 - 1989* (Erfurter theologische Studien Bd. 70). St. Benno-Verlag, Leipzig 1996. 397 S.

Die Arbeit, 1994 als Dissertation vom FB Pädagogik der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg angenommen, geht davon aus, daß die katholischen Studentengemeinden in der DDR "einen - sowohl an den... Hochschulen wie in der Gesellschaft insgesamt bewußt und zielgerichtet vorenthaltenen - Raum der Freiheit und des Geborgenseins, in dem der Einzelne als Person gefragt war", geboten hätten. Neben dem Gemeinschaftsleben habe insbesondere philosophische, historische und kulturelle Bildung im Mittelpunkt ihrer Arbeit gestanden - unabhängig vom ansonsten DDR-üblichen ideologisch normierten Rahmen. Die Untersuchung widmet sich den universitären, gesellschaftlichen und kirchlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Studentengemeinden in der Zeit von 1945 bis 1989 sowie deren Auswirkungen auf die inhaltliche und organisatorische Entwicklung der Bildungsarbeit in den Studentengemeinden. Ein umfangreicher Dokumentenanhang ergänzt die Darstellung.

Studentenrat der Universität Rostock: *Erklärung des StuRa Uni Rostock zur Verabschiedung der Resolution „Kurdistan“*. In: *fzs-Rundbrief* H. 5. Bonn 1994, S. 55.

Studieren '92 in den Ländern: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Berlin. 2. [erw.] Auflage. Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef 1992. 80 S.

Stellt Studienmöglichkeiten in Ostdeutschland vor und erläutert Spezifika des dortigen Studiums.

Studenten - Altersstruktur in Ost und West. In: *Forschung & Lehre* H. 8. Bonn 1995. S. 432.

Studentenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): *Knall und Fall. neujahrsinfo des studentenrates*. Berlin 1991. 10 S.

Nach der Abwicklungsentscheidung des Berliner Senats kam es zu größeren Protestaktionen von Studierenden der Humboldt-Universität. Das Heft stellt diese dar und versucht, die aus den Jahreswechselferien zurückkehrenden KommilitonInnen für weitere Aktionen zu mobilisieren.

StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): *Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90 /Jan. '91 in Leipzig. hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollten*. seilschaften verlag leipzig. Leipzig 1991. 100 S.

Nach der Abwicklungsentscheidung der sächsischen Staatsregierung kam es zu größeren Protestaktionen von Studierenden der Leipziger Universität. Die Publikation dokumentiert diese, deren Hintergründe sowie die verschiedenen Positionen zur Abwicklung und Neugründung.

StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. textsammlung. unkommentiert*. Leipzig 1991. 100 S.

Dokumentiert thematisch geordnet die Monate des und nach dem Herbst 1989 an der Leipziger Karl-Marx-Universität in faksimilierten Presseartikeln, Positionspapieren und anderen Zeitdokumenten, dabei durchgehend auch die studentischen Aktivitäten und Perspektiven. Eingangs eine ausführliche Zeittafel.

Tage einer Rebellion. Die Universität Rostock im Mai '92. Hrsg. von Rostocker Studierenden. Rostock 1992. o.S. (32 S.)

Infolge von hochschulpolitischen Entscheidungen der mecklenburg-vorpommerschen Landesregierung, die insbesondere Personalabbau betrafen, starteten die Rostocker Studierenden mehrwöchige Protestaktionen. Die Broschüre dokumentiert diese in Text und Bild.

Tautz, Astrid: **Treffen ostdeutscher Studierendevertretungen**. In: *fzs-Rundbrief*. H. 6. Bonn 1994. S. 79.

Technische Universität "Otto von Guericke" Magdeburg (Hg.): **Auswertung der Umfrage zur wirtschaftlichen Lage der Studenten in Sachsen-Anhalt**. Erstellt vom Uni-Rat der Studenten und der Projektgruppe "Meinungsforschung" der TU Magdeburg o.J. (1992). 7 S.

Ternack, Pas: **Der Runde Tisch der StudentInnenschaften in Friedrichsbrunn und Fortfolgendes**. In: *hochschule ost* H. 7. Leipzig 1992. S. 59ff.

Thome, Helmut: **Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Halle. Ergebnisse einer Befragung von Neuimmatrikulierten des Wintersemesters 1994/95 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** (Der Hallesche Graureiher Nr. 7/96). Hrsg. vom Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle 1996. 80 S. + Anh.

In Halle wurde die alljährliche Studienanfängerbefragung des Hochschul-Informationssystem HIS Hannover aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen HIS und dem örtlichen Institut für Soziologie als Vollerhebung durchgeführt. Die Studie geht insbesondere auf folgende Schwerpunkte ein: Regionale und soziale Herkunft der Studierenden, Geschlechterproportionen bei Studierberechtigung und Studierneigung, Wohnsituation und Finanzierung des Studiums, Wahl der Universität und aktuelle Situationsbeurteilung, Motive zur Wahl des Studienfaches und politische Einstellungen.

Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): **Studenten an den Thüringer Hoch- und Fachhochschulen. Wintersemester 1991/92 und Prognosen. Statistisches Zahlenmaterial**. Erfurt 1992. 21 S.

Im Mittelpunkt stehen die Studienwünsche und unterschiedlich gegliederte Studentenzahlen im Zeitraum 1991/92, deren Entwicklung, ausgehend von 1985, 1988 bis 1991 sowie die Anteile von weiblichen und ausländischen Studierenden an Thüringer Hochschulen. Abschließend werden Entwicklungen der Studienanfängerzahlen und der Studentenzahlen prognostiziert.

Tiefensee, Eberhard: **Katholische Studentengemeinden vor und nach dem Herbst 1989**. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1993. S. 33-37.

Tiefensee, Eberhard: **KSG vor und nach dem Herbst 1989**. In: Peer Pasternack (Hg.), Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR. Edition Berliner Debatte, Berlin 1996. 399 S.

Trost, Günter (Hg.): **Test für medizinische Studiengänge (TMS): Studien zur Evaluation. 18. Arbeitsbericht: 1. Februar 1993 bis 31. Januar 1994**. Hrsg. vom Institut für Test- und Begabungsforschung der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Bonn 1994. 220 S.

Die nach Ost- und Westdeutschland (sowie bezüglich ausländischer TestteilnehmerInnen) differenzierende Studie kommt u.a. zu den Ergebnissen, daß ostdeutsche BewerberInnen "deutlich ungünstiger" als ihre westdeutschen MitbewerberInnen abschnitten, sie dabei vor allem Probleme beim Textverständnis, bei der Bewertung von Diagrammen und Tabellen sowie beim medizinisch-naturwissenschaftlichen Grundverständnis hätten und diese Ergebnisse sich seit 1990 von Jahr zu Jahr verschlechterten.

Trost, Günter (Hg.): **Test für Medizinische Studiengänge (TMS): Studien zur Evaluation** (20. Arbeitsbericht des Institut für Test- und Begabungsforschung). Bonn 1996. 248 S.

Unter anderem enthält die Publikation die Resultate einer Untersuchung "Wie funktioniert der TMS bei den ostdeutschen Testteilnehmern? Vergleichende Analysen der deutschen Teilnehmer an den alten und den neuen Bundesländern", durchgeführt von Franz Blum, Judith Ebach und Matthias Meyer.

UnAufgefordert: *Darf's noch ein Semester mehr sein? Jenaer Studenten lassen sich Provinzdasein bezahlen.* In: *hochschule ost* 1-2/1999, S. 321-323.

Vorschläge zur Neugestaltung des Studienprozesses an der Technischen Universität Dresden. In: *Das Hochschulwesen* H. 5. Berlin 1990. S. 156-159.

Weber, Michael: *Alternativen studentischer Selbstvertretung.* In: *hochschule ost* H. 8. Leipzig 1992. S. 69ff.

Wegener, Heinz: *Brücken blieben erhalten. Von der DDR übernommene ausländische Stipendiaten schließen ihr Studium erfolgreich ab.* In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1995. S. 129-130.

Weinacht, Paul-Ludwig/Beisler, Martin: „*Einen wirklichen Staat aufbauen ...*“. *Studenten in Deutschland - zwei Jahre nach der Wiedervereinigung.* In: *Deutschland Archiv* H. 11. Köln 1993. S. 1279ff.

Wiedmann, Roland (Bearb.): *Die Entwicklung des Hoch- und Fachschulwesens der DDR seit der Wende vom Herbst 1989. Dokumentation anhand der zentralen Tagespresse, der Bezirkspresse und der Universitäts- und Studentenzeitungen (Auswahl).* Teil I: *Oktober 1989 bis Januar 1990.* Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn 1990. 295 S.

Enthält im Faksimile hunderte von Zeitungsartikeln, die thematisch sortiert sind. Ausgewertet wurde die zentrale Tagespresse, die Bezirkspresse und eine Auswahl von Universitäts- und Studentenzeitungen. Angekündigte weitere Teile der Dokumentation sind nicht erschienen.

Winkel, Cornelia/Matzat, Hartmut (Hg.): *Viadrina. Die neuen Frankfurter Studenten 1992-1997. Wieder- oder Neugründung. Ansichten, Interviews, Visionen.* Hrsg. vom Frankfurter Brücke e.V. MärkischerVerlag, Wilhelmshorst 1998. 248 S.

Anlässlich des 5. Jahrestages der Aufnahme des Studienbetriebes äußern sich in diesem Band Studenten, Professoren der Universität sowie Funktionsträger und Bürger der Stadt Frankfurt/Oder über die Europa-Universität. Der reich bebilderte Band vermittelt ein lebendiges und atmosphärisch dichtes Bild einer Gründungsphase, die bereits zu den ersten AbsolventInnen führte. Mit Zeittafeln zur alten und zur neuen Frankfurter Universität sowie Personenregister.

Wolter, Andrä: *Wie attraktiv ist ein Hochschulstudium in Sachsen? Ein Beitrag zum Verhältnis von studentischer Nachfrage, Humanpotential und Landesentwicklung.* Deutsches Studentenwerk DSU: *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Sachsen 1994 und 1997. Ausgewählte Ergebnisse der 14. und 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks* (Untersuchungen. Dokumente. Tendenzen. Aus den Hochschulen des Freistaates Sachsen Ausgabe November 1998). Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst SMWK. Dresden 1998. 76 S.

Die Untersuchung des Dresdner Erziehungswissenschaftlers Wolter ergibt u.a., daß 81,3% der Studienbewerber, die in Sachsen eine Studienberechtigung erworben haben, an den Hochschulen des Freistaates ihr Studium aufnehmen. Dieser Wert liege deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 69,9%.

Wolter, Werner: *Hochschulzugang und Studierende in der Region Berlin-Brandenburg* (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB. Berlin [DDR] 1990. 12 S.

Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB (Hg.): *Politik, Zulassungen und Stipendien. Eine Befragung unter Studentenvertretern* (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB. Berlin [DDR] 1990. 8 S.

Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin ZHB (Hg.): *Positionen zu Studentenvertretungen an Hochschulen der DDR* (Beiträge zur Hochschulentwicklung). Berlin [DDR] 1990. 11 S.

Zwarg, Ingrid: *Hochschulabsolventen aus den neuen Bundesländern vor dem Berufseinstieg*. In: *hochschule ost* H. 2. Leipzig 1994. S. 99-108; H. 3. Leipzig 1994. S. 88-100.